

LINDLEY FRASER
KRIEGSSCHULD UND PROPAGANDA
DEUTSCHLAND
ZWISCHEN ZWEI WELTKRIEGEN

Lindley Fraser

**KRIEGSSCHULD
UND PROPAGANDA**

**DEUTSCHLAND ZWISCHEN
ZWEI WELTKRIEGEN**

ATLANTIS VERLAG ZÜRICH

Die englische Originalausgabe erschien unter dem Titel
Germany between two wars. A study of propaganda and war-guilt
im Verlag Oxford University Press, London 1944.

Copyright 1947 by Atlantis Verlag AG. Zürich

Druck: Fritz Frei Horgen-Zürich

Printed in Switzerland

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

VORWORT DES VERLEGERERS

Bei dem Misstrauen, das hinter einer Publikation über die Kriegsschuldfrage zunächst einmal ein Propagandaunternehmen einer der interessierten Parteien vermuten mag – wenigstens soweit die Darstellung nicht mit den eigenen Anschauungen übereinstimmt –, ist es vielleicht nicht überflüssig, dass der verlegerische Vermittler klarstellt, wie er zu dieser Veröffentlichung kommt.

Das Buch erschien zuerst 1944/45 in der Oxford University Press unter dem Titel «Germany between two wars – a study of propaganda and war-guilt». Der Verfasser hat zum Vorhergehenden auch eine deutsche Fassung seines Buches vorbereitet. Trotz der brennenden Aktualität seiner Ausführungen für Deutschland ist das Buch bisher dort nicht erschienen; da auch über unseren eigenen Bemühungen, es dem deutschen Publikum zugänglich zu machen – so erstaunlich dies gerade in einem solchen Fall auch sein mag – noch einige Zeit verstreichen dürfte, haben wir uns entschlossen, es zunächst einmal in der Schweiz zu veröffentlichen. Diese Publikation erfolgt auf die eigene Initiative und das eigene Risiko eines unabhängigen schweizerischen Privatverlags; keine amtliche oder halbamtliche Stelle hat den Verlagsvertrag vermittelt oder gegenüber dem normalen Erwerb des Verlagsrechtes irgendwelche Vorteile geboten.

Wir sind uns bewusst, dass die Ausführungen von Prof. Fraser, so sachlich und unwiderleglich sie uns scheinen mögen, bei vielen Deutschen auf scharfen Widerstand stossen werden, und zwar keineswegs nur bei Nazis, sondern auch bei Leuten, die gegen die Hitler-Diktatur unter Einsatz ihres Lebens gekämpft haben. Und wenn mancher heute die Erörterung des

Problems als unangenehm vermeidet, so ist die Gefahr nur umso grösser, dass bei geeigneter Gelegenheit die alten Argumente wieder mit unverminderter Heftigkeit auf tauchen. Auch diesseits der Grenze werden sich einzelne Leser nur ungerne von tief verwurzelten Vorstellungen trennen wollen, die sie in ungezählten Diskussionen verfochten haben. Wir würden uns nicht für dieses Buch einsetzen, wenn wir nicht überzeugt wären, dass die Auffassung, die Dr. Fraser als die der «Propagandisten» bezeichnet, eine direkte Ursache des Elends ist, das über die Welt – und zuletzt am furchtbarsten über Deutschland selbst – hereinbrach, und dass in dieser Auffassung auch heute Keime zu neuem Unglück vorhanden sind. Brauchen aber Mr. Frasers Argumente, wenn sie uns nützlich erscheinen, auch rechtlich und historisch standzuhalten? Das zu entscheiden möchten wir diesem Buch aufmerksame Leser wünschen, die sich der von den «Propagandisten» so meisterhaft angewandten Willkürlichkeit der Abstraktion und des Gefühls bewusst bleiben und den Unterschied zwischen dem Argument des Rechtsbruchs und der Kritik an der Zweckmässigkeit einer politischen Handlung beachten.

Der Verfasser Lindley Macnaghten Fraser ist weitesten Kreisen durch seine Rundfunkkommentare bekannt geworden, die er seit 1940 in deutscher Sprache am Londoner Sender liest und die während des Krieges in ihrer ruhigen, sachlichen Art einen so wirkungsvollen Gegensatz zu den vituperanten totalitären Propagandasendungen bildeten. Er ist 1904 als Sohn eines Geistlichen in Edinburgh geboren, hat in Edinburgh, Liverpool, Oxford und in Deutschland und Amerika studiert; seit 1935 ist er Professor für Nationalökonomie an der schottischen Universität Aberdeen.

M. H.

INHALT

VORWORT DES VERLEGERES.....	5
EINLEITUNG.....	11
I. Kapitel: DAS ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGS	13
Die nationalsozialistische Auffassung von den Ursachen des zweiten Weltkriegs.	
I. Die letzten Kriegsmonate (Seite 13). 2. Der Konflikt zwischen OHL und Regierung (Seite 18); die Pläne der OHL: a) Deutschland eine Atempause zu verschaffen und eine vernichtende Friedensregelung zu verhüten (Seite 23); b) die «Ehre» des deutschen Heeres zu retten (Seite 28). 3. Die Dolchstosstheorie (Seite 31); ihr Ursprung (Seite 31) und ihre allgemeine Verbreitung in Deutschland (Seite 32). 4. Die Frage nach ihrer Berechtigung (Seite 35): (a) Ist das deutsche Heer im Felde besiegt worden? (Seite 19). 5. (b) Wer hat dem deutschen Heer den Dolchstoß versetzt? (Seite 40). Die Reichsregierung (Seite 41) oder die Zivilbevölkerung? (Seite 42). 6. (c) Hätte Deutschland durch Durchhalten den Krieg gewinnen können? (Seite 46). Zusammenfassung (Seite 48).	
II. Kapitel. VOM WAFFENSTILLSTAND ZUM FRIEDEN	49
Die Waffenstillstandsbedingungen (Seite 49). Keine Forderung nach Auslieferung der deutschen Handelsschiffe und Goldreserven (Seite 50). Verhandlungen über die Freigabe von Schiffen für Lebensmitteltransporte nach Europa (Seite 53); Verzögerung nicht Schuld der Franzosen, sondern der Deutschen (Seite 55); Verteilung in Deutschland, Zurückbehaltung der Fette (Seite 56). Das Problem des deutschen Aussenhandels (Seite 57). Zusammenfassung (Seite 59).	

III. Kapitel. DER FRIEDENSVERTRAG..... 61

Der Unterschied zwischen einem «aufgezwungenen» und einem «ungerechten» Frieden (Seite 61); die beiden Fassungen der Behauptung, der Friedensvertrag sei ungerecht (Seite 63):

(a) War er ein Verrat an den Versprechungen der Alliierten? (Seite 63); Antwort:

(1) Die Vierzehn Punkte waren kein Friedensangebot (Seite 64) und wurden in jedem Fall von Deutschland in den Friedensverträgen von Brest-Litowsk und Bukarest (Seite 66) zurückgewiesen.

(2) Die Waffenstillstandsbedingungen enthielten kein Friedensversprechen auf der Basis der Vierzehn Punkte (Seite 71). (3) Die Vierzehn Punkte waren für Deutschland keineswegs so günstig wie die Propagandisten behaupteten (Seite 73). (4) Die Vierzehn Punkte hinsichtlich Deutschlands Friedensvertrag genau eingehalten, mit Ausnahme eines unwesentlichen Punktes betr. Reparationen (Seite 77).

(b) War der Friedensvertrag zu streng? (Seite 84):

(1) Die Kriegsschuld Klausel (Seite 85); (2) Abrüstung (Seite 86);

(3) Grenzberichtigungen; (4) Kolonien (Seite 88); (5) die Frage der Reparationen (Seite 94) – wieviel sollte und wieviel konnte Deutschland zahlen? (Seite 95).

Warum der Friedensvertrag in Deutschland Erbitterung hervorrief (Seite 98): (1) die getäuschten Hoffnungen der Nationalisten (Seite 99); (2) der Friedensvertrag als Symbol der deutschen Niederlage (Seite 100); (3) das hohe Niveau des Friedensvertrages im Vergleich zu früheren Friedensregelungen (Seite 102).

IV. Kapitel. VOM VERSAILLER VERTRAG BIS ZUR MACHTÜBERNAHME..... 104

1. Amerikas Einstellung (Seite 104); Entfremdung der Alliierten (Seite 104).

2. Wirtschaftsnationalismus und die Erschwerung der Reparationsfrage (Seite 108); Reparationszahlungen und Auslandsanleihen für Deutschland (S. 112); die Weltwirtschaftskrise (S. 117).

3. Anfänge der deutschen Aufrüstung (Seite 119): die Frinkorps (Seite 120), das Weiterbestehen des Generalstabs (Seite 121); Umgehung der Abrüstungsbestimmungen (Seite 122).

4. Nachgiebigkeit der Alliierten (Seite 128); die Rolle der Propaganda (Seite 129); Bedeutung und Nachwirkungen der Inflation (Seite 131); Zusammenfassung (Seite 135).

V. Kapitel. SECHSUNDEINHALB JAHRE NATIONAL-SOZIALISMUS 137

Hitler kommt an die Macht (Seite 137); seine vier Aufgaben:

(1) Aufrüstung (Seite 138), eine beiläufige Beseitigung der Arbeitslosigkeit (Seite 138).

(2) Autarkie, Devisenbestimmungen, wirtschaftliche Beherrschung der Nachbarländer (Seite 140).

(3) Vorbereitung des deutschen Volkes auf den Krieg: Terror und Bestechungen (Seite 147), Gewöhnung an die Atmosphäre des Krieges (Seite 149), geistige Isolierung (Seite 149), Kriegspropaganda (Seite 150).

(4) Aussenpolitik – Freunde für Deutschland zu finden, potentielle Gegner zu entzweien, die Methode «Einer-nach-dem-anderen», Hitlers Ansicht: Versprechungen und Verträge sind Kriegswaffen (Seite 153).

Die Einstellung der anderen Grossmächte zu Hitler (Seite 162); Grossbritanniens Freundschaftsgefühle für Deutschland trotz Ablehnung des Nationalsozialismus (Seite 162); nachgiebige Haltung gegenüber Hitlers ersten Coups (Seite 166); Bereitwilligkeit, Deutschland in der Kolonialfrage entgegenzukommen (Seite 167). Umschwung nach den Coups in Österreich und im Sudetenland (Seite 171); München und seine Nachwirkungen (Seite 173); die Besetzung der Tschechoslowakei und ihre Wirkung auf die britische öffentliche Meinung (Seite 176); Unterstützung Polens und die Bedeutung der britischen Garantie (Seite 176).

Warum Hitler glaubte, Grossbritannien würde wegen Polen nicht kämpfen (Seite 178) – sein schwerer Irrtum hinsichtlich der britischen Uneinigkeit – die Resolution der Oxforder Studenten (Seite 180), die Abdankungskrise (Seite 181), die Meinungsverschiedenheit über den spanischen Bürgerkrieg (Seite 181).

Hitlers Ansicht, Frankreich sei wehrlos (Seite 183), Amerika werde nicht eingreifen (Seite 184), Russland könne ignoriert werden (Seite 185); er entschliesst sich zur Aktion (Seite 185).

VI. Kapitel. DER BEGINN DES ZWEITEN WELTKRIEGS 186

August 1939 (Seite 186); Versuche Deutschlands, Polen und Grossbritannien die Schuld am Kriege zuzuschieben (Seite 191).

Die Propagandakampagne, um Deutschlands Unschuld zu erweisen (Seite 197); «Verteidigungs»-Kriege gegen «gerechte» Kriege (Seite 198).

(1) Das «Einkreisungs»-Argument (Seite 200).

(2) Die Minderheitenfrage (Seite 204), angebliche Terrorakte (Seite 206), ohne Basis (Seite 209); die Begriffsverwirrung von «Rasse» und «Nation» (Seite 211), die deutsche Herrenrasse (Seite 216).

(3) das «Lebensraum»-Argument (Seite 219), seine vielen Erscheinungsformen (Seite 220), sein Verhältnis zum «Grosswirtschaftsraum»-Argument (Seite 226), das Grundproblem internationaler Moral (Seite 230).

(4) der Anspruch auf Kolonien (Seite 231), die wirtschaftlichen Fragen – war ein kolonienloses Deutschland benachteiligt? (Seite 231), die Interessen der Eingeborenen (Seite 235). (5) Die Prestigefrage und die Frage der «Gleichberechtigung» (Seite 238).

(6) Hitlers «Friedensangebote» (Seite 241), eine Parallele zum ersten Weltkrieg (Seite 244).

VII. Kapitel. WIRD ES EINEN DRITTEN WELTKRIEG GEBEN? 247

Die Frage der Kriegsschuld, Zusammenfassung des Beweismaterials (Seite 247). Deutschlands «Verantwortung» für den Krieg (Seite 249); beweist sie Deutschlands «Schuld»? (Seite 250). Gibt es in dieser Frage einen Unterschied zwischen Nationalsozialisten und Deutschen? (Seite 252).

Die Bedeutung dieser Untersuchung für die Zukunft (Seite 255).

ANHANG: Der Wortlaut der Vierzehn Punkte 259

EINLEITUNG

Lange vor Ausbruch des Krieges wusste die Welt, dass die nationalsozialistische Propagandamaschine nicht an die Wahrheit glaubte. Jeder Nicht-Deutsche wusste dies; auch in Deutschland waren viele Menschen sich dieser Tatsache mehr oder weniger bewusst. Dennoch gelang es dieser Propagandamaschine, ihre Geschichtsauffassung der grossen Masse des deutschen Volkes einzutrichtern. Mit Methoden, wie Hitler sie in «Mein Kampf» anschaulich geschildert hat, gelang es ihr, bei vielen Deutschen eine Anzahl simpler und grossenteils falscher Ansichten über den Gang der Weltgeschehnisse von der Mitte des ersten bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges zu erwecken. Durch ständige Wiederholung in Reden, Zeitungsartikeln, Rundfunkvorträgen, Gesprächen und vor allem in der Schule konnten die Propagandisten – und sie fanden sich keineswegs nur in den Reihen der Partei – die Masse ihrer Landsleute und einige Nichtdeutsche dazu bringen, diese Ansichten zu übernehmen. Damit bereiteten sie das deutsche Volk auf die Rolle vor, die es in ihren Angriffs- und Eroberungsplänen spielen sollte: als Kanonenfutter im zweiten Weltkriege.

Diese Ansichten, die in ihrer Gesamtheit die nationalsozialistische Auffassung von den Ursprüngen des zweiten Weltkrieges darstellen, lauten im Einzelnen etwa wie folgt:

1. «Das deutsche Heer ist 1918 militärisch nicht besiegt worden, sondern hat einen Dolchstoss in den Rücken erhalten.»
2. «Deutschland wurde 1918 durch ein Friedensversprechen, das auf Präsident Wilsons Vierzehn Punkten basierte, dazu ge-

bracht, die Waffen zu strecken. Dieses Versprechen wurde von den Alliierten im Versailler Vertrag, der die Grundsätze des amerikanischen Präsidenten völlig ausser Acht liess, in zynischer Weise gebrochen.»

3. «Nach dem Waffenstillstand hielten die Alliierten die Marineblockade aufrecht, verboten Lieferungen von Lebensmitteln an Deutschland, und waren somit für unsägliches Leid und Elend deutscher Zivilisten, insbesondere Kinder, verantwortlich, obgleich der Krieg doch angeblich zu Ende war.»

4. «Durch ihre strengen Wirtschaftsmassnahmen gegen Deutschland, insbesondere durch ihre wahnwitzigen Reparationsforderungen und durch die Wegnahme wichtiger Bodenschätze und Hilfsquellen Deutschlands in Europa sowie seiner Kolonien in Übersee, trugen die Alliierten die unmittelbare Verantwortung für die Inflation zu Anfang der Zwanzigerjahre und für die Wirtschaftsdepression zu Anfang der Dreissigerjahre.»

5. «Sowie Hitler an die Macht kam, strebte er nach Frieden, Wohlstand und internationalem Verständnis. Die anderen europäischen Grossmächte machten es sich zur Aufgabe, sein Streben zunichte zu machen. Sie wiesen seine Freundschaftsangebote zurück, behinderten seine Bemühungen, Deutschland wieder in den ihm gebührenden Platz einzusetzen und betrieben eine Politik der Einkreisung und der wirtschaftlichen Abschnürung.» Demzufolge ist

6. «Der zweite Weltkrieg von Deutschlands Feinden heraufbeschworen worden, Deutschland aufgezwungen worden, und war, vom Gesichtspunkt Deutschlands betrachtet, ein gerechter Krieg und ein Verteidigungskrieg.»

Diese sechs Ansichten bilden die Auffassung von den Ursprüngen des zweiten Weltkrieges, die dem deutschen Volke eingetrichtert worden war. Wie verhalten sie sich zu den Tatsachen?

I. KAPITEL

Das Ende des ersten Weltkrieges

1.

Ist Deutschland im ersten Weltkrieg besiegt worden? Diese Frage war nach Ansicht der Welt höchst akademisch. Die deutsche Regierung hatte auf unmittelbares Ansuchen der Obersten Heeresleitung um einen Waffenstillstand gebeten; das deutsche Heer hatte die Waffen gestreckt; die Kaiserliche Regierung, die für die Führung des Krieges verantwortlich gewesen war, war verschwunden, und an ihre Stelle war eine neue Regierung getreten, die die wenig beneidenswerte Aufgabe hatte, Friedensverhandlungen zu führen und die Konsequenzen eines verlorenen Krieges zu tragen. Wenn das alles nicht gleichbedeutend sein soll mit «besiegt» – so mag sich der Durchschnittsengländer oder Amerikaner gesagt haben, – dann haben Worte ihren Sinn verloren. Und gerade weil es seiner Meinung nach so offenkundig war, dass Deutschland Ende 1918 besiegt war, hat er niemals die Auseinandersetzung ernst genommen, die in diesem Punkte in Deutschland erwuchs.

Die Westmächte haben mit ihrer Einstellung zu dieser Frage einen schweren Irrtum begangen; sie haben die Haltung Deutschlands einfach missverstanden. Wenn sie sich die Mühe gemacht hätten festzustellen, wieso schon in den Jahren 1919 und 1920 in weiten deutschen Kreisen sich die Meinung durchsetzte, Deutschland sei im ersten Weltkrieg *nicht* besiegt worden, dann hätten sie vielleicht die wahre Bedeutung des Anstieges des Nationalsozialismus viel früher erkannt – dann

wäre der zweite Weltkrieg vielleicht nie Wirklichkeit geworden.

Aber bevor wir uns dieser Frage zuwenden, wollen wir erst einmal die militärischen Ereignisse überblicken.

Es genügt, wenn wir auf den Anfang des Jahres 1918 zurückgreifen. Deutschland hatte das letzte Kriegsjahr in der einigermaßen berechtigten Hoffnung begonnen, den Krieg in absehbarer Zeit zu einem positiven Abschluss bringen zu können. Wohl sah Hindenburg sich von der Waffe enttäuscht, auf die er im Vorjahre die grösste Hoffnung gesetzt hatte: die Einführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges hat England nicht auf die Knie gezwungen, war jedoch andererseits unmittelbar verantwortlich gewesen für den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten auf der Seite der Alliierten. Diese Tatsachen bedeuteten jedoch noch nicht unbedingt das Ende der deutschen Erwartungen. Hindenburg war sich immer bewusst gewesen, dass Amerika kaum neutral bleiben würde, wenn amerikanische Schiffe von deutschen U-Booten versenkt würden. Aber er rechnete damit, dass es viele Monate dauern würde, bis die Vereinigten Staaten ihr gewaltiges Kriegspotenzial mobilisieren könnten, und er hoffte, inzwischen Deutschlands europäischen Gegnern den Todesstoss zu versetzen.

Diese Hoffnung schien Anfang 1918 durchaus begründet zu sein. Italien war besiegt, Russland zusammengebrochen, Rumänien stand kurz vor dem Zusammenbruch. Seit der Ausschaltung des Gegners im Osten hatte er über 40 Divisionen an die Westfront übertragen können, mit dem Ergebnis, dass im Frühjahr 1918 die deutschen Armeen im Westen zum erstenmal seit Beginn des Krieges ihren Gegnern an Zahl erheblich überlegen waren. Das war jedoch noch lange nicht alles. Die Überwindung Italiens und Rumäniens bedeutete, dass Deutschland vom Süden her keine unmittelbare Gefahr mehr drohte. Die südlichen Fronten konnten daher Deutschlands beiden Verbün-

deten Österreich und Bulgarien unbesorgt überlassen werden. Die beiden brauchten nichts anderes zu tun als auszuharren und Deutschlands Flanke zu sichern, während Deutschland selbst den entscheidenden Schlag gegen die müden und entmutigten englischen und französischen Armeen im Westen führen würde. Dieser entscheidende Schlag musste jedoch ohne Zeitverlust geführt werden, bevor Amerika seine volle Stärke in die Waagschale werfen konnte. Und als Hindenburg im März 1918 zur Offensive schritt, da geschah das in der Absicht und der zuversichtlichen Erwartung, die Alliierten bis zum Sommer zu besiegen.

Dass er bis in Sichtweite seines Zieles gelangte, steht ausser Frage. Die deutsche Offensive längs der Somme brachte die Bahnlinie Paris–Amiens unter deutsches Geschützfeuer und drohte, das lebenswichtige Bindeglied zwischen den französischen Hauptkräften und den britischen Positionen in Flandern zu zersprengen. Die Offensive im Tale des Lys im Norden gefährdete den britischen Nachschub. Im Süden stiessen deutsche Armeen bis Chateau-Tierry vor und unterbrachen die Bahnlinie, die Paris mit dem Osten verband. Mit diesen drei Offensiven wäre es Hindenburg beinahe gelungen, die alliierten Armeen in vier getrennte und desorganisierte Gruppen zu spalten.

Dennoch schlug die Frühjahrsoffensive fehl. Mit der Ursache dieses Fehlschlagens brauchen wir uns hier nicht zu befassen. Vielleicht besaßen die Deutschen trotz ihrer zahlenmässigen Stärke doch nicht eine hinreichende Überlegenheit an Truppen und Geschützen, um ihren Angriff aufrechtzuerhalten. Vielleicht war Ludendorffs Strategie seiner Taktik nicht gewachsen, indem er es nicht vermochte, seine Erfolge bestmöglichst auszunutzen.¹ Wie dem auch sei – der entscheidende Punkt

¹ Der Militärkorrespondent der Londoner TIMES, Captain Cyril Falls, steht auf dem Standpunkt, der entscheidende Irrtum der deut-

war, dass gegen Mitte Juli die Stosskraft der deutschen Angriffe bereits zu erlahmen begann, ohne dass die Alliierten besiegt waren. Sie hatten zwar Schweres durchmachen müssen, hatten ernste Verluste an Truppen, Material und Gebiet erlitten, aber dennoch besaßen sie noch einiges in Reserve. Am 18. Juli setzte Foch die erste Gegenoffensive an – gegen die Flanke des südlichsten der drei deutschen Frontvorsprünge, im Aisne-Mame-Sektor. Die Gegenoffensive war ein voller Erfolg. Ludendorff musste sich von Château-Thierry wieder auf die Aisne absetzen, die Bahnverbindung Paris–Osten war wieder frei, und 30'000 deutsche Gefangene fielen in französische Hand.

Dann kam die zweite, viel wichtigere alliierte Gegenoffensive. Am 8. August (dem «schwarzen Tag des deutschen Heeres», wie ihn Ludendorff nannte^x) gingen die britischen Armeen südöstlich Amiens zum Angriff vor und durchbrachen die deutsche Front. Zwei Wochen später griffen sie mit noch stärkeren Kräften nordöstlich Amiens an und hatten innerhalb von vier Tagen die Stadt Bapaume, ein strategisches Zentrum von grösster Bedeutung, erreicht. Gleichzeitig erfolgte ein französischer Stoss im Raum weiter südlich, zwischen der Oise und Soissons, während fünf Tage darauf noch ein weiterer britischer Angriff begann, und zwar im Gebiet von Arras. Anfang September war das deutsche Heer in vollem, wenn auch ordentlichem, Rückzug begriffen; in sieben Wochen hatte es 130'000 Mann an Gefangenen (von den Zehntausenden von Toten und Verwundeten ganz zu schweigen), sowie eine entsprechend grosse Menge an Geschütz und Gerät verloren.

schen Obersten Heeresleitung hätte darin bestanden, dass sie nach dem überraschend leichten Gelingen ihrer Aisne-Offensive nach Süden auf die Marne vorsties, anstatt die an der Aisne benutzte Artillerie nordwärts zu einem weiteren Angriff auf die britischen Flandernstellungen zu verlegen.

¹ Kriegserinnerungen, S. 547.

Dies alles waren jedoch nur Gegenoffensiven. Die Alliierten hatten sich streng begrenzte Ziele gesetzt: ihr eigenes Nachschubsystem wieder zu bereinigen und wesentliche Stützpunkte wie Hazebrouck und Amiens der gegnerischen Bedrohung zu entziehen. Die Gegenoffensiven hatten jedoch eine Doppelwirkung: sie machten die deutsche Frühjahrsoffensive zunichte und gaben die Initiative in die Hand der Alliierten, und zwar endgültig. Nun kam der entscheidende Augenblick, der Augenblick des Übergangs von der Gegenoffensive zur Offensive. Ende September setzte eine Reihe von Angriffen an allen Frontabschnitten ein, von Flandern im Norden bis zu den Argonnen im Südosten. Das Hauptziel war kein geringeres als die Vernichtung der gesamten deutschen Nachschubbasis vermittle der Unterbrechung der lebenswichtigen Eisenbahnlinien, die von der Front beiderseits der Ardennen nach Deutschland führten – nämlich der Linien über den Staupunkt Lüttich und der Strecke, die in südöstlicher Richtung nach Luxemburg verlief. Die deutschen Armeen an der gesamten Westfront, vom Ärmelkanal bis hinab nach Reims, waren in Nachschub und Versorgung vollständig von diesen Linien abhängig. Sie waren auch die beiden einzigen Strecken, auf denen ein Rückzug nach Deutschland durchgeführt werden konnte. Ein Abschneiden dieser Linien hätte bedeutet, dass das deutsche Heer in seiner Gesamtheit eingeschlossen und zur Kapitulation gezwungen worden wäre.

So standen die Dinge, als Deutschland im November um Waffenstillstand einkam. In den vorhergehenden drei Monaten hatten die deutschen Armeen im Westen an Gefangenen über ein Viertel, und an Toten und Verwundeten nahezu ein weiteres Viertel ihres Bestandes verloren. Ausserdem hatten sie zumindest die Hälfte ihrer verfügbaren Geschützstärke eingebüsst. Und zu dieser Schwächung an der Hauptkampffront traten neue Verpflichtungen an den Fronten im Süden; Mitte Sep-

tember hatte Österreich, das bereits am Rande des Zusammenbruchs stand, den Alliierten einen Sonderfrieden vorgeschlagen; zwei Wochen später streckte Bulgarien die Waffen. Der Weg war frei für einen alliierten Vormarsch durch den Balkan, der nur noch, wenn überhaupt, durch den Abzug starker deutscher Kräfte vom Westen aufgehalten werden konnte. Anfang November hatten sowohl die Türkei als auch Österreich Waffenstillstandsabkommen geschlossen, und Deutschland stand allein. Inzwischen strömten amerikanische Truppen, frisch und glänzend ausgerüstet, in Hunderttausenden über den Atlantik, und die Alliierten befassten sich mit den Vorbereitungen zu einer Grossoffensive für das Frühjahr des Jahres 1919, im Verein mit grossangelegten Bombenangriffen auf Ziele in Deutschland.¹

2.

Soviel für die rein militärische Seite. Wenden wir uns jetzt einmal der politischen Seite zu – dem Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung im Felde und der Regierung in Deutschland. Nach dem 8. August, dem «schwarzen Tag», wurden Hindenburg und Ludendorff sich immer mehr des Ernstes der Lage bewusst. Sie erkannten das Ausmass der Gefahr im Westen; sie wussten, das Österreich und Bulgarien nicht mehr als zuverlässig betrachtet werden konnten, und sie begannen auch, am Kampfgeist des deutschen Heeres zu zweifeln – doch hiervon später mehr. Am 14. August wurde die Situation in einem Kronrat besprochen, in dem Ludendorff seiner Überzeugung Ausdruck gab, dass der Krieg auf dem Schlachtfeld nicht mehr gewonnen werden könne. Kronprinz Rupprecht von Bayern, Kommandeur einer der drei Heeresgruppen, teilte diese

¹ Bei Kriegsende waren die Alliierten Deutschland in der Luft sowohl qualitativ als auch quantitativ entscheidend überlegen. Siehe z.B. Fokkers Selbstbiographie.

Ansicht. Er schrieb am 15. August: «Ich glaube nicht mehr, dass wir den Winter noch durchhalten können; es ist sogar möglich, dass eine Katastrophe noch früher eintreten wird ... Was wir tun müssen, um eine militärische Katastrophe zu verhüten ... ist, in aller Eile an unsere Gegner mit Friedensangeboten heranzutreten.»¹ Diese Vorschläge blieben jedoch unbeachtet; sie wurden vom Heer befürwortet; die Regierung zögerte jedoch, darauf einzugehen. Sechs Wochen später spitzte sich die Lage zur Krise zu. Am 29. September gingen Hindenburg und Ludendorff direkt zum Kaiser und forderten, dass sofort ein Telegramm an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ab gesandt werden müsse, mit Friedensvorschlägen und der Bitte um einen sofortigen Waffenstillstand. Am gleichen Tage trat in der innerdeutschen Lage ein drastischer Umschwung ein. Der Kaiser gab plötzlich dem Reichstag neue, weitgehende Vollmachten zur Teilnahme an der Regierungstätigkeit. Reichskanzler Hertling bot seinen Rücktritt an, Prinz Max von Baden trat an seine Stelle. Der neue Reichskanzler wandte sich gegen Ludendorffs Standpunkt. Zunächst wollte er mit dem Vorschlag eines Appells an den amerikanischen Präsidenten überhaupt nichts zu tun haben. Dann verlangte er, es solle lediglich ein Friedensangebot gemacht werden, ohne gleichzeitig um Waffenstillstand nachzusuchen. Aber Ludendorff beharrte auf seinem Standpunkt: «Ich will mein Heer retten», erklärte er; und vier Tage später, am 3. Oktober, schrieb Hindenburg folgendermassen an den Reichskanzler:

«Die OHL bleibt bei ihrer Forderung ..., dass ein Ansuchen um einen Waffenstillstand unseren Gegnern sofort übersandt werden soll. Infolge des Zusammenbruchs an der mazedonischen Front. . . und der Unmöglichkeit, unsere sehr schweren Verluste wieder auszugleichen, besteht an der Westfront, nach

¹ Erinnerungen des Prinzen Max von Baden (Englische Ausgabe), Bd. I, S. 320.

menschlichem Ermessen, keine weitere Möglichkeit, dem Gegner einen Frieden aufzuzwingen. Das deutsche Heer steht immer noch fest... Trotzdem ... fordern die Umstände eine Einstellung der Feindseligkeiten.»¹

Bei Empfang dieses Briefes, dessen Sprache deutlich genug war, gab Prinz Max nach und sandte am gleichen Abend das verlangte Telegramm an Präsident Wilson.

Nun folgte eine äusserst verwickelte Reihe von Geschehnissen. Präsident Wilson beantwortete das Telegramm des Reichskanzlers am 9. Oktober. Er forderte Bescheid, ob Deutschland im Falle eines Waffenstillstands unverzüglich seine Armeen auf die Reichsgrenzen zurückziehen werde. Prinz Max wandte sich an Ludendorff mit der Frage, ob Deutschland sich einen ablehnenden Bescheid leisten könne. Ludendorff wollte keine klare Antwort geben. Ohne sich irgendwie festzulegen, gab er zu verstehen, dass er jetzt nicht mehr so sehr auf einen Waffenstillstand erpicht sei wie zehn Tage vorher.

Drei Tage später, am 18. Oktober, nahm die Regierung die Dinge selber in die Hand. Sie erklärte der Regierung der Vereinigten Staaten, dass sie bereit sei, alle besetzten Gebiete zu räumen; und sie erklärte ferner, dass sie Präsident Wilsons Vierzehn Punkte nunmehr als Basis für einen Frieden annehme. Am 16. Oktober traf die Antwort Amerikas ein. Darin hiess es: die Waffenstillstandsbedingungen müssten der Entscheidung der militärischen Berater der Alliierten überlassen bleiben; mit anderen Worten: die amerikanische Antwort lehnte es ausdrücklich ab, die Vierzehn Punkte als Verhandlungsbasis für eine Waffenstreckung der deutschen Armeen zu betrachten.² Am nächsten Tage hatte Prinz Max eine neue Aussprache

¹ Amtliche Urkunden, Nr. 33.

² Zur Einstellung der Alliierten gegenüber den Vierzehn Punkten als Basis für den Frieden um diese Zeit («Frieden» im Gegensatz zu «Waffenstillstand»), s. Kapitel III.

mit Ludendorff. Wieder war Ludendorff ausweichend; es gelang ihm, hinter einem Schwall von Worten und Argumenten über Soldatenglück, eine neue Auskämmung der deutschen Industrie, unzureichende Lebensmittelversorgung der deutschen Truppen, sinkenden Kampfgeist usw. einer definitiven Richtlinie für das Kriegskabinett aus dem Wege zu gehen. Wieder sah sich die Regierung gezwungen, die Dinge in ihre eigene Hand zu nehmen. Sie beschloss, die Friedens Verhandlungen fortzusetzen; sie beschloss ferner, Ludendorff von seinem Posten zu entfernen. Am 26. Oktober trat Ludendorff zurück. Kurz vor seinem Abgang konnte er Hindenburg noch dazu überreden (am 24. Oktober), eine Proklamation an das deutsche Heer zu erlassen, mit der Forderung zur Weiterführung des Kampfes.

An Ludendorffs Stelle trat General Grüner. Auf die Frage des Reichskanzlers, wie lange das deutsche Heer noch aushalten könne, während Waffenstillstandsverhandlungen geführt würden, antwortete Grüner, das hinge davon ab, wie lange das deutsche Heer eine Unterbrechung der Luxemburger Bahnlinie durch die Alliierten verhindern könne. In den ersten Novembertagen wurde der amerikanische Vorstoss auf Mézières zu einer schweren und dringenden Gefahr; am 6. November teilte Grüner Prinz Max mit, die Bahnlinie sei nicht zu halten, und wenn ein Waffenstillstand nicht binnen einer Woche abgeschlossen sei, dann werde «die weisse Fahne die Linie überschreiten müssen». Daraufhin entsandte der Reichskanzler eine Delegation an Marschall Foch mit Vollmachten, einen Waffenstillstand zu bestmöglichen Bedingungen mit den Alliierten abzuschliessen.

In dieser ganzen, komplizierten Entwicklungsgeschichte bleibt eine Frage unbeantwortet. Bis Anfang Oktober hatte die Oberste Heeresleitung, d.h. Hindenburg und Ludendorff, die Dinge pessimistischer beurteilt als die Regierung und war dafür ver-

antwortlich gewesen, dass der Reichskanzler, gegen seinen Willen, Verhandlungen mit Präsident Wilson aufnehmen musste. Mitte Oktober war es jedoch die Regierung, die das Tempo forcierte, während Hindenburg und Ludendorff sich in vagen Hoffnungen auf ein weiteres Durchhalten ergingen. Wie erklärt sich dieser Rollentausch?

Die Rolle der Regierung ist unschwer zu verstehen. Die Minister hatten den Ernst der militärischen Lage erst erfasst, als sie Ende September durch die dauernden Forderungen der OHL nach Waffenstillstandsverhandlungen sich gegen ihren Willen überzeugen lassen mussten. Aber sowie sie sich einmal über die wahre Situation im Klaren waren, zogen sie die notwendigen Konsequenzen und handelten entsprechend. Ausserdem wusste man in Berlin sehr wohl, dass Pessimismus, Mutlosigkeit und Misstrauen gegenüber dem kaiserlichen Regime sich im Oktober unter der Bevölkerung immer mehr ausgebreitet hatte. Anfang November war man sich der Tatsache bewusst, dass eine Einstellung der Feindseligkeiten nur unter der unmittelbaren Gefahr einer vollständigen Katastrophe aufgeschoben werden könne – insbesondere nachdem die Weigerung der Matrosen der Hochseeflotte, zum Angriff auf die britische Flotte auszufahren, gezeigt hatte, dass auch Angehörige der deutschen Streitkräfte nicht mehr bereit waren, ihr Leben für eine leere Geste aufs Spiel zu setzen. Das alles ist klar und verständlich.

Aber wie verhielt es sich mit der Haltung der OHL? Wie war es möglich, dass Hindenburg und Ludendorff, die Ende September sofortige Waffenstillstands Verhandlungen verlangt hatten, zwei Wochen später einer Weiterführung des Kampfes zugeeignet schienen?

War in der Zwischenzeit irgendetwas geschehen, um die Lage weniger hoffnungslos erscheinen zu lassen? Der Gang der Geschehnisse, den wir geschildert haben, stellt diese Möglichkeit ausser Frage. Wenn die militärische Lage Ende September be-

reits düster war, um wieviel düsterer war sie erst Mitte Oktober, als die alliierte Generaloffensive eingesetzt hatte und der unmittelbare Zusammenbruch der Südfront bevorstand.

Oder hatte die OHL Grund zu der Annahme, ihre erste Beurteilung der Situation sei zu pessimistisch gewesen? Wieder ist kein Zweifel möglich. Die OHL hatte keineswegs das Ausmass der Gefährdung der deutschen Armeen vom Westen und Süden her übertrieben, als sie der Regierung am 3. Oktober mitteilte, es bestehe keine weitere Möglichkeit, dem Gegner einen Frieden aufzuzwingen.

Nein, Ludendorffs und Hindenburgs Stellungswechsel ist nicht mit einer Besserung der militärischen Chancen oder der Entdeckung, dass eine frühere Beurteilung der Lage irrig war, zu erklären. Die Erklärung ist weitaus komplizierter.

Ludendorff hatte Ende September eine Nervenkrise durchgemacht. Im Oktober hatte er sich zeitweilig wieder erholt und war vielleicht wirklich geneigt, die Lage zu optimistisch anzusehen.

Zweitens besteht die Möglichkeit, dass die OHL das Ausmass der Erschöpfung und Kriegsmüdigkeit auf Seiten der Alliierten allzu optimistisch einschätzte.

Drittens wurde man sich auf deutscher Seite Mitte Oktober darüber klar, dass die Alliierten sich kaum zu einem Friedensschluss bereitfinden würden, solange der Kaiser an der Spitze des deutschen Reiches stünde. Möglich, dass ihn dieses Bewusstsein in seiner Stellungnahme gegen Waffenstillstands Verhandlungen bestärkt hat.

Aber Ludendorffs Stellungswechsel lag noch ein weiterer Faktor ganz anderer Art zugrunde. Ludendorff selbst gibt einen Schlüssel dazu. In einem Memorandum vom 31. Oktober – 5 Tage nach seiner Entlassung – erklärte er über die Umstände, die zu seiner Entlassung geführt haben:

«Unsere Lage hätte sich bestimmt nicht bessern können. Die Ereignisse im Süden mussten ihren Lauf nehmen – daran war nicht zu zweifeln. Aber eine gewaltige Anstrengung von Seiten der deutschen Nation würde eine ernüchternde Wirkung auf die Völker und Armeen von Frankreich und England, und wahrscheinlich auch von Amerika, gehabt haben. Wir hätten noch einige Monate länger aushalten können. Die Garnison einer Festung, die kapituliert, bevor sie gänzlich erschöpft ist, liegt unter dem Stigma der Unehre.»¹

Diese Erklärung ist in verschiedener Hinsicht aufschlussreich und wichtig. Erstens lässt Ludendorff keinen Zweifel daran, dass er, genau wie einen Monat vorher, der Meinung war, dass das deutsche Heer keine Hoffnung auf einen Sieg mehr habe. Die Behauptung, dass er – oder Hindenburg – die Niederlage für abwendbar hielt, entbehrt jeglicher Grundlage.

Aber Ludendorff glaubte wirklich – oder behauptete dies, zumindest, – dass das deutsche Heer mit einer Weiterführung des Kampfes für eine kurze Zeitspanne bessere Bedingungen ausschlagen könnte, als wenn es sofort kapitulieren würde. Und er behauptete ferner, der Überzeugung zu sein, dass eine Kapitulation, bevor völlige Erschöpfung erreicht ist, ehrwidrig ist. Dieser letzte Punkt, wenn er ehrlich gemeint ist, muss Ludendorff ja auch gegenwärtig gewesen sein, als er und Hindenburg einen Monat vorher die Eröffnung von Waffenstillstandsverhandlungen gefordert hatten. Schliesslich kann es nicht ehrenhaft sein, im September die Waffen zu strecken, aber ehrwidrig, das gleiche im Oktober zu tun, insbesondere nachdem sich die militärische Lage inzwischen noch weiter verschlechtert hat!

¹ Siehe den amtlichen Bericht der deutschen parlamentarischen Untersuchungskommission, «Die Ursachen des Zusammenbruchs im Jahre 1918», Bd. II, S. 367.

Folglich war Ludendorff an einer der beiden Gelegenheiten — oder an beiden — nicht aufrichtig. Entweder wollten er und Hindenburg Anfang Oktober wirklich keinen Waffenstillstand — oder hielt er Ende Oktober einen Waffenstillstand wirklich für ehrwidrig — oder, nachdem diese beiden Alternativen einander nicht ausschliessen, wollte er *weder* einen Waffenstillstand *noch* hielt er einen solchen für ehrwidrig.

Ich bin davon überzeugt, dass diese letztere Variante die wahre Erklärung für die Stellung ist, die Ludendorff und Hindenburg in dem schicksalsschweren Monat Oktober 1918 eingenommen haben. Mit anderen Worten: ich glaube, dass die Forderung nach einem Waffenstillstand Ende September zumindest in gewisser Hinsicht ein strategisches Täuschungsmanöver darstellte, das nicht nur gegen die Alliierten, sondern auch gegen die deutsche Regierung und das deutsche Volk gerichtet war. Und ich glaube ferner, dass das Memorandum vom 31. Oktober gleichfalls ein Täuschungsmanöver, wenn auch ein grundverschiedenes und viel schwerwiegenderes, darstellte.

Hindenburg und Ludendorff wollten Ende September vor allem *Zeit* gewinnen. Ihnen lag viel mehr an Waffenstillstandsverhandlungen als an einem Waffenstillstand, und viel mehr an einem Waffenstillstand als an einem Friedensschluss. Ihre Ansicht war: so hoffnungslos auch die militärische Lage auf längere oder längste Sicht hinaus aussah, so besass Deutschland dennoch, kurzfristig gesehen, ein wertvolles Schacherpfand — nämlich die Tatsache, dass es, wenn nötig, den Kampf noch einige Monate fortsetzen konnte. Dieses Schacherpfand musste unter allen Umständen intakt bleiben, nicht nur während der Waffenstillstandsverhandlungen, sondern auch während der darauffolgenden Friedensverhandlungen. Nur auf diese Weise, so dachten sie, könne Deutschland verhältnismässig günstige Friedensbedingungen erhoffen.

Der Plan misslang, weil Präsident Wilson die deutschen Overtüren zurückwies. Aber es wäre schon lohnenswert, sich einmal kurz zu überlegen, was man sich deutscherseits davon erhofft hatte. Angenommen, die Alliierten hätten sich zu den von Hindenburg und Ludendorff gewünschten Bedingungen mit einem Waffenstillstand einverstanden erklärt; zu Bedingungen, die bis zum Abschluss einer endgültigen Regelung das deutsche Heer intakt und im Besitz zumindest eines Teiles von Belgien und Nordfrankreich belassen hätten. Der alliierte Vormarsch wäre während der Dauer der Waffenstillstandsverhandlungen stehen geblieben, und Deutschland hätte eine Atempause erhalten. Diese Atempause hätte es ausgenutzt. Man hätte Zeit gefunden, um die weitere Auskämmung der Industrie durchzuführen, die Ludendorff gegenüber dem Kriegskabinett am 17. Oktober erwähnt hatte. Neue Abwehrstellungen hätten bezogen werden können – wahrscheinlich weit hinter der Front, wahrscheinlich sogar an den Reichsgrenzen oder auf Reichsgebiet; Divisionen hätten neugebildet, kampfmüde Formationen durch frische ersetzt werden können; und vor allem: die OHL hätte die lebenswichtigen Bahnlinien beiderseits der Ardennen ungestört benutzen können – entweder zur Verstärkung der Front oder, falls ein allgemeiner Rückzug geplant wäre, zur Zurücknahme der Hauptarmeen auf Aachen und die Mosel oder gar auf das rechte Rheinufer. Deutschland wäre dann – dank der Atempause – in einer weit besseren Lage für einen Schacher mit den Alliierten gewesen. Denn wenn die Bedingungen der Alliierten zu streng wären, könnte Deutschland mit einem Abbruch der Verhandlungen drohen; und die Alliierten stünden dann vor der Aufgabe, den Kampf unter weit ungünstigeren Voraussetzungen als zu Beginn der Atempause wieder aufzunehmen – und in dem Bewusstsein, dass das Endergebnis zwar nach wie vor ausser Zweifel stand, dass es aber nur unter schweren Kosten und Mühen erreicht werden könne.

Ein weiterer, noch komplizierterer Gedankengang war damit verbunden. Die OHL wusste, dass in demokratischen Ländern jedes Vorgehen einer Regierung von der öffentlichen Meinung beeinflusst wird. Könnte diese Tatsache nicht zu ihrem Nutzen verwendet werden? Angenommen, sie – die OHL – erkläre sich zu Waffenstillstands Verhandlungen bereit; diese Tatsache würde zweifellos, wenn sie in England, Frankreich und Amerika allgemein bekannt würde, bei der Bevölkerung Jubel und Erleichterung über das bevorstehende Ende des Krieges auslösen.¹ Und wieviel grösser würde dieser Jubel sein, wenn der Waffenstillstand tatsächlich abgeschlossen wäre und die Vertreter der kriegführenden Mächte bereits am Konferenztisch sässen, um Friedensbedingungen zu diktieren; in diesem Falle würden die Regierungen der Alliierten, selbst wenn sie lieber den Kampf wieder aufnehmen als zu milde Bedingungen genehmigen würden, sich vielleicht dem Druck der öffentlichen Meinung in ihren Heimatländern beugen müssen. Auf diese Weise – sozusagen durch direkte Einflussnahme auf die Völker der Alliierten, über die Köpfe ihrer Regierungen hinweg – könnte Deutschland vielleicht eine günstigere Behandlung erreichen als auf der Basis militärischer Erwägungen am Verhandlungstisch.

Ich zweifle nicht daran, dass derartige Gedanken bei der politischen Ausrichtung der OHL in den letzten zwei Kriegsmonaten eine wesentliche Rolle gespielt haben. Als Beleg hierfür zitiere ich nochmals Ludendorffs eigene Worte: «Eine gewaltige Anstrengung von Seiten der deutschen Nation würde eine *ernüchternde Wirkung* auf die *Völker und Armeen* der Alliierten

¹ In Wirklichkeit kam die Meldung vom deutschen Waffenstillstandsansuchen völlig überraschend – nicht nur für die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern, sondern auch, wie Mr. Churchill vor einigen Jahren nochmals erwähnte, für die alliierten Regierungen, die zu diesem Zeitpunkt davon überzeugt waren, dass der Krieg bis zum Frühjahr 1919 andauern werde.

ten gehabt haben.» Und Prinz Max von Baden schrieb später über die Einstellung der damaligen deutschen Führung zu Friedensverhandlungen als Werkzeug einer nationalen Politik: «Die OHL sah wahrscheinlich in Wilsons Vierzehn Punkten eine bloße Sammlung von Phrasen, die eine geschickte Diplomatie am Konferenztisch in einem für Deutschland günstigen Sinne auslegen könnte.»¹

Gerade diese Einstellung hatte sich fast zwei Jahre früher gezeigt, zurzeit des berühmten «Friedensangebots» der Mittelmächte an die Alliierten, auf das wir später zurückkommen wollen. Dieses Friedensangebot war nicht ehrlich gemeint; das beweist schon seine Formulierung. Seine Aufgabe – neben anderen – war, die öffentliche Meinung in den Demokratien des Westens zu spalten und zu schwächen. Einige Leute in England oder Frankreich wären vielleicht geneigt, es ernst zu nehmen; andere wieder würden es zurückweisen; alle würden sich jedoch dadurch in einen falschen Optimismus versetzen lassen, der letzten Endes, nach Ansicht der deutschen Führung, die Einmütigkeit und den Kampfgeist der Hauptgegner Deutschlands beeinträchtigen würde.²

Aber der Wunsch, einen diplomatischen Erfolg zu erreichen und «den Krieg mit anderen Mitteln weiterzuführen», war nicht die alleinige Triebfeder Ludendorffs für den Zickzackweg, den er und Hindenburg in den letzten sechs Wochen vor Abschluss des Waffenstillstands verfolgt haben. Sie hatten noch etwas anderes im Sinne: sie wollten die Verantwortung für das Eingeständnis der deutschen Niederlage nicht selber tragen, sondern vielmehr der Reichsregierung aufbürden.

Um dieses Ziel zu erreichen, musste die Regierung zuerst zu der Überzeugung gebracht werden, dass der Krieg bereits ver-

¹ Erinnerungen des Prinzen Max von Baden, Bd. II, S. 24.

² Wortlaut dieses Angebots und weitere Gründe, die es veranlassten, siehe Kapitel VI.

loren war. Die Vorbereitungen dafür waren im August bei einer Aussprache zwischen Hindenburg und dem damaligen Reichskanzler Hertling (im Beisein des Aussenministers Hintze) und am gleichen Tage (am 14. August) in Ludendorffs Erklärung an den Kronrat getroffen worden. Als die Regierung sich unerwarteterweise als starrköpfig erwies, griff man zu anderen Methoden; man wandte sich direkt an den Kaiser (29. September). Während der nächstfolgenden Tage wurden die Zivilisten unter dauernden Druck gesetzt, bis der neue Kanzler Prinz Max schliesslich nachgab (s. o.). Er war es, und nicht Hindenburg, der am 3. Oktober die Botschaft an Präsident Wilson unterzeichnete. Und von diesem Tage an gingen alle Verhandlungsvorschläge scheinbar von den Zivilbehörden aus. Selbst die Waffenstillstandsdelegation, die Marschall Foch in Compiègne aufsuchte, wurde von der Regierung gestellt. Das Heer hatte lediglich einen Verbindungsoffizier in der Person des Generals von Winterfeldt entsandt. Folglich konnte die Oberste Heeresleitung später erklären, *sie* habe mit den Verhandlungen für die Einstellungen der Feindseligkeiten nichts zu tun gehabt.

Aber der OHL genügte es nicht, sich einfach von den Verhandlungen, die sie selbst herbeigeführt hatte, zu distanzieren. Um ihre Behauptung, der Ehrenschild des *Heeres* (im Gegensatz zu dem des deutschen Volkes) sei unbefleckt, zu belegen, mussten Hindenburg und Ludendorff sich den Anschein geben, als würden sie gegen die Verhandlungen *Einspruch* erheben. Dies geschah auch – durch Ludendorff in seiner Aussprache mit Prinz Max und in seiner Sitzung mit dem Kriegskabinett eine Woche später – und durch Hindenburg in seiner Proklamation an das Heer vom 24. Oktober. Die Tatsache ist zu beachten, dass weder Ludendorff noch Hindenburg in irgendeiner ihrer Äusserungen ausdrücklich *gegen* eine Weiterführung der Waffenstillstandsverhandlungen einschritten. Das konnten sie nicht riskieren, damit sie nicht beim Wort genommen und die

Verhandlungen abgebrochen würden. Aber sie manövrierten sich in eine Position, in der sie, die Soldaten, scheinbar – ohne Erfolg – für eine Weiterführung des Krieges eintraten, während ein defaitistischer Zivilistenklüngel die Forderung nach Frieden erhob.

Es war ein geschicktes Manöver, das die Voraussetzungen schuf für die spätere Behauptung, im ersten Weltkrieg sei das deutsche Heer bis zum Schluss unbesiegt geblieben. Aber hinter den Kulissen redete man eine andere Sprache. Am 6. November hatte General Gröner dem Reichskanzler Prinz Max von Baden erklärt, die Kapitulation des Heeres sei nur noch eine Frage von Tagen. Und als der Leiter der Waffenstillstandsdelegation, Erzberger, vor seiner Abreise nach Compiègne mit Hindenburg sprach, da erklärte ihm der Oberbefehlshaber, um des Heeres willen müsse er, Erzberger, jede Bedingung der Alliierten annehmen. Zu diesem Zeitpunkt war die militärische Lage nicht nur auf lange Sicht betrachtet hoffnungslos – das war sie ja bereits seit Ende September – sie war geradezu verzweifelt. Die Regierung musste sich mit der Führung der Verhandlungen beeilen; sonst hätte das Heer vielleicht kapitulieren müssen. Prinz Max von Baden zeigte in seinen Memoiren, dass auch er den Hindenburg-Ludendorff-Standpunkt in dieser Frage teilte und akzeptierte. «Vor allem waren wir darüber erleichtert», schreibt er, «dass zumindest das *Heer* nicht Foch aufwarten musste.»¹ Das war, nachdem er wusste, dass die Alliierten bereit waren, mit der Regierung über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Foch selber war, wie bekannt wurde, gegen dieses Zugeständnis eingestellt. Er wollte die Kapitulation des deutschen Heeres entgegennehmen, und die Beweise, die ich soeben angeführt habe, lassen keinen Zweifel daran, dass er nicht mehr allzulang darauf hätte warten müssen. Aber seine Ansicht konnte sich gegen die der Regierungen der Westmächte

¹ Erinnerungen des Prinzen Max von Baden, Bd. II, S. 305.

nicht behaupten; die Folge war, dass Ludendorffs Plan zumindest zum Teil Erfolg hatte. Sein erstes Ziel, Deutschlands Kampffähigkeit als Schacherpfand zur Durchsetzung milderer Waffenstillstandsbedingungen zu benutzen, hat er nicht erreicht. Aber er hat «sein Heer gerettet» – vor der Demütigung einer formellen Kapitulation. Und damit hat er die Voraussetzung für die Lehre vom «Dolchstoß-in-den-Rücken» geschaffen.

3.

Ursprung und Übernahme der Dolchstoßtheorie sind interessant und aufschlussreich. Kurz nach dem Abschluss des Waffenstillstandes speiste ein britischer General, Sir Neill Malcolm, mit Ludendorff in Berlin. Das Gespräch kam auf die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs. Ludendorff suchte natürlich – verständlicherweise – nach Erklärungen, die ihn selber und seine eigene Strategie entlasten und den Ruf des deutschen Heeres nicht beeinträchtigen würden. Er fand sie in langen Beschwerden, die er mit charakteristischer Phrasenhaftigkeit und Verschwommenheit vorbrachte, gegen die Reichsregierung und die Zivilbevölkerung, die ihn, so erklärte er, nicht unterstützt, die ihn im Stich gelassen, die sich des Erbguts eines Kämpfervolkes unwert erwiesen hatte. General Malcolm versuchte, Ludendorffs Gedanken knapper zu formulieren: «Wollen Sie damit sagen, General Ludendorff», fragte er skeptisch, «dass man Ihnen einen – Dolchstoß in den Rücken versetzt hat?» Ludendorffs Auge leuchtete auf, als er diesen Ausdruck hörte. «Das stimmt», schrie er; «man hat uns einen Dolchstoß in den Rücken versetzt, einen *Dolchstoß in den Rücken!*» In den folgenden Monaten sorgte er dafür, dass der Gedanke, ja die Redensart vom «Dolchstoß in den Rücken» sich in den Hirnen seiner Freunde und Kollegen festsetzte. Das gelang ihm so gut, dass Hindenburg, als er mehrere Monate später, im

November 1919, im Reichstagsgebäude vor der Kommission zur Untersuchung der Führung des Krieges seine Aussage machte, folgende zusammenfassende Erklärung abgab:

«Unsere wiederholte Forderung nach Aufrechterhaltung strenger Disziplin und strenger Durchführung des Gesetzes stiess auf keinen Erfolg. Unsere Operationen mussten folglich scheitern, und der Zusammenbruch war unvermeidlich. Die Revolution war lediglich der letzte Strohalm. Wie ein englischer General sehr richtig gesagt hat: Das deutsche Heer hat einen Dolchstoss in den Rücken erhalten.»¹

So wurde die Dolchstosstheorie vom Stapel gelassen, mit dem amtlichen Segen des deutschen Oberbefehlshabers. Dass ihre Vaterschaft einem britischen General zugesprochen wurde, erwies sich nur als eine weitere Stütze, da viele Deutsche, die gegenüber einer alleinigen Urheberschaft Hindenburgs und Ludendorffs vielleicht skeptisch geblieben wären, sich eines anderen belehren liessen, als sie hörten, die Erklärung stamme von einem Vertreter des feindlichen Auslands. Aber selbst wenn die hier angeführte wahre Herkunft der Dolchstosstheorie in Deutschland verbreitet worden wäre, hätte dies letzten Endes keinen Einfluss auf ihre Popularität gehabt. Denn es war eine

¹ Wheeler-Bennett, «Hindenburg, the Wooden Titan», S. 238. Zu dieser Zeit waren weite Kreise der Ansicht, der englische General, von dem Hindenburg sprach, sei Sir Frederick Maurice, der angeblich die Dolchstosstheorie in seinem Buch «The last four months of the War» unterstützt habe. Das Buch enthält jedoch nichts, das auch nur im Entferntesten mit dieser oder einer ähnlichen Theorie zusammenhängt, und Sir Frederick Maurice erklärte in einem formellen Dementi an die deutsche Presse kategorisch: «Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die deutschen Armeen auf dem Schlachtfeld gründlich und entscheidend besiegt worden sind.» Dieses Dementi war bald in Vergessenheit geraten. Es ist kaum daran zu zweifeln, dass die Verbindung der Theorie mit «einem englischen General» in Wirklichkeit auf das oben geschilderte Tischgespräch zwischen Ludendorff und General Malcolm zurückgeht.

Geschichte, die viele Leute aus persönlichen Gründen erzählen und wahrhaben wollten. Sie gab vielen patriotischen Deutschen, die die Niederlage Deutschlands als Erniedrigung empfanden, die Versicherung, dass wenigstens das deutsche Heer sich seine Ehre und seinen Anspruch auf Unbesiegbarkeit bewahrt habe. Den militärischen Führern bot sie eine willkommene Entgegnung auf jede Behauptung, der ungünstige Ausgang des Krieges sei auf ihre strategischen Fehler zurückzuführen. Den Offizieren und Soldaten war sie ein Mittel zur Wahrung ihrer Selbstachtung und ihres Vertrauens auf die Zukunft. Den Propagandisten und Nationalsozialisten schliesslich war sie eine herrliche Waffe zur Aufrechterhaltung und Neubelebung des Glaubens an die deutsche Kämpferrasse und an den Krieg als berechtigtes, ehrenvolles und vielverheissendes Mittel zur Förderung einer nationalen Politik. Die Theorie wurde von zahllosen Schriftstellern aufgegriffen, die dabei keineswegs nur nationalistische oder imperialistische Ansichten vertraten.¹ Wenige Jahre nach Friedensschluss betrachtete wahrscheinlich die Mehrheit des deutschen Volkes die Theorie als die unumstrittene, allgemein anerkannte Wahrheit.

Es gab jedoch Ausnahmen zu dieser Regel – Deutsche, die die Theorie nicht nur als wahrheitswidrig, sondern als eine grundlose Beleidigung des deutschen Volkes ansahen. Ihr Gesichtspunkt kam im Oktober 1925, sieben Jahre nach Kriegsende, zum öffentlichen Ausdruck. Die Gelegenheit war ein Gerichtsverfahren, bei dem zwei Münchner Redakteure einander gegenüberstanden. Professor Cossmann hatte seit einiger Zeit in seiner Zeitschrift, den «Süddeutschen Monatsheften», die Dolchstossthese ausführlich behandelt und vertreten. Daraufhin trat die sozialdemokratische «Münchener Post» auf den Plan und

¹ Eine der klarsten Fassungen der Theorie stammte aus der Feder eines Liberalen, Dr. Edgar Stern-Rubarth, dem damaligen Schriftleiter des WTB, in dessen Buch «Die Propaganda als Politisches Instrument».

beschuldigte Cossmann der Geschichtsverdrehung und politischen Brunnen Vergiftung. Die Folge war eine Beleidigungsklage Cossmanns gegen den Schriftleiter der «Münchener Post». Beide Parteien stellten eine grosse Anzahl von Zeugen; Hauptgegenstand des Prozesses war natürlich die Frage: war es, rein historisch gesehen, wahr oder unwahr, dass das deutsche Heer einen Dolchstoss in den Rücken erhalten hatte. Unter den Zeugen, die die historische Wahrheit der Theorie verneinten, waren zwei, deren Aussage besondere Beachtung verdient. Der erste war General Kuhl, ehemaliger Generalstabschef der Heeresgruppe Rupprecht. Kuhls Aussage ist besonders deshalb interessant, weil er vom Kläger als Zeuge aufgerufen wurde – d.h. von Cossmann und den Dolchstosstheoretikern. Kuhl sagte unter anderem: «Wir hätten den Krieg noch länger fortsetzen können . . . allerdings nicht bis zu einem siegreichen Abschluss, ein Endsieg war nicht mehr möglich ... Ich bin davon überzeugt, dass der Krieg mit dem Scheitern der Frühjahrsoffensive verloren war.» Und General Kuhl fuhr fort: «Nach meiner Ansicht ist es nicht richtig, die Redensart «Dolchstoss in den Rücken» in ihrem üblichen Sinne zu gebrauchen, als sei das Heer siegreich gewesen, aber von der Heimat im Rücken angegriffen worden, und als sei das der einzige Grund, warum wir den Krieg verloren haben.»¹

Der zweite Zeuge, dessen Aussage wir hier zitieren wollen, war Dr. Eugen Fischer, ein ehemaliger Offizier, der später Sekretär der parlamentarischen Untersuchungskommission gewesen war, vor der Hindenburg zum erstenmal in aller Form die Dolchstosstheorie verkündete. Dr. Fischer ging noch weiter als General Kuhl. Er erklärte:

«Dass es einen Dolchstoss in den Rücken gegeben haben soll, muss ich glatt verneinen. Ich bin überzeugt, dass der Gedanke

¹ «Der Dolchstoss-Prozess, eine Ehrenrettung des Deutschen Volkes», Oktober-November 1925, S. 90–92.

nur aufgetaucht ist, weil die Rechtsparteien einen Sündenbock brauchten . . . Sie wollten die Vergangenheit wiederherstellen und riefen nach einem Sündenbock, um die Behörden der Vergangenheit vor der Schande zu retten – und ihr Ruf fand seinen Ausdruck in der Legende, dem Schlagwort, der Illusion vom Dolchstoss in den Rücken.»¹

Aber diese Stimmen blieben in der Minderzahl. Cossmann gewann seinen Prozess gegen Guber, und der Prozess hat zweifellos bei der Mehrheit des deutschen Volkes nur die Ansicht verstärkt, dass die Dolchstosstheorie eine feststehende Tatsache darstellte. Als die Nationalsozialisten acht Jahre später an die Macht kamen, fanden sie den Boden vorgedüngt für ihre eigene Ergänzungsformel zur Dolchstosstheorie: «Das nächste Mal wird es anders ausgehen; das nächste Mal werden wir siegen.»

4.

Das ist die Geschichte vom Aufstieg der Dolchstosstheorie. Wie steht es mit ihrer Berechtigung? Man hätte annehmen sollen, die bisher angeführten Tatsachen hätten diese Frage zur Genüge beantwortet. Aber viele Deutsche, denen die Tatsachen wohlbekannt waren, haben die Theorie dennoch leidenschaftlich vertreten. Womit begründen sie ihre Ansicht?

Hier muss zwischen drei Fragen, oder Gruppen von Fragen, unterschieden werden. Erstens, ist das deutsche Heer im ersten Weltkrieg besiegt worden; und wenn ja, in welchem Sinne «besiegt»? Zweitens, falls das deutsche Heer besiegt worden ist, auf welche Gründe ist seine Niederlage zurückzuführen? Und drittens, falls diese Gründe nicht vorhanden gewesen wären oder hätten ausgeschaltet werden können, wie wäre dann der Krieg ausgegangen? Nehmen wir uns diese Fragen der Reihe nach vor.

¹ Ebenda, S. 355.

Die Frage, ob das deutsche Heer besiegt oder nicht besiegt worden ist, ist angesichts der bisher angeführten historischen Ereignisse im Wesentlichen ein Spiel mit Worten. Das deutsche Heer ist nicht besiegt worden, *falls* «besiegt» gleichbedeutend ist mit «total vernichtet» oder «zerschlagen». Viele Deutsche haben mit nicht unberechtigtem Stolz auf die Tatsache hingewiesen, dass es auch während der grossen Rückzüge des Sommers und Herbstes 1918 intakt und ein «Heer» blieb.

Das deutsche Heer hat auch, zweitens, nicht vor seinen Gegnern auf dem Schlachtfeld kapituliert. Wie wir festgestellt haben, war es die Reichsregierung unter dem Reichskanzler, Prinz Max von Baden, die onus und odium der Waffenstillstandsverhandlungen auf sich nahmen.

Andererseits war jedoch das deutsche Heer in unzähligen Gefechten und Schlachten einwandfrei besiegt worden, hatte die Initiative völlig verloren, war in vollem Rückzug, hatte innerhalb von drei Monaten die Hälfte seines Bestandes an Truppen und Artillerie geopfert, hatte keine Reserven mehr und sah sich einer ständig wachsenden zahlenmässigen, materiellen und technischen Überlegenheit gegenüber.

Nicht nur das, sondern Anfang November 1918 wurde auch zugegeben – von Gröner gegenüber dem Reichskanzler, von Hindenburg gegenüber Erzberger ¹ – dass, sofern die Feindseligkeiten nicht sofort eingestellt würden, ganz gleich zu welchen Bedingungen, das Heer der Massenskapitulation nicht entgehen könne. Wie wir gesehen haben, kam der Waffenstillstand noch gerade zurzeit, um es vor diesem Schicksal zu bewahren. Dazu kommt noch: obwohl das Heer immer noch im grossen Rahmen Ordnung und Disziplin wahrte, häuften sich innerhalb seiner Formationen die Fälle von Unzufriedenheit, Insubordination und Fahnenflucht. Auf die Bedeutung dieser Erscheinungen und auf ihre Auswertung durch die Dolchstoss-

¹ S. o., S. 30.

theoretiker werden wir in Kürze zurückkommen; für den Augenblick wollen wir bei den Tatsachen bleiben. Bereits im Monat August erhielt Ludendorff nach seinen eigenen Angaben die Mitteilung, dass «zurückfallende Truppen einer frischen Division, die tapfer zum Angriff marschierte, das Wort «Streikbrecher» zuriefen.»¹ Anfang Oktober sagte er der Regierung: «Die Truppe hält heute noch aus – aber niemand weiss, was morgen geschehen kann».² Kurz, es kann kein Zweifel sein, dass im November der Zusammenbruch des deutschen Heeres unmittelbar bevorstand.

Unter diesen Umständen zu behaupten, das deutsche Heer sei im ersten Weltkrieg im Felde unbesiegt geblieben, ist einfach ein Spiel mit Worten. Man denke an das Beispiel des Boxers am Ende eines langen, schweren Kampfes. Er hat in den letzten Runden schwere Schläge einstecken müssen und nähert sich dem Ende seiner Kraft. Noch ist er nicht k. o. geschlagen oder zusammengebrochen; aber das ist nur eine Frage von Minuten oder Sekunden; folglich entscheiden seine Sekundanten, dass eine Verlängerung seiner Agonie sinnlos ist und werfen das Handtuch in den Ring. Dieser Boxer ist besiegt, er hat den Kampf gegen seinen Gegner verloren; seine Freunde und Anhänger mögen versuchen, seine Niederlage zu entschuldigen oder zu erklären – aber kein vernünftiger Mensch wird sie *bestreiten* wollen!

Lassen Sie mich die Frage von einem weitem Gesichtspunkt her beleuchten. Was verstehen wir unter dem Begriff «Heer»? Es ist eine Formation von Männern, die für den Kampf bestimmt sind und deren Ausbildung, Ausrüstung, Organisation und Disziplin ganz unter diesem Zeichen stehen. Als Formation ist es weder etwas Anderes noch etwas Höherstehendes als die

¹ «Kriegserinnerungen», S. 351.

² Diese Erklärung war in einem Telegramm der OHL an das deutsche Aussenamt vom 1. Oktober enthalten.

Menschen (und Geräte), aus denen es besteht – es ist einfach die Summe seiner Glieder, deren Zusammensetzung und Verhalten eigenen Gesetzen folgen. Daraus folgert: wenn diese menschlichen Wesen in ihrer Aufgabe versagen – wenn ihr Kommandeur strategische oder taktische Fehler begeht, wenn die Offiziere den Truppen falsche Befehle erteilen, wenn die Truppen selber zu erschöpft oder demoralisiert sind, um ihre Befehle auszuführen – dann ist das Heer kein gutes Heer mehr, dann hat seine Kampfkraft nachgelassen. Mit andern Worten: wir können keinen Unterschied zwischen der Kampffähigkeit eines Heeres und der Kampffähigkeit seiner Soldaten machen; oder vielmehr, wenn wir einen solchen Unterschied machen, dann ist das nicht ein Unterschied zwischen zwei unabhängigen Grössen, sondern nur zwischen zwei Ausdrucksvarianten für ein und dieselbe Sache.

Eine der Hauptursachen, warum nach Ansicht der OHL im Herbst 1918 sich ein Waffenstillstand nötig machte, war, wie wir gesehen haben, die Tatsache, dass die Soldaten des deutschen Heeres demoralisiert und unzuverlässig wurden. Das traf durchaus nicht auf alle zu. Für hundert Soldaten, die «Streikbrecher» riefen, gab es hundert, ja vielleicht noch viel mehr, die weiterhin bereit und willig waren, den Kampf tapfer fortzusetzen. Dennoch war der Prozentsatz von erschöpften und demoralisierten Soldaten so hoch, dass das deutsche *Heer* in seiner Gesamtheit ernstlich geschwächt war – insbesondere im Hinblick auf seine schweren Verluste an Truppen und Gerät – so ernstlich geschwächt, dass seine kommandierenden Generale zugeben mussten, dass keine Hoffnung auf einen Sieg bestand.

Auch dies bedeutet, wenn Worte überhaupt eine Bedeutung haben, dass das deutsche Heer im Herbst 1918 besiegt war. Um nochmals auf das Bild des Boxers zurückzugreifen: wenn einer seiner Arme so erschöpft ist, dass er damit nicht mehr zurück-

schlagen kann, oder wenn eines seiner Beine so erschöpft ist, dass er seinem Gegner nicht mehr ausweichen kann – dann mag dies erklären, wieso der Boxer den Kampf verloren hat; aber die Tatsache des verlorenen Kampfes ändert es nicht. Was würden wir etwa zu der Behauptung des Boxers sagen, er selber sei unbesiegt geblieben, nur sein linker Arm oder sein rechtes Bein hätten ihn verraten? Dennoch ist ein ganz ähnliches Argument, hinsichtlich der Beschaffenheit des deutschen Heeres im Jahre 1918, in den Zwanziger- und Dreissigerjahren in Deutschland überaus ernst genommen worden. Dafür waren zwei Gründe vorhanden: Erstens das Streben der Berufsoffiziere, von Hindenburg abwärts, sich von jedem Anteil an der Schuld für Deutschlands Niederlage zu lösen. In ihren Augen war «das Heer» immer gleichbedeutend gewesen mit dem Offizierskorps, dem Kern und Zentrum des Kampf Organismus, mit seinen Traditionen, seinem Korpsgeist und seinem soldatischen Ehrenkode; und wenn sie das Heer verteidigten, dann verteidigten sie in Wirklichkeit sich selber. Ihr Argument lautete einfach: «Die Niederlage des deutschen Heeres war auf Schlappheit unter der Truppe, auf mangelnde Unterstützung durch die Heimat, auf alle möglichen anderen Faktoren zurückzuführen – aber *nicht* auf Fehler der militärischen Führung.» Mit anderen Worten: Der Boxer verlor seinen Kampf, weil seine Arme oder Beine versagten – oder weil seine Handschuhe nichts taugten – oder weil man ihm im Training nicht genug Beefsteak zu essen gegeben hatte; aber sein Gehirn funktionierte während des ganzen Kampfes tadellos und hätte ihn bestimmt noch ein oder zwei Runden weitergeführt, wenn nur seine anderen Körperteile durchgehalten hätten!

Zweitens war natürlich die Phrase von dem unbesiegt gebliebenen Heer ein Werkzeug von unschätzbarem Werte in den Händen aller derjenigen, die auf einen zweiten Weltkrieg hinarbeiteten. Sage deinem Boxer, er sei in seinem letzten Kampf eigentlich

gar nicht *richtig* besiegt worden; um wieviel eher wird er willens sein, ein zweites Mal in den Ring zu steigen – um wieviel siegesgewisser wird er sein, wenn der Gong wieder zur ersten Runde ertönt.

Die Schlussfolgerung ist unausweichlich: das deutsche Heer *ist* im ersten Weltkrieg besiegt worden, «besiegt» in dem einzig berechtigten und wesentlichen Sinne des Wortes. Man kann diese Tatsache auf die verschiedenste Weise erklären oder gar entschuldigen; man kann sie aber nicht bestreiten – denn es ist eine einwandfreie, historische Tatsache.

5.

Zugegeben also, dass das deutsche Heer im ersten Weltkrieg besiegt wurde – selbst wenn der Waffenstillstand es vor dem bevorstehenden Vernichtungsschlag gerettet hat – was waren die Gründe für seine Niederlage? Hier kommen wir zur zweiten Phase der Dolchstosstheorie – der Behauptung, die Niederlage des deutschen Heeres sei nicht auf die Kampftätigkeit des Gegners auf dem Schlachtfeld, sondern auf das Versagen der Heimat zurückzuführen.

Die Dolchstosstheoretiker behaupten nun nicht, dieses Versagen sei die einzige Ursache von Deutschlands Niederlage gewesen. Sie sind bereit, andere Erklärungen anzubringen – insbesondere die Wirkung der britischen Blockade und den Abfall der deutschen Verbündeten. Mit beiden brauchen wir uns hier nicht lange zu befassen. Zweifellos haben sie eine Rolle gespielt, einen Beitrag zur Endkatastrophe geleistet; die Blockade, indem sie Deutschland wichtige Rohstoffe entzog, indem sie es zwang, viel Zeit und Arbeit mit der Erzeugung von Ersatzstoffen zu vergeuden, indem sie es von seiner überseeischen Lebensmittelversorgung abschnitt; der Abfall der Bundesgenossen, indem er die Menschenreserven des deutschen Heeres aufs

Schwerste belastete. Von deutscher Seite ist die Blockade häufig als eine «unfaire» Waffe bezeichnet worden – allerdings nicht (soviel ich ermitteln kann) in Verbindung mit dem deutschen U-Bootkrieg gegen England. Gleichzeitig hat man versucht, darin Trost zu finden, indem man Deutschlands Verbündete wegen ihrer «Fahnenflucht» vor dem Ende des Krieges beschimpfte. Mit der Frage der Berechtigung dieser Behauptungen wollen wir uns hier nicht befassen ^x. Es soll in diesem Zusammenhang nur nochmals darauf hingewiesen werden, dass man Deutschlands Niederlage damit vielleicht bis zu einem gewissen Grade erklären, aber keineswegs aus der Welt schaffen kann. Diese «Erklärungen» mögen zeigen, dass Deutschlands Niederlage nichts Diskreditierendes an sich hat, was allerdings von einiger Bedeutung ist. Die *Tatsache* der Niederlage können sie jedoch nicht widerlegen.

Die Dolchstosstheorie als Erklärung der Niederlage ist von ganz anderer Bedeutung. Sie will den Ruf des deutschen Heeres retten, und zwar nicht auf Kosten irgendeiner ausländischen, feindlichen oder neutralen Nation, sondern auf Kosten Deutschlands. Zwei Gruppen von Menschen innerhalb Deutschlands wird in verschiedenen Fassungen der Theorie der Vorwurf gemacht, sie hätten das Heer verraten. Manchmal war es die Regierung, die die Oberste Heeresleitung im Stich gelassen haben soll – manchmal die Bevölkerung, die das Heer im Stich liess. Das einzige Argument, das meines Wissens jemals für die erste der beiden Fassungen vorgebracht worden ist, bezieht sich auf die oben geschilderten Ereignisse vom Oktober 1918. Bis zu diesem Zeitpunkt war von irgendeinem Konflikt zwischen beiden niemals die Rede gewesen – im Gegenteil, Deutschlands militärische Führer konnten damit prahlen, dass Deutschland, im Gegensatz zu den Demokratien des Westens, ein Militärstaat war, in dem die Regierung in Kriegszeiten dem Heer

¹ Zur Frage der Blockade s. Kapitel II.

völlig unterstellt war. Unsere Betrachtung der Geschehnisse in den letzten sechs Wochen des Krieges hat gezeigt, dass die Regierung erst dann um einen Waffenstillstand eingekommen war, als die OHL es verlangte, ja als sie darauf bestand. Von einem «Dolchstoss» kann daher hier keine Rede sein.

War es nun das deutsche Volk, das versagt hat? In gewisser Hinsicht hat es wohl versagt, allerdings nur in begrenztem Ausmass. Nach vier Jahren Krieg, Entbehrungen und enttäuschten Hoffnungen war es müde und deprimiert; es sehnte sich nach Frieden. Diese Atmosphäre drang auch zur Front vor – in Briefen aus der Heimat und durch Urlauber. Wie wir jedoch in Kürze feststellen werden, war dieser Faktor keineswegs für die Misstimmung der Fronttruppe verantwortlich, die auf einem weitaus festeren Boden fusste als auf den gelegentlichen Trübsalbriefen von daheim. Auf jeden Fall wäre diese Basis ein geradezu lächerliches Fundament für ein Gerede vom «Dolchstoss in den Rücken».

Tatsache ist, dass die Moral der Heimatbevölkerung im grossen und ganzen im Endstadium des Krieges höher war als die Moral der kämpfenden Truppe. Wohl war es hier und da einmal in einer oder der anderen Rüstungsfabrik zu einem Streik gekommen. Auf der anderen Seite hatte es aber unter den Truppen Fälle von Fahnenflucht gegeben; und Fahnenflucht ist für den Soldaten etwas viel Ernsteres als Streik für den Fabrikarbeiter. Zudem hatte der Frontsoldat eher eine Ahnung, wie die Dinge standen; er sah die Stosskraft der alliierten Offensive; er wusste etwas von der Höhe der deutschen Verluste; von der deutschen Frühjahrsoffensive an hatte er auch einen

¹ Siehe hierzu Meinecke «Die deutsche Novemberrevolution», nachgedruckt in seinem Buch «Staat und Persönlichkeit». Die politisch denkende und aktive Minderheit auf der Linken war darüber hinaus besonders über den unverhohlenen Imperialismus der Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest bestürzt (siehe unten S. 66) wie auch darüber, dass die Kaiserliche Regierung keine der versprochenen demokratischen Reformen durchführte.

Begriff davon bekommen, wie gross die Überlegenheit der Alliierten an Lebensmitteln, Bekleidung, Material und Geschützen war. Dies alles blieb dem deutschen Zivilisten grossenteils verborgen. Er wusste nur das, was ihm seine Führer sagten. Und diese sprachen bis zum Schluss nur von Erfolgen und dem bevorstehenden Endsieg. Wenn er wirklich einen leisen Begriff von der wirklichen Situation besass, dann stammten seine Informationen von Fronturlaubern; mit anderen Worten: Das Heer übermittelte der Heimat zumindest in gleichem Masse Depression und Defaitismus wie die Heimat dem Heer. Im allgemeinen wusste der deutsche Zivilist jedoch nicht, wie schlecht der Krieg stand. Selbst die politischen Parteiführer im Reichstag wurden über die wahre Sachlage im Unklaren gelassen. Die Folge war, dass, als die Katastrophe kam, ihre Wirkung umso verheerender war, weil sie so unerwartet kam, und der einfache Deutsche konnte nur in verbitterter Bestürzung die Worte wiederholen, die Heydebrand durch die Wandelgänge des Reichstages rief: «Man hat uns belogen und betrogen».

Was hat nun das deutsche Volk getan, das die Dolchstossbeschuldigung rechtfertigen könnte?

Die Meuterei in Kiel beschränkte sich ausschliesslich auf die Marine und nicht auf die Zivilbevölkerung, und erfolgte auf alle Fälle viel zu spät, um den Ausgang des Krieges zu beeinflussen.

Die Revolution brach erst aus, als die Meldung von dem dringenden Nachsuchen um einen Waffenstillstand bereits bekannt

¹ Mehrere Deutsche, die im Jahre 1918 an der Westfront gekämpft hatten, haben mir erzählt: ein Eindruck sei ihnen unvergesslich, der ihnen mehr als irgendein anderer den Mut genommen hätte – Dinge vorzufinden wie Lederstiefel, Fleischkonserven usw., die die alliierten Truppen bei ihrem Rückzug im März/April liegen gelassen hatten. Dieser Anblick habe dem deutschen Soldaten die ungeheuren materiellen Kräfte der Alliierten anschaulich vor Augen geführt und der offiziellen deutschen Propaganda, «die Alliierten pfeifen auf dem letzten Loch», mit einem Schlag ein Ende gemacht.

war. Sie war nicht Ursache, sondern Ausdruck der Niederlage. War die Truppe vom Geiste des Bolschewismus angesteckt? Soweit dieser überhaupt bei der Demoralisierung der Armeen im Westen eine Rolle gespielt hat, lag sein Ursprung nicht in der Heimat, sondern in der Ostfront, und seine Träger waren Soldaten, die im Gespräch mit russischen Gefangenen einige neue Gedanken aufgeschnappt hatten. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass, falls an dieser «Bolschewisierung der Truppe» als Methode des Dolchstosses etwas Wahres war, die Verantwortung dafür bei den deutschen Militärbehörden ruht, die den russischen Bolschewismus absichtlich förderten, indem sie Lenin und Genossen aus der Schweiz nach Russland sandten und so mit einer Waffe spielten, deren Gefährlichkeit sie nicht zu ermessen wussten.

War es das Gift der britischen Propaganda? Hier muss ich persönlich und dogmatisch werden. Ich habe die Propaganda niemals für eine so mächtige Waffe angesehen, als die sie die Nationalsozialisten hingestellt haben. Ihre Erfolge waren weit weniger eklatant als ihre Versager. Allein wird sie nie etwas erreichen; sie kann bestenfalls auf nachweisbare Tatsachen hinweisen und an bereits vorhandene Hoffnungen oder Ängste appellieren. Um Mr. Churchill zu zitieren: «Wenn die Propaganda (der Alliierten) Erfolg hatte (im ersten Weltkrieg), dann nur, weil sie in deutschen Herzen einen Widerhall fand und Besorgnisse erweckte, die von Anfang an dort geschlummert hatten»¹. Wir müssen auch bedenken, dass die Möglichkeiten zur Fühlungnahme mit einem feindlichen Publikum im ersten Weltkrieg weitaus ungünstiger waren als im zweiten, und dass irgendwelche Propagandaaktionen die Truppen genauso gut erreichen mochten wie die Zivilbevölkerung. Das einzige konkrete Beispiel angeblicher Feindpropaganda, das überhaupt von den Dolchstosstheoretikern vorgebracht worden ist, hat tatsäch-

¹ Churchill, «The World Crisis», Bd. IV, S. 543.

lich weder Front noch Heimat erreicht– ich spreche von der Verkündung der Vierzehn Punkte. Ob diese Vierzehn Punkte wirklich den Charakter hatten, der ihnen später zugesprochen wurde, soll in einem andern Kapitel besprochen werden. Für den Augenblick wollen wir uns mit der Feststellung begnügen, dass sie an die deutsche Regierung gerichtet waren, während das deutsche Volk geraume Zeit lang entweder überhaupt nichts oder nur sehr wenig – es sei denn in Gestalt offizieller Verzerrungen – davon wusste. Die Behauptung, die deutsche Zivilbevölkerung hätte sich, nachdem sie von den Vierzehn Punkten gehört hätte, gegen das Heer gewandt und es zur Waffenstreckung gezwungen, ist keiner näheren Untersuchung wert, wie jeder Deutsche, der sich noch an das Jahr 1918 erinnern wird, bestätigen kann.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, dass keinerlei Grund zu der Beschuldigung vorhanden ist, die deutsche Zivilbevölkerung hätte das deutsche Heer im ersten Weltkrieg verraten oder sabotiert, sei es durch Demoralisierung oder Defaitismus, durch Bolschewismus, durch den Glauben an Feindpropaganda oder durch sonstige Mittel und Wege. Deutschland ist nicht deshalb besiegt worden, weil sein Volk und sein Heer demoralisiert waren; das deutsche Volk und sein Heer wurden demoralisiert, weil sie und als sie erkannten, dass Deutschland besiegt war. Die Geschichte vom Versagen der Zivilbevölkerung wurde in Umlauf gesetzt, um für «die Behörden der Vergangenheit» (um Dr. Eugen Fischers obenerwähnten Ausdruck zu zitieren) ein Alibi zu finden. Dass diese Leute ein Interesse daran hatten, diese Geschichte eifrigst zu verbreiten, ist verständlich. Aber für einen Nichtdeutschen ist es überraschend, festzustellen, dass das deutsche Volk selber eine so völlig unberechtigte Verleumdung seines eigenen Verhaltens nicht nur stillschweigend hingenommen, sondern mit leidenschaftlicher Überzeugung geglaubt hat.

6.

Dennoch war, wie wir gesehen haben, die deutsche Zivilbevölkerung – und mehr noch das Heer – im Herbst 1918 entmutigt und deprimiert. Und zweifellos hat diese allgemeine Erschlaffung genauso zur Verlangsamung der Rüstungsproduktion in der Heimat wie zur Minderung der Kampffähigkeit der Truppe an der Front beigetragen. Angenommen einmal, diese Misstimmungen wären nicht in Erscheinung getreten, angenommen, das deutsche Volk wäre auf irgendeine Weise im Jahre 1918 noch genau so frisch und unverbraucht gewesen wie bei Kriegsbeginn, wie wäre dann der Krieg ausgegangen?

Damit sind wir bei der dritten, und letzten Phase der Dolchstosstheorie angelangt. Die Dolchstosstheoretiker haben häufig erklärt, wenn Deutschland nur noch bis zum Frühjahr 1919 durchgehalten hätte, dann wäre seine Niederlage in einen Sieg verwandelt worden. Dieses Argument hat heute einen bitteren Beigeschmack; sein Zweck ist heute so offenkundig: beim deutschen Volke noch höhere Ausdauer zu bewirken, als es bereits im ersten Weltkrieg bewiesen hatte. Trotzdem soll auch dieses Argument hier kurz besprochen und abgetan werden.

Stellen wir zunächst die Tatsache fest, dass seinerzeit niemand, nicht einmal Ludendorff oder Hindenburg, behauptet hat, der Krieg hätte siegreich enden können, wenn er bis ins Jahr 1919 gedauert hätte. Sie sagten lediglich, in diesem Falle wären möglicherweise weniger ungünstige Friedensbedingungen zustande gekommen – und, wie wir gesehen haben, beruhte selbst hier die Hoffnung der OHL in Wirklichkeit nicht auf einer tatsächlichen Fortsetzung des Krieges, sondern nur auf der Fähigkeit, mit einer Weiterführung des Krieges zu drohen. Der Gedanke, die Niederlage sei durch eine Weiterführung des Kampfes zu verhüten gewesen, ist offensichtlich unsinnig, ja geradezu grotesk.

Zweitens, es ist sehr zweifelhaft, ob die Alliierten auf einen derartigen Bluff am Konferenztisch hereingefallen wären, selbst wenn Deutschland hierzu in der Lage gewesen wäre. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass sie bis zum letzten Augenblick mit einer Fortdauer des Krieges bis in das Jahr 1919 rechneten; alle Vorbereitungen für einen Vernichtungsschlag waren getroffen, der unmittelbar nach Beginn der wärmeren Jahreszeit geführt werden sollte. Die Behauptung, dass England (oder Amerika) im Jahre 1918 kurz vor dem Zusammenbruch stand, ist gleichfalls unsinnig.

Drittens, die Verlängerung des Krieges bis ins Frühjahr 1919 würde die Alliierten zwar Verluste gekostet haben, aber für Deutschland – den Schwächeren, im dauernden Rückzug (vielleicht sogar bis innerhalb der Reichsgrenzen) befindlichen, dem Ende seiner Kräfte nahen, um ein Vielfaches kostspieliger gewesen sein.

Und viertens, die Gefahr bestand, dass das deutsche Heer einen Rückzug überhaupt nicht durchführen konnte – dass es durch die Unterbrechung seiner lebenswichtigen Eisenbahnlinien in völlige Isolierung geraten würde.¹

Noch einmal kommen wir auf die entscheidende militärische Tatsache zurück: Als der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, war das deutsche Heer bereits besiegt. Eine Verlängerung des Krieges hätte die Katastrophe nur noch verschlimmert und die Verluste an Menschenleben auf beiden Seiten nutzlos erhöht. Und deshalb war es für die Regierung nicht einfach eine Sache gesunden Menschenverstandes, dem Kriege Einhalt zu gebieten; jeder andere Schritt wäre unverantwortlich, wäre verbrecherische Torheit gewesen. Das deutsche Volk hätte zweifellos noch länger durchhalten können, und würde es auch getan haben, wenn es dazu aufgefordert worden wäre. Aber die Folge wäre nur gewesen, dass es damit die Bürde seiner eigenen Misere

¹ S. o. S. 18.

sinnlos vergrößert hätte – eine Folgerung, deren Gültigkeit heutzutage in tragischer Weise offenbar geworden ist.

Das Ergebnis dieser langen Auseinandersetzung ist also: erstens, das deutsche Heer ist im ersten Weltkrieg besiegt worden; zweitens, der unmittelbare Grund zu seiner Niederlage war die militärische Überlegenheit seiner Gegner; drittens, verschiedene Faktoren können als Erklärung für die verhältnismässig schlechtere Position des deutschen Heeres angeführt werden, darunter z.B. die Auswirkungen der Blockade und der Abfall der deutschen Bundesgenossen –; an der Tatsache können diese Faktoren jedoch nicht rütteln; viertens, ein «Schlappmachen» der Zivilbevölkerung gehört *nicht* zu diesen Faktoren; und fünftens, eine Verlängerung des Krieges bis in das Frühjahr 1919 wäre nutzlos und verbrecherisch gewesen.

Kurz, die Dolchstosstheorie ist vom ersten bis zum letzten Wort eine Legende und ein Mythos, von üblen Gesellen erfunden, zur Verschleierung ihrer eigenen Fehler und zur Förderung ihrer Angriffs- und Kriegspläne.

II. KAPITEL

Vom Waffenstillstand zum Frieden

Die Waffenstillstandsbedingungen mussten alle Hoffnungen Ludendorffs, die Feindseligkeiten später wieder aufzunehmen oder zumindest die Drohung mit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten als Schacherpfand auf der Friedenskonferenz benutzen zu können, zunichtemachen. Die deutschen Truppen wurden auf allen Fronten bis innerhalb der Reichsgrenzen zurückgezogen – im Westen sogar bis über den Rhein, während alliierte Truppen das gesamte linke Rheinufer besetzten und einige Brückenköpfe am rechten Ufer errichteten. Fast der gesamte Effektivbestand des deutschen Heeres an Geschützen, Maschinengewehren, Mörsern, Flugzeugen wurde den Siegern ausgeliefert (Artikel 4), dazu Tausende von Lokomotiven, Eisenbahnwaggonen und Lastkraftwagen (Artikel 7). Alle in deutscher Hand befindlichen alliierten Kriegsgefangenen wurden freigelassen und in ihre Heimatländer entsandt; aber die Alliierten hielten ihre deutschen Gefangenen noch bis zum Abschluss einer Friedensregelung zurück (Art. 18). Die deutsche Hochseeflotte überquerte die Nordsee und kapitulierte vor der Britischen Flotte (Art. 23). (Die Tatsache, dass die deutschen Schlachtschiffe von ihren Besatzungen bei Scapa Flow versenkt wurden, erschien zunächst nur als eine Geste ohnmächtigen Trotzes – als sinnloser Bruch der Waffenstillstandsübereinkommen; wie wir jedoch feststellen werden, hatte diese Aktion immerhin einige Bedeutung als Anzeichen für die Einstellung der OHL zum Waffenstillstand.)

Darüber hinaus war eindeutig festgestellt worden, dass Deutschland zur Wiedergutmachung des Schadens angehalten würde,

der von dem deutschen Heer an Zivileigentum in besetzten Ländern verübt worden war (Art. 19), und dass die britische Blockade aufrechterhalten würde – obgleich die Alliierten erklärten, dass sie eine Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln während des Waffenstillstands in Aussicht nähmen (Art. 26).

Dies waren strenge Bedingungen. Dass sie von Deutschland angenommen wurden, lässt erkennen, wie dringend es Deutschland um eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen zu tun war. Sie bedeuteten ausserdem, dass Deutschland, falls der Waffenstillstand nicht zum Frieden führen würde, kaum imstande sein dürfte, den Kampf wieder aufzunehmen.

Dennoch war der Waffenstillstand in zwei Hinsichten nicht streng genug. Er hatte keine Vorkehrungen für eine Auslieferung des deutschen Handelsschiffsraums an die Alliierten getroffen – der damals etwa 1 Million Tonnen umfasste. Ebenso wenig wurde eine Kontrolle über Deutschlands Vorräte an Gold und Auslandsvaluta vorgesehen. Diese beiden Unterlassungen hatten in den kommenden Monaten ihre ernstesten Konsequenzen für das deutsche Volk.

Als der Winter verstrich und der Frühling nahte, zeigte es sich, dass es in Deutschland immer noch Menschen gab, die den Ludendorffplan noch nicht aufgegeben hatten. So wahnwitzig der Gedanke auch heute erscheinen mag, so trugen sich diese Leute dennoch ernsthaft mit dem Gedanken, den Waffenstillstand zu einem ihnen genehmen Zeitpunkt aufzukündigen und den Krieg von Neuem zu beginnen. Wahrscheinlich rechneten sie damit, dass die Alliierten keine Lust zu einer Fortsetzung des Krieges haben würden, wodurch sie wiederum bessere Friedensbedingungen herauszuschlagen vermeinten. Dennoch war es ein verantwortungsloser und verbrecherischer Weg, den sie einschlagen wollten; er bedeutete letzten Endes nichts anderes, als dass Deutschland in seiner Gesamtheit dem Beispiel

der deutschen Hochseeflotte folgen und lieber zur Selbstvernichtung schreiten als die Folgen des verlorenen Krieges auf sich nehmen sollte.

Für diese Zwecke brauchte die OHL alle Hilfsmittel, deren sie habhaft werden konnte. Noch gab es ein deutsches Heer, ob- schon weder zahlenmässig stark noch gut bewaffnet – ein Heer, das den Alliierten eine kurze Zeit lang über den Rhein hinüber Schmährufe zurufen könnte. Es gab auch noch eine Rüstungsindustrie, die allerdings durch Materialmangel stark eingeschnürt war, und die sich nur auf einen Bruchteil ihrer Belegschaft stützen konnte, nachdem die deutsche Arbeiterschaft sich zum grössten Teil auf die Seite der neuen Regierung gestellt hatte und aufrichtig bemüht war, sich den neuen Nachkriegsverhältnissen in vernünftiger und realistischer Weise anzupassen; aber immerhin waren die Fabriken und Maschinen noch vorhanden, von keinem Bombenangriff zerstört; und die Waffenstillstandsbedingungen hatten weder die Abtragung noch die Stilllegung der Rüstungsfabriken verlangt.

Und schliesslich – Deutschland besass noch seine Handelsschiffe und seine Goldreservent Die OHL beschloss, diese Aktivposten unter allen Umständen festzuhalten – selbst wenn die deutsche Zivilbevölkerung mit Hunger und Elend dafür bezahlen müsste.

Als die Alliierten in den Waffenstillstandsbedingungen die Belieferung Deutschlands mit Lebensmitteln in Aussicht nahmen, bekannten sie sich zu der moralischen Verpflichtung, alles im Rahmen des Möglichen zu tun, um unnötiges Elend unter den Feindvölkern zu verhüten. Aber dem Ausmass dieser Verpflichtung waren durch vier Probleme Grenzen gesetzt Erstens, Schiffsraum war sehr knapp – zwar nicht mehr ganz

¹ Diese beliefen sich auf 120'000'000 Pfund Sterling bei Kriegsende, d.h. auf etwa 2½ Milliarden Goldmark – über doppelt so viel wie 1914.

so knapp wie im Vorjahre, da während des Jahres 1918 die Tonnage der Neubauten die der U-Bootversenkungen erheblich überstiegen hatte, – aber immer noch gänzlich unzureichend für die aussergewöhnlichen Anforderungen, die jetzt gestellt wurden. Zweitens, was Lebensmittellieferungen nach Europa betraf, so galt die erste Pflicht doch zweifellos den Bevölkerungen alliierter Gebiete, in denen – besonders dort, wo deutsche Truppen gestanden hatten – die Lebensbedingungen weit schlimmer waren als in Deutschland. Drittens, die Frage der Bezahlung musste geregelt werden. Eine Gratisverteilung kam wohl in Betracht, wenn keine andere Möglichkeit vorhanden war \ aber die Geldmittel, die den alliierten Regierungen zur Verfügung standen, waren begrenzt, und auch hier mussten die Bedürfnisse der alliierten und befreiten Gebiete zweifellos zuerst an die Reihe kommen. Und schliesslich, Deutschland war immer noch der «Feind», mit dem die Alliierten im Kriege standen; und den alliierten Regierungen war es nicht unbekannt geblieben, dass es an massgeblicher Stelle in Deutschland Menschen gab, für die der Krieg noch nicht vorüber war und die bei erster bester Gelegenheit von Neuem losschlagen wollten.

Unter diesen Umständen wäre das Argument verständlich gewesen – das auch hier und da vorgebracht wurde –, dass man mit Lebensmittellieferungen an Deutschland warten sollte, bis nach Friedensschluss wieder normale Handelsbeziehungen mit Deutschland möglich wären. Insbesondere von französischer Seite wurde die Frage aufgeworfen, ob die Geldreserven der deutschen Regierung nicht besser für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens Verwendung finden sollten, bevor sie zur Linderung der Notlage

¹ Von den Lebensmitteln und sonstigen Lebensnotwendigkeiten, die im Frühjahr und Sommer des Jahres 1919 an Deutschland geliefert wurden, wurde ein Quantum im Werte von 5 Millionen Pfund Sterling (100'000'000 Goldmark) gratis geliefert.

in Deutschland selber benutzt würden. Die ganze Frage wurde nach Abschluss des Waffenstillstandes von den Alliierten ausführlich besprochen. Nach einer längeren Debatte fügten sich die Franzosen dem Drängen Grossbritanniens und Amerikas, und die Alliierten erklärten sich bereit, Deutschland mit Lebensmitteln und anderen Notwendigkeiten zu versorgen, unter der Voraussetzung, dass deutsche Schiffe zu ihrem Transport und deutsches Gold zu ihrer Bezahlung benutzt würden.

Am 15. Januar 1919 trafen sich die Vertreter beider Seiten in Trier, um über eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu verhandeln. Der erste Punkt auf der Tagesordnung war die Frage der Bezahlung. Die deutschen Delegierten versuchten, die Alliierten zur Annahme von Papiergeld zu überreden – ein Ansinnen, das von den Alliierten unverzüglich mit der völlig berechtigten Begründung abgelehnt wurde, dass die Mark bereits im Werte gesunken sei und noch weiter sinken könnte, falls die deutschen Behörden eine Inflationspolitik einschlagen wollten. Es ist kaum anzunehmen, dass die Deutschen eine andere Antwort erwarteten. Sie zeigten sich jedoch entrüstet, und erst am zweiten Tag der Verhandlungen, am 16. Januar, rückten sie mit der Erklärung heraus, Deutschland sei bereit, die Summe von 125 Millionen Goldmark in Form von Gold und Valuta – etwa ein Zwanzigstel der deutschen Reserven – für dieses lebenswichtige Hilfswerk zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag war natürlich viel zu gering, um Deutschlands Bedürfnisse zu decken; aber die deutschen Delegierten lehnten es glatt ab, eine höhere Summe zu bieten, noch waren sie bereit, für diesen Zweck deutsches Privateigentum in den Vereinigten Staaten zur Verfügung zu stellen, das für die Dauer des Krieges beschlagnahmt worden war. Der deutsche Vorschlag lief ganz einfach darauf hinaus, die Alliierten sollten Deutschland umsonst – d.h. gegen Zahlung in Form von

¹ Zur Frage der Inflation s. S. 132.

Kredit, die später wieder aufgekündigt, oder von Papiermark, die durch Inflation wertlos gemacht werden konnten – beliefern, während Deutschland sein Gold und seine Valutarreserven «zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens» – lies: zur Wiederherstellung der deutschen Kriegsmaschine – verwenden wollte.

Noch erstaunlicher war die Einstellung Deutschlands zur Transportfrage. Als die Forderung der Alliierten, Deutschland solle zur Linderung der Notlage in Europa seine Handelsschiffe zur Verfügung stellen, den deutschen Delegierten vorgelegt wurde, da wurde gleichzeitig erklärt, die Schiffe würden deutsches Eigentum bleiben, und die Frachtkosten würden in der gleichen Höhe wie für andere Nationen bezahlt werden. Dennoch waren die deutschen Schiffsreeder mit diesem Plan nicht einverstanden, weil sie hofften, durch Verwendung ihrer Schiffe im normalen Handel höhere Profite herauszuschlagen; und die nationalistisch gesinnten Elemente in der deutschen Regierung hatten hiergegen nichts einzuwenden, weil sie die Schiffe unter deutscher Kontrolle belassen wollten – als eine potenzielle Kriegswaffe. Wenn auch schliesslich ein Übereinkommen getroffen wurde und Deutschland sich bereitfand, seine Schiffe und sein Gold freizugeben, so waren dennoch so viele Spezialfragen «einer späteren Entscheidung» überlassen worden, dass es jeder der beiden Parteien möglich war, praktische Massnahmen hinauszuschieben.

Verfolgen wir einmal die Ereignisse der nächsten Wochen. Das Abkommen von Trier sah die Belieferung Deutschlands mit Getreide und Fetten in einem Gesamtquantum bis zu 270'000 Tonnen vor. In der Annahme, Deutschland würde sofort seine Verpflichtungen unter dem Abkommen erfüllen, begannen die Alliierten, Lebensmittel in nicht-deutschen Schiffen nach den Niederlanden zu senden, um sie von dort aus über die deutsche Grenze zu schaffen, sobald Deutschland seinen Teil des

Trierer Abkommens erfüllt hätte. Aber die Deutschen gaben weder ihre Schiffe frei, noch transferierten sie ihr Gold – folglich blieben die Lebensmittel in Rotterdam.

Mitte Februar kam es erneut zu Verhandlungen über eine Verlängerung des Waffenstillstandes. Auch diesmal stand die Frage der Lebensmittellieferungen im Vordergrund der Tagesordnung. Diesmal sprachen die deutschen Delegierten eine noch unverfrorenere Sprache. Sie stellten sich auf den Standpunkt, die Belieferung mit Lebensmitteln sei Deutschlands gutes Recht, ganz gleich, ob es seine Genehmigung dazu gebe, dass deutsche Schiffe zur Linderung der Not Europas verwendet werden, oder nicht; mit andern Worten: sie erklärten ihre eigene Unterschrift unter das Trierer Abkommen für ungültig. Die Schiffe lagen untätig in deutschen Häfen, die Goldbarren sammelten Staub an in den Gewölben der Reichsbank, und das deutsche Volk hungerte weiter. In Köln konnten britische Soldaten den Anblick hungernder Kinder nicht mehr ertragen und teilten ihre Rationen mit diesen Opfern des Fanatismus der deutschen Militärbonzen und der Profitgier der deutschen Reeder. L. Endlich setzten sich innerhalb der deutschen Regierung die vernünftigeren Elemente durch. Am 14. März, über vier Monate

¹ Die nähere Geschichte der Verhandlungen findet sich in Band I des amtlichen deutschen Berichtes «Der Waffenstillstand 1918/19», der im Jahre 1928 in Berlin erschien. Siehe auch: Bernhard Menne, «Waffenstillstand und Deutschlands Lebensmittelversorgung 1918/19». Es ist sicher, dass Erzberger, der Hauptvertreter Deutschlands, bei diesen Verhandlungen in einer schwierigen Lage war. Er hatte grundsätzlich dem Gedanken zugestimmt, dass die Freigabe des deutschen Goldes und die Einbeziehung der deutschen Schiffe in den internationalen «pool» einen geringen Preis darstellte für die Verhütung der Hungersnot in Deutschland – und war zum Dank dafür «Verräter» genannt worden. Er war augenscheinlich nicht stark genug, um seinen Gegnern im Lager der Ultranationalisten und Grossindustriellen standzuhalten und änderte deshalb auf der Konferenz im März seinen Standpunkt, – was ihn jedoch nicht vor der Ermordung durch seine unversöhnlichen nationalistischen Feinde gerettet hat.

nach Abschluss des Waffenstillstandes, wurde in Brüssel ein neues, endgültiges Abkommen zwischen Deutschland und den Alliierten getroffen. Eine Woche später ging das erste Hilfsschiff von einem deutschen Hafen aus in See, und noch vor Ende des Monats flössen die Lebensmittellieferungen in einem steten, wachsenden Strom nach Deutschland. Von nun an waren die Einfuhren nur noch durch die verfügbaren Schiffe und Geldmittel begrenzt ¹.

Die Verteilung der eingeführten Lebensmittel wurde voll und ganz den deutschen Behörden überlassen; die Alliierten sorgten lediglich dafür, dass die besetzten bzw. unbesetzten Teile des Reiches je nach Bedarf der Bevölkerung bedacht wurden. Wie haben die deutschen Behörden ihre Aufgabe durchgeführt? Hinsichtlich Getreide, in prompter und korrekter Weise. Warum auch nicht. Deutschlands Mangel an Getreide war im wesentlichen kurzfristiger Natur; bis zum Sommer, zur Einbringung der deutschen Ernte, würde die Krise in jedem Falle vorbei sein, und Deutschland sich wieder auf seine eigene Ernte verlassen können. Anders war die Lage mit Fetten. Wollte Deutschland den Krieg wieder aufnehmen, dann musste es Reserven an Fetten haben. Folglich wurden zwar Speck und

¹ Selbst im März versuchten die französischen Delegierten zur Friedenskonferenz, Deutschland die Benutzung seiner Goldreserven zum Kauf von Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung zu verwehren. Auch hier setzten die anderen Alliierten ihre Ansicht durch. Siehe hierzu: Lloyd George, «Truth about the Peace Treaties», S. 293 ff. Den Franzosen ist in dieser ganzen Frage der Vorwurf der Unnachgebigkeit nicht zu ersparen – nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch (wie Lloyd George und Präsident Wilson ihnen seinerzeit klarmachten) aus folgendem Grunde: Wenn sie von Deutschland Reparationen zu erhalten wünschten, dann lag es in ihrem eigenen Interesse, dafür zu sorgen, dass Deutschland nicht verhungerte. Wesentlich ist jedoch nur die Tatsache, dass der französische Standpunkt von den Alliierten in ihrer Gesamtheit niemals akzeptiert worden ist; die Verzögerung der Lebensmittellieferungen war nicht die Schuld von Franzosen, sondern von Deutschen.

Speiseöle laut Brüsseler Abkommen nach Deutschland gebracht, aber grossteils nicht an die Bevölkerung verteilt. Erst im Juni, als die deutschen Behörden sich mit der Tatsache der Niederlage abgefunden hatten, verloren sie ihr Interesse an einer Aufspeicherung von Fettreserven ¹. Inzwischen waren die Vorräte so sehr angeschwollen, dass die Regierung sofort die deutsche Fettration verdoppeln konnte. Somit wurde in Deutschland fast drei Monate lang Kindern und Erwachsenen ein lebenswichtiges Nahrungsmittel knapp gehalten – das in deutschen Speichern verteilungsbereit lag –, weil die Militärführer, die nach wie vor das Heft in der Hand hielten, immer noch nach Mitteln und Wegen Umschau hielten, um den Waffenstillstand abzubrechen und den Kampf wieder aufzunehmen.

Die Gefahr einer Hungersnot war jedoch nicht das einzige Problem. Wenn Deutschland nicht nur sofortige Lieferungen, sondern auch in Zukunft regelmässige Einfuhren erhalten wollte, dann musste es eine Möglichkeit zur Nachfüllung seiner Valutareserven finden. Mit andern Worten: es musste seinen Ausfuhrhandel wieder aufbauen. Dies hing jedoch von der Einfuhr von Rohstoffen ab. Wie war das nun zu bewerkstelligen? Im April – obgleich der Krieg noch nicht zu Ende war – erklärten sich die Alliierten einverstanden, Deutschland zu ermächtigen, alle benötigten Rohstoffe im Quantum bis zu 50% seiner Vorkriegseinfuhren zu importieren. Anstatt dies zu akzeptieren und Vorkehrungen mit seinen Lieferanten für eine Finanzierung der Lieferungen auf kommerzieller Basis zu treffen (was zwar schwierig, aber durchaus möglich gewesen wäre), forderte Deutschland von den Alliierten zur Deckung der Einfuhren eine Anleihe in Höhe von 200 Millionen Pfund Sterling (4 Milliarden Goldmark). Die Alliierten hatten mit ihrem Geld Besseres zu tun, als es einem Feindstaat zu leihen;

¹ Temperley, «History of the Peace Conference of Paris», Bd. I, S. 319.

aus dem Plan wurde nichts. Als Nächstes boten die Alliierten, als eine rein geschäftliche Transaktion, Deutschland Rohstoffe im Werte von einer Million Pfund an, um die Kohlengruben der Ruhr wieder instandzusetzen. Dies lag im alliierten Interesse, da ein beträchtlicher Teil der Ruhrkohle nach Nordfrankreich und Lothringen transferiert werden konnte. Es lag jedoch auch in Interesse der deutschen Bergarbeiter, für die es sichere Beschäftigung und eine baldige Rückkehr zu industriellen Friedenszuständen bedeutet hätte. Die deutschen Behörden wiesen diesen Plan jedoch aus finanziellen Gründen zurück. Schliesslich machten sich die Alliierten erbötig, Deutschland zu ermächtigen, aus neutralen Ländern Rohstoffe, für die es bereits bezahlt hatte, einzuführen. Auch dieser Plan wurde von den deutschen Behörden zunichtegemacht. Sie forderten eine Garantie, dass diese Rohstoffe die Blockade passieren dürften, selbst wenn der Friedensvertrag abgelehnt und der Kampf wiederaufgenommen würde. Wieder stand die deutsche Politik unter dem Zeichen des Ludendorffschen Grundsatzes: keine Aktivposten aufgeben, die für die Weiterführung des Krieges – oder auch nur für die Drohung mit der Weiterführung des Krieges – von Wert sein könnten, ohne Rücksicht auf die deutsche Industrie und die deutsche Zivilbevölkerung. Das Ergebnis war in diesem Falle lediglich, dass die Rohstoffzufuhren aus Übersee bis nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages aufgeschoben wurden. Durch ihre fanatische Entschlossenheit, die Tatsache der Niederlage nicht anzuerkennen und die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Kampfes offenzuhalten, haben die nationalistischen Elemente, die Deutschlands Beziehungen zur Aussenwelt noch immer grösstenteils kontrollierten, Wiederaufbau und Gesundung Deutschlands behindert, ohne dabei ihre eigenen Zukunftspläne im Geringsten zu fördern. Was Lebensmittel und die anderen Lebensnotwendigkeiten des zivilen Lebens anbelangt, so wurden, wie wir gesehen haben,

diese Elemente schliesslich zurückgedrängt. Die Folge war, dass Deutschland bis Ende August 1919 allein unter Alliierten Auspizien über eine Million Tonnen Lebensmittel und Hunderttausend Tonnen Bekleidung, Seife und Medikamente erhalten hatte, – mehr als irgendein anderes Land in Europa. Österreich erhielt mehr als eine halbe Million Tonnen. Von allen Lieferungen, die die Alliierten während der zehn Monate nach Abschluss des Waffenstillstandes an ihre Freunde und Feinde zugleich nach Europa sandten, erhielten Deutschland und Österreich mehr als ein Drittel¹. Dazu müssen noch die Lebensmitteleinfuhren aus neutralen Ländern hinzugerechnet werden. Die Genehmigung zu diesen Einfuhren – in unbeschränktem Ausmass – hatten die Alliierten trotz der Blockade erteilt, sobald die deutschen Behörden sich bereitgefunden hatten, ihre Schiffe und ihr Gold für Hilfszwecke zu verwenden.

Wenn wir diese Tatsachen noch einmal überblicken, wie steht es da mit der weit verbreiteten Behauptung deutscher Militäristen, die Alliierten hätten in sadistischer Weise die «Hungerblockade» bis lange nach Kriegsende aufrechterhalten? Die Antwort ist klar. Erstens, für diese Leute war der Krieg noch nicht zu Ende – sie waren es, die später einmal erklärten, der Krieg hätte nie geendet und die ganze Zeitspanne von 1919 bis 1939 sei nur eine lange Atempause gewesen ². Zweitens, obwohl der Krieg noch nicht zu Ende war, erklärten sich die Alliierten bereit, Lebensmittel und andere Lebensnotwendigkeiten an das deutsche Volk zu liefern. Drittens, diese Bereitwilligkeit fand ihren praktischen Ausdruck, sobald die deutschen Behörden nach vier langen Monaten ihr Gold und ihre Schiffe zum Kauf bezw. Transport dieser Lieferungen freigegeben hat-

¹ Hierbei sind die Lebensmittelmengen, die die USA auf rein kommerzieller Basis an Grossbritannien, Frankreich und Italien geliefert haben, natürlich nicht berücksichtigt.

² Siehe hierzu Kapitel V.

ten. Und viertens, der Grund, warum die deutschen Behörden ihr Gold und ihre Schiffe nicht freigeben wollten, bestand darin, dass sie immer noch, und ohne Rücksicht auf die Notlage der deutschen Zivilbevölkerung, an eine Weiterführung des verlorenen Krieges dachten.

III. KAPITEL

Der Friedensvertrag

1.

Endlich, am 28. Juni 1919, wurde der Friedensvertrag unterzeichnet; die Blockade wurde in aller Form vierzehn Tage später aufgehoben (seit Monaten hatte sie bereits keinerlei praktische Bedeutung mehr gehabt); und wenn auch das Hilfswerk und die von alliierter Regierungsseite inspirierten Lebensmittellieferungen an verschiedene europäische Länder einschliesslich Deutschlands und Österreichs noch weitere vier Jahre andauern sollte, so versuchte doch die Welt, sich allmählich wieder auf den Frieden und auf normale Wirtschaftsbeziehungen umzustellen. Deutschland war kein Feindstaat mehr. Es wurde von den Alliierten natürlich nicht als gleichberechtigter Partner bei der Organisierung der Nachkriegswelt anerkannt. Es hatte seine Verpflichtungen laut Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zu erfüllen; es musste warten, bis die Verbitterung, die seine bisherigen Gegner nach über vier Jahren Krieg empfanden, allmählich in Vergessenheit geraten würde; vor allem musste es jedoch die Alliierten davon überzeugen, dass es keine neuen Kriegs- oder Angriffspläne hegte, und die Alliierten mussten ihrerseits dafür sorgen, dass Deutschland, falls es dennoch solche Pläne im Schilde führte, ausserstande wäre, sie zu verwirklichen.

Viele Deutsche haben schon damals die Einstellung der Alliierten gegenüber Deutschland als unfair und demütigend empfunden. Ihr Standpunkt war anscheinend folgender: sowie einmal der Friede abgeschlossen sei, müsste Deutschland sofort wieder in den Kreis der Grossmächte aufgenommen werden, auf der Basis völliger Gleichberechtigung. Dieser Standpunkt

war absolut unrealistisch – wie jeder Deutsche einsehen wird, wenn er einmal den Spiess umdreht und sich überlegt, wie *seine* Einstellung gegenüber Frankreich heute sein würde, wenn der zweite Weltkrieg im Sommer 1940 mit einem Sieg Deutschlands geendet hätte. Selbst wenn seine Führer auf eine neue Weltordnung auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit hingearbeitet hätten (was bestimmt nicht der Fall gewesen wäre), so würde es doch das Ansinnen, es sollte den besiegten Gegner als gleichberechtigten Partner bei der Regelung der Weltgeschäfte betrachten, für lächerlich halten. Das erstaunliche Moment in der Geschichte der Nachkriegsjahre war die Tatsache, mit welcher Schnelligkeit die öffentliche Meinung, ja sogar die offizielle Politik auf Seiten der Alliierten zugunsten Deutschlands umschlug – eine Tatsache, die allerdings die Aussichten auf einen dauernden Frieden in katastrophaler Weise beeinträchtigt hat.

Aber dieses Thema soll spätem Kapiteln vorbehalten bleiben. Hier ist es uns um die Feststellung zu tun, dass Deutschland bei den Friedensverhandlungen als besiegter Staat erschien, ausserstande, mit seinen Gegnern zu «handeln» und ohne den Anspruch zu erheben, bei der Ausarbeitung der Friedensregelungen als gleichberechtigter Partner behandelt zu werden.

In dieser Hinsicht – und nur in dieser – war der Versailler Vertrag ein «Diktat»-Frieden. Er wurde Deutschland insofern auf erlegt, als diesem praktisch keine andere Möglichkeit blieb, als die Bedingungen anzunehmen. In legaler und formeller Hinsicht hätten Deutschlands Delegierte zwar die Unterschrift verweigern können – und wie wir wissen, gab es sehr einflussreiche Elemente in Deutschland, die diesen Kurs einschlagen wollten. Aber die Konsequenzen einer solchen Politik wären für Deutschland einfach katastrophal gewesen, und schliesslich vergass es seinen Stolz und unterschrieb – zugegebener-

massen nicht aus freiem Willen, sondern unter dem Zwang der Notwendigkeit.

Zu sagen, dass der Versailler Vertrag ein «Diktatfriede» war, bedeutet aber noch längst nicht, dass er ein «ungerechter Friede» war. In den nächstfolgenden Jahren machten sich die Propagandisten innerhalb – und auch ausserhalb – des Reiches diese Begriffsverwirrung zunutze, und zwar mit solchem Erfolg, dass das Wort «Diktatfriede» für den einfachen Deutschen zum Ausdruck für die angeblichen Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen wurde, die dem wehrlosen Deutschland von seinen unversöhnlichen und rücksichtslosen Gegnern angetan wurden. Als Antwort hierauf genügt der Hinweis, dass selbst absolute Diktatoren ihre Untertanen gerecht behandeln *können*; genau so können auch absolute Sieger ihre besiegten Gegner selbst in einer «aufgezwungenen» Friedensregelung gerecht behandeln. Die Frage nach der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages ist nur zu beantworten, wenn wir seine Bedingungen im Einzelnen prüfen und feststellen, ob sie härter waren, als Deutschland erwarten durfte.

Es gibt zwei Wege, um den Versailler Vertrag als grundsätzlich «ungerecht» zu erweisen. Der eine bestünde darin, nachzuweisen, dass er früher gegebene Versprechungen der Alliierten unbeachtet gelassen habe – insbesondere wenn solche Versprechungen in wesentlicher Weise dazu beigetragen hätten, dass Deutschland die Waffen streckte. Der andere wäre, nachzuweisen, dass seine Bestimmungen an sich über alle Massen hart und einseitig waren. Beide Argumente sind von den Propagandisten in grossem Stile benutzt worden. Sie haben erklärt, erstens habe Deutschland einem Waffenstillstand auf der Basis der Wilsori'schen Vierzehn Punkte zugestimmt, die dann, sowie es wehrlos am Boden lag, in zynischer Weise übergangen und vergessen wurden; zweitens, der Versailler Vertrag sei untragbar hart gegenüber Deutschland, indem er

a) Deutschland die alleinige Verantwortung für den Krieg aufbürdete, b) eine einseitig bemessene Abrüstung erzwang, c) lebenswichtige Teile des Reiches abtrennte, d) Deutschland seiner Kolonien beraubte, und e) ihm eine drückende Reparationslast auferlegte. Nehmen wir uns diese beiden Gruppen von Behauptungen der Reihe nach vor.

2.

Die Vierzehn Punkte wurden von Präsident Wilson am 8. Januar 1918 verkündet. Sie waren der Niederschlag seiner Gedanken über die Neugestaltung der Welt nach dem Kriege, und in dieser Hinsicht eine Erklärung der Politik Amerikas. Wir werden uns gleich mit ihrem Inhalt näher befassen; für den Augenblick genüge ein Hinweis auf das Prinzip, auf dem sie fussten – das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker. Es sei die Politik Amerikas, erklärte Präsident Wilson, dass kein europäischer Staat Gebiete beherrschen solle, die von Völkern fremder Rasse oder Nationalität bewohnt wurden; nur wenn jedes europäische Volk frei über sein eigenes Schicksal verfügen könnte, gebe es eine Hoffnung auf einen dauernden Frieden.¹

Die Vierzehn Punkte als solche brachten nur den Standpunkt Amerikas zum Ausdruck, und es ist hier und da behauptet worden, sie seien von den anderen Alliierten niemals akzeptiert worden. Tatsächlich hat Italien sie zweifellos nie akzeptiert; Italien war im Jahre 1915 mit ganz bestimmten Erwartungen in den Krieg eingetreten – Einverleibung des zum

¹ Die Vierzehn Punkte enthalten eine Reihe wesentlicher Ausnahmen von diesem Grundsatz, wie wir feststellen werden. Im Allgemeinen bleiben sie jedoch seinem Geiste treu – zu treu; denn Wilson hat zweifellos die Dinge allzu einfach beurteilt, als er annahm, Europas Probleme könnten lediglich durch die allgemeine Anwendung seines «Selbstbestimmungsrechts der Völker» gelöst werden.

österreichisch-ungarischen Reiche gehörenden Südtirol und der Italia Irredenta (sowie Anerkennung seines Reichstitels über die Dodekanesischen Inseln, die es der Türkei im Jahre 1912 abgenommen hatte) – und diese Kriegsziele waren Italien als Voraussetzung zu seinem Eintritt in den Krieg auch zugesprochen worden. Frankreich und Grossbritannien stellten sich, zwar noch nicht in aller Form – das kam erst viel später –, auf den Standpunkt Amerikas, hatten jedoch zweifellos vieles für den Gedanken der Vierzehn Punkte und für die Möglichkeiten, die sie anregten, übrig; ja, in vieler Hinsicht waren die Vierzehn Punkte nur der Wiederhall einer autoritativen Erklärung der alliierten Kriegsziele, die im Januar 1917, kurz vor Amerikas Eintritt in den Krieg, ausgegeben worden war.

Somit wurden die Vierzehn Punkte mit Recht zurzeit ihrer Verkündung als eine, allgemein gehaltene, Erklärung der alliierten Pläne für eine Nachkriegswelt angesehen, – Pläne, die im Einzelnen noch diese oder jene Einschränkung erfahren dürften (und auch erfuhren), die jedoch sozusagen den Leitfaden bei der künftigen Friedensplanung der Alliierten darstellten.

Andererseits waren die Vierzehn Punkte jedoch keineswegs ein förmliches «Friedensangebot» an die Mittelmächte. Erstens waren sie nicht an Deutschland und seine Verbündeten gerichtet, noch wurden sie diesen Mächten in aller Form bekanntgegeben. Zweitens, – obgleich sie, wie wir sehen werden, gewisse konkrete Vorschläge für den Aufriss eines Nachkriegseuropas enthielten, so waren sie doch grossenteils unbestimmt und theoretisch gehalten und keineswegs erschöpfend. Es konnte also keine Rede davon sein, der amerikanische Präsident habe der deutschen Regierung erklärt: «Wenn Deutschland diesem oder jenem ganz bestimmten Vorschlag zustimmt, dann ist Amerika bereit, Frieden zu schliessen, und in jeder anderen Hinsicht wird Deutschland völlig freie Hand behalten.»

Dennoch war Deutschland zu der Erwartung berechtigt, dass, falls es sich zur Annahme der Vierzehn Punkte bereit erklären sollte, prima facie eine Voraussetzung zur Eröffnung der Friedensverhandlungen gegeben wäre. In dieser Hinsicht waren die Vierzehn Punkte, zumindest zu dieser Zeit, als ein potenzielles Friedensangebot zu betrachten.

Die deutsche Regierung hat sich allerdings nicht zur Annahme der Vierzehn Punkte bereit erklärt. Im Gegenteil, sie hat sich darüber lustig gemacht. Zu diesem Zeitpunkt stand der Krieg für Deutschland günstig. Der Feldzug im Osten war so gut wie beendet, die Frühjahrsoffensive im Westen wurde vorbereitet, die OHL war der Meinung, sie könnte bis zum Sommer den Endsieg erzwingen. Und die Herrscher Deutschlands hatten für einen Verhandlungsfrieden wenig übrig – und noch weniger für einen Frieden, der auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhen sollte. Sie zeigten dies deutlich genug in den Verträgen, die sie in diesem Frühjahr Russland und Rumänien auf zwangen. Gemäss dem Vertrag von Brest-Litowsk hatte Russland nicht nur gewaltige Reparationszahlungen zu entrichten, sondern musste auch 34 Prozent seiner Bevölkerung, 32 Prozent seines Agrarlandes, 54 Prozent seiner Industrie und 89 Prozent seiner Kohlengruben abtreten. Deutschland übernahm die Kontrolle über ganz Polen, Litauen, Lettland und Estland und setzte in Finnland, der Ukraine und Georgien Strohmannregierungen ein, die unter unmittelbarer und offensichtlicher deutscher Kontrolle standen, wodurch Russland vom Schwarzen Meer und beinahe auch von der Ostsee abgeschnitten wurde. Dieser «Friedensvertrag» war krasser Imperialismus – die Apotheose jenes «Drang nach Osten», der schon seit Langem von einem Kreis deutscher Expansionisten herbeigeseht worden war.

Der Friedensvertrag, der zwei Monate später Rumänien auf erlegt wurde, folgte dem gleichen Prinzip. Rumänien verlor die

Karpathenkette an Österreich-Ungarn, die Süd-Dobrudscha an Bulgarien; die Nord-Dobrudscha bis zum Nordarm des Donaudeltas wurde einer gemeinsamen deutsch-österreichischen Verwaltung unterstellt, sodass Rumänien vom Zugang zum Meere abgeschnitten wurde, und die überaus wichtigen rumänischen Ölfelder wurden Deutschland auf 99 Jahre zur alleinigen Ausbeutung überlassen.

Ein Punkt verdient in diesem Zusammenhang Beachtung. Als der Gedanke an Friedens Verhandlungen mit Russland auftauchte, da bekannten sich die Mittelmächte zu der Devise «Keine Annektionen, keine Reparationen, wohl aber Selbstbestimmungsrecht der Völker» als der Basis, auf der sie Frieden schliessen wollten. Dies wurde vor Ende des Jahres 1917 bekanntgegeben, d.h. vor dem Zeitpunkt der Verkündung der Vierzehn Punkte. Die Absicht war, einesteils, den Westmächten Deutschlands Mässigung vor Augen zu führen, und andererseits, dem Widerstand Russlands ein Ende zu machen. Ob der damalige Reichskanzler Hertling dieses politische Bekenntnis ernst genommen hat, ist ungewiss; Hindenburg und Ludendorff haben es bestimmt nicht ernst genommen. Noch liessen sie sich von der Tatsache, dass Deutschland sich in ganz bestimmter Hinsicht verpflichtet hatte, davon abhalten, zum passenden Zeitpunkt zu fordern, dass ein «Siegerfrieden einen Siegeskrieg krönen solle». Damit nicht genug, brachten es die Deutschen fertig, sogar während der Friedens Verhandlungen ihre Bedingungen zu verschärfen. Im ersten Entwurf des Vertrages wurde die russisch-deutsche Grenze so festgelegt, dass sie unmittelbar östlich von Riga die Ostsee erreichte. Aber je länger die Verhandlungen anhielten, umso grösser wurde die Landgier der deutschen Imperialisten, die sich allmählich der völligen Wehrlosigkeit ihrer Gegner bewusst wurden; daraufhin wurden Nordlettland und Estland mit eingesteckt und

Russland gezwungen, seine Souveränität über Finnland, die Ukraine und Georgien aufzugeben.

Ohne Zweifel liessen sich die Männer, die die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest diktierten, nicht von dem Gedanken an Gerechtigkeit und Fairness oder von der Achtung vor ihren eigenen Versprechungen leiten. Dennoch begrüßte eine deutsche Zeitung den Vertrag mit Russland als einen Beweis dafür, dass «die Reichsregierung nur auf einen Verständnis- und rücksichtsvollen Frieden hingearbeitet habe». Der österreichische Kanzler Baron Burian nannte den Frieden von Bukarest «mässig und gerecht». Die «Münchener Post» schrieb, im ersten Siegestaumel, «er sei ein Vorgeschmack des Friedens, der allen unseren Feinden auferlegt werden würde». Und man erzählt von einem deutschen Stabsoffizier, der die Proteste eines rumänischen Diplomaten mit den Worten abschnitt: «Sie nennen das einen strengen Frieden? Warten Sie einmal ab, was wir mit England und Frankreich vorhaben!»¹

Viele Menschen in Deutschland waren jedoch über diese Friedensverträge sehr bestürzt. Arbeiter streikten gegen den Vertrag mit Russland, Reichstagsabgeordnete nannten ihn brutal und töricht; und Adolf Hitler musste Jahre später feststellen, er sei in den ersten Nachkriegsjahren bei seinen Versuchen, die öffentliche Meinung gegen den Versailler Vertrag aufzuwiegeln, auf die Entgegnung gestossen: «Und Brest-Litowsk?»² Aber die Proteste verhallten ungehört. Ob sie die Ansicht der Mehrheit des deutschen Volkes zum Ausdruck brachten, lässt sich heute nicht mehr ermitteln. Wenn, wie ich annehme, sehr viele Deutsche entweder in stummer Opposition zu der deutschen

¹ Ich habe vergebens versucht, die Herkunft dieser Geschichte zu ergründen. Sie mag erfunden sein, aber sie zeigt zweifellos die damalige Einstellung der deutschen Herrscherkaste, als die Offensive im Westen noch günstig stand.

² «Mein Kampf», S. 519.

Ostpolitik standen oder, ohne offen zu opponieren, über die Konsequenzen dieser Politik tief besorgt waren, dann können wir mit Recht behaupten, dass die Verträge von Brest-Litowsk einen Triumph für die deutsche Herrscherklasse darstellten – nicht nur über Deutschlands äussere Gegner, sondern auch über das deutsche Volk.

Wenn schon in Deutschland die Entrüstung gross war, in der Welt war sie noch um vieles grösser. Die Wirkung auf die Neutralen war nachhaltend und mag sehr wohl bei vielen zu dem Entschluss beigetragen haben, auf Seiten der Alliierten in den Krieg einzutreten. Auf die Bevölkerungen der alliierten Länder, insbesondere in Amerika, wirkten die Verträge wie ein greller Blitzstrahl. Zum erstenmal bekamen sie einen richtigen Begriff davon, wogegen sie eigentlich kämpften; ein für allemal wurden alle Gedanken an einen Kompromissfrieden ad acta gelegt. Bisher waren die Vereinigten Staaten nicht mit ganzem Herzen bei der Sache gewesen. Viele Amerikaner hatten sich gefragt, ob sie nicht vielleicht in den Dienst einer Sache gestellt würden, die mit ihnen nichts zu tun hätte. Von nun an war jeder Zweifel geschwunden. Auch Präsident Wilson war sich über die Bedeutung von Brest-Litowsk völlig im klaren. Am 16. April erklärte er in einer Rede in Baltimore: «Ich bin bereit, über einen fairen, gerechten und aufrichtigen Frieden zu verhandeln, wann immer ein solcher ehrlichen Herzens vorgeschlagen wird. Aber als ich einen solchen Frieden vorschlug, da bekam ich meine Antwort von den deutschen Befehlshabern in Russland, und die Bedeutung dieser Antwort ist für mich klar. Ich nehme die Herausforderung an. Deutschland hat erneut erklärt, dass Macht, und Macht allein, zu entscheiden hat. . . Darauf gibt es für uns nur eine Entgegnung: Macht, Macht bis zum Äussersten, Macht ohne Geizen und ohne Grenzen, die gerechte und triumphierende Macht, die das Recht zum Gesetz der Welt erheben soll.»

So hat die Ost-Politik der OHL die Welt endgültig gegen Deutschland geeint und die Gewähr dafür gegeben, dass der Krieg bis zum Sieg über Deutschland fortgesetzt würde. Diejenigen Deutschen, die die deutsche Ostpolitik töricht und brutal genannt hatten, sollten völlig recht behalten.

Es ist zu beachten, dass Präsident Wilson auch jetzt noch nicht die Prinzipien aufkündigte, die er in den Vierzehn Punkten niedergelegt hatte. Wenn diese Prinzipien ein «Friedensangebot» dargestellt hätten, dann wäre er dazu durchaus berechtigt gewesen – denn die Verträge von Brest-Litovsk und Bukarest waren die gründlichste und hochfahrendste Zurückweisung dieser Prinzipien, die man sich nur vorstellen konnte. Aber da sie nun einmal kein Friedensangebot, sondern vielmehr eine Verkündung der amerikanischen – oder, allgemeiner gesprochen, der alliierten – Absichten darstellten, blieben sie bestehen. Allerdings mit einer wesentlichen Einschränkung. Von nun an war es dem Präsidenten klar – und kam auch dauernd in seinen Reden zum Ausdruck – dass kein Frieden mit Deutschland denkbar sei, weder auf der Basis der Vierzehn Punkte noch auf irgendeiner andern Basis, solange nicht die deutsche Herrscherkaste ein für allemal ausgeschaltet wäre; und das, so erkannte er jetzt, bedeutete: solange nicht Deutschland auf dem Schlachtfeld entscheidend geschlagen war.

¹ Die deutschen Propagandisten haben diesen Punkt regelmässig übersehen. Je mehr sie darauf bestanden, dass die Vierzehn Punkte ein «Friedensangebot» darstellten, umso weniger verständlich wurde ihre eigene Behauptung, Deutschland sei zehn Monate später durch einen «Trick» dazu gebracht worden, dieses Angebot anzunehmen. Aus diesem Dilemma gibt es keinen Ausweg: entweder waren die Vierzehn Punkte wirklich ein Friedensangebot – dann ist dieses Angebot von Deutschland abgelehnt und von den Alliierten nicht erneuert worden; oder sie waren kein Friedensangebot, dann konnte von einem «Vertrauensbruch» keine Rede sein, selbst wenn die Alliierten später davon Abstand genommen hätten.

Die OHL war damals gegenüber der Wirkung ihrer Ostpolitik auf die Welt uninteressiert, ja blind. Aber sechs Monate später kam die Abrechnung. Als am 12. Oktober die Reichsregierung in dem dringenden Wunsch nach einem sofortigen Waffenstillstand dem amerikanischen Präsidenten mitteilte, Deutschland sei nun endlich bereit, die Prinzipien der Vierzehn Punkte anzunehmen, da gab Präsident Wilson zu verstehen, die Bedingungen für die Gewährung eines Waffenstillstandes würden den alliierten Militärbehörden überlassen bleiben, und es sei zwecklos, über ihre Köpfe hinweg an ihn – oder an die Vierzehn Punkte – zu appellieren. Dreieinhalb Wochen später, als die deutschen Bevollmächtigten von Marschall Foch empfangen wurden und versuchten, Fragen langfristigen Charakters aufzuwerfen, erhielten sie sofort den Bescheid, der Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte sei nicht ermächtigt, solche Fragen zu erörtern. Er verlas den Deutschen die Bedingungen, zu denen die Alliierten bereit waren, einen Waffenstillstand zu gewähren – eine Liste, in der die Vierzehn Punkte mit keinem Wort erwähnt wurden – und die deutschen Bevollmächtigten nahmen diese Bedingungen an.

Dieser Punkt verdient sorgfältige Beachtung. Es ist möglich – ich will nicht sagen, wahrscheinlich – dass, wenn Deutschlands Politik gegenüber seinen besiegten Gegnern im März und Mai nicht den Prinzipien der Vierzehn Punkte offen Hohn gesprochen hätten, die Alliierten vielleicht einen Hinweis auf die Vierzehn Punkte in die Waffenstillstandsbedingungen eingefügt hätten. Aber bis zum Oktober 1918 waren sie sich darüber klar geworden, mit was für Menschen sie es zu tun hatten. Nicht, dass die Alliierten daran zweifelten, ob die Deutschen es mit ihrem Stellungswechsel gegenüber den Vierzehn Punkten ehrlich meinten; sie *wussten*, dass ein solcher Stellungswechsel niemals stattgefunden hatte. Hier hatten sie es mit der Art von Menschen zu tun, die, solange es ihnen gut ging, die

Prinzipien verachteten, an die sie dann später, am Tage ihrer Not, im Brustton der ehrlichsten Überzeugung appellierten; mit Menschen, die in ihren Verträgen mit Russland und Rumänien gezeigt hatten, dass ihre Beteuerungen von einem Glauben an gerechte Behandlung und «Versöhnung» nichts als leere Phrasen waren – oder vielmehr ein Trick, um ihre Gegner irrezumachen und hinters Licht zu führen; Menschen, die im Grunde ihres Herzens nur an Macht und an nichts anderes glaubten. Diese Menschen mussten durch Macht beseitigt werden; eher konnte Europa nicht auf der Grundlage von Gerechtigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wiedererstanden. In diesem Punkte wurde an der Haltung der Alliierten kein Zweifel gelassen. Die Behauptung, Deutschland habe im November 1918 auf der Basis der Vierzehn Punkte die Waffen gestreckt, steht demnach im unmittelbaren Widerspruch zu den Tatsachen. Deutschland streckte die Waffen, weil seine militärische Lage hoffnungslos war und immer rascher einen katastrophalen Charakter annahm, und weil, wie Hindenburg Erzberger vor dessen Abreise nach Compiègne erklärte, jegliche Bedingung der Alliierten akzeptiert werden musste.

Das bedeutete jedoch nicht, dass die Alliierten ihre Gedanken über die Beschaffenheit der endgültigen Friedensregelung geändert hatten. Der Unterschied zwischen Waffenstillstandsbedingungen und Friedensbedingungen ist hier von entscheidender Bedeutung. Erstere bestimmten die faktische Einstellung der Kampfhandlungen. Vom alliierten Standpunkt aus musste dabei vor allem dafür gesorgt werden, dass Deutschland in militärischer Hinsicht machtlos wurde, und die Tatsache, dass Deutschland bereit war, diese Bedingungen anzunehmen, zeigte somit das Ausmass seiner Niederlage. Aber die Friedensbedingungen waren für den Wiederaufbau Europas gedacht – wenn möglich, eines besseren und stabileren Europas. Und in dieser Hinsicht hatte sich Präsident Wilson seinen Glauben an die

Vierzehn Punkte bewahrt. Er war Anfang November von Grossbritannien und den andern Alliierten informiert worden, dass auch sie die Vierzehn Punkte als das Fundament akzeptierten, auf dem ein gerechter und dauernder Friede errichtet werden könne; allerdings machten sie drei Einschränkungen, die der Präsident nolens volens anerkannte. Hievon hatte Präsident Wilson die deutsche Regierung in Kenntnis gesetzt¹. Trotz allem, was sich inzwischen begeben hatte, gingen also die Alliierten nach Versailles in der festen Absicht, eine Friedensregelung im Geiste der Vierzehn Punkte zu treffen. Nochmals soll die Tatsache betont werden, dass gegenüber Deutschland weder ein dahingehendes Versprechen abgegeben wurde; noch war die Möglichkeit eines derartigen Versprechens Deutschland in Aussicht gestellt worden, um es zur Waffenstreckung zu bewegen. Aber in ihren eigenen Gedanken waren sich die Alliierten über die Beschaffenheit des Friedens, den sie erstrebten und zu erreichen hofften, im Klaren: es war der Friede, den Wilson am 8. Januar 1918 vorgezeichnet hatte. Unsere nächste Frage lautet daher: inwieweit hat der Versailler Vertrag diese Hoffnungen verwirklicht – inwieweit war er ein fairer und ehrlicher Ausdruck des Geistes der Vierzehn Punkte?

3.

Von all den Hunderttausenden von Menschen, die bei dieser oder jener Gelegenheit den Versailler Vertrag als einen schändlichen Verrat an den Grundsätzen Präsident Wilsons bezeichnet haben, dürfte nur ein sehr geringer Prozentsatz einen deutlichen Begriff vom Inhalt der Vierzehn Punkte, geschweige

¹ Näheres hierüber s. Anhang (Voller Wortlaut der Vierzehn Punkte). Nur eine der drei Einschränkungen – in der Frage der Reparationen – betraf Deutschland. Vgl. S. 95 ff., sowie nächstes Kapitel.

denn von ihrem Wortlaut, gehabt haben.¹ Ich habe es deshalb für angebracht gehalten, diesem Buche als Anhang den vollen Wortlaut der Vierzehn Punkte in der Originalfassung des amerikanischen Präsidenten und unter Hinzufügung der von den andern Alliierten im Oktober 1918 eingesetzten Änderungen beizugeben. Ich hoffe, meine Leser werden diesen Anhang eines Blickes würdigen. Sie dürften eine Überraschung erleben.

Von den Vierzehn Punkten stehen überhaupt nur 3 in unmittelbarem Zusammenhang mit Deutschland und deutschem Gebiet, nämlich Punkt 5 (Kolonien), Punkt 8 (Wiederaufbau Frankreichs), und Punkt 13 (polnische Frage).

Von den übrigbleibenden 11 Punkten sind 5 allgemeiner Natur; sie sollen den Rahmen für eine neue Weltordnung skizzieren (Punkte 1, 2, 3, 4 und 14). Die restlichen 6 Punkte betreffen verschiedene Teile Europas und des Nahen Ostens und gehen Deutschland nur insoweit an, als sie die «Räumung» und «Wiederinstandsetzung» der betreffenden Gebiete vorsehen.

Von gewissem Interesse für Deutschland könnten ferner die beiden Punkte 8 und 9 sein, die sich mit der Zukunft des österreichisch-ungarischen Reiches befassen.

Die drei Deutschland unmittelbar angehenden Punkte sind keineswegs «günstig» für Deutschland – in dem Sinne des Wortes, den die Propagandisten darunter verstanden. Deutschland wird nicht die Rückgabe seiner Kolonien versprochen; es wird aufgefordert, Elsass-Lothringen abzutreten und somit das «Frankreich durch Preussen 1871 angetane Unrecht» wieder gutzumachen; und es muss der Schaffung eines «unabhängigen polnischen Staates» zustimmen, der einen «freien und sicheren Zugang zum Meer» besitzen soll.

¹ Laut Prinz Maix von Baden («Erinnerungen», Bd. 2, S. 24) hatte selbst die OHL «wahrscheinlich zunächst keine genaue Vorstellung über die schicksalsschweren Bedingungen, zu denen die Vierzehn Punkte in jedem Falle Deutschland verpflichten mussten».

Die Frage der «Räumung» nichtdeutscher Gebiete durch deutsche Truppen war zum Zeitpunkt der Friedenskonferenz bereits akademisch geworden, da dieser Punkt ja als Waffenstillstandsbedingung durchgeführt worden war. Wilsons Forderung nach der «Wiederinstandsetzung» dieser Gebiete war aber andererseits in ihrer bisherigen Formulierung so unbestimmt, dass sie fast bedeutungslos war. Aber die anderen Alliierten hatten in einer Zusatzerklärung zu diesem Punkte keinen Zweifel gelassen, dass sie hierunter «die Entschädigung – durch Deutschland – für allen Schaden, der der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügt worden ist» verstanden. Ob diese Auslegung der ursprünglichen Ansicht Präsident Wilsons gleichkommt, ist zweifelhaft, aber nicht ausschlaggebend. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, dass diese Zusatzerklärung von Amerika noch vor Einstellung der Kampfhandlungen angenommen und wörtlich sowohl in einer Note Präsident Wilsons vom 5. November an die deutsche Regierung als auch in Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen enthalten war. Somit befand sich das Prinzip der Reparationen nicht nur in der ab geänderten Fassung der Vierzehn Punkte, die die Basis der alliierten Pläne für eine Friedensregelung darstellten, sondern auch in den von Deutschland akzeptierten Waffenstillstandsbedingungen.

Ein Wort zu den beiden Punkten, die Österreich-Ungarn betreffen, obwohl diese mit dem Versailler Vertrag, der ja nur Deutschland anging, nichts zu tun hatten. Punkt 9 sah eine Bereinigung der Grenze zwischen Italien und Österreich-Ungarn «längs klar erkennbarer Nationalitätslinien» vor; Punkt 10 bot den verschiedenen Völkern Österreich-Ungarns «die freieste Möglichkeit zur selbständigen Entwicklung». Dieser letztere Punkt setzte voraus, ohne dies ausdrücklich festzulegen, dass auch Österreich selber frei und selbständig sein solle. Über das Thema eines eventuellen künftigen Zusammenschlusses von

Deutschland und Österreich traf dieser Punkt keine klare Entscheidung. Punkt 9 hätte, wenn er beibehalten worden wäre, die Angliederung der österreichischen Bevölkerungsteile Südtirols und der slawischen Bevölkerungsteile in den Bezirken östlich und südlich von Triest an Italien bestimmt nicht gestattet. Aber die italienische Regierung hatte vor Abschluss des Waffenstillstandes in diesen Fragen ganz bestimmte Vorbehalte geltend gemacht, auf der Basis des Vertrages mit Grossbritannien und Frankreich, der im Jahre 1915 die Voraussetzung zu ihrem Eintritt in den Krieg gewesen war. Und diese Vorbehalte waren von Italiens Verbündeten angenommen und anerkannt worden, bevor die Friedens Verhandlungen von St. Germain stattfanden.¹

Eine eingehendere Prüfung des Wortlauts – im Gegensatz zum Mythos – der Vierzehn Punkte zeigt also, dass sie Deutschland keine angenehmen Aussichten, keine hochfahrenden Versprechungen, keine Bereitschaft, Vergangenes zu vergessen, bo-

¹ S. «Intimate Papers of Colonel House», Bd. 4, S. 178. Es ist zu beachten, dass bei Österreich genau wie bei Deutschland keine Rede von einem politischen Kurswechsel der Alliierten sein konnte, nachdem Österreich «durch einen Trick» zur Kapitulation veranlasst worden war. Österreich hatte am 3. November bedingungslos kapituliert, ohne abzuwarten, ob die Mehrheit der Alliierten bei den Vierzehn Punkten beharren würde. Es war sich zudem der Tatsache bewusst – die Italiener hatten aus ihrer diesbezüglichen Absicht kein Hehl gemacht –, dass Italien die Vorverlegung seiner Nordgrenze bis an den Brenner als eines seiner wesentlichsten Kriegsziele betrachtete.

Einen Monat zuvor, als die österreichisch-ungarische Regierung zum erstenmal bei dem amerikanischen Präsidenten um einen Frieden auf der Basis der Vierzehn Punkte nachsuchte, da wurde sie ausdrücklich (in Wilsons Note vom 8. Oktober) darauf hingewiesen, dass die Untertanenvölker des österreichisch-ungarischen Reiches, die Tschechoslowaken und Jugoslawen, «allein darüber zu befinden hätten, welche Schritte seitens der österreichisch-ungarischen Regierung ihren Erwartungen und ihrer Auffassung von den ihnen als Mitglieder der Völkerfamilie zukommenden Rechten entsprechen würde». Die Bedeutung dieser Erklärung für die Sudetenfrage liegt auf der Hand. S. Seite 217.

ten. Deutschland durfte hoffen, im Laufe der Zeit wieder in die Gemeinschaft der Völker aufgenommen zu werden und an den Früchten der geplanten neuen Weltordnung teilzuhaben. Aber nichts sprach davon, dass dies sofort der Fall sein werde, und im Übrigen musste es mit der Möglichkeit des Verlustes seiner Kolonien und mit der Gewissheit von Reparationen und von territorialen Zugeständnissen im Osten und Westen rechnen. Die vierzehn Punkte waren gewiss nicht dazu angetan, als Köder für ein argloses Deutschland zu dienen, um es in die Falle einer vorzeitigen Waffenstreckung zu locken.

Inwieweit wurden nun die Prinzipien der vierzehn Punkte, nach Massgabe der vor Abschluss des Waffenstillstandes mit den anderen Alliierten vereinbarten Abänderungen, in den Friedensvertrag übernommen? Wir brauchen dieser Frage nicht allzu viel Platz einzuräumen, denn sowie Klarheit darüber herrscht, wie die vor dem Waffenstillstand verkündeten Vorschläge der Alliierten in Wirklichkeit lauteten, verliert die Behauptung der Propagandisten, der Versailler Vertrag sei ein Verrat *an diesen Vorschlägen*, jegliche Bedeutung; unser Interesse wendet sich vielmehr der neuen Frage zu, ob der Vertrag an sich gerecht oder ungerecht war. Nehmen wir uns einmal die wesentlichsten Fragen vor.

Die territorialen Veränderungen, die im Verträge festgelegt wurden, waren fast ausnahmslos die gleichen, die die vierzehn Punkte vorgesehen hatten.

Deutschland verlor Elsass-Lothringen an Frankreich. Aber als die Franzosen die Abtrennung des gesamten linksrheinischen Gebietes verlangten – aus strategischen Gründen –, da wurde dieses Verlangen von den anderen Alliierten glatt abgelehnt, weil es im Widerspruch zu den Prinzipien der vierzehn Punkte stand.

Im Osten musste Deutschland grössere Gebiete an das neugegründete Polen abtreten. Die Festlegung der endgültigen

deutsch-polnischen Grenze führte zu erheblichen Schwierigkeiten. Einige dieser Schwierigkeiten wurden durch Volkstrennung geregelt – ich will nicht sagen: gelöst. Die Folge war, dass bedeutende Gebietsteile wieder Deutschland zugesprochen wurden, die bereits von der Sachverständigenkommission, die Vorschläge für die neue Grenzziehung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker und auf Grund strategischer Sicherheitserwägungen ausarbeiten sollte, provisorisch Polen zugesprochen worden waren. Der Fall Oberschlesien ist besonders markant. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung Oberschlesiens war zweifellos polnisch – und Punkt 13 hatte verlangt, der neue polnische Staat solle alle Gebiete von «einwandfrei polnischer Volkszugehörigkeit» umfassen. Aber auf Ansuchen Deutschlands wurde eine Volksabstimmung abgehalten, um die Wünsche der Bevölkerung zu ermitteln; und als die Bevölkerung eines grossen Teils von Oberschlesien sich zugunsten Deutschlands aussprach, wurde ihre Entscheidung beachtet. Hier war also ein Fall, wo einer der Vierzehn Punkte *zugunsten Deutschlands* übergegangen wurde – infolge der Anwendung des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts der Völker.¹

¹ Hierzu könnte eingewendet werden, dass diese Darstellung der Kompliziertheit der Oberschlesischen Frage nicht voll und ganz gerecht wird. Diejenigen Bezirke Oberschlesiens, in denen die Bevölkerung zugunsten Polens abstimmte, wurden Polen zugesprochen. Dies wurde von nationalistisch gesinnten deutschen Kreisen als eine Ungerechtigkeit angesehen. Ihr Standpunkt war, man hätte ganz Oberschlesien als eine geschlossene Einheit betrachten sollen – eine Einheit, die sich durch Mehrheitsbeschluss zugunsten Deutschlands ausgesprochen hatte. Allerdings hat dieses Argument etwas Kasuistisches an sich. Der Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung setzt keineswegs voraus, dass eine Provinz als eine unteilbare Einheit anzusehen ist – und dieselben nationalistischen Elemente hätten wahrscheinlich als Erste auf diese Tatsache hingewiesen, wenn der Mehrheitsbeschluss in Oberschlesien zugunsten Polens erfolgt wäre. Aber selbst wenn das Argument zulässig wäre, würde es die entscheidende Tatsache unberührt lassen, dass die Alliierten, indem sie es guthiessen, dass sich der grösste Teil Oberschlesiens für Deutschland entschied, Deutschland viel grosszügiger behandelten, als die Vierzehn Punkte erforderlich machten.

Auch das andere Hauptproblem, das Polen betraf, wurde in einer für Deutschland günstigeren Weise geregelt, als die Vierzehn Punkte erfordert hatten. Punkt 13 versprach Polen ausdrücklich einen freien und sicheren Zugang zum Meer. Der naturgegebene Zugangspunkt war die Weichselmündung, da das Gebiet unmittelbar südlich davon, in Deutschland als Ostpommern oder Westpreussen bekannt, vorwiegend von Polen besiedelt und auf jeden Fall zur Eingliederung an Polen bestimmt war. Aber Danzig war zweifellos eine deutsche Stadt. Hier ergab sich nun der zweite Fall eines unmittelbaren Konfliktes zwischen dem Wortlaut der Vierzehn Punkte und dem ihnen zugrunde liegenden Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Wenn die Alliierten Danzig den Polen zugesprochen hätten, hätte ihnen niemand einen Verrat an den Vierzehn Punkten vorwerfen können. Sie wollten jedoch beiden Teilen gerecht werden, indem sie Danzig zur Freien Stadt erklärten. Leider erreichten sie damit nur, dass sie zwischen zwei Stühle fielen! Weder die getreue Beachtung der Vierzehn Punkte noch gar die eifersüchtige Wahrung des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker gab ihnen das Allheilmittel für Europas Krankheiten, das sie suchten. Aber dass die Versailler Regelung der polnischen Frage einen ehrlichen Versuch darstellte, die Vor-Waffenstillstands-Absichten der Alliierten zu verwirklichen, kann niemand bestreiten. Der Versuch scheiterte, weil weder Präsident Wilson noch seine Kollegen bei den anderen Alliierten erkannten, wie kompliziert dieses Problem war, das sie lösen wollten.

In drei Fällen musste Deutschland laut Vertrag Gebietsverlusten zustimmen, die in den Vierzehn Punkten nicht ausdrücklich vorgesehen waren. Zwei dieser Verluste – das dänische Schleswig und das belgische Grenzgebiet Eupen-Malmedy – erfolgten auf Grund des Prinzips vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der dritte Gebietsverlust – das Saargebiet – ge-

hörte in eine andere Kategorie. Frankreich benötigte die Kohle des Saargebiets für seine lothringischen Hochöfen und als vorübergehenden Ersatz für die nordfranzösischen Kohlengruben, die von dem deutschen Heer vor seinem Abmarsch aus Frankreich ausser Betrieb gesetzt worden waren. Frankreichs Forderung stützte sich daher auf sein Anrecht auf Entschädigung für angerichteten Schaden. Aber die Bevölkerung des Saargebiets war zweifellos deutsch, und eine Angliederung dieses Gebiets an Frankreich hätte einen Bruch des Selbstbestimmungsprinzips bedeutet. Folglich wurde das Saargebiet zeitweilig einer internationalen Kommission unterstellt, unter der Voraussetzung, dass es 16 Jahre später an Deutschland zurückgegeben würde, falls die Bevölkerung durch Volksabstimmung zeigen sollte, dass dies ihrem Wunsche entsprach. Auch hier kam es also wieder zu einem Kompromiss zwischen zwei einander widersprechenden Elementen der Wilson'schen Vision von der Nachkriegswelt – diesmal allerdings einem Kompromiss, der sich in der Praxis einigermassen bewährt hat, obwohl natürlich der Einwand gemacht werden kann, dass andere und bessere Lösungen der Saarfrage denkbar gewesen wären.

Deutschland verlor laut Versailler Vertrag seine Kolonien. Die Entscheidung hierüber erfolgte in völligem Einklang mit den Vierzehn Punkten. Punkt 5 hatte lediglich bestimmt, dass bei der Entscheidung über Kolonialansprüche die «Interessen der betroffenen Bevölkerungen» im gleichen Masse berücksichtigt werden sollten wie die «berechtigten Ansprüche der Regierung, über deren Rechtstitel entschieden werden soll». Diese Frage wurde vor der Unterzeichnung des Vertrages ausführlichst erörtert; die Sicherheitsbedenken der alliierten Regierung wurden gegenüber Deutschlands Forderung nach «einem Platz an der Sonne» abgewogen, und der deutsche Anspruch wurde schliesslich zurückgewiesen. Ob diese Entscheidung an sich gerecht war, wollen wir später näher untersuchen. Sie war

jedoch zumindest als Möglichkeit in den Vierzehn Punkten angedeutet worden und bietet keinerlei Basis für die Behauptung, die Versailler Mächte hätten einen «Verrat» oder Wortbruch begangen.

Deutschland wurde aufgefordert, eine Reparationsrechnung zu begleichen. Auch diese Frage – ob die Reparationsklauseln des Vertrages an sich gerecht sind – muss bei späterer Gelegenheit behandelt werden. Aber bei der Veranschlagung des zu entrichtenden Reparationsbetrages hielten sich die Alliierten streng an das Prinzip der Ermittlung des «Schadens, der der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügt worden war». Nur in einem Punkte gingen sie über dieses Prinzip hinaus: die Vertreter Grossbritanniens erreichten, dass in der Reparationsrechnung ein Posten «Renten und Entschädigungsleistungen für die Angehörigen von Frontsoldaten» eingefügt wurde, wodurch Grossbritannien und die britischen Dominien in die Lage versetzt wurden, einen Anteil an den Reparationszahlungen zu beanspruchen. Dies war zweifellos in der Reparationsklausel der ab geänderten Fassung der Vierzehn Punkte *nicht* vorgesehen gewesen und stellt somit eine Abweichung von der vor dem Vertrag verkündeten alliierten Politik dar. Es erwies sich jedoch, dass dieser Punkt von geringer praktischer Bedeutung war, da selbst ohne ihn die Reparationsrechnung das Zahlungsvermögen oder gar die schliesslich erfolgten Zahlungen Deutschlands bei Weitem überstieg.¹

Über die allgemeineren Fragen, die von den Vierzehn Punkten behandelt wurden, ist vorläufig nur wenig zu bemerken. Punkt 1 (keine Geheimverträge) entsprach Artikel 18 des Friedensvertra-

¹ Deutschland wurde ferner (laut Art. 238) aufgefordert, die von der belgischen Regierung während des Krieges bei den Alliierten eingegangenen Kriegsschulden wieder zurückzuzahlen. Es handelte sich hierbei jedoch um einen verhältnismässig geringen Betrag, und die Berechtigung der Einbeziehung dieses Postens in die Reparationsrechnung ist niemals ernsthaft bestritten worden.

ges. Punkt 2 (Freiheit der Meere) war bereits vor Abschluss des Waffenstillstandes zurückgezogen worden und wurde nicht wieder ausgebracht. Punkt 14 (Bildung eines Völkerbundes) wurde vom Vertrag durchgeführt, und es ist zu beachten, dass Deutschlands Anspruch darauf, als Grossmacht dem Völkerbund angehören zu dürfen, von Anfang an anerkannt wurde. Es verbleiben somit die Punkte 3 (Beseitigung der Wirtschaftsschranken) und 4 (allgemeine Abrüstung). Bei dem ersteren leistete der Vertrag nur halbe Arbeit. Die vorhandenen Wirtschaftsschranken wurden kaum verringert, und nichts geschah, um die Errichtung neuer Wirtschaftsschranken durch Deutschland oder irgendeinen seiner Nachbarn zu verhindern. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Vierzehn Punkte lediglich eine Beseitigung der Wirtschaftsschranken im Rahmen des Möglichen gefordert hatten; und soweit keine gegenteilige Erklärung vorlag, wurde es als selbstverständlich erachtet, dass jeder einzelne Staat die alleinige Entscheidung darüber zu fällen habe, welche Verringerungen im Bereich seiner eigenen Wirtschaftsschranken durchzuführen seien. Zudem wurde in Amerika offiziell erklärt, der Präsident habe bei Punkt 3 lediglich im Auge gehabt, dass jeder Mitgliedstaat des Völkerbundes jedem anderen Mitgliedstaat automatisch «Meistbegünstigungsrechte» einräumen solle. Über die Bedeutung dieser Auslegung brauchen wir uns nicht näher auszulassen. Allergünstigstenfalls bedeutete sie sehr wenig; in der Praxis war sie bedeutungslos. Punkt 3 war nichts anderes als eine Zukunftshoffnung. Er wurde von Männern formuliert und angenommen, die nicht verstanden, dass es keinen dauerhaften Frieden geben kann, der nicht mit dem Problem des Wirtschaftsnationalismus fertig wird. Und diese Schwäche der Vierzehn Punkte wurde auch prompt in den Friedensvertrag übernommen. Punkt 4, der Abrüstungspunkt, wurde formell vom Friedensvertrag voll und ganz übernommen; der Vertrag bestätigte die

Absicht der Alliierten, «bis zur Grenze der eigenen Sicherheit» abzurüsten, und traf sogar Vorbereitungen, um diese Entschliessung in die Tat umzusetzen – vermittelt der Abrüstungskommission des Völkerbundes. Die Kommission mühte sich 14 Jahre lang mit dieser Frage ab und gab den Kampf erst im Jahre 1933 auf, als Hitler Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund bekanntgab. Das Scheitern aller Versuche des Völkerbundes, eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen, war natürlich in erster Linie auf die Kurzsichtigkeit der Siegermächte zurückzuführen. Wohl ist nicht zu bestreiten, dass diese tatsächlich abgerüstet haben, zumindest in gewisser Hinsicht: viele von ihnen, darunter besonders Grossbritannien und Amerika, liessen den Stand ihrer Rüstung bis weit unter die Sicherheitsgrenze sinken. Aber diese «Abrüstung» erfolgte planlos und nach dem Gesetz der Trägheit – eher unter dem Druck einer kriegsunlustigen und pfennigfuchsenden öffentlichen Meinung als im Rahmen eines systematischen Planes für kollektive Sicherheit gegen einen gemeinsamen Angreifer; die Folge war: als im Jahre 1938 der Schatten des zweiten Weltkrieges plötzlich am Horizont auf tauchte, da waren diese Staaten völlig unvorbereitet und in tragischer Weise ausserstande, die Herausforderung anzunehmen.

Aber das sind Fragen, die die Zwanziger- und Dreissigerjahre betreffen; wir werden an späterer Stelle näher darauf eingehen. Im Augenblick sind wir immer noch bei der Frage, wie die Vierzehn Punkte sich zum Versailler Vertrage verhalten. Es würde sich erübrigen, diese Frage so ausführlich zu behandeln, wenn nicht deutsche Propagandisten während der letzten zwanzig Jahre – nicht nur in Deutschland selbst – mit so grossem Erfolg die Legende verbreitet hätten, der Versailler Vertrag sei der «grosse Verrat» an den vorherigen alliierten Versprechungen und Versicherungen. Die bisherigen Ausführungen bieten, wie ich hoffe, eine hinreichende Antwort auf diese Le-

gende für alle, die bereit sind, die Tatsachen zu studieren. Die Antwort ist eine zweifache – obschon *eine* Antwort bereits genügen würde: Erstens, Deutschland hat *nicht* auf Grund irgendeines auf den Vierzehn Punkten beruhenden Versprechens die Waffen gestreckt; Deutschland kapitulierte auf Grund einer absoluten militärischen Notwendigkeit und in dem vollen Bewusstsein, dass es jede Bedingung der Sieger annehmen musste – und auch in dem Bewusstsein, dass die Sieger es ausdrücklich abgelehnt hatten, die Vierzehn Punkte in die Waffenstillstandsbedingungen einzubeziehen. Und zweitens: als der Versailler Friedensvertrag schliesslich in seiner endgültigen Fassung festgelegt war, zeigte es sich, dass er – mit einer umstrittenen und, wie sich herausstellte, wesenlosen Ausnahme in der Frage der Reparationsskala – den Prinzipien und Vorschlägen der Vierzehn Punkte getreulich gefolgt war – in ihren Vorzügen wie in ihren Schwächen.

4.

Wir kommen nun zu der zweiten Angriffslinie der Propagandisten in ihrer Kampagne gegen den Friedensvertrag – zu der Behauptung, dass der Vertrag *an sich* untragbar streng und demütigend gewesen sei. Bis zu einem gewissen Grade steht dieses Argument im Widerspruch zu den Argumenten, mit denen wir uns bisher befasst haben. Wenn es wirklich der Fall wäre, dass die Vertragsbestimmungen allzu streng waren, dann müssen ja auch die Vierzehn Punkte – nach denen sich der Vertrag fast durchwegs so getreulich gerichtet hat – allzu streng gewesen sein; und wie steht es dann mit der Behauptung, die Vierzehn Punkte seien ein Köder gewesen, um durch ihre Milde das arglose Deutschland in die Falle zu locken? Aber wir haben dieses Gebiet ausführlich genug behandelt. Von

nun an haben wir mit dem Vertrag selber zu tun, und mit den Prinzipien, die er zum Ausdruck zu bringen versuchte.

Selbst hier müssen wir unseren Boden sorgsam abstecken. Es ist *eine* Aufgabe, die Frage zu behandeln, ob der Vertrag an sich gerecht oder ungerecht war – aber eine ganz andere, die Frage zu beantworten, ob er weise oder töricht war. Letztere kann nur im Hinblick auf spätere Ereignisse beantwortet werden; sie hat ihren Platz in den folgenden Kapiteln dieses Buches. Vorläufig geht es allein um die Frage, ob Deutschland damals berechtigt war, die Vertragsbestimmungen als «unfair» zu bezeichnen. Unter diesem Gesichtspunkt kann das Thema ohne Schwierigkeit besprochen werden. Nehmen wir uns einmal die Argumente der Propagandisten der Reihe nach vor.

Da ist zunächst die Kriegsschuld Klausel. Hier hatte Deutschland meines Erachtens berechtigte Gründe zum Protest. Seine Delegierten mussten eine Erklärung unterschreiben, dass Deutschland, im Verein mit den anderen besiegten Staaten, «die Verantwortung übernahm» für die Verursachung der Verluste und Schäden eines Krieges, der «durch das Angreifertum Deutschlands und seiner Verbündeten» der Welt «aufgezwungen worden war» (Art. 231). Diese Klausel hatte den Zweck, der Öffentlichkeit in den alliierten Ländern zu erklären, auf welcher Basis die Einziehung der Reparationen erfolgte. Für Deutschland lag jedoch der Schwerpunkt im letzten Teil der Klausel. Viele Deutsche haben sich seither auf den Standpunkt gestellt, dass sie hier zu Kriegsverbrechern gestempelt wurden, ohne dass ihnen Gelegenheit gegeben wurde, ihre Seite des Falles vorzubringen. Formell haben sie recht. Die Propagandisten haben natürlich das Ausmass der Ungerechtigkeit weit übertrieben. Klausel 231 wollte nicht die Alleinschuld am Kriege Deutschland aufbürden; Deutschlands *Verbündete* waren ausdrücklich mit angeführt. Und es ist Tatsache, dass die unmittelbare Verantwortung für den Ausbruch des Krieges im

Jahre 1914 im Wesentlichen einem dieser Verbündeten, Österreich-Ungarn, zufällt. Deutschland selber war keineswegs schuldlos. Durchblicken zu lassen, wie die Propagandisten es taten, dass Deutschland völlig unschuldig sei, dass es gegen seinen Willen von seinen Verbündeten in den Krieg gedrängt, dass es von seinen Feinden umgarnt und heimtückisch überfallen worden sei – das ist eine lächerliche Umkehrung der Tatsachen. Dennoch war der Versailler Vertrag in diesem Punkte unfair. Ob es zutraf, dass das Angreifertum Deutschlands und seiner Verbündeten den Krieg verursacht hat, oder nicht, – ist hier nicht von Belang: wesentlich ist nur, dass dies nicht durch eine unparteiische Untersuchung vor Abschluss des Friedensvertrags *erwiesen* worden ist.

Zweitens, Abrüstung. Hier kann es keinerlei Grund zur Beschwerde geben. Deutschland war entscheidend besiegt worden. Den Alliierten war bekannt, dass einflussreiche Kreise innerhalb Deutschlands die Niederlage nicht annehmen wollten und nur auf die nächste passende Gelegenheit warteten, um den Kampf wieder aufzunehmen. Die Alliierten waren durchaus berechtigt, Vorbeugungsmassnahmen zu treffen. Ihre Ansicht war, dass Deutschland solange abgerüstet bleiben müsse, bis es sicher war, dass es seine Rüstung nicht dazu benutzen werde, um einen neuen Weltkrieg vom Zaune zu brechen. Niemand in Deutschland dürfte an diesem Standpunkt etwas auszusetzen haben – am allerwenigsten diejenigen, die gerade das beabsichtigten, was die Alliierten verhüten wollten, und für die «der Krieg von 1914–18 niemals geendet hatte».

Wohl hatten die Alliierten ebenfalls erklärt, dass sie ihrerseits abrüsten wollten und hatten diese Absicht in den folgenden Jahren nicht in dem Geiste, der ihr zugrunde lag, durchgeführt. Aber nichts sprach von einer sofortigen Abrüstung, und es war von Anfang an feststehend, dass mehrere Jahre vergehen müssten, bevor Deutschland als gleichberechtigter Partner in dieser

wie in irgendeiner anderen Hinsicht anerkannt werden konnte. In der Abrüstungsfrage kann dem Vertrag bestimmt keine allzu grosse Strenge zur Last gelegt werden,– unbeschadet unseres Urteils über die Weisheit oder Unweisheit der alliierten Politik während der Folgejahre.

Drittens, die neuen Reichsgrenzen. Auch hier kann von «Unfairheit» keine Rede sein. Die Rückerstattung Elsass-Lothringens an Frankreich und Nordschleswigs an Dänemark betraf lediglich Provinzen, die Deutschland im 19. Jahrhundert anektiert hatte. Die Festlegung des an Polen abzutretenden Gebiets erfolgte, wie wir gesehen haben, in völliger Übereinstimmung mit den Prinzipien der Volkszugehörigkeit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Deutschlands Südgrenze blieb unverändert – niemand sprach damals davon, dass die Sudetenbewohner als Deutsche anzusehen seien; sie hatten niemals zum Deutschen Reich gehört, und weder sie selbst noch irgendjemand anders erhob in Versailles die Forderung, dass sie jetzt, zum erstenmal in ihrer Geschichte, Bürger Deutschlands werden sollten. Das Saargebiet wurde zeitweilig, aus Reparationsgründen, aus dem Reichsverband gelöst; aber von einer Abtretung an Frankreich, sofern dies nicht von der Bevölkerung verlangt würde, war keine Rede. Und schliesslich Danzig, das mit einer gewissen Berechtigung an Polen als dessen «natürlicher Zugang zum Meere» hätte abgetreten werden können, erhielt einen Status, der seinen deutschen Charakter ausdrücklich bewahrte.

Die Versailler Massnahmen über die Regelung der territorialen Probleme des östlichen Ostseeküstenraums waren wenig befriedigend. Aber das war auf das Bemühen zurückzuführen, Deutschland *fair* zu behandeln. Sicherheitsbedenken und Erwägungen administrativen Charakters allein würden weit härtere Bedingungen erfordert haben.

5.

Wir kommen nun zur Kolonialfrage. Das Problem ist hier komplizierter als bei den bisher besprochenen Punkten, und erfordert ausführlichere Behandlung.

Die Vierzehn Punkte hatten festgelegt, dass bei der Regelung der Ansprüche Deutschlands die Interessen der Eingeborenen das gleiche Gewicht erhalten sollten wie die «berechtigten Ansprüche» ihrer Beherrscher.

Die Interessen der Eingeborenen in den ehemaligen deutschen Kolonien forderten allerdings keineswegs ihre Rückgabe an Deutschland. Deutschlands Ruf als Kolonialmacht war nicht der beste gewesen. Zahlreiche Berichte waren im Umlauf über das brutale Verhalten deutscher Siedler und Verwaltungsorgane gegenüber den Eingeborenen von Togo und Kamerun. Zweifellos waren viele dieser Berichte übertrieben – aber ihre wesentliche Quelle lag in den Reichstagsdebatten aus den Jahren vor dem Kriege. Es stand tatsächlich fest, dass Deutschland seine Kolonien von jeher als Ausbeutungsobjekte behandelt und für die Interessen der Eingeborenen keinerlei Verantwortlichkeit empfunden hatte.

Hierauf pfl egten die Propagandisten immer wieder zu entgegnen, dass Deutschland in dieser Hinsicht nicht der einzige, und noch nicht einmal der schlimmste, Missetäter war. Die Alliierten waren sich dessen wohl bewusst. Und als sie in Versailles dazu schritten, ihre Pläne über die Zukunft der früheren deutschen Kolonien auszuarbeiten, da schufen sie ein System, von dem sie hofften, dass es wirklich die Interessen der Eingeborenen im Geiste der Vierzehn Punkte schützen würde. Dieses System, das sogenannte «Mandatsystem», hat in notorischer Weise die Erwartungen enttäuscht. Aber es war bestimmt nicht die Farce, als die es von den Propagandisten hingestellt wurde. Jede Mandatsmacht, mit der einzigen Aus-

nähme Japans, hat in der folgenden Friedensdekade die Vorschriften des Mandats dem Buchstaben, und in vielen Fällen auch dem Geiste nach, erfüllt. Sie betrieben keine rücksichtslose Ausbeutung der Bevölkerung; sie sorgten dafür, dass beträchtliche – wenn auch immer noch nicht ausreichende – Summen für die Erziehung und Lebensverbesserung der Eingeborenen verausgabt wurden; und wenn sie in manchen Fällen die Mandatsgebiete in eine engere wirtschaftliche und verwaltungsmässige Bindung zu ihren eigenen nahegelegenen Kolonien brachten, als im Friedensvertrag vorgesehen war, so widersprach dies durchaus nicht immer den Interessen der Bevölkerung. Ich will nicht sagen, dass ihr Vorgehen von rein selbstlosen Beweggründen veranlasst war. Das haben diese Kolonialmächte auch nie von sich behauptet. Noch will ich sagen, dass sie in ihrer Politik gegenüber den Eingeborenen immer weise oder wohlthätig waren. Aber es kann nicht daran gezweifelt werden, dass im Grossen und Ganzen die Eingeborenen der ehemals deutschen Kolonien unter dem Mandatssystem besser – und wenn die Absichten der Vertragsstifter von Versailles sich in vollem Masse verwirklicht hätten, um vieles besser – gestellt waren, als es bei einer Rückkehr zu einer deutschen Oberhoheit nach dem Vorkriegsmuster der Fall gewesen wäre.

Alles in allem sprachen die «Interessen der betreffenden Bevölkerung» daher für eine Nicht-Rückgabe der Kolonien an Deutschland. Wie stand es nun mit den «berechtigten Ansprüchen der Regierung, über deren Rechtstitel zu entscheiden ist»? Die Befürworter des Versailler Vertrages haben diese Worte manchmal in einem Sinne ausgelegt, der meines Dafürhaltens nicht berechtigt ist. Sie haben angenommen, dass der Ausdruck «berechtigte Ansprüche» sich nicht nur auf Deutschland bezog, sondern auch auf die Ansprüche der nächstinteressierten alliierten Macht – Grossbritanniens, Südafrikas, Japans usw.

Ich kann den Worten nicht diesen Sinn zusprechen – oder vielmehr, ich glaube nicht, dass die betreffenden Mächte überhaupt irgendeinen «berechtigten Anspruch» auf die ehemals deutschen Kolonien besaßen.¹ Aber diejenigen unter den Alliierten, die selbst Kolonien besaßen, konnten andere, zwingendere Gründe gegen eine Zurückerstattung der ehemals deutschen Kolonien geltend machen; und die Vertragsstifter von Versailles hatten jedes Recht, diese Gründe zu berücksichtigen. Punkt 5 der Vierzehn Punkte nahm für sich nicht in Anspruch, sämtliche Faktoren, die bei einer Regelung der Kolonialfrage Beachtung finden sollten, zu enthalten; auf jeden Fall hatte seine Anwendung und Interpretierung im Hinblick auf die wesentlichen Prinzipien, die den Vierzehn Punkten in ihrer Gesamtheit zugrunde lagen, zu erfolgen.

Betrachten wir zunächst einmal Deutschlands «berechtigten Anspruch» auf seine früheren Kolonien. Die Propagandisten haben übrigens von Zeit zu Zeit behauptet, Deutschland habe niemals die Gelegenheit erhalten, seinen Standpunkt in der Kolonialfrage vorzubringen. Das ist nur insofern zutreffend, als meines Wissens diese Frage niemals in aller Form vor einem Schiedsgericht zur Entscheidung gestanden hat. Aber die deutschen Delegierten erhielten Gelegenheit, ihre Ansichten vorzubringen, als ihnen der erste Entwurf des Vertrages vorgelegt wurde. Ihre Argumente, die den Alliierten am 29. Mai 1919 zugesandt wurden, wurden in Erwägung gezogen und beantwortet, bevor die endgültige Fassung des Vertrages fertiggestellt wurde. Ausserdem ist zu beachten, dass die Argumente

¹ Nach nationalsozialistischer Anschauungsweise bildete die Tatsache, dass z.B. Südafrika das Gebiet von Deutsch-Südwestafrika mit Waffengewalt erobert hatte, nicht nur einen berechtigten Anspruch, sondern ein unantastbares Anrecht auf den ständigen Besitz dieses Gebiets zum Zwecke privater Ausbeutung. Aber in Versailles hatten die Alliierten das durch Waffengewalt eroberte Eigentumsrecht ausdrücklich für null und nichtig erklärt.

der deutschen Delegierten in ihrer Formulierung fast genau die gleichen waren, die bereits Monate zuvor in dem offiziellen amerikanischen Kommentar zu Punkt 5 Verwendung gefunden hatten. Mit anderen Worten: Die Basis der deutschen Forderung nach Rückgabe der Kolonien war der Welt bereits wohl bekannt, bevor diese Frage zur endgültigen Entscheidung gelangte.

Deutschlands Anspruch beruhte auf drei Punkten: Deutschlands Recht, als das einer Grossmacht, auf Kolonialbesitz, Deutschlands Wirtschaftserfordernisse und Deutschlands Bedarf nach Ansiedlungsraum für seinen Bevölkerungsüberschuss. Ein vierter, nicht offen ausgesprochener Punkt kann noch hinzugefügt werden: die Hoffnung gewisser Elemente in Deutschland, dass Kolonien zur Förderung ihrer Weltherrschaftspläne verwendet werden könnten. Um diesen ganzen Fragenkomplex eingehend überprüfen zu können, müssen wir einen Blick auf Deutschlands frühere Einstellung zu seinen Kolonien werfen.

Bismarck hat bekanntlich wiederholt seine Opposition, aus wirtschaftlichen wie aus strategischen Gründen, gegen den Aufbau eines deutschen Kolonialreiches ausgesprochen. «Die Vorteile, die Handel und Industrie des Mutterlandes von Kolonien erwarten, beruhen zum grössten Teil auf Illusionen», schrieb er im Jahre 1868. Drei Jahre später, als mit dem besiegten Frankreich Frieden geschlossen wurde, erklärte er: «Ich will keine Kolonien... Kolonialunternehmen wären für uns genau dasselbe wie die Seidentücher und Zobelpelze der polnischen Adelsfamilien, die kein Hemd am Leibe tragen.» Und im Jahre 1881 erklärte er ohne Umschweife: «Solange ich Reichskanzler bin, machen wir keine Kolonialpolitik... Wir dürfen keine wunden Punkte in anderen Erdteilen haben, die Frankreich anheimfallen würden, sobald wir mit ihm im Kriege wären.» Wir brauchen nicht näher auf die Frage einzugehen, inwieweit diese Einstellung Bismarcks wirklichen Ansichten entsprach

oder in seiner Handlungsweise als Reichskanzler zum Ausdruck kam. Wesentlich ist hier nur, dass dieser Standpunkt vom Kaiser nicht geteilt wurde, und die Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden in diesem Punkte war eine der Hauptursachen für Bismarcks Entlassung. Unmittelbar danach nahm Deutschlands Interesse an Kolonien Gestalt an. Bismarcks zweiter Nachfolger, Hohenlohe, erklärte vor dem Reichstag im Jahre 1894: «Die Aufrechterhaltung unseres Kolonialreiches ist eine Pflicht gegenüber unserer Nationalehre und ein Zeichen unseres Nationalruhms.» Der Kaiser forderte für Deutschland «einen Platz an der Sonne», und die Agadir-Krise im Jahre 1911. zeigte, dass Deutschland bereit war, wenn nötig, um seiner Position als Kolonialmacht willen zu den Waffen zu greifen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet waren Deutschlands Kolonien inzwischen völlig bedeutungslos geblieben. Im Jahre 1914 belief sich Deutschlands Rohstoffeinfuhr aus seinen Kolonien auf etwa 0,5 Prozent seiner Gesamteinfuhr, und seine Ausfuhr war ebenfalls geringfügig. Ausserdem sind in den 30 Jahren vor Ausbruch des ersten Weltkrieges weniger als 20'000 Deutsche in die Kolonien ausgewandert.

Zweifellos war es daher das Prestigemoment – bei manchen Deutschen noch verstärkt durch den Glauben, Kolonien seien ein Sprungbrett zur Weltmacht –, das in den Nachkriegsjahren die Triebfeder der deutschen Kolonialforderung darstellte. Es war nicht dazu angetan, die Alliierten – oder die ganze Welt – in einem für Deutschland günstigen Sinne zu beeinflussen, so leidenschaftlich es auch von vielen Deutschen empfunden wurde. Für letztere war der Verlust des Kolonialreiches ein Ausdruck jener Niederlage, die sie mit wachsender Erbitterung betrachteten; für die Alliierten war Deutschlands Niederlage lediglich eine Tatsache, und wenn der Verlust der Kolonien vielen Deutschen aus Prestigegründen zuwider war,

so würde dies zweifellos keinen «berechtigten Anspruch» auf ihre Rückerstattung dargestellt haben.

Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus muss noch eine weitere Erwägung Beachtung finden. Deutschland konnte vielleicht erklären, die bisherige wirtschaftliche Bedeutungslosigkeit seiner Kolonien schliesse die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Aufschwunges in der Zukunft nicht aus. Im Lichte späterer Ereignisse erscheint dieses Argument als durchaus plausibel. Wenn Deutschland unter dem Nationalsozialismus Kolonien besessen hätte, dann wären diese Kolonien zweifellos in den Vierjahresplan einbezogen worden, ihre Bodenschätze gefördert und im autarkischen Interesse bis zum Äussersten ausgebeutet worden, und sowohl die Kopfstärke der deutschen Siedler als auch der Umfang des Handels zwischen Kolonien und Mutterland wäre bald erheblich gestiegen.¹ Wenn dies alles im Jahre 1919 vorausgesehen gewesen wäre, dann wäre die wirtschaftliche Basis von Deutschlands Anspruch auf Kolonien weit stärker gewesen – obwohl die Gegenargumente seitens der anderen Weltmächte – und seitens der Eingeborenen – eine entsprechende Verstärkung erfahren hätten – und die endgültige Entscheidung unverändert geblieben wäre!

Damals wurde dieser Gesichtspunkt jedoch nicht vorgebracht; es wäre dies ja auch kaum möglich gewesen. Und auf alliierter Seite wurde darauf hingewiesen, dass die Entziehung der Kolonien aus dem deutschen Machtbereich Deutschland keineswegs von jedem Zugang zu ihren Bodenschätzen abschneiden würde. Im Jahre 1919 war das Weltpanorama noch nicht durch autarkistische Bestrebungen und Devisenkontrollen getrübt; die grösste Kolonialmacht der Welt, Grossbritannien, beharrte nach wie vor getreulich bei ihrer Politik der «offenen Tür» und duldete keine unterschiedliche Behandlung zwischen britischen und nichtbritischen Händlern auf dem Kolonialmarkt; es be-

¹ S. hierzu Kapitel VI, S. 231 ff.

stand die feste Absicht, die gleiche Politik auch in den neuen Mandatsgebieten zu befolgen. Unter diesen Umständen, und angesichts der bisherigen wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit der deutschen Kolonien, hatte das Argument, die Nichtrückgabe der deutschen Kolonien würde Deutschlands wirtschaftlichen Wohlstand ernsthaft beeinträchtigen, keinerlei Gewicht. Aber wenn auch die Vertragsstifter nicht auf den Gedanken kamen, dass das Kolonialreich in den Nachkriegsjahren für Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht wertvoll sein könnte, so waren sie sich doch über den potentiellen *militärischen* Wert der Kolonien vollauf im Klaren. Das Argument, das von den anderen Kolonialmächten – und nicht nur von ihnen – gegen eine Erfüllung des deutschen Anspruchs vorgebracht wurde, beruhte gerade auf dieser Erkenntnis. Im ersten Weltkrieg hatten die deutschen Kolonien den Alliierten viele Schwierigkeiten bereitet, bis sie eine nach der anderen erobert wurden; in einem zweiten Weltkrieg würde ihre militärische Verwendungsmöglichkeit um ein Vielfaches erweitert werden, z.B. durch die Errichtung von U-Bootstützpunkten und Flugplätzen. Die Gefahr, die der Sicherheit der Alliierten drohte, war offenbar. Und es ist sicher, dass diese Erwägung an allererster Stelle den Ausschlag gab bei der Entscheidung, die Kolonien nicht an Deutschland zurückzugeben.

Bevor irgendein Deutscher diese Entscheidung als ungerecht bezeichnet, möge er sich einmal überlegen, ob die alliierten Befürchtungen, die ihr zugrunde lagen, berechtigt waren oder nicht.¹

6.

Und schliesslich: die Frage der Reparationen. Wieder geht es uns nicht um die Weisheit oder Unweisheit der Versailler Bestimmungen, noch darum, was in den Folgejahren tatsächlich

¹ Zur Kolonialfrage siehe auch S. 167 ff. und S. 231 ff.

geschehen ist, sondern einfach um die Frage, ob die Reparationsklauseln des Versailler Vertrages in irgendwelcher Hinsicht «ungerecht» oder zu streng gegenüber Deutschland waren.

An dem *Prinzip* der Erhebung von Reparationen war bestimmt nichts Ungerechtes. Es war seit Jahrhunderten Kriegsbrauch gewesen. Ja, es war seit jeher üblich, dass der Sieger dem Besiegten nicht nur die Wiedergutmachung des erlittenen Schadens, sondern auch Tributzahlungen etc. auf erlegte. An diesen Brauch hat sich Deutschland nach allen Kriegen, aus denen es als Sieger hervorging, in vollem Umfang gehalten, z.B. im Frieden von 1871 mit Frankreich und in dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit Russland. In keinem der beiden Fälle kamen Wiedergutmachungsleistungen für Schaden an deutschen Zivilisten oder ihrem Eigentum in Betracht, da die Kämpfe ausschliesslich auf nichtdeutschem Boden stattgefunden hatten. Trotzdem überreichte Bismarck im Jahre 1871 Frankreich eine Rechnung, die das Doppelte der gesamten deutschen Kriegskosten betrug. Und in Brest-Litowsk wurden die Russen angewiesen, insgesamt 6 Milliarden Goldmark an Geld, Papieren und Waren zu entrichten. Von diesem Gesichtspunkte aus bedeutete der Versailler Vertrag einen grossen Schritt vorwärts auf dem Wege zur milden Behandlung des besiegten Gegners.

Was war nun der Betrag, der gefordert wurde? Der Versailler Vertrag hat keine ausdrückliche Summe festgelegt, sondern die Entscheidung hierüber einem besonders einberufenen Reparationsausschuss überlassen. Die Rechnung, die schliesslich vorgelegt wurde, war hoch. Das war nicht anders zu erwarten gewesen; denn die Summe des Schadens, den das deutsche Heer dem Zivileigentum der Alliierten zugefügt hatte, war ebenfalls hoch. Insbesondere auf dem letzten Rückzug, im Herbst 1918, hatte das deutsche Heer systematisch Dörfer zerstört, Vieh geschlachtet, Fabriken abgetragen, Bergwerke betriebsunfähig ge-

macht, Lager und Maschinen abtransportiert. Dies war aul ausdrücklichen Befehl der Obersten Heeresleitung geschehen. Es war der letzte, verzweifelte Versuch, den Vormarsch der Alliierten zu verzögern und damit die Niederlage hinauszuschieben. Abgesehen von all diesem war die deutsche Führung während des Krieges stets bereit gewesen, schärfste Vergeltungsmassnahmen gegen französische und belgische Zivilisten durchzuführen – ja auch gegen ganze Gemeinden und Städte –, falls diese den deutschen Kriegseinsatz gegen ihre eigene Heimat nicht nachdrücklich genug unterstützten. Dazu kam noch die Vernichtung von Handelsschiffen durch die U-Boote. Selbst wenn die Reparationsrechnung den Posten «Renten und Entschädigungsleistungen für die Angehörigen von Frontsoldaten» — der an sich nicht unberechtigt war, den wir bereits als von dem Geiste der Vierzehn Punkte abweichend bezeichnet haben — nicht enthalten hätte, würde der Gesamtbetrag sich auf viele Milliarden Mark belaufen haben.

Die Alliierten waren grundsätzlich dazu berechtigt, den Gesamtschaden, den ihre Zivilbevölkerung durch Deutschland erlitten hatte, zu errechnen und als die Gesamtsumme der zu entrichtenden Reparationen zu betrachten. Das wird nur derjenige bestreiten wollen, der dem Sieger das Recht abspricht, seinen besiegten Gegner zur Wiedergutmachung des von diesem angerichteten Schadens anzuhalteln; und angesichts Deutschlands Haltung in diesem Punkte in vergangenen Kriegen hat kein Deutscher das Recht, diese Berechtigung zu verneinen. Aber wenn nun der Schuldner nicht in der Lage ist, die gesamte Schuldsomme zu zahlen? Wenn es sich um einzelne Menschen handelt, dann ist es üblich, den Schuldner dazu anzuhalteln, soviel zu zahlen, wie er vernünftigerweise kann; und der Gläubiger muss das Defizit wohl oder übel als Verlust abschreiben. Dies war auch der Standpunkt, den die Vertragsstifter von Versailles einnahmen. In Artikel 232 an-

erkannten sie ausdrücklich die Tatsache, dass «Deutschlands Mittel nicht ausreichen ..um Schaden und Verluste in vollem Masse wiedergutzumachen», die von den Alliierten und Assoziierten Regierungen und ihren Staatsangehörigen erlitten worden waren. Die Frage, die der Reparationsausschuss zu beantworten hatte, war demnach nicht: «Was schuldet Deutschland?», sondern vielmehr: «Was kann Deutschland zahlen?» Die Ziffer, die vom Reparationsausschuss festgelegt und der deutschen Regierung am 5. Mai 1921 mitgeteilt wurde, betrug 132 Milliarden Goldmark. Die Zahlung sollte sich über einen Zeitraum von 42 Jahren erstrecken, und bei einer fünfprozentigen Verzinsung der Restsumme würden alljährlich etwa 7 Milliarden Goldmark zu entrichten sein. Deutschland sollte damit Reparationen in Höhe von 2 Mark wöchentlich pro Kopf der Bevölkerung zahlen.

War diese Forderung vernünftig oder unvernünftig?

Vom praktischen Gesichtspunkt aus gesehen, war sie unvernünftig. Das bedeutet: die Summe war so hoch, dass ihre Überweisung durch Deutschland an die alliierten Staaten die Struktur von Welthandel und Weltfinanz vollständig umgestürzt haben würde. Auf diesen Punkt werden wir im nächsten Kapitel zurückkommen. Auch hier haben die Vertragsstifter gezeigt, dass sie die wirtschaftliche Seite der vorliegenden Probleme nicht richtig erfassen konnten.

Aber kann man sagen, dass diese Forderung vom Gesichtspunkt des deutschen Zahlers aus unvernünftig war? Deutschland sollte einen Betrag entrichten, der ungefähr einem Zehntel seines in normalen Zeiten zu erwartenden Nationaleinkommens entsprach. Das war eine schwere Belastung; sie würde eine entsprechende Senkung des Lebensstandards des deutschen Volkes zur Folge gehabt haben. Aber die Reparationsrechnung umfasste lediglich die Schäden und Kosten, die die Regierungen und Völker der Alliierten erlitten bzw. getragen hatten. Wenn

Deutschland dafür nicht aufkam, dann würden die Alliierten es tun müssen; dann würden sie, die Sieger, eine schwerere wirtschaftliche Belastung zu tragen haben als Deutschland, ihr besiegter Gegner – denn es darf nicht vergessen werden, dass das deutsche Zivileigentum von den Verwüstungen des ersten Weltkriegs kaum berührt worden war.

Ausserdem war die Summe von 2 Mark pro Kopf pro Woche zwar eine schwere, aber bei Weitem keine untragbare Belastung für ein Volk mit einer wirtschaftlichen Position wie der Deutschlands. Vergessen wir nicht, dass in den ersten 6½ Jahren der nationalsozialistischen Aera, wie Hitler bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges prahlerisch verkündet hat, Deutschland die Summe von 90 Milliarden Mark für Rüstungszwecke verausgabte – zumindest 4 Mark pro Kopf pro Woche, fast ein Viertel des deutschen Nationaleinkommens. Vergessen wir auch nicht, dass Deutschland in der Zeitspanne zwischen dem Sommer 1940 und dem Ende des Jahres 1943 die Summe von 36 Milliarden Mark von Frankreich eingetrieben hat – über 2½ mal so viel pro Kopf der französischen Bevölkerung wie die Alliierten Deutschland nach dem ersten Weltkrieg auferlegen wollten.

Nein, was wir auch von der *Weisheit* der Reparationsforderungen halten mögen, – vom Standpunkt der praktischen Durchführbarkeit und der wirtschaftlichen Konsequenzen aus betrachtet -----, eines ist gewiss: die Behauptung, dass diese Forderung eine unerhörte *Ungerechtigkeit* gegenüber dem besiegten Deutschland darstellte, hält selbst der oberflächlichsten Untersuchung nicht stand.

7.

Wir kommen also zu dem Schluss, dass der Versailler Vertrag in keiner Hinsicht das ungerechte und zynische Diktat war, als das er von den Propagandisten hingestellt worden ist. Er ging

weder von den Prinzipien der Vierzehn Punkte in irgendeiner wesentlichen Frage ab, noch war er an sich ungerecht, es sei denn, indem er Deutschland einen Teil an der Verantwortung für den Krieg zuwies, ohne die ganze Frage der Kriegsschuld vorher gründlich und unparteiisch zu prüfen.

Dennoch sind die Propagandisten während der Zwanzigerjahre ohne Unterlass gegen dieses Dokument Sturm gelaufen, und bis zur Mitte der Dreissigerjahre war fast jeder Durchschnittsdeutsche davon überzeugt, dass der Versailler Vertrag ein Skandal, ein Diktat, eine grenzenlose Ungerechtigkeit war, – ein planmässiger Versuch, das unschuldige deutsche Volk zu demütigen und zu schädigen. Wie lässt sich ein so phantastischer Irrtum erklären?

Im Falle der nationalistischen Elemente innerhalb der deutschen Herrscherkaste ist die Erklärung teilweise in den Worten des Prinzen Max von Baden, die wir im I. Kapitel zitiert haben, zu finden. Diese Leute hatten in den Vierzehn Punkten ein Schacherpfeil gesehen, das «eine geschickte deutsche Diplomatie am Konferenztisch zu Deutschlands Vorteil ausnutzen könnte». Sie sahen sich in ihren Hoffnungen getäuscht. Der Friedensvertrag bot ihnen nicht all die Chancen, die sie erwartet hatten. Er machte alle Aussichten auf eine Wiederaufnahme des Kampfes unter für Deutschland einigermassen günstigen Bedingungen zunichte. Wenn sie ihre Pläne überhaupt noch durchführen wollten, dann mussten sie behutsam und insgeheim zu Werke gehen und sich jahrelang gedulden. Dies taten sie auch, wie wir im folgenden Kapitel sehen werden. Aber in der Zwischenzeit war es in ihrem Falle verständlich, dass sie ihrer Entrüstung über den Friedensvertrag, der ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht hatte, Luft machten und sich sagten, dass er, weil er ihre Pläne vereitelt hatte, ungerecht und «unfair» sei.

Aber was das deutsche Volk betrifft, muss eine andere Erklärung gefunden werden.

Meiner Ansicht nach gibt es zwei Erklärungen.

Erstens, Deutschlands Stolz hatte durch die Tatsache seiner Niederlage in einem grossen Krieg einen tödlichen Stoss versetzt bekommen. Der Gedanke an diese Niederlage war nahezu unerträglich; und getrieben von einem natürlichen Selbsterhaltungsinstinkt hielt der Durchschnittsdeutsche Ausschau nach einem Ausweg, um diesen Gedanken aus seinem Bewusstsein fernzuhalten. Eine Möglichkeit war, dass man die Tatsache der deutschen Niederlage einfach abstritt. Hieraus erwuchs die Dolchstosslegende und die Bereitwilligkeit vieler anständiger und tapferer Deutscher, an diese Legende zu glauben, obwohl sie damit ihre eigene Ehre aufs Schwerste befleckten. Die andere Möglichkeit bestand darin, dass man das Gefühl der Demütigung von der Niederlage selbst auf den Vertrag, der ihr Ausdruck war, übertrug. Wenn man sich einreden konnte, dass der *Vertrag* ungerecht und schändlich, dass er eine mutwillige Demütigung Deutschlands von Seiten anmassender ausländischer Mächte sei, dann konnte man vielleicht auch die wirkliche Ursache dieses Gefühls der Demütigung, nämlich die Tatsache, dass Deutschland auf dem Schlachtfeld einwandfrei und vernichtend besiegt worden ist, in das Unterbewusstsein zurückdrängen. Man konnte seine Feinde der Brutalität zeihen – anstatt sich selber einen Versager nennen zu müssen.

Und als die Propagandisten dazu übergingen, die Legende von den Vierzehn Punkten und dem Versailler Vertrag zu verbreiten, da stiessen sie auf fruchtbaren Boden. Propaganda allein hätte das Ergebnis nicht erreichen können. Die Wahrheit ist nun einmal, dass der einfache Deutsche den Propagandisten glauben *wollte*, und dass er ihnen deshalb in diesem Punkte kritiklos zuhörte. Wäre er weniger erpicht gewesen, sich etwas einreden zu lassen; wäre er bereit gewesen, die Tatsachen in

realistischer Weise zu studieren und zu verstehen, selbst wenn es für ihn schmerzliche Tatsachen waren, – dann wäre die Geschichte der letzten zwölf Jahre nicht nur für ihn selber, sondern auch für die ganze Welt weniger katastrophal verlaufen.

Die beiden Legenden – vom Dolchstoss und vom grossen Verrat, – stützten und verstärkten sich gegenseitig. Wenn der Friedensvertrag ein grosser Verrat war, dann bedeutete das, dass vor Ende des Krieges Besseres versprochen worden war; wie natürlich ist da die Folgerung, dass die Aussicht auf dieses Bessere irgendwie eine bei Deutschlands Entscheidung, die Waffen zu strecken, einflussreiche Rolle gespielt hat, – und die weitere Folgerung, dass Deutschland durch List und Verrat zur Waffenstreckung gebracht und dass es im militärischen Sinne überhaupt nicht besiegt worden ist. Andererseits, wenn man sich einmal eingeredet hatte, dass Deutschland nicht besiegt worden ist, dann wurde die Tatsache, dass der Friedensvertrag auf der Tatsache der deutschen Niederlage fusste, ein weiterer Anlass zu Verbitterung und Protest gegen seinen Inhalt. Warum die tiefe Entrüstung wegen der Vertragsbestimmungen über die Revision der Reichsgrenzen; über Reparationen (von den Propagandisten «Tribut» genannt); über einseitige Abrüstung; über die Aushändigung der Kolonien an eine internationale Kontrolle? Nicht etwa, weil diese Bestimmungen gegen irgendwelche natürlichen Rechts- und Anständigkeitsbegriffe verstiessen, noch weil sie einen Bruch früherer Versprechungen darstellten – denn sie taten keines von beiden; sondern einfach und lediglich, weil sie Deutschlands Stellung als besiegte Nation bestätigten und ausdrückten. So wurde, gerade weil die Tatsache der Niederlage zu peinlich war, als dass man sie zugeben könnte, es nicht nur ein Recht, sondern geradezu eine Pflicht, den Friedensvertrag zu hassen und zu verabscheuen als das Mittel, mit dessen Hilfe diese unerträg-

liche Tatsache zur Schau gestellt wurde. Ich möchte jeden Deutschen, der einmal an die Legende vom grossen Verrat geglaubt hat, fragen: Ist es nicht wahr, dass der Ursprung seiner Entrüstung über den Versailler Vertrag – von dem halben Dutzend Worten über Kriegsschuld abgesehen – in seinem eigenen Bemühen zu suchen ist, vor sich selber zu leugnen, dass Deutschland im Jahre 1919 ein besiegtes Volk war? Der zweite Grund für den Erfolg der Legende vom Versailler Vertrag ist folgender. Zum erstenmal in der Geschichte – wenn wir von dem Friedensvertrag zwischen Grossbritannien und Südafrika am Ende des Burenkrieges absehen – haben im Jahre 1919 die Sieger eines Krieges den Versuch gemacht, einen Frieden nicht auf Macht, sondern auf Recht aufzubauen. Der Versuch war nicht sehr erfolgreich. Die Sieger begingen viele schwere Fehler, die ihnen mit Recht vorgeworfen werden können. Aber diese Fehler waren fast durchwegs auf Unwissenheit zurückzuführen – allzu grosse Vereinfachung der vorliegenden Probleme, blindes Festhalten an einem unzureichenden Begriff von Volkszugehörigkeit und Selbstbestimmungsrecht der Völker, mangelndes Verständnis für die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren. Sie waren weder auf Böswilligkeit gegenüber den besiegten Gegnern zurückzuführen, noch auf das Streben, von den Grundsätzen, die sie für sich selbst aufgestellt hatten, wieder abzugehen. Wie Präsident Wilson am 27. September 1918 erklärt hat: «Die unparteiische Gerechtigkeit, die wir üben wollen, darf keinen Unterschied kennen zwischen den einen, die wir gerecht behandeln wollen, und den andern, die wir nicht gerecht behandeln wollen.» An diesen Leitsatz haben sich die Alliierten bei ihrem Friedenswerk zu halten versucht. Sie hatten keine Vorliebe für die Deutschen, die Verbitterung des Krieges war noch nicht vergessen; dennoch versuchten sie, gerecht zu sein. Und gerade weil sie sich diese Mühe machten, gaben sie sich

eine Blöße für die Giftpfeile der Propagandisten. Diese konnten auf die vielen Härten des Vertrages hinweisen, sie konnten aus Härten «Ungerechtigkeiten» machen – und auf diese Weise schmiedeten sie eine gefährliche Waffe, mit der sie ihr leicht beeinflussbares Publikum gegen den Vertrag verhetzten; denn eine «Ungerechtigkeit» ist dann am schwersten zu ertragen, wenn ihr Urheber behauptet, im Namen der Gerechtigkeit zu handeln. So hat der Versailler Vertrag die Voreingenommenheit, die in Deutschland auf jeden Fall dagegen bestehen würde, gerade dadurch noch verschärft, dass er sich so hohe Ziele gesetzt hat.

Ob diese Erklärungen für den Erfolg der Legende vom Versailler Vertrag von der deutschen Bevölkerung von heute akzeptiert werden, kann ich nicht ermessen. Aber die Tatsache besteht – und ist, nach meinem Dafürhalten, in den vorstehenden Seiten klar erwiesen worden, – dass der Versailler Frieden in dem Bemühen, ein guter *und* ein gerechter Friede zu sein, infolge der Unwissenheit und Kurzsichtigkeit seiner Urheber kein guter, dafür aber in höchstem Masse ein gerechter Friede geworden ist.

IV. KAPITEL

Vom Versailler Vertrag bis zur Machtübernahme

1.

Die Schwächen der Versailler Friedensregelung traten bald zutage. Der erste Schlag – ein schwerer – war die Weigerung des amerikanischen Senates, den Vertrag zu ratifizieren. Der Grund war im Wesentlichen innerpolitischer Natur. Die amerikanischen Präsidentschafts- und Kongresswahlen waren von der siegreichen Partei unter der Devise «Gegen Wilson und seine Politik» gewonnen worden. Sie zeigten, dass Amerika entschlossen war, sich von allen Bemühungen der Alliierten eine neue Weltordnung zu errichten, fernzuhalten. Amerika zog sich in sein isolationistisches Gehäuse zurück, aus dem es erst nach der Wahl Roosevelts zum Präsidenten im Jahre 1932 wieder hervorkam.

Die Konsequenzen dieses katastrophalen Schrittes machten sich bald in allen Teilen der Welt und auf allen Gebieten des internationalen Lebens bemerkbar. Die Vereinigten Staaten lehnten jede Teilnahme an der Verwaltung der ehemals deutschen Kolonien ab, wodurch das gesamte Mandatsystem sofort anrüchig wurde, denn Amerika war das einzige Land, das von der ganzen Welt in Punkto Kolonialimperialismus als über jeden Verdacht erhaben angesehen wurde. Gleichzeitig brachte der Isolationismus eine Politik der hohen Zollschränken mit sich, die nicht nur die allgemeinen wirtschaftlichen Beziehungen der Völker beeinträchtigte und andere Nationen ermutigte, dem amerikanischen Beispiel zu folgen, ja es noch zu übertreffen, sondern die auch unmittelbar zur Folge hatte, dass die Begleichung grösserer internationaler Schulden vollstän-

dig unmöglich gemacht wurde. Auch der Völkerbund geriet sogleich in Misskredit; die öffentliche Meinung in den demokratischen Ländern, z.B. in Grossbritannien, sah in ihm entweder den Ausdruck eines wirklichkeitsfremden Idealismus, ohne vorläufig irgendwelche praktische Bedeutung, oder, z.B. in Frankreich, ein blosses Werkzeug zur Förderung einer negativen und egozentrischen militärischen Sicherheitspolitik. Wir können Frankreich diese Einstellung nicht zum Vorwurf machen. Der Vorwurf trifft vielmehr Frankreichs Alliierte. Zu Recht oder Unrecht hatten diese Frankreichs Forderung nach einer ständigen Okkupation des linken Rheinufer abgewiesen und stattdessen Frankreich eine gemeinsame anglo-amerikanische Garantie seiner Ostgrenzen für den Fall eines deutschen Angriffsaktes angeboten. Diese Garantie hatte Amerika nun auf gekündigt. Daraufhin fühlte sich Grossbritannien ebenfalls von seiner Verpflichtung befreit. Frankreich stand allein. Auf der einen Seite von den anderen Grossmächten im Stich gelassen (Russland war zeitweilig von der politischen Szene verschwunden, und Italien hatte eine neue, Frankreich nicht freundlich gesinnte Politik eingeschlagen); auf der anderen einem Deutschland gegenüberstehend, dessen Zukunftspläne wenig vertrauenerweckend waren, – so betrieb Frankreich die einzige Politik, die ihm geblieben war: es musste seine eigene Verteidigung instandhalten und sich mit den kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas, die sich in ähnlicher Weise bedroht fühlten, in einem System von Bündnissen und Pakten zusammenschliessen.

Der Versuch, die im Friedensvertrag vorgesehene allgemeine Abrüstungspolitik durchzuführen, musste unter diesen Umständen scheitern. Es ist dem Völkerbund hoch anzurechnen, dass er sich so lange und ernsthaft bemüht hat, einen Weg zur Verwirklichung dieser Politik ausfindig zu machen. Es war eine unlösbare Aufgabe. Frankreich und seine Verbündeten

wollten nicht abrüsten, es sei denn im Rahmen eines lückenlosen Systems kollektiver Sicherheit, das ein gemeinsames Vorgehen gegen jeden Angreifer garantierte. Aber Amerika hatte Europa den Rücken gekehrt und wollte mit gemeinsamen Plänen zur Sicherung des Friedens nichts zu tun haben. Auch Grossbritannien hatte Frankreich kein Entgegenkommen gezeigt, und zwar aus einer Reihe von Gründen: teils aus Trägheit; das britische Volk war kriegsmüde geworden, es sehnte sich nach einem ruhigen Dasein und hatte für den Gedanken, neue weltumspannende Verpflichtungen einzugehen, wenig Sympathie; teils aus Pessimismus, der in Amerikas Kurswechsel begründet war, denn schon damals hatten viele Menschen in England erkannt, dass der Weltfrieden letzten Endes von der Zusammenarbeit der englischsprechenden Völker abhängig sein würde; teils aus einem wachsenden Gefühl der Freundschaft gegenüber Deutschland, aus dem Wunsch, die Vergangenheit zu begraben; der Durchschnittsengländer hatte weder Verständnis noch Sympathie für Frankreichs Besorgnis vor seinem östlichen Nachbarn, wahrscheinlich weil er selber eine deutsche Besetzung nicht am eigenen Leibe verspürt hatte. Und zum Teil lag der Grund in dem Umsichgreifen einer «isolationistischen» Stimmung, ähnlich, wenn auch längst nicht so durchgreifend, wie im Falle Amerikas – in dem Gefühl, dass Grossbritanniens beste Chancen für Frieden und Wohlstand in einer Abkehr von Europa und in der Konzentration auf seine überseeischen Besitzungen und Dominien begründet lagen. Es war töricht, anzunehmen, dass die britischen Inseln sich im Zeitalter des Bombenflugzeuges nach Wunsch vom europäischen Kontinent und seinen Problemen abwenden könnten. Nicht jedermann in England war dieser Ansicht; und kaum mehr als eine Handvoll fanatischer Imperialisten leistete ihr bedingungslose Gefolgschaft. Aber die Stimmung war stark genug, um die Einstellung Grossbritanniens zur europäischen

Situation zu bestimmen: ein Zusammenwirken mit Frankreich und den anderen Staaten des Kontinents sollte auf das Mindestmass herabgedrückt werden, das zur Beseitigung der Gefahr eines zweiten Weltkrieges als unerlässlich erschien.

Der Unterschied zwischen der Haltung Grossbritanniens und derjenigen Frankreichs kam im Winter 1922/23 deutlich zum Ausdruck. Frankreich und die anderen Alliierten waren höchst unzufrieden mit der Art und Weise, wie Deutschland nach ihrer Ansicht die Bestimmungen des Versailler Vertrages erfüllte, oder besser gesagt: nicht erfüllte. Die Reparationszahlungen waren nicht in der erforderlichen Höhe erfolgt; Deutschlands Abrüstung war nicht in befriedigender Weise vorwärts geschritten, und Deutschland hatte keinerlei Schritte unternommen, um seinen Kriegsverbrechern den Prozess zu machen. Frankreich und Belgien gelangten zu der Ansicht, dass der Zeitpunkt gekommen sei, Sanktionen durchzuführen. Sie schlugen vor, die Besatzungszone bis in das Ruhrgebiet auszudehnen. Es kann nun kein Zweifel darüber bestehen, dass Deutschland sich tatsächlich dieser Vertragsbrüche schuldig gemacht hatte – eine Tatsache, die bei jedem Deutschen, der den Versailler Vertrag als ein Diktat ansah, das es um jeden Preis zu umgehen und wesenlos zu machen galt, weder Überraschung noch Befremden hervorrufen wird. Es kann auch nicht daran gezweifelt werden, dass die Alliierten angesichts dieser Vertragsbrüche laut Friedensvertrag zur Durchführung von Strafmassnahmen berechtigt waren – wenn auch in der Frage nach der Berechtigung der schliesslich erfolgten Strafmassnahme die Meinungen geteilt sein mögen. Aber die Besetzung des Ruhrgebietes musste zwangsläufig in Deutschland Verbitterung auslösen und den «Befriedungsprozess», den Grossbritannien erhoffte, erheblich verlangsamten. Folglich wandte die britische Regierung sich gegen die vorgeschlagene Massnahme, die schliesslich von Frankreich allein durchgeführt wurde. Die bri-

tische Opposition beruhte übrigens *nicht* auf freundschaftlichen Gefühlen gegenüber Deutschland, wenn auch inzwischen die Erbitterung der Kriegsjahre bei dem britischen – im Gegensatz zum französischen – Volke grossenteils in Vergessenheit geraten war. Grossbritannien – Regierung wie Bevölkerung – war es lediglich um die Frage zu tun, ob die vorgeschlagene Strafmassnahme dem «ruhigen Dasein», auf das allein man in England hinstrebte – zuträglich sein würde. Die Folge dieses Ruhrzwischenfalles war jedoch, dass Frankreich mehr und mehr das Gefühl bekam, dass es von seinen anderen Alliierten im Stich gelassen werde, – und dass Grossbritannien mehr und mehr der Ansicht zuneigte, Frankreich behandle seinen ehemaligen Gegner allzu streng, wenn nicht gar ungerecht. Ein Mitgefühl mit Deutschland und eine Entfremdung gegenüber Frankreich erwuchs bei vielen Engländern aus dieser Episode.¹ So kam es, dass die Koalition der Siegermächte, die die Garantie eines dauernden Friedens und den Grundstein einer neuen Weltordnung bilden sollte, in gegenseitigem Verdacht, in Zwist und Uneinigkeit auseinanderbröckelte.

2.

Auf wirtschaftlichem Gebiet waren die Folgen der Neuorientierung der englischsprechenden Welt recht verheerend. Die Finanzsituation wurde in unglaublicher Weise erschwert. Die Vereinigten Staaten, die an der Einziehung der Reparationen desinteressiert waren, zeigten umso grössere Entschlossenheit bei ihren eigenen Kriegsschuldforderungen und liessen keinen

¹ Das Ende der Ruhrbesetzung, 1½ Jahre später (August 1925), war das unmittelbare Ergebnis britischen Drucks auf Frankreich. Es war das Vorspiel zu der Unterzeichnung des Locarno-Pakts, in dem Grossbritanniens Standpunkt gegenüber der deutschen Frage weitgehenden Ausdruck fand. Siehe auch S. 129.

Zweifel daran, dass sie von ihren ehemaligen Waffengefährten die volle Rückzahlung aller während des Krieges aufgenommenen Anleihen erwarteten. Dies war natürlich ein durchaus verständlicher Standpunkt, unter der Annahme – die damals fast allen Amerikanern gemeinsam war – dass der Krieg eine rein europäische Angelegenheit und die Kriegsschulden das Ergebnis einer rein geschäftlichen Transaktion darstellten. Aber die Spannungen zwischen den Siegermächten wurden durch diese Einstellung nur noch verschärft. Und eine weitere Folge war, dass Grossbritannien und Frankreich nun mit Bestimmtheit von Deutschland verlangen würden, dass es Reparationen bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlen solle. Grossbritanniens Politik lag klar auf der Hand. Im Kriege war es per saldo ein Gläubiger gewesen, d.h. es hatte den anderen Alliierten mehr geliehen als es selbst von Amerika geborgt hatte. Seine eigenen Schuldner waren ausserstande, ihre Schulden voll zu bezahlen. Folglich musste es das Defizit dadurch ausgleichen, dass es Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anhielt. Auf der anderen Seite war Grossbritannien als führender Teilnehmer am Welthandel daran interessiert, dass die internationalen Handelsbeziehungen so vollständig und rasch wie möglich wieder auf eine normale Friedensbasis gestellt würden. Die ideale Lösung, vom britischen Gesichtspunkt betrachtet, wäre die Streichung aller Kriegsschulden und eine weitgehende Herabsetzung aller Reparationen gewesen. Aber eine derartige Politik wäre in amerikanischen Augen undenkbar gewesen. Folglich musste sich Grossbritannien mit der nächstbesten Lösung zufrieden geben. Es stellte sich auf den Standpunkt, dass es von seinen Schuldnern genau soviel verlangen werde, wie es selber den Vereinigten Staaten schuldig sei – nicht mehr und nicht weniger. Frankreich brauchte inzwischen die Reparationen dringend, um seine eigenen Kriegsschulden an Grossbritannien und Amerika zu

bezahlen und um seinen Staatshaushalt auszugleichen. Angesichts dieser verschiedenen Gründe, und im Hinblick auf die gespannte Atmosphäre der unmittelbaren Nachkriegsjahre, war nicht damit zu rechnen, dass die Reparationsfrage in objektiver Weise behandelt werden würde. Die Frage lautete immer nur: Wie können wir von Deutschland die Gelder eintreiben, die es nach Fug und Recht bezahlen kann, und die wir dringend benötigen? Das wirkliche Problem – wie diese gewaltigen einseitigen Zahlungen von Reparationen und Kriegsschulden durchzuführen seien, ohne den gesamten Mechanismus des internationalen Handels in chaotische Verwirrung zu stürzen – ist niemals energisch aufgegriffen worden, es sei denn in den erfolglosen Protestschriften einiger weniger Wirtschaftssachverständiger.¹

Damit noch nicht genug, hatte der amerikanische Isolationismus und die britische Empire-Blickrichtung den Wirtschaftsnationalismus mit sich gebracht. Wieder waren es die Vereinigten Staaten, die im Jahre 1922 mit der Einführung neuer, hoher Zolle für industrielle Einfuhren den Anfang machten. Grossbritannien folgte ihrem Beispiel mit einer Politik der «Empirebevorzugung», die den Handel innerhalb des Empires fördern sollte, aber in Wirklichkeit nur den Handel mit anderen Ländern einschränkte und, was noch schlimmer war, hinsichtlich der britischen Kolonien zu der Aufgabe der Politik der «offenen Tür» führte. Gleichzeitig waren die selbständigen Dominien emsig beflissen, ihre eigenen Industrien aufzubauen und sie durch erhöhte Zollsätze zu schützen – und zwar nicht nur vor der Aussenwelt, sondern auch voreinander und vor dem Mutterlande; schliesslich umgab eine, relativ niedrige, Zoll-

¹ Vor allem natürlich in den Schriften von J. M. Keynes (dem späteren Lord Keynes), dessen Bücher «The Economic Consequences of the Peace» und «A Revision of the Treaty» in der ganzen Welt Aufsehen erregten, aber die internationale Politik dieser Zeit kaum beeinflusst haben.

mauer die gesamte britische Völkerfamilie, während die einzelnen Mitgliedstaaten dieser Familie durch eine Reihe zusätzlicher Zollmauern wieder voneinander isoliert waren. Selbstverständlich wurde dieser Weg des Wirtschaftsnationalismus nun auch von den neugeschaffenen oder wiedererstandenen Staaten Europas eingeschlagen, wenn auch in ihrem Fall vielleicht mit besserer Begründung. Auch sie umgaben sich mit schützenden Zollmauern. Sie hatten auch jede Berechtigung dazu. Die Versailler Vertragsmächte waren nicht auf den Gedanken gekommen, die wirtschaftliche Souveränität dieser Länder zu begrenzen; sie waren stolz auf ihr neugewonnenes Volkstum und fest entschlossen, ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit durch den Ausbau ihrer eigenen aufstrebenden Industrien zum Ausdruck zu bringen. Überall neigte man also dazu, sich von dem freien internationalen Warenaustausch abzukehren, der doch soviel zur Befriedung und zum Wiederaufbau der Nachkriegszeit hätte beitragen können.

Wir dürfen allerdings nicht den Schaden, den das Ansteigen der Zollmauern in den Zwanzigerjahren der internationalen Lage zugefügt hat, zu hoch einschätzen. Die hohen Zölle führten zweifellos zu wirtschaftlichen Verlusten und einem viel zu niedrigen Lebensstandard in der Welt; sie waren auch, zumindest in indirekter Hinsicht, ein Faktor, der viel zum Ausmass der grossen Wirtschaftsdepression der frühen Dreissigerjahre beitragen sollte. Vorläufig bedeuteten sie jedoch an sich nur die logische Fortsetzung einer Tendenz, die sich bereits vor dem Kriege im internationalen Wirtschaftsleben gezeigt hatte; und es lag damals noch keine Veranlassung dazu vor, in ihnen die Quelle politischer Unsicherheit oder gar eines Krieges zu sehen. Noch weniger waren sie in irgendeiner Weise besonders gegen *Deutschland* gerichtet; ihnen lag letzten Endes ein nur halb bewusstes Misstrauen gegenüber *allen* Ausländern zugrunde. Deutschland war auch nicht der Hauptbenachteiligte;

dieser Ehrenplatz muss Grossbritannien zugesprochen werden, dessen Wohlstand mehr als bei allen anderen Ländern der Welt vom internationalen Handelsverkehr abhängig war; für Grossbritannien bedeuteten die Zwanzigerjahre eine Zeit des langen, mühsamen Ringens gegen die Industriedepression in seinem eigenen Land. In diesem Punkte waren Deutschlands Schwierigkeiten viel weniger schwerwiegend, und an der propagandistischen Behauptung späterer Jahre, Deutschland sei damals von seinen überseeischen Rohstoffquellen willkürlich «abgeschnitten» worden, ist natürlich nicht ein wahres Wort.¹ Aber in einer Hinsicht hatte der Anstieg des Wirtschaftsnationalismus während dieser Zeitspanne doch einen entscheidenden Einfluss auf den Gang der Weltgeschichte. Er machte die Zahlung von Reparationen (und, wie sich später erwies, von Kriegsschulden) so gut wie unmöglich. Der einzige Weg, auf dem Reparationen bezahlt werden konnten, bestand in der Ausfuhr von Waren aus dem Zahlerland an das Empfängerland. Das war eine einfache wirtschaftliche Tatsache, an der nicht zu rütteln war – denn Deutschland besass nur wenig Gold oder Auslandsguthaben, und es konnte die zur Bezahlung seiner Gläubiger notwendigen Devisen nur dadurch erwerben, dass es seiner Umwelt die Erzeugnisse und Arbeitsleistungen seiner Bevölkerung verkaufte. Die Entrichtung von Reparationen in einem von dem Versailler Vertrag vorgesehenen Ausmass würde somit einen gewaltigen Anstieg der deutschen Ausfuhr mit sich gebracht haben – wodurch Deutschland das wichtigste Industrieausfuhrland der Welt geworden wäre. Aber die Welt hatte kein Interesse an Ausfuhren, weder aus Deutschland noch aus irgendeinem anderen Land. Besonders Amerika hatte gezeigt, dass es eine erhebliche Steigerung seiner industriellen Einfuhren nicht dulden und eine derartige Steigerung durch die Erhöhung und Wiedererhöhung seiner Zölle ver-

¹ Siehe Kap. V, S. 143.

hindern würde. Andere Empfängerländer stellten sich auf einen ähnlichen, wenn auch nicht ganz so extremen, Standpunkt. Folglich stand bereits längst vor Ende der Zwanzigerjahre fest, dass die Reparationsmaschine zusammenbrechen würde; sie *konnte* nicht weiterlaufen, solange die Westmächte dabei beharrten, sozusagen mit der einen Hand Reparationen zu fordern und sie mit der anderen abzulehnen.

Es hat jedoch lange Zeit gedauert, bis diese einfache und unbestreitbare wirtschaftliche Tatsache von den Regierungen und von der öffentlichen Meinung erkannt wurde – hauptsächlich weil sie viele Jahre lang durch eine andere, nicht vorauszuahnende Erscheinung überdeckt war. Von 1924 bis zur Mitte des Jahres 1930 strömte ausländisches Geld in geradezu phantastischen Summen nach Deutschland. Es wird geschätzt, dass Deutschlands Auslandsschulden in diesen 5½ Jahren um über 30 Milliarden Mark angestiegen sind. Ein Bruchteil dieser Summe stand in unmittelbarem Zusammenhang mit den Massnahmen zur Erleichterung der Reparationszahlungen; denn der Dawes-Plan, der zwar den Gesamtbetrag der zu entrichtenden Reparationen nicht herabgesetzt hatte, hatte doch erkannt, dass Deutschlands Finanzen eine interimistische Stützung benötigten, und unter seinen Auspizien hatten die Gläubigernationen der deutschen Regierung etwa 800 Millionen Mark vorgestreckt. Aber der gesamte Restbetrag – über 97 Prozent der Totalsumme – bestand aus Privattransaktionen zwischen investierendem Auslandskapital und deutschen Darlehenssuchern (und Verkäufern). Die Transaktionen hatten mannigfachen Charakter: Ankauf deutscher Industriepapiere und Immobilien, lang- oder kurzfristige Schuldverschreibungen, Wechsel etc. Als Darlehenssuchende traten in Deutschland Staaten und Stadtverwaltungen, öffentliche Betriebe, Banken, Fabriken und Handelsunternehmen, ja sogar Kirchen und Wohlfahrtsinstitute auf den Plan. Kein Zweifel, die Auslandsdarlehen haben

eine wesentliche Rolle gespielt beim Ausbau der deutschen Industrie und bei der Erhöhung des deutschen Lebensstandards. Sie haben noch viel mehr getan; sie haben Deutschlands Reparationszahlungen wieder wettgemacht, ja mehr als wettgemacht. In der Zeit vom Ende des Krieges bis zur Mitte des Jahres 1930 hat Deutschland insgesamt an Reparationen etwas über 10 Milliarden Mark in bar an die Siegermächte gezahlt. Dieser Betrag wurde also *mehr als dreimal gedeckt* durch den Geldzufluss in Form von Handelsanleihen und Krediten aus den Siegerstaaten und aus neutralen Ländern wie Holland und der Schweiz. Es war daher kein Wunder, dass sich vorläufig keine Erhöhung der deutschen Ausfuhr zur Deckung der deutschen Reparationen nötig machte. Während der Zwanzigerjahre hat Deutschland sogar weit mehr Waren *ein-* als ausgeführt.

Aus diesen Tatsachen haben einige Leute den Schluss gezogen, dass Deutschland de facto überhaupt keine Reparationen gezahlt, sondern vielmehr während der elf Jahre nach dem Versailler Vertrag von seinen bisherigen Gegnern per saldo ein sehr beträchtliches Geschenk erhalten hat. Dies geht jedoch aus den beiden genannten Zahlen nicht hervor. Einerseits müsste man bei einer Ermessung der Gesamtreparationsleistung Deutschlands den Barüberweisungen noch zwei weitere Posten hinzufügen: erstens, Deutschlands Auslandsguthaben und -besitztümer, die laut Friedensvertrag beschlagnahmt wurden; und zweitens, Deutschlands Sachleistungen, z.B. an Kohle und Handelsschiffsraum. Es ist leider völlig unmöglich, den Geldwert dieser beiden Posten auch nur annähernd wiederzugeben; sie mögen zusammen fast 30 Milliarden Mark betragen haben. Andererseits ist jedoch die Gesamtsumme der um die Mitte der Dreissigerjahre fälligen, Deutschland gewährten, Anleihen noch durch die Auslandsinvestitionen und -anleihen zu ergänzen, die vor und während der Inflationszeit Deutschland zuteil ge-

worden sind. Schätzungen zufolge haben Deutschlands Auslandsgläubiger durch die Inflation Werte von insgesamt 11 Milliarden Goldmark verloren – an wertlosen Hypotheken, Schuldverschreibungen, Banknoten usw.¹

Bei einer Abschlussbilanz zwischen Deutschlands Gesamtleistungen auf Reparationskonto und seinen Gesamteinnahmen durch Auslandsinvestierungen und -anleihen bis zum Sommer 1930 mag sich das Bild ergeben, dass die beiden einander mehr oder weniger gleich waren. Von einem Übersteigen der Soll-Seite kann auf alle Fälle keine Rede sein. Wir können daher annehmen, dass Deutschland in diesen elf Jahren *de facto* überhaupt keine Reparationen gezahlt und möglicherweise sogar noch ein «Nettogeschenk» von seiner Umwelt empfangen hat.

Dies lag natürlich keineswegs in der Absicht der Gläubigerationen. Bei ihren enormen Darlehen an Deutschland waren sie auf ihre eigenen kommerziellen Interessen und Aussichten bedacht. Sie hielten Deutschland für eine günstige Investierungsbasis; sie überschätzten seine finanzielle Gesundheit nach Überwindung der Inflation, und sie verliessen sich auf Deutschlands geschäftliche Lauterkeit. Ausserdem war in der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre, aus Gründen, auf die wir hier nicht einzugehen brauchen, in der Welt flüssiges Kapital in Hülle und Fülle vorhanden. Insbesondere in den Vereinigten Staaten war man auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten, und Deutschland schien hier ausgezeichnete Aussichten zu bieten. Heute werden wir für diejenigen, die ihre Investitionen in Deutschland mit schweren Verlusten zu büssen hatten, nicht sehr viel Mitleid aufbringen können.²

¹ Ich möchte betonen, dass es sich bei den hier angegebenen Ziffern nur um Schätzungen handelt. Genaue Angaben sind aus verschiedenen Gründen nicht möglich.

² Zur Vervollständigung der Bilanz von Reparationen und Auslandsanleihen seien noch einige Angaben für die Zeit von Mitte 1930 bis Anfang 1933 gemacht, a) Von Mitte 1930 bis Sommer 1931 zahlte

Trotzdem wurde die Situation, selbst vom Standpunkt Deutschlands aus betrachtet, bald äusserst ungesund. Erstens bedeutete die Aufhäufung einer schweren kommerziellen Schuld im Verein mit den Reparationsverpflichtungen, dass in der Zukunft, sowie die Zinsen auf diese Schulden fällig wurden, das Problem eines ausreichenden Ausfuhrüberschusses immer akuter werden würde. Mit anderen Worten: der Zustrom ausländischen Kapitals von 1924 bis zum Sommer 1930 hatte das Problem, wie die Reparationen mit den Zöllen vereinbar sind, überdeckt und so vorläufig noch nicht notwendig gemacht, eine Lösung zu finden; anstatt selber eine Lösung darzustellen, hatte dieser Kapitalzustrom das Problem nur noch erschwert. Und zweitens: ein beträchtlicher Teil der Anleihen – fast die Hälfte – waren kurzfristig bemessen. Diese Tatsache war alles andere als ein stabilisierender Faktor; sollten Deutschlands Gläubiger entscheiden, diese Anleihen einzufordern, dann wäre Deutschlands Position aufs Schwerste kompromittiert.

Deutschland weitere 2 Milliarden Mark an Reparationen; danach hörten alle Reparationszahlungen auf; b) Von Mitte 1930 bis Ende 1932 beliefen sich die Zurückziehungen ausländischen Kapitals aus Deutschland auf etwa 6 Milliarden Mark. Angenommen, Deutschland habe bis Mitte 1930 an privaten und öffentlichen Anleihen im Grossen und Ganzen den gleichen Betrag eingenommen, den es an Reparationen ausgezahlt hatte, so standen die Dinge zum Zeitpunkt von Hitlers Machtübernahme folgendermassen: In den 13½ Jahren der Weimarer Republik hatte Deutschland netto 8 Milliarden Mark gezahlt. Es schuldete aber – an fälligen Privatschulden und Auslandsinvestierungen – immer noch über 20 Milliarden Mark. In den nächsten 6½ Jahren sank diese Summe um etwa 10 Milliarden – teils infolge der erfolgreichen Bemühungen deutscher Auslandsgläubiger und Emigranten, ihre in Deutschland festliegenden Werte ins Ausland zu transferieren (trotz der Devisenbestimmungen, siehe S. 143) –, in der Hauptsache jedoch infolge der Entwertung des Pfund Sterling und anderer Währungen, wodurch der Marktwert der meisten deutschen Auslandsschulden herabgesetzt und der Rückkauf ausländischer Schuldverschreibungen erleichtert wurde. Diese standen in jedem Fall sehr niedrig im Kurs, nachdem Deutschland keine Zinsen gezahlt hatte.

Aus diesen beiden Gründen unternahm die deutsche Regierung, auf Drängen des «Generalagenten für Reparationen», Schritte zur Überwachung der Auslandsanleihen von Seiten deutscher Staaten und Gemeinden, ja sogar den Versuch, diese Körperschaften von der Aufnahme neuer Anleihen abzubringen. Aber diese Versuche waren nicht sehr energisch und sties- sen ausserdem auf Opposition und Obstruktionstaktiken. Die betreffenden Körperschaften wollten nun einmal ihr Strassen- bahnnetz, ihre Elektrizitätswerke usw. vergrössern oder verbesser- n, und waren nur zu bereit, ausländisches Geld hierzu zu verwenden. Und der Goldstrom aus dem Ausland floss in un- verminderter Stärke weiter nach Deutschland.

Inzwischen hatten die Alliierten endlich erkannt, dass eine alljährliche Überweisung von Reparationszahlungen in Höhe von 7-8 Milliarden Mark nicht nur Deutschlands Devisen- position, sondern auch das ganze Gefüge des Welthandels ins Wanken bringen könnte. Im Jahre 1929 wurde gemeinsam mit der deutschen Regierung eine Reihe von Plänen ausgear- beitet – später unter dem Namen «Young-Plan» bekannt – die zur Folge hatten, dass Deutschlands Reparationsverpflich- tungen um über die Hälfte herabgesetzt wurden.

Aber es war zu spät. Kaum war der Young-Plan ratifiziert worden, da brach die Wirtschaftskrise aus. Im Oktober 1929 erlebte die Newyorker Börse einen plötzlichen Kurssturz. Die amerikanischen Anleihegeber bekamen Angst um ihre Aus- landsanleihen. Die amerikanischen Banken hatten ausserge- wöhnliche Barforderungen zu erfüllen und suchten sich zu de- cken, indem sie ihre Auslandskredite verringerten; der Geld- zustrom nach Deutschland versickerte. Vom Sommer des Jahres 1930 ab wurde mehr Geld aus Deutschland zurückgezogen als nach Deutschland überwiesen, und die Abzüge wurden immer grösser, je mehr sich Deutschlands Gläubiger über seine un- gesunde finanzielle Lage klar wurden. Alle möglichen Not-

massnahmen wurden getroffen, um die Situation zu stabilisieren, aber die Kapitalflucht aus Deutschland hörte nicht auf. Im Frühjahr des Jahres 1931 kam der Konkurs einer grossen österreichischen Bank, im gleichen Sommer der Konkurs einer noch grösseren deutschen Bank. Zwei Monate später sah sich das finanzstarke Grossbritannien einer Kapitalflucht nach Amerika gegenüber, die seine Kräfte überstieg, und musste vom Goldstandard abgehen.

In der Finanzlage der Welt war eine grundlegende Änderung eingetreten.

Die neue Situation bedeutete zunächst einmal das Ende aller Reparationen. Im Sommer 1931 schlug der amerikanische Präsident ein einjähriges Moratorium für alle Reparations- und Kriegsschuldzahlungen vor. Dieser Vorschlag wurde von den anderen Alliierten angenommen – von Grossbritannien bereitwilligst, von Frankreich widerstrebend.¹

Zweitens, im August einigte sich eine internationale Bankkonferenz auf einen internationalen «Zahlungsstillstand», d.h. auf die Verlängerung der Deutschland erteilten kurzfristigen Anleihen um mindestens 6 Monate. So begann die Aera der «eingefrorenen» Kredite und «Sperrkonten». Der Zweck dieser Massnahmen war, die Wirtschaftskrise zu überwinden und Deutschland wieder zur finanziellen Stabilität zu verhelfen. Aber die deutschen Behörden sahen hierin einen grossartigen Weg, um sich ihrer Auslandsschulden zu entledigen, um ihre Kontrolle über Deutschlands eigenes Wirtschaftssystem zu festigen und, nicht zuletzt, um Deutschlands Position im Handel mit anderen Ländern zu stärken. Das System der Devisenkon-

¹ Beide Länder waren sich darüber klar, dass, sowie die Reparationszahlungen einmal unterbrochen würden, eine Wiederaufnahme der Zahlungen kaum zu erwarten sein dürfte; dies lag im Interesse der britischen – aber nicht der französischen – Politik, solange auch auf der anderen Seite die interalliierten Kriegsschulden gestrichen wurden.

trolle blieb bestehen, bis es schliesslich zum festen Bestandteil nationalsozialistischer Finanzwirtschaft wurde.¹

Das ist die Geschichte der alliierten Politik gegenüber Deutschland in den 13½ Jahren vom Versailler Frieden bis zum Machtanstieg der Nationalsozialisten. Es ist im Wesentlichen eine Geschichte von Unwissenheit, Kurzsichtigkeit und Trägheit; von mangelndem Verständnis für politische und wirtschaftliche Fragen, von einem Mangel an Einigkeit und, vor allem, an Erkenntnis für die Gefahren, die die Zukunft barg. Frankreich zumindest hatte, wie wir gesehen haben, diese Gefahren erkannt; aber Frankreich konnte die anderen Alliierten nicht vom Vorhandensein dieser Gefahren überzeugen, und war, sich selbst überlassend, ausserstande, Vorbeugungsmassnahmen zu treffen.

«Si les Français avaient pu, si les autres avaient su!»

3.

Denn die Gefahr war gross und dringend. Um ihr Ausmass zu erfassen, müssen wir die Geschichte dieser Jahre einmal vom deutschen Gesichtspunkt aus verfolgen.

Wir hatten bereits festgestellt, dass die deutschen Behörden von Anfang an den ihnen im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen so weit wie möglich – und so weit sie es riskieren zu dürfen glaubten – auszuweichen versuchten. Ihre Einstellung beruhte nicht nur auf dem menschlich verständlichen Wunsch, den Siegern eins auszuwischen – ein Wunsch, der zweifellos von der grossen Masse des deutschen Volkes geteilt wurde –, sondern auch auf der Absicht, in jeder Weise zu einem zweiten Weltkrieg zu rüsten. Nur eine Minderheit hatte dieses Ziel aktiv vor Augen. Die Mehrheit des deutschen Volkes war, genau wie die Mehrheit des britischen Volkes, dar-

¹ Siehe S. 143.

auf bedacht, die Vergangenheit als erledigt zu betrachten und ein friedliches Dasein im Zusammenwirken mit anderen Völkern zu führen. Aber die Minderheit war nicht ohne Einfluss. Zu ihr gehörten die Offiziere des ehemaligen Generalstabes, die auch nach Ende des Krieges die Leitung des deutschen Militärs in der Hand behalten hatten; die leitenden Beamten der Ministerien und sonstigen Regierungsstellen; die Richter und vor allem die Grossindustriellen des Westens und die Grossgrundbesitzer des Ostens. Einige Mitglieder der Regierung standen aktiv oder zumindest passiv auf ihrer Seite; die anderen wurden einfach in Unwissenheit gehalten. So entstand früh eine gewaltige Verschwörung, die es sich zur Aufgabe machte, Deutschlands Rüstungspotential wiederaufzubauen – eine Verschwörung nicht nur gegen die Alliierten, sondern auch gegen das deutsche Volk.

Es erübrigt sich, die Entwicklung dieser Verschwörung näher zu verfolgen, denn die Tatsachen sind heute allgemein bekannt, nachdem sie von den Führern des Dritten Reiches im Sommer 1939, als diese ihr Ziel erreicht hatten, offen zugegeben worden sind. Wir wollen hier lediglich versuchen, das Ausmass und die Gründlichkeit dieser Verschwörung näher zu beleuchten.¹

Die wesentlichste Aufgabe war zunächst, das deutsche Heer am Leben zu erhalten, und zwar nicht als die blosse Miliztruppe, die im Versailler Vertrag vorgesehen worden war, sondern als einen potentiellen Angriffsverband. Zu dieser Aufgabe gehörten mehrere Voraussetzungen.

Zuerst mussten alle ehemaligen Soldaten und Offiziere, die zur Mithilfe bereit waren, im Militärdienst bleiben. Diese wurden zunächst in verschiedenen «Freikorps» zusammengefasst,

¹ Eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Probleme einer geheimen Aufrüstung findet sich in dem amtlichen deutschen «Jahrbuch des deutschen Heeres», 1941, S. 58.

die unter unschuldig klingenden Namen, als Sportverbände, Vereine oder *gar* Handelsfirmen getarnt, teils als Gangsterbanden beschäftigt waren, teils eine regelmässige militärische Ausbildung erhielten. Später wurden diese verschiedenen Organisationen mehr und mehr unter einer zentralen Führung zusammengefasst und in der sogenannten «Schwarzen Reichswehr» vereinigt. Diese war, rein zahlenmässig, kein sehr starker Verband; sie zählte wahrscheinlich kaum mehr als 30'000 Mann. Aber ihre Mitglieder waren dazu organisiert und ausgebildet, die Kader eines künftigen deutschen Heeres zu bilden; sie sollten den Rahmen militärischer Erfahrung und Denkweise darstellen, in den einmal, sowie der Tag gekommen war, Millionen junger Deutscher eingefügt werden könnten. Als Hitler die allgemeine Wehrpflicht verkündete, da besass er in dem Korps der Berufssoldaten der Schwarzen Reichswehr den Apparat zur sofortigen und wirksamen Durchführung seiner Entscheidung; und dieser Apparat war bereits über zehn Jahre vor seiner Machtergreifung geschaffen worden.

Zweitens, der Generalstab selber musste bestehen bleiben. Der Form nach war er im Versailler Vertrag aufgelöst worden. Aber Deutschland wurde ermächtigt, ein «Reichswehrministerium» beizubehalten. Und in diesem Ministerium wurde ein «Allgemeines Truppenamt» gegründet. Niemand hatte offizielle Kenntnis davon, was diese Dienststelle zu besagen hatte; aber drei Wochen nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages wurde einer der fähigsten Generalstabsoffiziere des deutschen Heeres, General von Seeckt, mit ihrer Leitung betraut, und ihre anderen führenden Mitglieder wurden in den folgenden Jahren im Wesentlichen aus den Reihen des früheren Generalstabs genommen. Auf diese Weise blieb der Generalstab, als Regierungsstelle getarnt, bestehen. Aber seine Tätigkeit war durch finanzielle Schwierigkeiten gehemmt; seine Aufgaben mussten von dem Budget des Reichswehrministeriums

gedeckt werden, und dieses erwies sich bald als nicht zureichend. Folglich wurde im Jahre 1926 eine neue Methode eingeführt. General von Schleicher gründete eine Firma, die sich «Gesellschaft für deutsche Militärpolitik und Militärwissenschaft» nannte. Die Firma war offiziell ein Handelsunternehmen und ging als solches die Alliierten nichts an. Ihre Geldmittel stammten von Hunderten von Industrieunternehmen, die alle von nationalistisch gesinnten Männern geleitet waren und auf grosse Rüstungsaufträge rechneten, falls Deutschland wieder aufzurüsten beginnen würde. Auf diese Weise wurde der Generalstab nicht nur aus seinen finanziellen Schwierigkeiten befreit; er erhielt auch einen Anstrich von «Legalität»; denn der Reichswehrminister Otto Gessler hatte im Jahre 1925 erklärt: «Keine Klausel des Friedens Vertrages hat uns verboten, den Generalstab als eine G. m. b. H. umzubilden.»

Drittens, die Schwarze Reichswehr musste Waffen erhalten. Am Anfang geschah dies durch Aufbewahrung und Verstecken der noch aus dem Kriege stammenden Waffen, die laut Friedensvertrag zerstört werden sollten. Die Alliierten hatten eine militärische Kontrollkommission gebildet, die die Zerstörung der Waffen beaufsichtigen sollte. Sie hatte die Aufgabe, alle deutschen Versuche – die die Alliierten selbstverständlich erwarteten –, den Befehl zur Vernichtung der vorhandenen Waffen zu umgehen und neue Waffen herzustellen, aufzudecken und zu vereiteln. Die Freikorps, und später die Schwarze Reichswehr, setzten alles daran, die alliierte Kommission hinter Licht zu führen. In vielen farbenfreudigen Berichten wird erzählt, wie es ihnen gelungen ist, Maschinengewehre und Panzer, ja sogar schwere Geschütze, vor den Augen der französischen und britischen Inspektoren zu verbergen. Dank ihrer Bemühungen konnte Deutschland wahrheitsgemäss erklären, dass es trotz Friedensvertrag niemals wirklich abgerüstet hatte. Gleichzeitig wurde alles versucht, um die Herstellung neuer

Waffen und Geräte fortzusetzen. Soweit diese Waffen rein militärischer Art waren, mussten sie entweder den im Friedensvertrag festgelegten Beschränkungen entsprechen – oder insgeheim hergestellt werden. Die deutsche Rüstungsproduktion hat sich auf diese Voraussetzungen geschickt eingestellt. Auf der einen Seite wurden Wege ausfindig gemacht, um den Vertrag zwar dem Wortlaut nach einzuhalten, dem Sinn nach aber zu umgehen; insbesondere durch die Verwendung von Leichtmetallen an Stelle von Eisen und Stahl und durch Schweissung – an Stelle von Nietung – von Panzerplatten wurden die Gewichtsbestimmungen des Vertrages grossenteils umgangen.¹ Andererseits wurden verschiedene illegale Rüstungsbetriebe unter nichtssagenden Namen getarnt; als beispielsweise die Rheinmetall-Werke eine Zweigstelle für Geschützkonstruktion eröffneten, da bezeichneten sie diese als «Konstruktionsbüro für Eisenbahnwaggons».²

Aber das Heer der Zukunft würde weit mehr als eine blossе Versorgungsquelle für Waffen und Munition benötigen. Es musste Verkehrsmittel und alle möglichen anderen Geräte besitzen. Diese konnten in aller Öffentlichkeit hergestellt werden, da sie ja einem offenbar friedlichen Zwecke dienten. Wesentlich war nur, dass diese Dinge in möglichst grossem Stile hergestellt wurden. Dies wurde durch Subvention bewerkstelligt. In der zweiten Hälfte der Zwanzigerjahre zahlte der Staat Hunderte von Millionen Reichsmark an Automobilfabriken,

¹ Dieser «Kniff» fand seinen hervorstechendsten Ausdruck im Bau der «Panzerschiffe», die die Aufgaben eines schweren Panzerkreuzers erfüllen konnten, während sie gewichtsmässig der vom Versailler Vertrag bestimmten Leichten Kreuzer-Klasse angehörten. Die Verwendung ähnlicher Methoden bei der Konstruktion von Panzern schilderte Dr. Walter Roland (früherer Leiter des Zentralausschusses für Panzer) in einem Rundfunkvortrag im Sender Berlin am 10. Juni 1943.

² Vgl. den Vortrag von Dr. Karl Waninger, einem Ingenieur der Rheinmetallwerke, laut Bericht im «Völkischen Beobachter» vom 15. April 1943.

Schiffswerften, Flugzeugmotorenfabriken usw., um ihnen eine Produktionserhöhung zu ermöglichen, die über das Ausmass des Friedensbedarfes und die durch normale Profitmotive gegebene Beschränkung weit hinausragte. Subventionen wurden ferner erteilt an Stahl- und Kupfererzeuger, damit sie die nötigen Lagerbestände aufhäufen konnten für den Tag, an dem die Aufrüstung wieder öffentlich betrieben werden konnte, – und an die Hersteller von chemischen Düngemitteln und von Spinnstoffen, damit Deutschland zum gegebenen Zeitpunkt an Lebensmitteln und Bekleidung weniger von seiner Umwelt abhängig sein würde als es im Jahre 1914 war.

Ausserdem musste dafür gesorgt werden, dass der Stand der deutschen Rüstung und militärischen Ausbildung, wenn der Tag der Geheimhaltung vorüber war, vom technischen Gesichtspunkt aus den letzten Erfordernissen der Zeit entsprach. Im Falle der Waffen, deren Erzeugung innerhalb Deutschlands gestattet war, bot dies keine besonderen Schwierigkeiten. Die betreffenden Firmen erhielten lediglich Anweisung, einen Teil der ihnen zugewiesenen Subventionen für technische Experimente und Forschungsarbeit zu verausgaben. Aber im Falle der verbotenen Waffentypen – insbesondere der Militärflugzeuge und U-Boote – war das Problem weitaus schwieriger. Es war kaum möglich, dass eine deutsche Fabrik ein Versuchsmodell eines neuen Militärflugzeuges herstellen, oder eine deutsche Schiffswerft ein modernes U-Boot vom Stapel lassen konnte, ohne dass irgendjemand etwas dazu zu bemerken hätte; oder gar, dass künftige Luftwaffe- oder Marine-Instrukteure sozusagen im Beisein der Internationalen Kontrollkommission ausgebildet würden. Es erwies sich daher als notwendig, ausländische Unterstützung für diese Arbeit zu suchen. Sie blieb auch nicht aus. Die Junkerswerke erhielten Anfang der Zwanzigerjahre die Erlaubnis, eine Fabrik in Russland aufzumachen; die Dornierwerke taten das gleiche in der Schweiz, und die Hein-

kelwerke in Schweden; und es steht fest, dass mindestens ein U-Boot von deutschen Technikern in Spanien hergestellt worden ist. Es ist anzunehmen, dass diese Arbeit im Falle der drei ehemals neutralen Staaten – zumindest im Falle Schwedens und der Schweiz – ohne Wissen der betreffenden Regierungen erfolgte. Schliesslich war es der deutschen Flugzeugindustrie nach aussen hin nur um die Herstellung von Verkehrsflugzeugen zu tun, und wenn die Tatsache, dass Fabriken für diese Zwecke ausserhalb der Reichsgrenzen errichtet wurden, auch einigermassen sonderbar erscheinen mochte, so konnten die wahren Ursachen dieser Fabrikgründungen dennoch nicht erwiesen werden. Es ist nicht bekannt, inwieweit irgendeine dieser Fabriken Deutschland tatsächlich mit fertigen Waffen versorgte. Aber es kann nicht daran gezweifelt werden, dass sie die Möglichkeit dazu boten, Modelle auszuarbeiten, neue Muster zu prüfen und Techniker auszubilden.

Im Falle Russlands ging die Sache jedoch noch weiter. Nicht nur wurden auf russischem Boden Flugzeuge von Deutschen für Deutschland gebaut; durch ein Geheimabkommen zwischen den Militärbehörden der beiden Länder, das bereits im Jahre 1921 abgeschlossen worden war, wurde es der deutschen Reichswehr ermöglicht, Flugpersonal zur Ausbildung in eine Fliegerschule in der Nähe von Moskau zu entsenden; deutsche Soldaten wurden in der Handhabung der modernsten Panzer und Geschütze ausgebildet; richtiggehende deutsche Manöver wurden abgehalten, um die im Versailler Vertrag verbotenen Waffen auszuprobieren. Als Gegenleistung berieten die Deutschen Russland bei dem Aufbau der jungen Roten Armee. Während also die Propagandisten die Devise «Kampf dem Bolschewismus» predigten und die Gangster der Freikorps, und später der nationalsozialistischen Einsatzgruppen, deutsche Kommunisten ermordeten, halfen die Generalstäbe Deutschlands und Russlands einander beim Aufbau ihrer Streitkräfte. Zweifellos

dachte der deutsche Generalstab, in blinder Unterschätzung der militärischen Fähigkeiten Russlands, dass die Russen bei diesem Geschäft den Kürzeren zogen.

Und schliesslich hatten die Männer, die Deutschlands Wiederaufrüstung dirigierten, gesehen, dass ein modernes Heer über eine Industriemaschine verfügen muss, die bis ins Letzte durchorganisiert und bereit ist. Diese Tatsache war im ersten Weltkrieg nicht in vollem Masse gewürdigt worden. Die deutsche Industrie war nicht von Anbeginn an voll und ganz auf den Bedarf des Heeres eingestellt gewesen, und einige Sachverständige sahen in dieser Tatsache den Grund dafür, dass Deutschland den Krieg nicht in seinen ersten Monaten oder Jahren siegreich beendet hatte. Bereits lange Zeit vor dem Ende des Krieges waren in Büchern und Presseartikeln die Pläne für einen zweiten Weltkrieg besprochen worden – unter der Voraussetzung, dass der noch im Gange, befindliche Krieg bestenfalls ergebnislos verlaufen würde –; und in einem besonders einflussreichen Werk hatte ein gewisser Oberst Buch-Müller mit Nachdruck auf die Notwendigkeit umfassenderer wirtschaftlicher und industrieller Vorbereitung hingewiesen.¹ Solange Deutschland beflissen war, seine Aufrüstungspläne geheimzuhalten, konnte die Tätigkeit der deutschen Kriegsindustrie, so entscheidend wichtig sie auch war, nur einen vorbereitenden Charakter besitzen. Es konnten zwar Waffen erzeugt werden, aber längst nicht genügend, um den Bedarf des künftigen deutschen Heeres zu decken. Früher oder später musste daher der Deckmantel fallen gelassen werden. Aber eine offene Aufrüstung würde bei Deutschlands Gegnern zu entsprechen-

¹ Dieses Buch erschien zunächst ohne Angabe des Verfassers gegen Ende des Jahres 1916 unter dem Titel «Der nächste Krieg». Der Verfasser betonte, dass die psychologische Vorbereitung gründlicher sein müsse als vor 1914. Hitler und Genossen haben sich diesen Rat zu Herzen genommen. Siehe S. 147 ff. und Kap. VI.

den Gegenmassnahmen führen. Zum allermindesten würden auch sie wiederaufrüsten. Deshalb war es von grösster Bedeutung, dass die deutsche Kriegsindustrie, sowie der Zeitpunkt zur Demaskierung gekommen war, sofort imstande sein musste, in vollem Ausmass und im Höchsttempo Waffen zu erzeugen. Dann konnte Deutschland zuschlagen, mit vernichtender Wirkung, während seine Gegner noch mitten in den Vorbereitungen steckten. So lautete der Plan – und er erforderte zweifellos, dass die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit während der Zeitspanne der Geheimhaltung sozusagen *potentiell* mobilisiert sein musste.

Das Werk wurde in Angriff genommen. Das Reichswehrministerium ernannte einen «Wirtschaftsstab», der im Verein mit der Industriellenvereinigung, dem «Reichsverband der deutschen Industrie», die Kriegsproduktion jedes einzelnen Betriebes genau festlegte. Die verschiedenen Firmen erhielten undatierte Aufträge für bestimmte Quantitäten, die sie zu erzeugen hatten. Jeder Betriebsleiter wusste, dass er, sowie der Tag der industriellen Mobilmachung gekommen war, dieses Quantum innerhalb einer festgelegten Spanne von Wochen oder Monaten abzuliefern hätte; er wusste auch, woher er seine Rohstoffe erhalten würde, wie die Transportverhältnisse sein würden, und ob er die Produktionskapazität seines Betriebs erweitern müsste.

Als daher die Nationalsozialisten an die Macht kamen, fanden sie nicht nur den Kern eines Heeres vor, das in der Verwendung der modernsten Waffen ausgebildet war, sondern auch eine Industriemaschine, die binnen kürzester Frist in eine Kriegsmaschine umgewandelt werden konnte. Die Grossindustriellen und ihre Freunde haben Hitler nicht nur zur Macht verholfen. Sie haben viel mehr für ihn getan: sie haben ihm die Werkzeuge gegeben, mit deren Hilfe er seine Macht zu den

Angriffs- und Kriegszwecken benutzen konnte, auf die sie und er hinarbeiteten.¹

4.

Dass Deutschland schon in den Zwanzigerjahren aufrüstete, war den Alliierten natürlich bekannt, obschon sie wahrscheinlich nicht erkannten – oder nicht glauben wollten –, wie gründlich und systematisch diese Aufrüstung vonstatten ging. Warum haben sie da keine Gegenmassnahmen ergriffen? Warum haben sie sich nicht wenigstens gegen die Herausforderung gewappnet, die sie eines Tages vorfinden würden? Die Gründe waren zum Teil die gleichen, die wir zu Anfang dieses Kapitels angeführt haben: Die Alliierten waren alles andere als einmütig. Frankreich war müde und in seinem Innern uneinig, Grossbritannien kämpfte mit der Wirtschaftsdepression, Amerika sah sich nicht als bedroht an. Ausserdem hatten die Alliierten guten Grund zu der Annahme, dass die kriegerischen Ambitionen der Männer hinter den Kulissen von der Masse des deutschen Volkes nicht geteilt wurden. Im Jahre 1926 hatte der Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann, der im Jahre 1918 die deutsche Republik ausgerufen hatte, die Geheimabmachungen mit Russland über den Bau von Flugzeugen und die Ausbildung von Flugpersonal aufgedeckt. Seine Enthüllungen hatten in Deutschland eine sensationelle Wirkung hervorgerufen. Der einfache Deutsche war aufs Schärfste gegen diese Dinge eingestellt. Zwei Jahre später, als der Bau eines neuen Panzerschiffes im Reichstag zur Debatte stand, wurde dieser Plan, obwohl er in keiner Weise gegen den Versailler Vertrag versties, von den Linksparteien erbittert bekämpft und nur mit grösster Schwierigkeit durchgesetzt. Die Aussenwelt konnte bestimmt nicht den Eindruck erhalten, dass die Militaristen

¹ Eine weitere Illustration der Tatsache, dass die Nationalsozialisten auf vorhandenen Mitteln aufbauen konnten siehe S. 137 f.

die Oberhand behalten würden. Deutschland war der Theorie nach ein demokratischer Staat. Die einflussreichste Persönlichkeit der Reichsregierung war der Aussenminister Gustav Stresemann, ein Mann, bei dem die Alliierten keinen Gedanken an einen zweiten Weltkrieg vermuteten. Schon im Jahre 1925 hatten sie durch den Locarno-Pakt gezeigt, dass sie ehrlich bereit waren, Deutschland freundschaftlich zu behandeln und die Unterscheidung zwischen «ehemals freundlich» und «ehemals feindlich» fallen zu lassen. Sie glaubten, die beste Hoffnung auf eine Sicherung des europäischen Friedens beruhe auf einer Stärkung der Position Stresemanns in seinem eigenen Lande; anstatt Massnahmen zur Unterbindung der Geheimaufrüstung zu treffen, verfielen sie daher in das andere Extrem: sie räumten das Rheinland beinahe fünf Jahre vor der vertraglich vorgesehenen Zeit und zogen die militärische Kontrollkommission zurück. Die Folge war leider nur, dass die Arbeit der Kriegshetzer entsprechend erleichtert wurde; die verfassungsmässige deutsche Regierung war nicht stark genug, um gegenüber den Fanatikern hinter den Kulissen eine Politik des Friedens durchzusetzen.¹

Es gab noch zwei andere Faktoren, die die Alliierten – und vielleicht auch die deutsche Regierung – unbeachtet gelassen hatten.

Der eine Faktor war der Erfolg der Propagandisten innerhalb Deutschlands. Ich habe bereits an anderer Stelle meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, dass Propaganda nur dann wirksam sein kann, wenn sie an bereits vorhandene Empfindungen appelliert. Unter diesem Gesichtspunkt stellte der einfache Deutsche ein ausgezeichnetes Objekt für die Propaganda der Militaristen dar. Mit seinen Empfindungen haben wir uns be-

¹ Stresemanns wahre Position wird immer umstritten bleiben; meines Erachtens war er aufrichtig bestrebt, Deutschlands Grösse auf friedlichem Wege wiederherzustellen.

reits näher befasst; auf der einen Seite sehnte er sich von ganzem Herzen nach Frieden, auf der anderen war er erbittert und gedemütigt wegen Deutschlands Niederlage. Die Propagandisten nahmen sich diese letztere Empfindung zur Basis ihrer Arbeit. Sie versuchten, ihren Landsleuten einzureden, dass Deutschland von den Alliierten in schändlicher und unerhörter Weise behandelt worden sei und dass es eines Tages sich wiederfinden und seine «Ehre» zurückgewinnen müsse. Diese Propaganda verbanden sie mit einem steten Strom von Attacken gegen den Kommunismus und gegen die Demokratie – den Kommunismus als etwas nicht näher zu definierendes «Böses schlechthin», die Demokratie als saft- und kraftlos. Aus verschiedenen Gründen fanden diese beiden Propagandalinien einen gewissen Widerhall bei ihrem Publikum. Insbesondere die Beschimpfung der Demokratie kam manchen einfacheren Deutschen recht gelegen, die sich in der neuen, komplizierten Welt nicht zurechtfinden konnten, die wenig Sinn für Politik hatten und davor zurückscheuten, das Mass an individueller Verantwortung auf sich zu nehmen, das eine echte Demokratie von ihren Bürgern fordert. Die Propagandisten leisteten ganze Arbeit. Gegen Ende der Zwanzigerjahre waren bereits weite Kreise der Ansicht, dass die Weimarer Republik nicht die beste Regierungsform für Deutschland darstelle. Besonders die Jüngeren waren geneigt, die Weimarer Republik als «unfähig» und «veraltet» anzusehen, denn im deutschen Erziehungswesen war (trotz der Bemühungen einiger Minister) keine durchgreifende Reform durchgeführt worden, und die Jugend war zum grossen Teil noch von Lehrern, die aus der Vorkriegs-Ära stammten, unterrichtet worden – anhand von Lehrbüchern, die ihren jungen Lesern immer noch den Gedanken an «Deutschlands ruhmreiche Sendung in der Welt» eintrichterten. Diese Jungen und Mädchen waren es, die die Hauptanhängerschaft der aufstrebenden nationalsozialistischen Bewegung

darstellten. Aber der Standpunkt, den sie verkörperten, beschränkte sich weder auf die Jugend noch auf die NSDAP. Er bildete ein Element in der Geistes- und Gefühlsverfassung der Mehrzahl des deutschen Volkes.

Dennoch war es bis zum Ende der Zwanzigerjahre noch keineswegs gewiss, dass die Propagandisten mit ihrer Arbeit Erfolg haben würden. Solange es Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht einigermaßen gut ging, bestand auch Aussicht darauf, dass der weit verbreitete Wunsch nach Frieden und Völkerfreundschaft den Ausschlag geben und dass die alliierte Politik der Freundschaft zu Deutschland und seinen verfassungsmässigen Staatslenkern sich in triumphierender Weise rechtfertigen würde.

Aber dann kam die Wirtschaftskrise; sie kam den Staatsmännern Europas und Amerikas genau so unerwartet wie sie in ihrer Wirkung verheerend war. Nun hatten die Propagandisten eine grossartige neue Waffe gefunden, mit der sie dem «System» auf den Leib rücken konnten – nämlich die Tatsache, dass es ihm nicht gelungen war, eine Welle der Arbeitslosigkeit, wie sie Deutschland in seiner Geschichte noch nie erlebt hatte, zu verhindern. Damit war der Kampf um die Seele des deutschen Volkes endgültig und unwiderruflich verloren. Auch hier fand Hitler wieder bei seiner Machtübernahme, dass seine Aufgabe bereits zum grössten Teil gelöst war: die Mehrzahl, vielleicht sogar die überwältigende Mehrzahl seiner Landsleute war nunmehr, obgleich sie immer noch von dem Wunsche nach Frieden beseelt war, bereit, eine Politik gutzuheissen und zu unterstützen, die nur zu einem Ziele führen konnte: zum Kriege.

Der andere Faktor, den die Staatsmänner Europas übersehen hatten, war die Nachwirkung der Inflationszeit auf die soziale Struktur Deutschlands.

Die Inflation war die Antwort der deutschen Finanzverwaltung

auf den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet. Bis zum Ende des Jahres 1922 war die Reichsmark zwar im Werte gesunken, aber nur im gleichen Masse wie die Währungen der meisten europäischen Länder, und es wäre keine unlösbare Aufgabe gewesen, sie auf einem Stande zu stabilisieren, der ihrem Kaufwert entsprach. Es war nur nötig, den Haushalt auszugleichen; welche Schwierigkeiten auch immer aus den Reparationszahlungen und ihrer Überweisung an die Gläubigerstaaten entstehen mochten – eine uferlose innere Inflation wäre wenigstens auf diese Weise vermieden worden.¹ Ein ausgeglichenes Budget hätte allerdings strenge, ja sogar drakonische Steuern erfordert. Aber die Möglichkeit dazu war da, wenn nur die Finanzbehörden sie wahrgenommen hätten.

Das ist aber der entscheidende Punkt: sie *wollten* das Staatsbudget gar nicht ausgleichen. Abgesehen von den Sondermassnahmen, die als Gegengewicht zur Ruhrbesetzung gedacht waren – die Aufhebung der Sachlieferungen, die Förderung des passiven Widerstandes in den besetzten Gebieten, die Zahlung

¹ Diese Möglichkeit ist von überaus grosser Bedeutung. Solange die deutsche Regierung dafür sorgte, dass ihre Steuereinnahmen zur Deckung ihrer Ausgaben (einschliesslich der zu entrichtenden Reparationszahlungen) ausreichten, konnte es zu keiner beträchtlichen Steigerung der im Umlauf befindlichen Banknoten und Kredite kommen, und die Finanzlage des Landes würde stabil bleiben. Falls allerdings die Alliierten versuchten, mehr Reparationen an sich transferieren zu lassen (anstatt sie in Deutschland auf dem Konto der Alliierten zu belassen) als durch den Nettowert der Ausfuhr gedeckt waren, dann wären damit die Devisenkurse gefährdet (wie der Dawes-Plan, der diese Transferierungen auf die Tragfähigkeit der Devisenkurse beschränkte, anerkannt hat); die Mark würde im Vergleich zu ausländischen Währungen im Werte sinken. Aber damit musste noch keineswegs ein Sinken in ihrem internen Werte – ihrer Kaufkraft innerhalb Deutschlands – verbunden sein, wie sich in England erwiesen hat. Als das Pfund Sterling im Jahre 1931 vom Goldstandard abging, da sank sein Wert im Vergleich zum Dollar, zur Reichsmark und zu anderen Währungen; dennoch blieben die Preise in England stabil, ja in vielen Fällen sanken sie sogar.

von Unterstützungsbeträgen an Tausende streikender Arbeiter – Massnahmen, deren Weisheit oder Unweisheit im Augenblick nicht zur Debatte steht – – – abgesehen von diesen Massnahmen waren die Leiter der deutschen Finanzen anscheinend geradezu darauf erpicht, Deutschlands Finanzsystem in ein völliges Chaos zu stürzen. Sie machten keinen Versuch, den Haushalt auszugleichen; sie druckten Banknoten, so viel die Druckerpressen nur herstellen konnten; sie liessen die öffentlichen Ausgaben erheblich ansteigen, ohne zu versuchen, die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen – und das anschwellende Defizit wurde durch neue Banknotenausgaben gedeckt. Inwieweit sie sich über die Konsequenzen ihrer Handlungsweise im Klaren waren, ist schwer zu sagen. Vielleicht haben sie gedacht, sie könnten auf diese Weise den Alliierten die Unmöglichkeit weiterer Reparationszahlungen recht anschaulich vor Augen führen. In diesem Falle sahen sie sich allerdings schwer enttäuscht. Denn das Dawes-Komitee, das während der Zeit der Inflation gebildet wurde, war nicht beauftragt, den Gesamtbetrag der von Deutschland zu entrichtenden Reparationen zu überprüfen. Das Komitee änderte lediglich die zu entrichtenden Jahresraten und gewährte eine Anleihe, die die für 1924/25 fällige Summe grossenteils deckte.

Die Behauptung der Propagandisten, die Inflation sei auf die rücksichtslose Reparationspolitik der Alliierten – oder auch auf die Machenschaften einer internationalen jüdischen Finanzclique – zurückzuführen, entbehrt demnach jeder Grundlage. Die alliierte Reparationspolitik war in mancher Hinsicht töricht und kurzsichtig, wie ich bereits im ersten Teil dieses Kapitels darzulegen versucht habe. Aber für eines war sie *nicht* verantwortlich: für Deutschlands Inflation. Und was die andere, wohlbekanntere Behauptung der Propagandisten anbelangt, so genüge der Hinweis darauf, dass die Persönlichkeiten, die die unmittelbare Verantwortung für die Inflation trugen –

der Finanzminister Helfferich und der Reichsbankpräsident Havenstein – beide Repräsentanten des reinsten, aggressivsten, «arischen» Deutschnationalismus waren.

Nein, in dieser ganzen Zeit blieb die Kontrolle über die deutsche Währung ausschliesslich und gänzlich in den Händen der deutschen Regierung; diese Tatsache trat im Jahre 1924 zu Tage, als die Regierung bei der Ernennung von Schacht zum Reichsbankpräsidenten zu der Ansicht gelangte, eine stabile Währung sei schliesslich doch ein nationaler Aktivposten. Innerhalb weniger Wochen, und ohne irgendwelche Unterstützung durch das Ausland, wurde eine neue Mark eingeführt und der Inflationsdrache getötet.

Die Politik der deutschen Finanzbehörden vom Anfang des Jahres 1923 bis zum Frühjahr 1924 war, bei günstiger Beurteilung, eine ignorante und unverantwortliche Geste des Trotzes an die Adresse Frankreichs; bei ungünstiger Beurteilung war sie aber etwas viel Unheilvolleres: sie war ein Teil der grossen Verschwörung gegen das deutsche Volk.

Denn die Folge der Inflation war der Ruin des deutschen Kleinbürgertums, das der Rückhalt des deutschen Mittelstandes und eine Kraftquelle für die ganze Nation gewesen war. Diese Menschen hatten sich auf ihre Ersparnisse, ihre Papiere, ihre Versicherungspolice, ihre Krieganleihscheine verlassen. Das alles wurde von der Inflation mit sich gerissen. Sie wurden mittellos oder vermehrten die Reihen des neuen «Stehkragenproletariats».

Und wer hat an der Inflation verdient? Bis zu einem gewissen Grade waren es wohl auch Bauern und kleine Geschäftsleute, die die erfreuliche Feststellung machen konnten, dass die Inflation ihre Hypotheken oder Geschäftsschulden getilgt hatte. Aber in der Hauptsache waren es die Grossindustriellen, die nicht mehr, wie vordem, einen grossen Teil ihres Bruttoverdienstes als Zinszahlung an ihre Gläubiger abzuliefern hatten.

Für diese Menschen war die Inflation eine goldene Zeit. Sie war es auch für die schwer verschuldeten Grossgrundbesitzer Osteubiens. Diese konnten nicht nur ihre eigene Lebenshaltung noch mehr erhöhen; sie konnten auch gewaltige Summen für *politische* Zwecke verausgaben – für die Finanzierung der Aufrüstung, für den Unterhalt privater Freikorps, für Unruhestiftung, nationalistische Propaganda und zur Förderung der Nationalsozialisten.

Die Inflation führte in Deutschland zu einer Verschiebung in der politischen Kräfteverteilung; zum Nachteil der Klassen, denen an einem ruhigen, friedlichen Dasein gelegen sein mochte, und zum Vorteil derjenigen, die aus politischer Überzeugung wie aus Gründen wirtschaftlichen Interesses an der Aufrüstung interessiert waren und auf einen zweiten Weltkrieg hofften.

So kam alles zusammen, um die Hoffnungen der Versailler Mächte zunichte zu machen: auf Seiten der Alliierten Uneinigkeit, mangelndes Verständnis für die wirtschaftlichen Konsequenzen des Friedensvertrages, mangelnde Bereitwilligkeit, zur rechten Zeit gegen die drohende Gefahr der deutschen Aufrüstung einzuschreiten – und auf Seiten Deutschlands Erbitterung über die Tatsache der Niederlage, böswillige Propaganda und die neugewonnene Macht der Kriegshetzer; und überdies noch der Ausbruch der grössten Wirtschaftsdepression, die die Welt je erlebt hatte. Das waren die Faktoren, die den Frieden erschütterten und den Nationalsozialisten ihre Chance gaben. Amerika ging seinen eigenen Weg; Grossbritannien schwankte zwischen seinen Rechten und Pflichten als europäische Macht und seiner Bindung zu seinem eigenen Kolonialreich und seinen überseeischen Dominien; Frankreich baute seine Maginotlinie, hinter der es sich in verzweifelter Apathie verschanzte und auf jene letzte Konsequenz wartete, die es als

einzigste allierte Macht vorausahnte; und die Männer hinter den deutschen Kulissen arbeiteten emsig und systematisch, durch Forschung, Organisation und Propaganda, an der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges.

V. KAPITEL

Sechsendeinhalb Jahre Nationalsozialismus

1.

Hitlers Machtübernahme war das Ergebnis eines «Übereinkommens» mit den Nationalisten alten Schlages. Wir brauchen die Geschichte nicht im Einzelnen zu verfolgen. Zu dieser Zeit schien der Stern des Nationalsozialismus wieder im Sinken zu sein; seine Führer waren der Verzweiflung nahe; die öffentliche Meinung erlebte anscheinend einen Umschwung nach links. Die deutschen Nationalisten wurden besorgt. Die Grossindustriellen sahen ihre Machtstellung und ihren Reichtum bedroht; die Grossgrundbesitzer des Ostens mussten befürchten, dass ihr Anteil am «Osthilfeskandal», ihre Korruption im Zusammenhang mit dem Regierungsfonds zur Erleichterung ihrer Schulden, ans Licht der Öffentlichkeit dringen würde. Obwohl diese Leute die Nationalsozialisten nicht besonders liebten, sahen sie in Hitler ihre letzte Chance. So öffnete die Schwerindustrie ihre Geldschränke, und die Grossagrарarier machten ihren Einfluss bei Hindenburg geltend, um Hitler zum Reichskanzler zu machen. Nach einigem Zögern erklärte Hindenburg sich bereit.

Hitlers erster Schritt war, sich die Mehrheit im Reichstag zu verschaffen. Er erreichte sein Ziel ganz einfach, indem er die Abgeordneten der Oppositionsparteien verhaften liess. Sodann hob er die Verfassung auf, und ging nun allen Ernstes an die Aufgabe, die vor ihm lag: die Vorbereitung Deutschlands zum Kriege.

Vier Hauptaufgaben mussten gelöst werden.

Die erste war der Aufbau der inneren militärischen Stärke Deutschlands. Die Tatsache, dass Hitler dieser Aufgabe vom Tage seiner Machtübernahme an die allergrösste Bedeutung zumass, wurde später ohne Einschränkung, ja voller Stolz, zugegeben. In seiner Rede am 1. September 1939 verkündete er, er habe seit 1933 allein für Rüstungen über 90 Milliarden Mark verausgabt; und zweieinhalb Jahre darauf schilderte er die Meilensteine, die das nationalsozialistische Deutschland auf dem Wege zur vollständigen Bereitschaft passiert hatte. Die ersten drei Meilensteine beschrieb er folgendermassen: «Im Jahre 1934 begann Deutschland, sich voll und ganz auf die Rüstungsproduktion einzustellen; 1935 führte ich die allgemeine Wehrpflicht ein; 1936 befahl ich die Besetzung des Rheinlandes.» Eine nähere Erläuterung dieser drei «Meilensteine» erübrigt sich; sie sind allgemein bekannt und von niemand bestritten.

Aber eine Folgeerscheinung der Aufrüstung – eine zufällige, aber höchst willkommene – war das rasche Schwinden der Arbeitslosigkeit in Deutschland. Auch hier wollen wir uns Einzelheiten ersparen. Begnügen wir uns mit der Feststellung, dass etwa um 1936/37 in Deutschland aus einem Arbeiterüberschuss eine Arbeiterknappheit geworden war; die Knappheit war bereits so akut, dass Frauen in den Fabriken benötigt wurden, und das alte nationalsozialistische Schlagwort, die Frau gehöre in die Küche, geriet in aller Stille in Vergessenheit.

Mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit erwarben sich die Nationalsozialisten die tiefe Dankbarkeit von Millionen von Arbeitern und ihren Familien; tatsächlich war der Aufschwung der deutschen Industrie der hauptsächlichste, ja fast der alleinige Grund für die loyale Unterstützung, die die deutsche Arbeiterschaft Hitler in den furchtbaren Folgejahren gewährte. Selbst nach jahrlangem Krieg pflegten deutsche Soldaten, die Hitlers Verhalten und Politik oft kritisch, manchmal sogar höchst feindselig gegenüberstanden, in der Gefangenschaft bei

ihrer Vernehmung zu erklären: «Immerhin hat er uns Arbeit verschafft.»

Es muss deshalb hier unterstrichen werden, dass die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland in der Zeit von 1933 bis 1937 nicht auf die Aufrüstung als solche, sondern vielmehr auf das Aufrüstungsprogramm zurückzuführen war. Jede grössere Ausgabe für öffentliche Arbeiten hätte die gleiche Wirkung gehabt. Die entscheidende Tatsache war, dass die Privatinitiative als arbeitsbeschaffendes Organ versagt hatte und der Staat an ihre Stelle getreten war. Wenn Hitler seine 90 Milliarden Mark, oder auch nur einen Bruchteil dieser Summe, für Arbeiten zum Ausbau der deutschen Städte und Bauernhöfe ausgegeben hätte, wenn er die grossen Neubaupläne, an denen ihm so viel gelegen war, verwirklicht hätte, dann wäre nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern auch der Lebensstandard des deutschen Volkes auf lange Zeit gehoben worden.

Ausserdem war die Finanzierungsmethode, die die Nationalsozialisten bei ihrem Rüstungsprogramm anwandten – «Vorausfinanzierung» durch Arbeitsbeschaffung und ähnliche Methoden – einfach eine Erweiterung und Adaptierung eines Planes, den die kurzlebige Regierung Papen bereits im Jahre 1932 in Gestalt von «Steuergutscheinen» eingeführt hatte. Papen war zurückgetreten, bevor die Ergebnisse seiner Politik an den Tag traten, und die Nationalsozialisten konnten ernten, wo Papens Finanzberater gesät hatten. Aber es steht ausser Frage, dass die deutsche Arbeitslosigkeit 1933 und in den Folgejahren gesunken wäre, auch wenn es keinen Hitler und kein Aufrüstungsprogramm gegeben hätte. Es darf nicht vergessen werden, dass die Wirtschaftsdepression sich zurzeit der nationalsozialistischen Machtübernahme bereits überall zu beheben begann. Die einzelnen Länder versuchten auf verschiedenem Wege nachzuhelfen. In Grossbritannien beruhte die Besserung

hauptsächlich auf einem Aufschwung im Häuser- und Strassenbau, für den privates und öffentliches Unternehmertum gemeinsam verantwortlich waren.¹ In Amerika standen die «öffentlichen Arbeiten» – im genaueren Sinne des Wortes – im Vordergrund: Von der Regierung finanzierte Landverbesserungsprogramme, Wasserkraftanlagen usw. In keinem der beiden Länder ging die Behebung der Arbeitslosigkeit so rasch und so vollständig vonstatten wie in Deutschland. Aber ihr Beispiel zeigt doch, dass Hitler, wenn es ihm in erster Linie um die Überwindung der Wirtschaftsdepression zu tun gewesen wäre, dieses Ziel auch durch andere, weniger verschwenderische und kriegerische Methoden erreichen konnte.

Das soll nicht besagen, dass eine Wiederaufrüstung in keiner Weise zu rechtfertigen war. In Grossbritannien zumindest war damals kaum jemand geneigt, Deutschland das Recht, sich die Mittel zu seiner Verteidigung zu beschaffen, streitig zu machen, selbst wenn dies einen Bruch der Bestimmungen des Versailler Vertrages voraussetzte. Wir werden diesen Punkt noch an späterer Stelle behandeln. Wir wollen hier nur betonen, dass es den Nazis bei ihrem Aufrüstungsprogramm nicht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu tun war, sondern um die Schaffung eines starken, angriffsbereiten Heeres.

2.

Hitlers zweite Aufgabe war, Deutschlands Verwundbarkeit durch eine feindliche Blockade im Vergleich zu 1914 zu ver-

¹ Grossbritanniens Leistung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit war nicht so gut wie die Deutschlands. Die amtlichen Statistiken gaben ein falsches Bild vom Unterschied zwischen den beiden Ländern, da die britischen Ziffern im Gegensatz zu den deutschen alle vorübergehend – sei es auch nur für ein paar Tage – Unbeschäftigten umfassten. Dennoch ist es klar, dass die britische Regierung nicht genug dazu getan hat, um die Depression durch ein Programm öffentlicher Arbeiten zu beheben.

ringern. Wir hatten im vorigen Kapitel festgestellt, wie man in Deutschland schon in den Zwanzigerjahren auf dem Gebiete der Lebensmittelerzeugung auf das Ziel der Selbständigkeit hinsteuerte. Diese Politik wurde von den Nationalsozialisten fortgesetzt und ausgedehnt. Der Vierjahresplan hatte das ausdrückliche Ziel, Deutschland hinsichtlich wertvoller Kriegsmaterialien vom Ausland unabhängig zu machen. Als Hitler auf dem Nürnberger Parteitag des Jahres 1936 den Vierjahresplan verkündete, beschrieb er seine Ziele mit folgenden Worten: «Innerhalb von vier Jahren muss Deutschland von der Aussenwelt in allen Materialien unabhängig sein, die auf irgendeine Weise durch deutsche Fähigkeit und durch die Bemühungen unserer chemischen, Metall- und Bergbauindustrien in der Heimat erzeugt werden können.» Deutsche Eisenerzvorkommen wurden ausgebaut, um Deutschland von der lothringischen und schwedischen Produktion freizumachen; Fabriken zur Herstellung von Treibstoff aus Kohle wurden errichtet; die Gummieinfuhr wurde durch hohe Zölle erschwert, um die Herstellung von Buna zu fördern; deutsche Stapelfaser und Kunstseide traten an die Stelle der eingeführten Baumwolle, Wolle und Seide. Die neuen Produkte waren in jedem Falle viel kostspieliger, und in einigen Fällen auch qualitativ geringwertiger als die alten. Es kostete beispielsweise fast dreimal so viel, einen Liter synthetischen Treibstoff aus Kohle zu gewinnen, als einen Liter Benzin aus Rumänien oder Venezuela einzuführen, und sechsmal so viel, ein Pfund Buna zu erzeugen, als ein Pfund Rohgummi aus Malaya einzuführen. Der ganze Plan war «unökonomisch». Seine Folge war eine unmittelbare (und in manchen Fällen sichtbare) Herabsetzung des Lebensstandards des deutschen Volkes. Sein Plus bestand natürlich in der Tatsache, dass er dazu beitrug, Deutschland die Durchführung eines zweiten Weltkrieges zu ermöglichen. Diese Tatsache ist nur selten ausdrücklich zugegeben worden,

wenn auch keine sehr energischen Versuche unternommen wurden, sie geheim zu halten. In der Regel war die Autarkie nach Ansicht der Propagandisten an sich bereits etwas Gutes – womit sie allerdings ihren wirklichen Zweck bereits zugestanden, da die Vorteile der Autarkie, wenn man ihre Wirkung auf den Lebensstandard des Volkes bedenkt, nur in einer Hinsicht, nämlich unter dem Gesichtspunkt des Krieges und der Rüstung zum Kriege, in Erscheinung treten. Von Zeit zu Zeit wurden jedoch abwechselnd zwei Argumente zu ihrer Verteidigung angeführt. Das erste lautete: je selbständiger Deutschland sei, umso weniger sei es den Einflüssen des Welthandels und damit auch der künftigen Wirtschaftsdepression ausgesetzt. Diese Behauptung verdient wenig Beachtung. An sich ist sie nicht gerade wesenlos, wenn man die damaligen chaotischen Zustände des internationalen Wirtschaftslebens vor Augen hat und bedenkt, wie wenig die Grossmächte bereit waren, einen internationalen Misstand durch internationale Massnahmen zu beseitigen. Aber dieses Argument ist kaum ein hinreichender Grund, sich vom Welthandel zu lösen – es sei denn, die Absicht besteht, dies aus anderen Gründen zu tun. Die wirtschaftlichen Verluste, die eine Autarkie mit sich bringt, sind zweifellos um vieles grösser als ihre Vorteile, insbesondere wenn man bedenkt, dass es einem von einer Depression bedrohten Lande jederzeit möglich ist, vermittels eines Programms öffentlicher Arbeiten die Arbeitslosigkeit auf friedlichem Wege abzuwenden.

Das andere Argument, das zur Verteidigung der Autarkie angeführt wurde, besagte, dass die Autarkie Deutschland gegen seinen Wunsch auf gezwungen worden sei; sie sei erforderlich geworden, weil Deutschland keinen Zugang zu ausländischen Märkten besässe und weil die Westmächte sich geweigert hätten, auf fairer Basis mit Deutschland Handel zu treiben. Dieses Argument erfordert genauere Untersuchung.

Es stimmt, dass die allgemeine Tendenz in den Dreissigerjahren einer vollen Anteilnahme Deutschlands am Welthandel nicht günstig gesinnt war. Der Grund lag teilweise in dem weiteren Umsichgreifen des Wirtschaftsnationalismus in der westlichen Welt, und insbesondere in der Neuorientierung Grossbritanniens und seiner selbständigen Dominien zu einer Politik der Empire-Bevorzugung, die einen Handelsverkehr zwischen dem britischen Empire und allen nicht-britischen Ländern erschwerte. Diese Politik war nach meiner Auffassung töricht und kurzsichtig. Sie erzeugte viel böses Blut in den Vereinigten Staaten, in Italien und anderen Ländern (einschliesslich Deutschlands); wenn auch zu ihrer Verteidigung erklärt werden konnte, dass die Zollmauern, die Grossbritannien und seine Kronkolonien umgaben, noch erheblich niedriger waren als die der anderen Grossmächte, so gab doch schon die Existenz dieser Zollmauern der Behauptung, Deutschland sei durch den Verlust seiner Kolonien unmittelbar geschädigt, einen Schein von Substanz.¹

Aber ein für Deutschlands Aussenhandel weit schädigenderer Faktor waren die Mauern, mit denen es sich selbst umgeben hatte: die Mauern der Ausfuhrkontrollen und Devisenbeschränkungen. Den Ursprung dieser Kontrollen hatten wir festgestellt: sie waren die direkte Folge der Finanzkrise des Jahres 1931. Als die deutschen Finanzbehörden sich im Juli dieses Jahres einer Auslandskapitalflucht gegenübersehen, die innerhalb kurzer Zeit der Reichsmark ihre Reserven entzogen hätte, mussten sie zwischen zwei Alternativen wählen: entweder den Goldstandard aufzugeben (Grossbritannien wählte diese Alternative

¹ Die Kolonialfrage wird an späterer Stelle (siehe S. 167 ff.) ausführlich behandelt. Hier soll lediglich festgestellt werden, dass der Besitz von Kolonien zwar Deutschlands autarkistische Bestrebungen in Friedenszeiten gefördert hätte, aber im Kriege, wo Deutschland damit rechnen musste, von seinen überseeischen Verbindungen abgeschnitten zu werden, in dieser Hinsicht wertlos gewesen wäre.

zwei Monate später); oder den Goldwert der Mark aufrecht zu erhalten und dafür einen Apparat zu schaffen, der in jedem Fall darüber zu entscheiden hatte, welche Auslandsschulden zu begleichen und welche nicht zu begleichen waren. Ein Abgang vom Goldstandard wäre allerdings für die deutsche öffentliche Meinung eine peinliche Überraschung gewesen; man hätte darin den Auftakt zu einer zweiten Inflation gesehen. Deshalb entschieden sich die deutschen Behörden, mit der Zustimmung ihrer Auslandsgläubiger, für die Methode der Devisenkontrolle. Der Zweck dieser Massnahme war lediglich, wie wir gesehen haben, die unmittelbare Krise zu überbrücken; dafür zu sorgen, dass nicht mehr ausländisches Kapital aus Deutschland abgezogen würde, als durch vorhandene Valutabestände gedeckt war. Und Deutschlands Auslandsgläubiger waren der festen Erwartung, dass, sowie das internationale Vertrauen wiederhergestellt war, diese Einschränkungen allmählich erleichtert und schliesslich völlig fallen gelassen würden. Ob das in Anbetracht der nächsten Entwicklungen möglich gewesen wäre, ohne dass die Mark in ihrem Goldwert herabgesetzt wurde, ist sehr zu bezweifeln. Aber sowie die unmittelbare Krise einmal vorüber war, brauchte eine solche Entwertung für Deutschland keine Gefahr zu bedeuten. Nicht nur hatte die Erfahrung Grossbritanniens gezeigt, dass eine Währung vom Golde gelöst werden konnte, ohne ihre interne Stabilität einzubüssen, sondern die Entwertung des Pfund Sterling hatte auch eine entsprechende und fast gleichzeitige Entwertung der Währungen anderer Länder, die die sogenannte «Sterling-Gruppe» bildeten, mit sich gebracht. Im Laufe der Zeit schlossen sich immer mehr Länder dem britischen Beispiel an und verbesserten ihre eigene wirtschaftliche Lage sowie ihre Ausfuhrchancen; während eine andere Gruppe von Ländern, geführt von den Vereinigten Staaten, zwar nicht in aller Form vom Goldstandard abgingen, jedoch durch Verringerung

des «Goldgehalts» ihrer Währung das gleiche Ergebnis erzielten. Unter diesen Umständen war es für Deutschland pedantisch und selbstschädigend, abseits zu stehen.- Man könnte seine Haltung mit der eines Soldaten vergleichen, der in der Marschkolonne als einziger im selben Schritt beharrt, während die ganze Kompagnie den Schritt gewechselt hat; auf finanziellem Gebiet marschierte Deutschland im Vergleich zur übrigen Welt «im falschen Tritt» – eine Tatsache, die für die anderen Länder gelegentliche Unannehmlichkeiten, für Deutschland aber wirklichen Schaden und Nachteile bedeutet hat.¹

Aber die Nationalsozialisten entschieden bald, dass sie das System der Devisenkontrollen gar nicht aufgeben wollten. Im Gegenteil, sie erweiterten es noch. Von ihrem Gesichtspunkt aus waren drei wesentliche Vorteile damit verknüpft.

Erstens, es ermöglichte Deutschland, sich seiner Auslandsverpflichtungen weiter zu entledigen. Einzelheiten sind überflüssig; begnügen wir uns mit der Feststellung, dass von 1933 an Deutschlands Gläubiger nur dann Rückzahlungen erhielten, wenn dies im unmittelbaren Interesse Deutschlands lag.²

¹ Deutsche Leser können dieses Argument, allerdings etwas diskreter formuliert, in einem Artikel weiterverfolgen, den ich im September 1935 im «Deutschen Volkswirt» unter dem Titel «Was heisst Währungsstabilisierung?» veröffentlicht habe.

² In dieser Hinsicht war Grossbritannien besser dran. Es hatte immer mehr von Deutschland gekauft als nach Deutschland verkauft, und war deshalb imstande, alle Einfuhrüberschüsse zu verweigern, sofern nicht ein Teil ihres Kaufpreises zur Rückzahlung seiner eingefrorenen Schulden verwendet wurde. Die Tatsache, dass es diese «Waffe» benutzte, ja sogar ein «Zwangsclearing» zur Durchsetzung seiner Bedingungen einführte, hat die Nationalsozialisten aufs Höchste entrüstet. Aber hier waren sie machtlos; sie brauchten Pfunde für andere Zwecke und konnten es sich daher nicht leisten, den einzigen Ausweg einzuschlagen, der ihnen blieb, d.h. die deutsche Ausfuhr nach England auf den gleichen Stand zu bringen wie die englische Ausfuhr nach Deutschland.

Zweitens, es gab Deutschland die Möglichkeit, mit jedem seiner Gläubiger separat über gegenseitige Handelsbeziehungen zu verhandeln; das bedeutete, dass Deutschland in allen Fällen, wo es wirtschaftlich der Stärkere von beiden war, das andere Land zwingen konnte, sein Wirtschaftsleben auf die Bedürfnisse Deutschlands einzustellen – dass es dieses Land, mit anderen Worten, nolens volens in den Dienst seiner eigenen Kriegsmaschine pressen konnte. Und die wirtschaftliche Kontrolle, die Deutschland auf diese Weise über seine schwächeren Nachbarn errang, hatte auch weitgehende politische Konsequenzen. Die betreffenden Länder – besonders in Südosteuropa – konnten es sich nicht leisten, mit einem Lande zu hadern, das der alleinige Absatzmarkt ihrer landwirtschaftlichen Produkte geworden war; deshalb schlugen auch sie eine mehr oder weniger offene pro-nationalsozialistische Politik ein. Für sie war ein einigermaßen annehmbares Handelsabkommen der erste Schritt zu einer Art von politischer Versklavung geworden.

Und drittens, die Devisenkontrolle bot eine grossartige Möglichkeit zur Überwachung der deutschen Industrie. Die Regierung hatte allein darüber zu befinden, für welche Einfuhren die nötigen Zahlungsmittel freizugeben seien; damit hatte die Regierung auch die letzte Entscheidung darüber, welche Dinge eingeführt werden durften. Mit anderen Worten: durch die blosser Gewährung oder Verweigerung von Devisen konnten die Nationalsozialisten jede Firma, die auf Rohstoffeinfuhren angewiesen war, zwingen, ihre Produktion nach Wunsch umzustellen. In ähnlicher Weise konnten Industrien, die auf ausländische Absatzmärkte angewiesen waren, zur Herstellung bestimmter Waren oder zum Absatz ihrer Produkte in bestimmten Ländern angehalten werden – je nach dem, was die Nationalsozialisten nach Massgabe ihrer politischen Zielsetzung für angemessen hielten.

Diese Art von Kontrollen mag, im Vergleich mit späteren Massnahmen, noch als milde und umständlich erscheinen. Aber die Nationalsozialisten waren zunächst noch nicht gewillt, bei jedem einzelnen deutschen Fabrikanten die rücksichtslosen Zwangsmethoden anzuwenden, die ihnen später selbstverständlich wurden. Sie mussten ihren Kontrollapparat allmählich erweitern. Und die Einschränkungen auf dem Gebiet des Aussenhandels, die sie bei ihrer Machtübernahme bereits vorfanden, boten ihnen einen willkommenen Ausgangspunkt.

Die Mauer der Devisenbestimmungen, die Deutschland in der nationalsozialistischen Ära umgab, ist somit von den Nationalsozialisten zu eigenem Nutzen erhöht und gefestigt worden. Sie als Entschuldigungsgrund für eine autarkistische Politik anzuführen, war nur ein Propagandatrick – eine Umkehrung des wahren Sachverhalts. Autarkie war der Endzweck; Devisenkontrollen waren nur das Mittel, um diesen Endzweck zu erreichen.

3.

Die dritte Hauptaufgabe, die die Nationalsozialisten bei ihrer Machtübernahme vor sich sahen, war die Vorbereitung und Disziplinierung des deutschen Volkes für das, was ihm bevorstand. Es musste dazu gebracht werden, die nationalsozialistische Politik kritiklos zu unterstützen, wohin sie auch führen mochte. Zur wirtschaftlichen und industriellen Mobilisierung kam die politische und psychologische Mobilisierung.

Vier Waffen hatten die Nationalsozialisten für diesen Zweck zu ihrer Verfügung: Terror, Bestechung, Gewöhnung an die Atmosphäre des Krieges und Propaganda. Die Tatsachen im Zusammenhang mit den ersten drei dieser Waffen sind noch frisch in der Erinnerung jedes Deutschen und bedürfen keiner Erläuterung. Gegner des Regimes wurden ermordet oder in Konzentrationslager gesteckt; potentielle Gegner durch die Dro-

hung mit der Gestapo kirregemacht. Auf diese Weise versuchten die Nationalsozialisten, eine Opposition mundtot zu machen oder wenigstens nicht zu einem organisatorischen Zusammenschluss kommen zu lassen. Dass es ihnen nicht gelungen ist, jede Opposition völlig zu ersticken, ist heute bekannt; dies werden sie auch kaum gehofft haben. Es gelang ihnen jedoch, die Opposition so niederzuhalten, dass sie ihre Pläne nicht durchkreuzen konnte.

Auf der anderen Seite wurde der einfache, unpolitische deutsche Arbeiter durch kleine Zugeständnisse und Annehmlichkeiten wie «Kraft durch Freude» in seiner Gefolgschaft zum Regime gestärkt. Zum grossen Teil genügten diese Dinge schon, ihn zufrieden zu halten, insbesondere wenn man bedenkt, dass er dem Regime dafür dankbar war, dass es die Arbeitslosigkeit beseitigt hatte. Ich will nicht sagen, dass das Interesse von Organisationen wie der Deutschen Arbeitsfront am deutschen Arbeiter lediglich geheuchelt war; im Gegenteil, viele der älteren Parteimitglieder – insbesondere Robert Ley, bei all seiner Groteskheit – hatten den ehrlichen Wunsch, den deutschen Arbeiter glücklich und zufrieden zu sehen.

Die Grossindustrie, am andern Ende der Skala, wurde beschwichtigt und ermuntert durch gewaltige Rüstungsaufträge und durch das Bewusstsein, dass die Nationalsozialisten eine Politik verfolgten, die sie seit 1919 betrieben hatte. Der Bauer wurde dem Regime dadurch verbunden, dass seine Preise erhöht und die Verdienste der Händler verringert wurden – und auch hier ist die Aufrichtigkeit einiger nationalsozialistischer Führer kaum anzuzweifeln. Der Staatsbeamte erhielt eine beispiellose Gelegenheit, seine organisatorische Begabung an seinen Mitbürgern zur Schau zu stellen. Der kleine oder mittelgrosse Fabrikant büsste zwar ein Grossteil seiner Bewegungsfreiheit ein, konnte jedoch auf fette Regierungsaufträge hoffen. Die einzigen Stände, die keine Bestechungen bekamen, waren

die freien Berufe – Rechtsanwälte, Ärzte, Universitätsprofessoren, Geistliche –, an deren Arbeit und Lebensstandard die Nationalsozialisten überhaupt nicht interessiert waren; und die grosse Masse des unteren Mittelstands – Angestellte, Ladenbesitzer usw. –, an deren Gefolgschaftstreue die Nationalsozialisten nicht zu zweifeln brauchten, da sie ja gerade aus dieser Klasse ihre Hauptgefolgschaft vor ihrer Machtübernahme bezogen hatten.

Drittens: die Masse des deutschen Volkes wurde dazu erzogen, ihr Denken und Tun so auszurichten, als ob der Krieg schon da sei. Für die Jugend bedeutete das Arbeitsdienst und Wehrpflicht. Für die Kinder bedeutete es einerseits Dienst in der Hitlerjugend und im Bund Deutscher Mädel, andererseits, in den Schulen, die Einpflanzung des Gedankens, dass der Krieg der natürliche Zustand für Deutschland sei, solange Deutschland noch Rivalen besitze. Für die Gesamtbevölkerung bedeutete es Luftschutzübungen, schlechtere Ernährung und Bekleidung, längere Arbeitszeit, höhere Steuern, die Pflicht, Hitlers Reden anzuhören, und den Verzicht auf das Recht, das Leben nach eigenem Gutdünken zu führen. Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, dass um die Zeit der Münchener Krise der Durchschnittsdeutsche bereits gelernt hatte, sich als den Insassen einer Festung anzusehen, Entbehnungen und Freiheitsbeschränkungen als selbstverständlich zu betrachten und zu weiteren Entbehnungen und Einschränkungen auf Geheiss seiner Führer bereit zu sein.

Diese Entbehnungen und Einschränkungen erstreckten sich nicht nur auf materielle Gebiete. Sie galten in gleichem Masse für das Reich des Geistes. Die schlimmen Einwirkungen des Nationalsozialismus auf das deutsche Erziehungswesen bedürfen kaum einer näheren Untersuchung. Zweifellos wussten die führenden Nationalsozialisten, die grossenteils wenig «gebildete» Menschen waren, nicht, wieviel die Erziehung dazu bei-

tragen kann, um nationale Grösse zu erreichen; vielleicht waren sie auch im Grunde ihres Wesens eifersüchtig auf die hohe Stellung, die frühere deutsche Generationen den Universitäten und Forschungsstätten eingeräumt hatten. Aber darüber hinaus sahen sie in dem objektiven Streben nach Wahrheit eine unmittelbare Gefährdung ihrer eigenen Machtstellung. Jedermann, der für sich selber denken konnte und wollte, war bestenfalls nur ein lauwarmer Anhänger des Regimes – vielleicht sogar ein aktiver Gegner.¹ Deshalb musste die Intellektualität als Quelle der Schwäche, als nationalsozialistischen Mannestums unwürdig, gebrandmarkt werden. Deshalb musste das deutsche Volk auch so weit wie möglich von allen intellektuellen Kontakten zur Aussenwelt abgeschnitten werden – durch Verbot ausländischer Zeitungen und Bücher und, später, durch schwere Bestrafung des Abhörens ausländischer Sender. Auf diese Weise sollte Deutschland so weit wie möglich auf geistigem Gebiete autarkisch werden; es sollte seine Ansichten und Gedanken lediglich aus nationalsozialistischer Quelle beziehen.

Das bringt uns zu der vierten Waffe, die zur psychologischen Mobilisierung Deutschlands benutzt wurde: zur Propaganda. Es war von grundlegender Bedeutung für die Nationalsoziali-

¹ Ich kann mich noch an ein Gespräch entsinnen, das ich einige Jahre vor dem Kriege mit dem Rektor einer höheren Schule in einer deutschen Kleinstadt geführt habe. Es war ein Mann in mittleren Jahren, von liberaler Anschauungsweise, der darauf vertraute, seine Schüler zum selbständigen Denken anzuregen. Er pflegte in seinen Klassen Diskussionen über die Beweggründe zu den verschiedenen Aktionen der Nationalsozialisten abzuhalten. Er gewann dabei den Eindruck, dass die weniger intelligenten Schüler solche Diskussionen für langweilig hielten, weil sie der Meinung waren, es sei nicht nötig, die Gründe für das Vorgehen des Führers zu verstehen, – während alle Schüler, die diskutieren und logisch denken konnten, nicht nur mit heller Freude bei der Sache waren, sondern auch in der einen oder anderen Hinsicht immer zu Kritikern der nationalsozialistischen Politik wurden.

sten, wenn sie der unbegrenzten und festen Unterstützung der Masse des deutschen Volkes in dem bevorstehenden Kriege gewiss sein wollten, das Volk davon zu überzeugen, dass dieser Krieg eine gerechte Sache sei und dass sie. das Recht hätten, für eine gerechte Sache ins Feld zu ziehen. Wenn irgendein Verdacht aufkommen sollte, dass der Krieg ein Angriffs- und Eroberungskrieg ist, dann würde der Kampfgeist des deutschen Volkes ernsthaft, ja vielleicht entscheidend, beeinträchtigt sein. Deshalb musste jeder derartige Verdacht beseitigt werden (abgesehen von jener unverbesserlichen Minderheit, die sowieso mundtot gemacht oder vernichtet werden musste), da Deutschland sonst nicht als völlig kampfbereit gelten konnte.

Die Propagandisten gingen mit Eifer ans Werk. Zum grossen Teil richteten sie ihr Augenmerk auf die Themen, die bereits in den Zwanzigerjahren von den nationalistischen Elementen Deutschlands eifrig behandelt worden waren. Die Legende vom Dolchstoss, von der fortgesetzten Blockade, von den Vierzehn Punkten, von den Reparationen, von der Inflation, von der Weltwirtschaftsdepression – sie alle sollten den einfachen Deutschen davon überzeugen, dass er von neidischen und rücksichtslosen Ausländern schändlich behandelt worden sei und nun das Recht und die Pflicht habe, sich zu rächen. Die propagandistische Verherrlichung des Krieges hatte die Aufgabe, ihn mit dem Gedanken vertraut zu machen, die beste, wenn nicht die einzige Möglichkeit zur Rache sei der Krieg. Die Propaganda von der Herrenrasse und die Forderung nach Rassenreinheit sollten ihm ein Gefühl des Stolzes, der Stärke und der Einmütigkeit mit seinen deutschen Volksgenossen geben. Die anti jüdische, antikommunistische und antiplutokratische Propaganda sollten ihm ein scheinbar konkretes Objekt für seinen gerechten Zorn vor Augen führen – und gleichzeitig (im Falle der Judenhetze) den Nationalsozialisten einen geeigneten Sündenbock liefern, dem sie die Schuld für ihre eigenen Fehler

anheften, und damit die Entrüstung der Öffentlichkeit von sich selber abwälzen konnten. Und schliesslich machten sich die Nationalsozialisten eine weitere Reihe von Propagandathemen zunutze, die zeigen sollten, dass Deutschland immer noch bedroht sei; dass es Feinde ausserhalb seiner Grenzen gebe, die, mit ihren bisherigen Schandtaten nicht zufrieden, auf neue Übergriffe sann; und wenn Deutschland nicht diese Feinde durch Waffengewalt überwinde, dann sei seine nationale Existenz bedroht. Diese Propaganda hatte natürlich die Aufgabe, dem einfachen Deutschen einzureden, der Krieg werde lediglich ein Krieg der Selbstverteidigung und Existenzwahrung sein, und folglich ein Krieg in einer gerechten Sache. Dazu wurde noch, als Fussnote gleichsam, die Erklärung hinzugefügt: die betreffenden Feinde seien schwach und degeneriert, so dass der Ausgang dieses Krieges von vornherein feststehe. Wir werden auf diese Gruppe von Propagandathemen im nächsten Kapitel zurückkommen. Im Augenblick geht es uns um die Funktion, die sie, im Verein mit den übrigen Propagandalinien der Nationalsozialisten, zu erfüllen hatten: die psychologische Mobilisierung des deutschen Volkes. Für die Nationalsozialisten war die Propaganda (wie Hitler in «Mein Kampf» bereits erklärt hatte) vor allem und in ihrem Wesen ein «Mittel zum Zweck».

In der Praxis wurde sie allerdings nicht immer so angesehen. Im Gegenteil, viele der Propagandisten, von Hitler angefangen, glaubten ehrlich zumindest an einen erheblichen Teil der Propagandathesen, die sie mit leidenschaftlichem Wortschwall immer wieder vorbrachten. Einige Jahre später erwies sich dies als ein gefährliches Moment für Deutschlands Kriegführung, da Hitler mehrfach weitgehende strategische Entscheidungen auf Grund von Überzeugungen – oder «Intuitionen» – traf, die von seiner eigenen Propaganda und nicht von einer objektiven Wertung der Tatsachen herrührten. Aber zunächst war

diese Gabe der Selbsttäuschung und Selbstbegeisterung für die Propagandisten von Vorteil. Genau wie sie an Gefühle appellierten, die bei ihren Hörern bereits, wenn auch oft latent, vorhanden waren, so konnten sie diesen Hörern auch Gedanken übermitteln, die in ihrem eigenen Herzen festen Fuss gefasst hatten. Gerade dass sie manchmal ihre Worte ehrlich meinten, gab ihrer Überredungskraft neue Stärke.

So wurde das deutsche Volk – genau wie die deutsche Rüstungsindustrie und das deutsche Wirtschaftssystem – auf die Erneuerung des Kampfes gegen die Gegner von 1914 vorbereitet.

4.

Die vierte und letzte Aufgabe der Nationalsozialisten innerhalb dieser 6½ Jahre war die Stärkung Deutschlands nach aussen – durch die Errichtung eines Systems von Bündnissen mit anderen totalitären Staaten und durch die Schwächung der strategischen Position und der Kampfstärke von Deutschlands zukünftigen Gegnern. Die erstere Aufgabe wurde durch die Gründung der Achse und den Abschluss des Anti-Komintern-Paktes erreicht, die Deutschland der Unterstützung von zwei Grossmächten und einem halben Dutzend kleinerer Staaten versicherte. Letztere wurde durch eine Reihe von Coups, verbunden mit Nichtangriffspakten, Friedens Versprechungen, Garantien usw. gelöst.

Diese Coups hatten drei Aufgaben: erstens sollten dem Reich Gebiete einverleibt werden, bei denen eine vorwiegend deutsche Bevölkerung geltend gemacht werden konnte – zusammen mit allen sonstigen Gebieten, auf die diese Voraussetzung nicht zutraf, die aber ohne allzu grosse Gefahr einer vorzeitigen Heraufbeschwörung eines Weltkrieges mit geschluckt werden konnten; zweitens sollte unter den nicht unmittelbar be-

drohten Ländern Verwirrung und Uneinigkeit gestiftet werden; drittens sollte durch eine Reihe glänzender, aber unblutiger Handstreichs die Treue des deutschen Volkes zum Regime gefestigt werden.

Die wesentlichen Tatsachen müssen hier ausführlicher geschildert werden, da sie von entscheidender Bedeutung für die Frage der Verantwortung für den zweiten Weltkrieg sind.

Der erste Coup war die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlands im März 1936. Wir wollen im Augenblick die Frage nach der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit dieser Aktion unbeantwortet lassen. Der springende Punkt ist nur, dass diese Aktion in unmittelbarem Widerspruch zu den Abkommen von Locarno stand, wo Deutschland sich verpflichtet hatte, die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich des Status des Rheinlandes einzuhalten.

Aber war das Dritte Reich an ein Abkommen, das von der Weimarer Republik getroffen worden war, gebunden? Hitler selbst hatte erklärt, dass er sich als daran gebunden erachtete. In seiner Reichstagsrede zehn Monate vorher, am 21. Mai 1935, hatte er erklärt, «Die gegenwärtige deutsche Regierung wird jeden freiwillig abgeschlossenen Vertrag genauestens einhalten, auch wenn dieser vor ihrer Machtübernahme abgeschlossen worden ist.» Niemand bestritt, dass die Abkommen von Locarno «freiwillig» von Deutschland unterzeichnet worden sind; im Gegenteil, in der gleichen Rede erklärte Hitler, die deutsche Regierung werde «alle aus dem Locarno-Vertrag entstehenden Verpflichtungen erfüllen, solange die anderen Partner ihrerseits bereit sind, zu diesem Pakt zu stehen». Und er fügte hinzu: «Die Beachtung der entmilitarisierten Zone betrachtet die deutsche Regierung als einen Beitrag zur Befriedung Europas.»

Als Entschuldigungsgrund für den Bruch des Locarno-Abkommens bezeichnete Hitler den Militärpakt zwischen Frankreich

und Russland. Aber erstens war dieser Pakt bereits vor der Rede, die wir soeben zitiert haben, abgeschlossen worden – ja Hitler nahm in der gleichen Rede darauf Bezug. Mit anderen Worten: in dieser Rede erklärte er, er werde die Entmilitarisierung des Rheinlandes respektieren *trotz* der Zweifel, die er, wie er später erklärte, daran habe, ob sich der franko-russische Pakt mit dem Locarno-Abkommen vereinbaren lasse. Und zweitens: diese Zweifel wurden von keiner der anderen Signatarmächte von Locarno geteilt; und als Deutschland sie geltend machte, erbot sich Frankreich, die Frage dem Haager Schiedsgericht vorzulegen – ein Angebot, das von Deutschland abgelehnt wurde.

Die Besetzung des Rheinlandes stand somit in direktem Widerspruch zu den Verpflichtungen, die die deutsche Regierung übernommen und die Hitler ausdrücklich bestätigt hatte. Sie war auch ein Ausgangspunkt für neue Pläne; denn sie bedeutete, dass Frankreich, falls Deutschland dessen Verbündete in Ost- und Südosteuropa angreifen sollte, ihnen nicht mehr rasche und wirksame Hilfe leisten konnte.

Kaum waren die deutschen Soldaten ins Rheinland einmarschiert, da erklärte Hitler kategorisch: «Wir haben keine weiteren territorialen Forderungen in Europa.»

Der zweite Coup war die Annektierung Österreichs.

Am 30. Januar 1934 hatte Hitler im Reichstag erklärt: «Die Behauptung, das Deutsche Reich wolle den österreichischen Staat isolieren, ist absurd ... Ich muss die weitere Behauptung, dass ein Angriff auf den österreichischen Staat vom Reich durchgeführt, oder auch nur geplant würde, kategorisch verneinen.»

Dennoch führte sechs Monate später, am 22. Juli 1934, eine von München aus operierende nationalsozialistische Kampfgruppe einen solchen Angriff durch. Sie besetzte die österreichische Bundeskanzlei und ermordete den Kanzler. Der deut-

sche Gesandte in Wien war am Komplott beteiligt. Der Versuch scheiterte jedoch, und Österreich blieb unabhängig.

Am 21. Mai 1935 erklärte Hitler im Reichstag: «Deutschland hat weder die Absicht noch den Wunsch, in interne österreichische Angelegenheiten einzugreifen, oder Österreich zu annectieren und damit dem Reiche anzuschliessen.»

Am 11. Juli 1936 traf Hitler ein Abkommen mit Österreich, in dem er zunächst auf seine Rede vom Vorjahre hinwies und dann erklärte: «Die Regierung des deutschen Reiches erkennt die volle Souveränität des österreichischen Bundesstaates an. Jede der beiden Regierungen betrachtet die innerpolitische Struktur des anderen Landes, *einschliesslich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus*, als interne Angelegenheit dieses Landes, die sie *weder direkt noch indirekt* beeinflussen will.»

Bitte, beachten Sie besonders die Redewendungen, die hier hervorgehoben sind. Im Februar und März 1938 begründete Hitler seine Forderung nach dem Anschluss Österreichs mit der Behauptung, diejenigen Österreicher, die einen Anschluss wünschten, d.h. die Nationalsozialisten – würden von ihrer tyrannischen Regierung niedergehalten und unterdrückt. Zur gleichen Zeit hatte er den österreichischen Nationalsozialisten Anweisung erteilt, sich so sehr wie möglich in den Vordergrund zu stellen und insbesondere das Regierungsverbot öffentlicher Kundgebungen und des «Horst-Wessel-Liedes» zu übertreten. Aber als der österreichische Bundeskanzler sich erbot, die Frage des Anschlusses durch Volksentscheid beantworten zu lassen, wechselte Hitler sofort seine Stellung, verlangte den Aufschub des Volksentscheides und gab dem deutschen Heer Befehl, Österreich zu besetzen. In einem Interview mit einem englischen Journalisten nannte er sogar dieses Angebot eines Volksentscheides *den Grund* zur Invasion.

Hitler hat somit, auch wenn wir von der Invasion selber absehen, das Abkommen von 1936 in dreifacher Weise gebrochen. Er hat innerhalb des österreichischen Staates Unruhe gestiftet. Er hat diese Unruhe als Vorwand für einen offiziellen Eingriff in österreichische Angelegenheiten benutzt. Und er hat das Angebot eines Volksentscheids – eine intern österreichische Angelegenheit, die aber die Wesenlosigkeit seiner eigenen Behauptungen aufgedeckt hätte – als einen Angriffs- und Trotzakt bezeichnet und Schuschnigg befohlen, es zurückzunehmen. Die Annektierung Österreichs gab Deutschland die Kontrolle über alle Verbindungen mit Südosteuropa, isolierte die Tschechoslowakei und brachte Deutschlands Kriegspotential einen Zuwachs von fast 7 Millionen Menschen und erheblichen industriellen und finanziellen Werten.

Der dritte Coup war die Annektierung des Sudetenlandes.

Am 7. März 1936 hatte Hitler über die Staaten Ost- und Südosteuropas, mit besonderem Hinweis auf die Tschechoslowakei, erklärt: «Deutschland hat nicht den Wunsch, diese Staaten anzugreifen.»

Am 14. März 1938 erklärte Göring, im Namen Hitlers, Deutschland hege keine Absichten gegen die Selbständigkeit der Tschechoslowakei.¹

In den folgenden Monaten betrieb die sudetenländische Nationalsozialistische Partei eine dauernde Agitation, die (wie später zugegeben wurde) von Berlin aus inspiriert und dirigiert wurde.²

Eine Zeitlang schien die Krise abzuflauen, als Frankreich seine Entschlossenheit bekundete, im Falle eines deutschen Angriffs

¹ Laut Bericht in der amtlichen «Prager Presse». Vgl. Henderson, «Failure of a Mission», S. 128.

² Siehe z.B. Henleins Erklärung laut «Neues Wiener Tagblatt» vom 5.3.1941.

der Tschechoslovakei zu Hilfe zu kommen. Der britische Premierminister erklärte, ohne der Tschechoslovakei eine förmliche Garantie zu geben, dass seines Erachtens ein deutscher Angriff nicht eine lokale Angelegenheit bleiben würde. Aber die Spannung verschärfte sich bald wieder, und in München mussten Grossbritannien und Frankreich, nachdem sie versucht hatten, die Unabhängigkeit des tschechoslovakischen Staates auf friedlichem Wege zu wahren, nachgeben und Hitler gewähren lassen.

Die Annektierung des Sudetenlandes brachte dem Reiche einen Zuwachs von über 3 Millionen Menschen, sowie moderne Industrien, einschliesslich des grössten Rüstungswerkes von Europa. Die Tschechoslovakei verlor damit auch ihre einzige verteidigungsfähige Nord- und Westgrenze.

Am 26. September, drei Tage vor der Münchener Entscheidung, erklärte Hitler in seiner Rede im Berliner Sportpalast: «Ich habe Herrn Chamberlain versichert, und ich wiederhole diese Versicherung jetzt, dass, sowie dieses Problem gelöst ist, es für Deutschland keine weiteren territorialen Probleme in Europa gibt. Ich habe ihm ferner versichert, dass ich dann nicht mehr am tschechischen Staate interessiert bin. Und ich garantiere ihm das. Wir brauchen gar keine Tschechen.» Am 6. Dezember wurde eine Erklärung gleichen Inhalts von Deutschland und Frankreich unterzeichnet.

Diese Versicherung und Garantie waren der passende Auftakt zu Hitlers viertem Coup, der Besetzung von Böhmen und Mähren am 15. März 1939.

Der fünfte Coup war die Besetzung des Memellandes am 22. März. Er gab Deutschland wirtschaftliche Kontrolle über Litauen und vollendete, im Verein mit der Besetzung von Mähren und der de facto Annektierung von Danzig, die Einkreisung von Polen.

Der sechste Coup sollte die offizielle Annektierung von Danzig und allen denjenigen Teilen Polens, an denen Hitler interessiert war, darstellen.

Im Oktober 1933 hatte Hitler dem polnischen Gesandten in Berlin gesagt: «Niemand in Deutschland denkt daran, mit Polen wegen des Korridors Krieg anzufangen.» Im November 1933 erklärte er: «Polen ist eine Realität, die nichts zu ändern oder aus der Welt zu schaffen vermag.»

Am 26. Januar 1934 hatten Deutschland und Polen ein Abkommen zur friedlichen Regelung aller Streitfragen getroffen. Die Erklärung, die dieses Abkommen umfasste, enthielt die Worte: «Unter keinen Umständen werden sie zur Anwendung von Gewalt schreiten, um eine Regelung derartiger Streitfragen zu erzielen.» Die beiden Regierungen verpflichteten sich, diesen Nicht-Angriffspakt auf zehn Jahre einzuhalten.

In seiner Reichstagsrede am 21. Mai 1935 sagte Hitler: «Wir empfinden es als unangenehm, dass der Zugang zur See, der einem 33-Millionen-Volk gewährt worden ist, ehemaliges Reichsgebiet durchschneiden soll; aber wir anerkennen, dass es unvernünftig, weil unmöglich ist, einem so grossen Staate das Recht auf einen Zugang zum Meere streitig zu machen.»

Am 30. Januar 1939 bezeichnete Hitler den Nichtangriffspakt von 1934 als einen unschätzbaren Beitrag zum Frieden und erklärte weiter: «Auch in den unruhigen Monaten des vergangenen Jahres war die deutsch-polnische Freundschaft eine der beruhigenden Erscheinungen des europäischen politischen Lebens.»

Am 28. April kündigte Deutschland den Nichtangriffspakt mit Polen. Als Vorwand wurde angegeben, Grossbritannien habe in der Zwischenzeit Polen eine Garantie seiner Unabhängigkeit angeboten. Wir werden hierauf in Kürze zurückkommen; es steht jedoch ausser Zweifel, dass diese Garantie den Nichtangriffspakt in keiner Weise berührte.

Am 1. September überquerte das deutsche Heer die polnische Grenze, und deutsche Flugzeuge warfen Bomben auf polnische Städte und Dörfer. Das Vorbereitungsstadium war zu Ende. Das Spiel hatte begonnen.¹

Am 23. August hatte Deutschland einen Nichtangriffspakt mit Russland abgeschlossen ...

Es hatte ferner am 31. Mai 1939 mit Dänemark einen Nichtangriffspakt abgeschlossen; es hatte Norwegen (6. April), Belgien (26. August), Holland (27. August) und Jugoslawien (März 1938) Freundschaftsbeteuerungen gemacht. Mit seiner Hilfe war in Spanien, nach langem, erbittertem Bürgerkrieg, eine Deutschland freundliche Regierung ans Ruder gelangt.²

Diese Liste von Hitlers Wortbrüchen ist längst nicht vollständig. So hatte er beispielsweise am 21. Mai 1935, als Deutschland schon seit etwa einem Jahre mit Hochdruck auf rüstete, erklärt: «Die Reichsregierung hat das Ausmass der neugegründeten deutschen Wehrmacht bekanntgegeben. Sie wird unter keinen Umständen hiervon abweichen.» Und einen Monat später, am 18. Juni 1935, unterzeichnete Deutschland ein Abkommen mit Grossbritannien, das «ein für allemal» das Tonnageverhältnis für die verschiedenen Kriegsschiffklassen der beiden Flotten festlegte. Am 28. April 1939 hat Hitler dieses Abkommen fristlos aufgekündigt. Die Liste könnte noch verlängert werden.

Denn für Hitler war ein Vertrag einfach – und buchstäblich – eine Kriegsliste. Er hat dies bei mehr als einer Gelegenheit zugegeben. Er sagte einmal: «Wir legen Verträge so aus, wie wir es für richtig halten, und wir unterwerfen uns nicht dem Urteil anderer.» In einer an die Adresse Chamberlains gerichteten Bemerkung – der darauf hingewiesen hatte, dass der

¹ Deutschlands Verhalten in der Danziger Krise im August 1939, siehe Kap. VI.

² Über Spanien s. S. 181 f.

Einmarsch in die Tschechoslovakei vom März 1939 den Bruch eines feierlichen Versprechens darstellte – erklärte Hitler mit bitterem Sarkasmus: «Ich danke Ihnen, Herr Chamberlain, dass Sie mich nicht für einen Verräter an meinem eigenen Volke halten.»¹ Mit anderen Worten: kein Vertrag war bindend, der Deutschlands unmittelbaren nationalen Interessen widersprechen könnte. Wie der britische Botschafter in Berlin, Sir Neville Henderson, in seiner Selbstbiographie erklärte: «Hitler war bereit, alles zu unterzeichnen. Er würde jede Grenze garantieren und jeden Nichtangriffspakt unterzeichnen; nichts von alledem würde seine Handlungsfreiheit beeinträchtigen, so wie der geeignete Zeitpunkt gekommen war.»²

Ich habe mit dieser Darstellung bisher nicht die Absicht verfolgt, zu kritisieren oder zu verurteilen. Was wir auch von der Ethik einer solchen Prozedur halten mögen – ob wir der Ansicht sind, dass ethische Bedenken überhaupt in den Beziehungen der Völker einen Platz haben –, die Tatsachen sind

¹ Am 24. Februar 1940, anlässlich der zwanzigsten Wiederkehr des Gründungstages der Partei.

² Folgende Geschichte illustriert die nationalsozialistische Einstellung zu Verträgen: Ein britischer Diplomat unterhielt sich in Berlin mit einem hohen Naziführer. Das Gespräch wandte sich dem Konkordat mit dem Vatikan über die Rechte der katholischen Kirche in Deutschland zu. Der Engländer konnte beweisen, dass dieses Konkordat in jedem einzelnen Punkte von den Nationalsozialisten in flagranter und offenkundiger Weise gebrochen worden ist. Daraufhin wurde der Nazi ungeduldig. «Was kümmern Sie sich als Engländer denn so um unsere Beziehungen zum Vatikan? Was hat das mit Ihnen zu tun?» Die Antwort lautete: «Wir haben mit Ihnen ein Flottenabkommen abgeschlossen; da ist es wohl verständlich, wenn wir uns dafür interessieren, wie Sie sich zu Ihren eigenen Verpflichtungen stellen.» «Aber das ist etwas ganz anderes», sagte der Nazi, sichtlich verärgert, «der Führer hat zurzeit nicht die geringste Absicht, das Flottenabkommen mit England zu brechen.»

Mit anderen Worten: Wie können Sie sich erfreuen, an der Gültigkeit eines deutschen Versprechens zu zweifeln, solange Deutschland selber noch nicht den Zeitpunkt für richtig erachtet, um dieses Versprechen zu brechen!

klar und unmissverständlich. In diesen 6½ Jahren hat Hitler Verträge, Versicherungen, Garantien und Freundschaftsbeteuerungen als Mittel zur Erreichung seiner Zwecke benutzt. Sie erwiesen sich zunächst als höchst wirksame Mittel. Mit ihrer Hilfe konnte er seine Gegner spalten und einen nach dem anderen erledigen; so dass Deutschland im Sommer 1939 ganz Mitteleuropa, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, vom Rhein bis zur Weichsel, unter seiner Kontrolle hatte. Hitlers vierte Hauptaufgabe war gelöst – die Ausdehnung von Deutschlands Machtbereich bis über die früheren Reichsgrenzen hinaus, in Bereitschaft für den bevorstehenden Krieg.

5.

Aber diese Methode hatte andere Konsequenzen, die schliesslich Hitlers Hoffnungen zunichte machen sollten.

Um dies zu verstehen, müssen wir noch einmal die Zeitspanne seit der nationalsozialistischen Machtübernahme zurückgehen und sie nunmehr vom Standpunkt der Westmächte aus betrachten. Verständlicherweise möchte ich mich hier in der Hauptsache mit Grossbritannien befassen, über dessen Einstellung zum Nationalsozialismus ich aus persönlicher Erfahrung sprechen kann.

Wir hatten im vorigen Kapitel festgestellt, dass die Stimmung gegenüber Deutschland in Grossbritannien in den Zwanzigerjahren immer freundschaftlicher geworden war. Eine Reihe von Gründen hatten hierzu geführt: die Tatsache, dass der Krieg England verhältnismässig wenig unmittelbares Elend gebracht und entsprechend wenig Verbitterung und Hass hinterlassen hatte; der Wunsch, die Vergangenheit zu vergessen und die Zukunft auf dem Fundament einer festen Freundschaft aufzubauen; der Eindruck, den die Soldaten der britischen Besatzungsarmee aus Deutschland mitgebracht hatten, dass Deut-

sche und Engländer ähnlich dachten und gut miteinander auskamen; der Glaube, dass Deutschland unter seiner neuen, demokratisch organisierten Regierung genau wie Grossbritannien vom Wunsche beseelt war, dem Frieden Dauer zu verleihen; das Gefühl der Verärgerung gegenüber Frankreich, das diesen Glauben nicht teilte; und vor allem die Überzeugung, dass der Friedensvertrag von Versailles nicht nach seinem Erfolg bei der Ausbeutung der deutschen Niederlage, sondern als Beitrag zu einer dauernden, gerechten Regelung zu werten sei. Der Durchschnittsengländer wusste natürlich sehr viel vom Inhalt des Vertrages oder von den Grundsätzen, die ihm zugrunde lagen – genau so wenig, wie der Durchschnittsdeutsche von den Vierzehn Punkten wusste, und von dem Masse, in dem sie verwirklicht worden sind. Aber in dem einen oder anderen Punkte hatte er doch das unbestimmte Gefühl, dass der Vertrag unkonstruktiv und von Revanchegedanken getragen sei. Der Hinweis auf die «Kriegsschuld» erschien unnötig provozierend. Nicht dass er jemals daran gezweifelt hätte, dass Deutschland – oder jedenfalls die deutsche Regierung – tatsächlich schuldig war; aber er sah wenig Sinn darin, sich dies von Deutschland ausdrücklich schriftlich bestätigen zu lassen. Die von Keynes angeregte Diskussion über die Höhe der Reparationsrechnung hinterliess bei ihm, der von den Problemen nichts verstand, den allgemeinen Eindruck, dass die Alliierten in ihren Forderungen vielleicht zu weit gegangen seien – ein Eindruck, den die weitere Entwicklung des Reparationsproblems in den Zwanzigerjahren in vollem Masse zu bestätigen schien. Kolonien? Der Durchschnittsengländer sah kaum eine «Ungerechtigkeit» in der Behandlung Deutschlands in dieser Frage, hielt aber auch keineswegs die Möglichkeit für ausgeschlossen, dass Deutschland, falls es der Angelegenheit so grosse Bedeutung beimesse, eines Tages wieder Kolonien besitzen würde. Und in der Abrüstungsfrage war sein Stand-

punkt: wenn er auch die Abrüstung Deutschlands für richtig hielt, so nahm er doch an, dass diese nur der Auftakt zur allgemeinen Abrüstung sei.

Die deutschen Propagandisten versuchten natürlich nach Kräften, diese allgemeine Einstellung zu bestärken, teils um ihrer selbst willen, teils als Mittel, um Zwietracht zwischen England und Frankreich zu säen. Von Anfang an gingen sie im Rahmen ihrer Vorbereitung für den nächsten Krieg darauf aus, in England und Amerika «Stimmung» für Deutschland zu machen. Sie fanden wertvolle Unterstützung in der grossen Zahl unbewusster Propagandisten – einfacher Deutscher, die auf Reisen im Ausland oder im Gespräch mit Ausländern die Sache Deutschlands mit Nachdruck vertraten – so, wie sie sie verstanden – und die durch ihre manifeste Ehrlichkeit sehr überzeugend wirkten.

Aber selbst wenn wir von all diesem einmal absehen, ist doch nicht daran zu zweifeln, dass sich in England im Laufe der Zeit allgemein die Annahme durchsetzte – die zwar nicht von jedem Engländer geteilt wurde –, dass Deutschland in naher Zukunft wieder mit seinen ehemaligen Feinden auf der Grundlage der Gleichberechtigung in dauernder Freundschaft Zusammenleben werde.

Diese allgemeine Anschauung hatte in keiner Weise mit der Theorie von einer Rassenverwandtschaft zu tun, oder mit dem Wunsch, in enger Verbindung mit Deutschland der übrigen Welt gegenüberzutreten. Wenn ein Engländer, der sich in Deutschland aufhielt, dort gesagt bekam (was sehr häufig der Fall war), dass die beiden Länder auf der gleichen Seite hätten kämpfen sollen, anstatt gegeneinander, da war er nur verwundert und entrüstet. *Sein* Standpunkt war: die beiden Länder hätten überhaupt nicht kämpfen sollen. Zum Teil war dieser Standpunkt – wie jeder Deutsche sagen wird – natürlich auf die Tatsache zurückzuführen, dass Grossbritannien in der

Vergangenheit immer günstig abgeschnitten hatte und das hervorstechendste Beispiel einer «befriedigten Macht» darstellte. Aber in der Hauptsache beruhte er auf der Erkenntnis, dass der Krieg nicht nur ein Übel an sich, sondern auch ein besonderes Übel für Grossbritannien ist. Grossbritanniens Wohlstand hatte seit über hundert Jahren vom Welthandel abgehangen; nur was die Basis von Weltvertrauen und Frieden zerstörte, würde es erschüttern. Der bekannte deutsche Gelehrte Professor Dibelius hat erklärt: «England ist die alleinige Macht, deren nationales Programm zwar durch und durch egoistisch ist, aber gleichzeitig der Welt etwas verheisst, was die Welt dringendst herbeisehnt: Ordnung, Fortschritt und dauernden Frieden.»¹

Der Anstieg des Nationalsozialismus war ein schwerer Schlag für die aufkeimenden Freundschaftsgefühle Grossbritanniens für Deutschland. Nicht etwa, weil er bei den Engländern zu der Ansicht geführt hätte, ihr Land sei nunmehr bedroht und ein neuer Weltkrieg stehe bevor. Im Gegenteil, so paradox es klingen mag, seine unmittelbare Wirkung in dieser Hinsicht war eher in entgegengesetzter Richtung. Denn die englische Minderheit, hauptsächlich Angehörige der oberen Schichten, die nicht an der allgemeinen Freundschaftsstimmung gegenüber Deutschland teilgenommen hatten und in ihrer Einstellung eher dem französischen Standpunkt nahe gekommen waren, umfasste gerade diejenigen Menschen, die besonders über ein Ausbreiten des Kommunismus besorgt waren. Sie schenkten der Behauptung der Nationalsozialisten, sie seien die Verteidiger Deutschlands gegen den Bolschewismus, Glauben und bekannten sich zu der Ansicht, Deutschlands Ambitionen würden sich nun nach Osten richten, und Grossbritannien würde von einer Verwirklichung dieser Ambitionen eher Vorteile als Nachteile zu gewärtigen haben.

¹ Dibelius, «England», Bd. I, S. 117.

Aber die Mehrheit des englischen Volkes sah in der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nicht eine Frage der äusseren Machtpolitik. Sie betrachtete diese Machtübernahme von dem Gesichtspunkt ihrer unmittelbaren Folgen innerhalb Deutschlands aus, und war darüber entrüstet. Die Aufhebung der staatsbürgerlichen Rechte, die Unterdrückung von Juden, Kirchen und Oppositionsparteien, die Gewaltmethoden des 30. Juni 1934 – sie alle deuteten nach Ansicht des einfachen Engländer auf eine Rückkehr zum Barbarentum, und keine Erklärungsversuche deutscher Apologetiker konnten seine Überzeugung, dass es sich hier um etwas Unrechtes und Widerliches handelte, erschüttern. Dennoch setzte sich in England die weiterblickende Einstellung durch. Man sagte sich, die Nationalsozialisten seien einfach eine brutale, neurotische Minderheit, und die grosse Masse des deutschen Volkes, die sie zwar scheinbar begeistert unterstützte, sei noch frei von jeder Infektion. Man sagte sich auch, dass jede grosse nationale Revolution zumindest in ihren Anfangsstadien unangenehme Begleiterscheinungen aufzuweisen habe; es sei kein Grund zu der Annahme, dass diese Erscheinungen im Leben Deutschlands von Dauer sein würden. Vor allem, so wurde erklärt, müsse England, selbst wenn es einem offenbar von Verbrechern und Gangstern beherrschten Deutschland auch nicht in aktiver Freundschaft gegenüberzutreten konnte, dennoch auf eine dauernde internationale Regelung hoffen, sowie einmal Deutschlands verständliche Anforderungen an die Aussenwelt erfüllt seien.

Als Hitler mit seiner langen Serie von Coups begann, fand er folglich in England eine Haltung der Toleranz und des Verständnisses vor, die er in fataler Weise missverstand. Als er sein Aufrüstungsprogramm und die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht verkündete, reagierte man in England im Allgemeinen darauf in folgender Weise: nun ja, Deutsch-

lands Abrüstung sollte doch den Auftakt zu einer allgemeinen Abrüstung innerhalb eines Rahmens kollektiver Sicherheit darstellen, und nachdem diese nicht stattgefunden hatte, konnte man es Deutschland nicht verübeln, wenn es seinerseits seine Verpflichtung nicht erfüllte; dazu kam noch die Hoffnung der Antikommunisten, dass ein starkes Deutschland ein Bollwerk gegenüber Sowjetrussland darstellen würde. Die Besetzung des Rheinlandes fand eine ähnliche Aufnahme, wenn auch in diesem Falle eine gewisse Verärgerung über die Art und Weise ihrer Durchführung um sich griff; ausserdem erkannte man, dass dieser Schritt einer Besserung der deutsch-französischen Beziehungen nicht zuträglich sein würde. Selbst die Annektierung Österreichs rief erstaunlich wenig Entrüstung hervor. Wenn auch die angewandten Methoden barbarisch waren, wenn sie auch zeigten, dass auf Hitlers Wort kein Verlass war, so war die Mehrheit des englischen Volkes wahrscheinlich trotzdem immer noch geneigt, Entschuldigungsgründe für ihn zu finden. Sie sagten sich: schliesslich sind die Österreicher ein deutsches Volk; Hitler selbst ist dort geboren und deshalb auf den Zusammenschluss der beiden Länder besonders erpicht; ausserdem kann Österreich als isoliertes Land auf die Dauer nicht existieren, und als es sich im Jahre 1931 mit Deutschland vereinigen wollte, da wurde es von Frankreich und Italien aus machtpolitischen Gründen daran gehindert. Das Ende der Unabhängigkeit Österreichs hat also bei der Masse des britischen Volkes wenig Beunruhigung oder Bedauern hervorgerufen.

In der Zwischenzeit hatte die öffentliche Meinung Grossbritanniens auch in der Frage der Kolonien einen allmählichen, aber merkbaren Umschwung erfahren. Hitlers Interesse an einer Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien zeigte sich erst um das Jahr 1935, nachdem er bisher, sowohl in seinem Buch als auch in seinen Reden, den Standpunkt vertreten hatte,

Kolonialbesitzungen seien für Deutschland ein sinnloser und kostspieliger Luxus.¹ Seine Forderungen fanden in England eine gemischte Aufnahme. Auf der einen Seite kam die unvermeidliche Entgegnung: «Was wir besitzen, daran halten wir fest». Zwei weitere Gedankengänge kamen hinzu: erstens, da die ehemals deutschen Kolonien unter dem Mandat des Völkerbundes verwaltet wurden, konnte eine Rückerstattung an Deutschland nur mit Genehmigung des gesamten Völkerbundes erfolgen – und Deutschland hatte seine Aussichten auf diese Genehmigung dadurch geschädigt, dass es anderthalb Jahre zuvor plötzlich aus dem Völkerbund ausgetreten war; und zweitens, die Interessen der Eingeborenenvölker vertrugen nicht, dass man sie der Kontrolle von Männern mit den Rassentheorien des Nationalsozialismus übertrug----- von ihrer Brutalität und Gewalttätigkeit im eigenen Lande ganz zu schweigen. Es wäre ein leichtes – aber grundverkehrt –, wollte man diese Bedenken als reine Ausreden, als Beispiele für die berüchtigte «britische Heuchelei» betrachten. Es gab in England starke, einflussreiche Gruppen, die aus ehrlicher Überzeugung diesen Bedenken die grösste Bedeutung zumassen. Gerade in diesen Kreisen – in der Hauptsache, aber nicht ausschliesslich, unter den idealistisch gesinnten Mitgliedern der Liberalen und der Arbeiterpartei – war der Wunsch, Deutschland fair zu behandeln, am stärksten. Sie waren die Vorkämpfer der Freundschaftsbewegung in den Zwanzigerjahren gewesen. Die Tatsache, dass sie nun in der Kolonialfrage den Standpunkt Deutschlands nicht gänzlich teilten oder gar ablehnten, war nicht auf ein egoistisches Interesse zurückzuführen, denn die Kolonien und Mandatsgebiete brachten *ihnen* keinerlei Vorteile – oder wenigstens keine Vorteile, deren sie sich bewusst waren. Selbst wenn viele Deutsche behaupten mochten, dass diese Engländer sich einer Selbsttäuschung schuldig machten,

¹ S. S. 229 Anmerkung.

bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die schärfsten Gegner einer Rückerstattung der Kolonien an das Dritte Reich gerade diejenigen Menschen waren, die sich von jeher als Freunde Deutschlands und Befürworter einer fairen, grosszügigen Behandlung Deutschlands in allen Streitfragen mit deinen früheren Gegnern gezeigt hatten.

Auf der anderen Seite waren viele Engländer der Meinung, dass gewichtige Gründe zugunsten einer Rückerstattung der Kolonien an Deutschland sprachen. Zum Teil war diese Meinung wieder auf den Wunsch, Deutschland «fair» zu behandeln, zurückzuführen; wir hatten gesehen, dass man in England niemals damit gerechnet hatte, Deutschland werde für immer auf Kolonialbesitz verzichten müssen. Zum Teil beruhte sie auch auf einem Streben nach der «Befriedung» Deutschlands, um einen Ausdruck zu benutzen, der später in den deutsch-englischen Beziehungen fast zum Fachausdruck wurde, d.h. auf dem Standpunkt, dass es besser sei, kleinere Missstände, ja Ungerechtigkeiten gutzuheissen, als die Gefahr eines zweiten Weltkrieges einzugehen. Und drittens gab es Engländer, die über Grossbritanniens eigene Kolonialpolitik in der vergangenen Dekade beunruhigt waren. Nicht etwa, weil die britische Verwaltung die Interessen der Eingeborenen vernachlässigt hätte. In diesem Punkte konnte Grossbritannien, wenn es auch durchaus nicht fehlerfrei war, einen Vergleich mit irgendeiner anderen Kolonialmacht vertragen; ausserdem trat von Jahr zu Jahr eine Besserung ein, und alle Engländer, denen es um das Wohlergehen der Eingeborenen zu tun war, hegten die begründete Hoffnung, in den kommenden Jahren noch weitere Verbesserungen durchsetzen zu können – eine Hoffnung, die sich in reichem Masse verwirklicht hat, wie die Geschichte der britischen Kolonialverwaltung selbst in Kriegzeiten gezeigt hat. Nein, der entscheidende Punkt war, dass Grossbritannien inzwischen seine traditionelle «Politik der of-

fenen Tür» in den Kolonialgebieten aufgegeben hatte. Es konnte nicht mehr, wie vor 1914, darauf hinweisen, dass die Tatsache, dass ein Kolonialgebiet unter britischer Flagge stehe, keine wirtschaftliche Diskriminierung gegen andere Nationen zur Folge habe. Deshalb stand die deutsche Forderung, insoweit sie auf *wirtschaftlicher* Grundlage fusste, jetzt, in den Dreissigerjahren, auf einer stärkeren Basis als im Jahre 1919, als diese Forderung in Versailles zurückgewiesen worden war.

Um die Mitte der Dreissigerjahre war also in Grossbritannien eine starke Neigung vorhanden, den deutschen Anspruch auf Kolonien in einem konstruktiven und nachgiebigen Geiste zu betrachten. Viele einflussreiche Menschen wollten das ganze Problem in radikaler Weise auf internationaler Basis gelöst sehen: nicht nur, indem die Politik der offenen Tür als allgemein gültiges Prinzip erklärt wurde, sondern auch indem das Mandatsystem mit allen dazu gehörigen Treuhänderverpflichtungen auf sämtliche britischen und sonstigen Kolonien ausgedehnt wurde. Von anderer Seite wurde erklärt, falls eine solche Lösung nicht erreichbar sei, dann sei Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht in der Kolonialfrage sehr schwerwiegend, vorausgesetzt, dass seine Absichten letzten Endes wirklich friedlich waren. Sir Archibald Sinclair, der Leiter der Liberalen Partei, sagte Anfang 1937: «Wenn Deutschland bereit wäre, sich an einer allgemeinen Regelung, einschliesslich Abrüstung, zu beteiligen, wieder in den Völkerbund einzutreten und alle internationalen Streitfragen einem unparteiischen Schiedsspruch zu unterwerfen, dann wäre es töricht, ihm nicht in der Kolonialfrage auf irgendeine Weise entgegenzukommen.»

Dieser Standpunkt beschränkte sich auch keineswegs allein auf nicht-amtliche oder unpolitische Kreise. Die Regierung vertrat die gleiche Ansicht. Sir Samuel Hoare erklärte im Jahre 1935, und Mr. Anthony Eden im Jahre 1936, es sei das Ziel der

britischen Politik, die Kolonialverwaltung nicht im monopolistischen Sinne, und nicht auf Kosten der Nicht-Kolonialmächte, durchzuführen. Anfang des Jahres 1937 wurde eine internationale Kommission einberufen, um die beste und fairste Möglichkeit einer Behandlung der Ansprüche dieser Nicht-Kolonialmächte zu erwägen; das gleiche Thema war gegen Ende desselben Jahres Gegenstand eingehender Besprechungen zwischen den Regierungen Grossbritanniens und Frankreichs; und Lord Halifax kehrte im November von einer Zusammenkunft mit Hitler in der festen Erwartung zurück, dass die ganze Frage nunmehr zur Zufriedenheit Deutschlands und Grossbritanniens geregelt werden könne; er war entschlossen, auf eine endgültige Regelung hinzuwirken.

Dann kam die Annektierung Österreichs; Grossbritanniens Glaube an Hitlers guten Willen war zerstört, und damit auch die Bereitwilligkeit, Deutschland in der Kolonialfrage entgegenzukommen, solange es in seiner gegenwärtigen Stimmung beharrte.

6.

Damit kommen wir zum Sommer 1938 und zum sudetenländischen Coup. Die prinzipielle Einstellung Grossbritanniens blieb in dieser Zeitspanne unverändert, wenn auch eine «Gewichtverschiebung» stattgefunden hatte. Wie zuvor bestand der aufrichtige Wunsch, Deutschlands verständlichen Forderungen nachzukommen. Aber die Forderung nach der Einverleibung des Sudetenlandes wurde allgemein nicht als «verständlich» angesehen, obgleich viele Menschen darauf hinwiesen, dass der tschechoslovakische Staat kein passendes Beispiel für das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung darstelle und dass die meisten Bewohner des Sudetenlandes deutscher Herkunft waren. Die Verärgerung über Hitlers Methoden wuchs, und allmählich erkannte man auch seine Einstellung zu Verträgen und

die Logik seines Vorgehens. Das «starke Deutschland als Bollwerk gegen den Kommunismus» hatte immer noch seine Befürworter, aber es wurde immer deutlicher, dass Hitler, wenn ihm nicht Einhalt geboten würde, bald zu einer Gefahr für den Weltfrieden und für die Sicherheit Grossbritanniens werden würde. Vor allem hoffte der Durchschnittsengländer immer noch auf Frieden. Dasselbe taten seine Führer, die zudem weit besser als er darüber Bescheid wussten, wie wenig Grossbritannien zum Kriege gerüstet war.

Während also die britische Regierung Frankreich in seinen Hilfe Versprechungen gegenüber der Tschechoslowakei unterstützte, machte sie einen weiteren Versuch, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Im August entsandte sie eines ihrer Mitglieder, Lord Runciman, als freiwilligen Vermittler zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der sudetenländischen Minderheit nach Prag. Einige Wochen später äusserte sich Lord Runciman in seinem Bericht zugunsten einer Abtretung der Gebiete mit vorwiegend deutschsprachiger Bevölkerung an Deutschland, während alle anderen Gebiete, in denen die deutsche Mehrheit knapper war, vollständige Autonomie innerhalb des tschechoslowakischen Staates erhalten sollten. Aber es war schon zu spät. Je mehr die tschechoslowakische Regierung ihre Bereitwilligkeit zeigte, den Forderungen der Nationalsozialisten entgegenzukommen, umso schroffer wurden diese; bis schliesslich Hitler im September sein Ultimatum präsentierte. Der Krieg schien nunmehr unvermeidlich zu sein. Da beschloss der britische Premierminister, einen letzten Versuch zu machen. Zum erstenmal in seinem Leben bestieg er ein Flugzeug und begab sich nach Berchtesgaden, in der Hoffnung, er könnte durch persönlichen Kontakt mit dem deutschen Führer vielleicht noch den Frieden retten.

Jedermann weiss, was geschah. Mr. Chamberlain rettete wirklich den Frieden – auf einige Zeit, und auf Kosten der Tsche-

choslovakei. Das Münchner Abkommen, das von den Regierungshäuptern Grossbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und Italiens, ohne Hinweis auf die Vertreter der Tschechoslovakei, unterzeichnet wurde, gewährte Hitler alles, was er verlangt hatte. Dr. Benesch bekam nur eine Garantie seiner neuen Grenzen durch die vier Mächte (von kleineren Grenzberichtigungen zugunsten Polens und Ungarns abgesehen) und eine britische Anleihe in Höhe von 10 Millionen Pfund.

Als Mr. Chamberlain aus München nach England zurückkehrte, glaubte er, und mit ihm die überwältigende Mehrheit seiner Landsleute, dass er sich um die Welt verdient gemacht habe. Der Schatten des Krieges hatte schwer auf Grossbritannien gelastet. Die Londoner Bevölkerung hatte täglich mit dem Eintreffen von Hunderten, ja Tausenden, deutscher Bomber gerechnet; es gab weder Luftschutzräume, noch Flakbatterien, noch Vorkehrungen zur Evakuierung von Frauen und Kindern; und von der deutschen Luftwaffe wusste man nur, dass sie unermesslich stärker als die britische sei. Die erste Reaktion auf das Münchner Abkommen war deshalb ein überwältigendes, ja hysterisches Gefühl der Erleichterung. Allerdings meldeten sich schon nach wenigen Tagen vernünftiger Stimmen zum Wort. Man begann sich zu fragen, ob der Friede mit dem Verrat an einem friedlichen, befreundeten Staate nicht vielleicht zu teuer erkaufte worden sei. Im Allgemeinen wurde diese Frage jedoch leicht beschwichtigt. Einige suchten bei der Tatsache Trost, dass Frankreich, und nicht Grossbritannien, die Tschechoslovakei garantiert hatte, so dass die Verantwortung für den Verrat bei Frankreich lag; oder sie trösteten sich mit der alten Vorstellung von einem England, das nicht zu Europa gehörte und sich nicht in Europas Streitfragen hineinziehen zu lassen brauchte. Andere, die sich mehr, als sie seiber erkannten, von nationalsozialistischen Rassetheorien beeinflussen liessen, erklärten, die Tschechoslovakei sei ja schliesslich nach mo-

dernen Begriffen ein anormales Staatswesen, das eine mehr als 20prozentige fremde Minderheit umschloss – von den Ungarn, Polen und Ruthenen in seinen östlichen Ausläufern ganz zu schweigen. Andere wieder glaubten, Deutschlands Ansprüche stünden nun endlich vor ihrer Befriedigung. Nicht etwa, weil Hitler dies gesagt hatte; obgleich es immer noch, so unglaublich es auch heute klingen mag, massgebende Engländer gab, die noch im Herbst 1938 Hitlers Versprechungen Glauben schenken wollten¹ – sondern weil sie glaubten, Hitler sei nur an «deutschstämmigen» Menschen interessiert, d.h. an Menschen, die Deutsch als ihre Muttersprache betrachteten, und seine Erklärung vom 26. September, «er brauche gar keine Tschechen», sei wirklich seine ehrliche Ansicht. Unter dieser Voraussetzung waren nur noch einige Arrangements bezüglich Danzig und einiger Teile des «Korridors» zu treffen, und der Welt konnte ein zweiter Weltkrieg erspart bleiben.² Wohl würden diese «Arrangements» für Polen Härten, ja Ungerechtigkeiten bedeuten; aber das war schlimmstenfalls das kleinere Übel, genau wie im Falle der Tschechoslovakei. Wie Lord Halifax im Mai erklärte (mit Bezug auf Mussolinis Annekterierung von Abessinien): «Wo zwei Ideale miteinander im Konflikt stehen – auf der einen Seite ein unbeugsames, aber wirklichkeitsfremdes Streben nach einem hohen Ziel, auf der anderen ein wirklicher Sieg für die Sache des Friedens, dann ist der Anspruch des Friedens der gewaltigere.»

¹ Es wird berichtet, dass Mr. Chamberlain kurz nach seiner Rückkehr aus München eine Aussprache mit einem tschechischen Diplomaten über das Münchner Abkommen mit den Worten abschloss: «Der Unterschied zwischen Ihnen und mir ist eben der: Sie setzen Ihren Glauben auf Dr. Benesch – ich traue Hitler.»

² Die Möglichkeit, dass Hitler unter diesen Umständen den grössten Teil der Schweiz beanspruchen würde, scheint von den Vertretern dieses Standpunktes gänzlich übersehen worden zu sein.

Es gab jedoch viele Menschen, die sich von diesen Argumenten nicht überzeugen liessen. Sie waren sich vor allem der Tatsache bewusst, dass Grossbritannien einen brutalen Angriffsakt zugelassen und sich einer überlegenen Gewalt gebeugt hatte; und sie konnten den Standpunkt, der das Münchener Abkommen irgendwie als einen Sieg, ja als einen Triumph hinstellen wollte, anstatt es bestenfalls als eine unvermeidliche tiefe Erniedrigung, als einen schweren Schlag gegen alles, wofür Grossbritannien eintrat, zu erkennen, weder verstehen, noch verzeihen. Zu dieser Strömung trat eine andere Erscheinung hinzu: das Bewusstsein, das immer weitere Kreise erfasste, dass man zwar noch auf eine Verhütung des Krieges *hoffen*, aber nicht mehr damit rechnen konnte, und dass, falls eine ähnliche Krise kommen sollte, Grossbritannien nicht mehr so gänzlich ungerüstet sein dürfe wie im September 1938. So verkündete die britische Regierung ein Rüstungsprogramm, Luftschutzräume wurden errichtet und die Industrie von ihren im Kriegsfall entstehenden Aufgaben in Kenntnis gesetzt. Selbst die BBC nahm an diesen Vorbereitungen teil, indem sie einen winzigen Nachrichtendienst in deutscher, französischer und italienischer Sprache vom Stapel liess ...

So verstrich der Winter, ohne weitere Spannungen zu bringen. Die einzige gewaltsame Störung stellten die brutalen Vergeltungsmassnahmen dar, die die deutschen Juden nach der Ermordung eines Beamten der deutschen Botschaft in Paris über sich ergehen lassen mussten. Diese Episode bestätigte die Ansicht, dass die Nationalsozialisten Barbaren waren, verstärkte das Gefühl, dass im ganzen deutschen Volke etwas faul sein müsse, wenn es derartiges zuliess, und versetzte allen denjenigen, die Hitler immer noch als einen wirklich grossen Menschen ansehen wollten, einen beispiellosen Schlag. In sonstiger Hinsicht nahm sie jedoch auf die Entwicklung der britischen Einstellung nur wenig Einfluss.

Aber das Frühjahr brachte die Besetzung der Tschechoslowakei. Die Wirkung war einfach überwältigend. Dies war nicht nur ein neuer Angriffsakt, ein neuer Bruch eines Hitlerversprechens; zum erstenmal war hier ein Gebiet überrannt worden, das auch die kühnste Phantasie nicht als «deutsch» bezeichnen konnte. Die Zeit war vorbei, da man Hitlers Vorgehen noch damit entschuldigen konnte, es gehe ihm nur um die Vereinigung der deutschen Rasse. Jetzt endlich war es klar, dass er nur eine Triebfeder hatte: nackte, schamlose Eroberungssucht. Von diesem Augenblick an war der Standpunkt der öffentlichen Meinung Grossbritanniens der gleiche, den Präsident Wilson im Jahre 1918 nach dem Vertrag von Brest-Litowsk mit folgenden Worten zusammengefasst hatte: «Deutschland hat gezeigt, dass es nur an die Macht glaubt; deshalb kann es nur durch Macht oder die Sprache der Macht im Schach gehalten werden.»

Deshalb gab Grossbritannien eine öffentliche und ausdrückliche Garantie an Polen (gegen das der deutsche Druck sich tagtäglich steigerte), dass Grossbritannien, falls Polen angegriffen würde, ihm mit Waffengewalt zu Hilfe kommen werde, bis der Angriff eingestellt und alles Unrecht wiedergutmacht sei.

Diese Garantie wurde später von den Propagandisten als ein Beweis dafür angeführt, dass Grossbritannien für den Krieg verantwortlich sei, indem es die Polen dazu gebracht hatte, die deutschen Bedingungen abzulehnen, die sie sonst vielleicht angenommen hätten. Es ist daher wichtig, die entscheidenden Daten genau zu beachten. Die britische Garantie an Polen wurde am 31. März gewährt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Polen es bereits absolut klargemacht, dass die deutschen Forderungen seine souveränen Rechte in einem Masse beeinträchtigten, dass es lieber kämpfen wolle – so hoffnungslos auch

seine Aussichten waren, und selbst wenn es allein stand –, als nachzugeben.

Wir müssen hier ferner die genaue Bedeutung der britischen Garantie an Polen unterstreichen – sowie der entsprechenden Garantie, die von der britischen Regierung am gleichen Tage Rumänien angeboten wurde. Kein Mensch nahm in England an, dass diese Garantien den potentiellen Opfern eines deutschen Überfalls unmittelbar helfen würden, falls dieser Überfall tatsächlich stattfinden sollte. Wenn Polen (oder Rumänien) von dem deutschen Heer überfallen würde, dann würde Grossbritannien – wie schon ein Blick auf die Karte Europas zeigt – offensichtlich nicht imstande sein, sofortige und wirksame militärische Hilfe zu senden. Das Entscheidende an diesen Garantien war die Tatsache, dass sie ein feierliches Versprechen von Seiten Grossbritanniens darstellten, dass Grossbritannien, falls Deutschland einen Angriffsakt gegen diese Länder begehen sollte, sich als mit Deutschland im Kriege betrachten und alle in seinen Kräften stehenden Schritte ergreifen würde, um Deutschlands Niederlage herbeizuführen. Sowie dieses Ziel erreicht war, dann könnten und würden die nötigen Massnahmen getroffen werden, um das von Deutschland in der Zwischenzeit begangene Unrecht wiedergutzumachen.

Mit anderen Worten: Grossbritannien sagte zu Deutschland: «Wenn ihr einen weiteren Angriffsakt begeht, dann habt ihr es nicht nur mit dem betreffenden Lande zu tun, sondern auch mit uns.» Der Sinn dieser Garantie, der kaum misszuverstehen war, war nun einmal, dass Hitler erkennen sollte, dass seine Methode, einen nach dem anderen zu erledigen, ausgespielt hatte. Die *Hoffnung*, die der Garantie zugrunde lag, war, dass Deutschland, selbst zu so später Stunde, noch davor zurückscheuen würde, einen zweiten Weltkrieg vom Zaune zu brechen.

Es war eine vergebliche Hoffnung. Nicht nur, weil Hitler sich inzwischen bereits voll und ganz in der polnischen Streitfrage auf einen Sieg versteift hatte, der mit seinem Sieg vom Vorjahre in der sudetenländischen Frage vergleichbar war, so dass ein Rückzieher seinem Prestigebewusstsein einfach unerträglich gewesen wäre. Nicht nur, weil Hitler wusste, dass es eines Tages, früher oder später, zu einer Regelung durch Waffengewalt zwischen ihm und den Westmächten kommen würde, und weil er den gegenwärtigen Zeitpunkt von Deutschlands Gesichtspunkt aus für den allergünstigsten hielt. Obgleich diese beiden Punkte von Bedeutung waren, der entscheidende Grund war: Hitler glaubte nicht daran, dass Grossbritannien seine Verpflichtung erfüllen würde. Baron von Weizsäcker, Staatssekretär im deutschen Aussenministerium, sagte dem britischen Botschafter am 19. Juli: «Herr Hitler ist überzeugt, dass England niemals wegen Danzig kämpfen wird.» Folglich gab er am 1. September, nachdem er ausdrücklich vor den Konsequenzen seines Schrittes gewarnt worden war, dem deutschen Heer Befehl zum Einmarsch in Polen, und der zweite Weltkrieg hatte begonnen.

7.

Wollen wir zunächst einmal klarstellen, warum Hitler der Meinung war, dass England «niemals wegen Danzig kämpfen werde».

Die Möglichkeit, dass er in Wirklichkeit *nicht* daran glaubte, sondern vielmehr der Ansicht war, er könne mit Grossbritannien und Frankreich sowie mit Polen zur gleichen Zeit fertig werden, sei dahingestellt. Ich persönlich glaube, dass er wohl der Ansicht war, er könne mit England, Frankreich und Polen fertig werden, wenn sich dies als notwendig erweisen sollte; dass dies aber keineswegs in seiner Absicht lag. Die Methode «einer nach dem andern» hatte sich inzwischen als

das erfolgverheissendste Mittel zum Zweck erwiesen. Wenn es ihm gelungen wäre, Grossbritannien und Frankreich so auszuschalten, wie es ihm bei Russland gelungen war, während er Polen überwältigte, dann könnte er daraufhin entweder England und Frankreich angreifen – im Rücken gedeckt durch den deutsch-russischen Pakt vom 23. August –, oder er konnte sich gegen Russland wenden, im Vertrauen auf die anglo-französische Feindseligkeit gegenüber dem Bolschewismus. Aber angenommen, Hitler glaubte wirklich, Grossbritannien werde seine Verpflichtung gegenüber Polen nicht einhalten, – so müssen wir die Frage beantworten, ob er irgendeine Basis für diesen Glauben besass.

Zum gewissen Teil beruhte er natürlich auf Hitlers Gewohnheit, andere Leute nach dem Masstab zu beurteilen, der für ihn selber galt. *Er* würde unter ähnlichen Umständen sein Wort nicht gehalten haben; warum sollte er da annehmen, dass England anders handeln würde?

Zum Teil war dieser Glaube auch auf seine Erfahrung vom Vorjahre zurückzuführen. England hatte sich damals, so dachte Hitler, praktisch dazu verpflichtet, zur Verteidigung der Tschechoslovakei in den Krieg zu ziehen, und hatte es nicht getan; warum sollte er annehmen, es würde im Falle Polens seine Verpflichtung besser einhalten.

Der Hauptbeweggrund war jedoch zweifellos seine Überzeugung, England sei im Grunde seines Wesens schwach und degeneriert und könnte sich niemals zu den Härten eines totalen Krieges aufraffen.

Für diese Überzeugung konnte Hitler zahlreiche Argumente vorbringen.

Da waren die Aussagen Ribbentrops, der von 1936–38 deutscher Botschafter in London gewesen war. Ribbentrop hatte sich ausschliesslich in deutschfreundlichen Kreisen bewegt. Er hatte auch bemerkt, dass diese, zweifellos einflussreichen,

Kreise in wesentlichen Fragen anders dachten als die Masse des englischen Volkes. Ribbentrops Aussage war: England ist in seinem Inneren geteilt, aber die massgebenden Leute haben viel *zu* viel Angst vor dem Bolschewismus, als dass sie gegen Deutschland kämpfen wollten.

Da war zweitens der englische Pazifismus. Viele achtbare Engländer hatten öffentlich ihre leidenschaftliche Überzeugung bekundet, dass man einem Angreifer am besten damit entgegenrete, dass man sich weigere, zu kämpfen, und sich darauf verlasse, ihn durch diese Zurückhaltung und Sanftmut von seinem bösen Wege abzubringen. (Ich will diesen Standpunkt weder angreifen noch verteidigen, sondern mich auf die Feststellung beschränken, dass er in den Jahren vor dem Kriege in England existierte und nicht ohne Einfluss war.)

Und drittens zeugten alle möglichen Beweise von innerer Uneinigkeit und Zwist in den verschiedensten nationalen und internationalen Fragen.

Im Jahre 1933 hatte eine Versammlung von Oxforder Studenten sich in einer Resolution gegen den Gedanken ausgesprochen, «für König und Vaterland» zu kämpfen. Im Jahre 1936 hatte die Abdankung Eduard VIII. England einen schweren Schlag versetzt. In den folgenden Jahren war es der spanische Bürgerkrieg, der England in zwei Parteien zerriss. Waren nicht alle diese – und viele andere – Erscheinungen ein Beweis dafür, dass England in seinem Inneren uneinig war und einem äusseren Feinde niemals eine geeinte Abwehrfront bieten könnte?

Die Antwort hierauf ist: Hitler ist von seinen Agenten schlecht informiert worden.

Die Resolution der Oxforder Studenten wurde von den deutschen Beobachtern in geradezu phantastischer Weise missverstanden. Es war keine Resolution zugunsten des Pazifismus, sondern nur die Ansicht – von Studenten, die in diesem Punkte zweifellos die Meinung der meisten Engländer ihrer

Generation vertraten –, dass der *nationale Prestigegeanke* kein Ideal war, für das es sich zu kämpfen lohnte.¹

Die Abdankungskrise betraf lediglich die englische Einstellung zur Frage der Ehescheidung, hatte aber mit Politik nicht das mindeste zu tun. Auf jeden Fall war auch hier das englische Volk praktisch einer Meinung – gerade weil es der Ansicht war, dass die Krone das Symbol der Einigkeit darstelle und dass der Monarch nicht durch irgendeine seiner Handlungen die Gefühle grosser Bevölkerungsteile verletzen dürfe. Wenn Hitlers Agenten diese Krise richtig erfasst hätten, dann würden sie ihm berichtet haben, dass sie nicht die Uneinigkeit, sondern die Einigkeit des englischen Volkes unter Beweis gestellt hat.

Englands Einstellung – oder besser, Einstellungen – zum spanischen Bürgerkrieg war zweifellos eine Angelegenheit von tiefergehender Bedeutung. Grossbritannien machte zum erstenmal die Erfahrung, dass auch ein internationaler Krieg im Grunde ein Bürgerkrieg sein kann. Jedermann wusste, dass Deutschland und Italien Franco aktiv unterstützten. (Hitler hat diese Tatsache damals entrüstet verneint, sie aber später zugegeben.)² Jedermann wusste auch, dass Russland auf Seiten

¹ Ich war damals Dozent für Volkswirtschaft an der Universität Oxford und weiss aus eigener Anschauung, was die Studenten wirklich im Sinne hatten.

² In einer Reichstagsrede vom Juni 1937 erklärte Hitler, Deutschland hoffe zwar auf einen Sieg Francos, habe in Spanien jedoch keine militärischen oder politischen, sondern nur wirtschaftliche Interessen, habe ferner ein Waffenembargo eingeführt und gefordert, dass nicht einmal «Freiwillige» nach Spanien gehen und am Bürgerkrieg teilnehmen dürften. Ein Jahr darauf bezeichneten offizielle deutsche Pressedirektiven (Siehe z.B. *Völkischer Beobachter*, Wiener Ausgabe, vom 16. 7. 1938) die Meldungen in Londoner Zeitungen von der Anwesenheit deutscher Fliegerstaffeln in Spanien als «böswilliges Geschwätz». Aber am 23. Februar 1939 sprach Hitler in einem Telegramm an Franco seine Genugtuung darüber aus, dass deutsche «Freiwillige» am Kampfe gegen die Republikaner teilnehmen konnten, und

der republikanischen Regierung stand. Deshalb wurde der spanische Bürgerkrieg in England identisch mit dem Kampf zwischen denjenigen, die, wenn nötig, den «Faschismus» unterstützen würden, um den «Kommunismus» zu verhüten, und denjenigen, die den «Kommunismus» nicht fürchteten, solange Grossbritannien dem Wesen und der Form nach demokratisch bliebe. Die Leidenschaften waren durch diesen Kampf so aufgewühlt worden, dass sie wirklich eine potentielle Gefahr für die Einigkeit Grossbritanniens darstellten. Wenn Hitler auf Seiten der Kommunisten und nicht der Faschisten gestanden hätte – und dazu noch er selber gewesen wäre –, dann hätten sich seine Hoffnungen vielleicht wirklich erfüllt. So aber konnte es für jeden Deutschen, der England richtig verstand, keinen Zweifel daran geben, was das Ergebnis sein würde. Denn sobald das englische Volk erkannte, dass Hitler (als Faschist) nicht nur die Demokratie bedrohte, sondern auch (als Deutscher) die Sicherheit Englands, da schlossen sich die Reihen. Einige Leute lehnten ihn aus nationalen Gründen ab; andere nur aus politischen; die meisten aus beiden Gründen. Aber ganz gleich aus welchem Grunde es geschah – die entscheidende Tatsache war: angesichts der Hitlergefahr, die dem britischen Volk nunmehr klar und unmissverständlich vor Augen stand, herrschte Einigkeit. Die englischen Faschisten spielten sowieso keine Rolle; die überzeugten Pazifisten, die zwar eine stärkere Gruppe darstellten, waren dennoch in einer so verschwindenden Minderheit, dass selbst nach Beginn des Krieges niemand daran dachte, irgendwelche Schritte gegen sie

vier Monate später, am 6. Juni, sagte er den Angehörigen der «Legion Condor», er habe sich im Juli 1936 – also ein Jahr vor seiner Reichstagsrede – dazu entschlossen, Franco militärische Unterstützung zukommen zu lassen.

Die meisten meiner deutschen Bekannten hatten hierzu nur zu bemerken, Deutschland sei durchaus berechtigt, Franco zu unterstützen. Dass Hitler Deutschland einmal ausdrücklich für «unbeteiligt» erklärt hat, hatten sie ganz und gar vergessen.

zu unternehmen, und sie vom Militärdienst befreit wurden. Und die Tatsache, dass es Mr. Chamberlain war – derselbe Chamberlain, der 1938 nach Ansicht vieler Engländer zuviel opfern wollte, um seinen Ruf als «Mann des Friedens» zu rechtfertigen –, der am 3. September 1939 seinen Landsleuten mitteilte, er habe Deutschland den Krieg erklärt und werde von nun an alles in seiner Macht stehende tun, um dieses «Böse» zu bekämpfen, war der endgültige Beweis dafür, wenn ein solcher Beweis überhaupt noch notwendig war, dass angesichts der Herausforderung durch das Dritte Reich innere Unstimmigkeiten, so wesentlich sie auch sein mochten, jegliche Bedeutung verloren.

Hitler war wirklich von seinen Agenten und Beratern schlecht bedient worden, als er der Ansicht verfiel, England sei schwach und dekadent, – aber nicht nur von ihnen. Seine eigene Propaganda hat ihn verraten: die Überzeugung, dass die Demokratie an sich eine schwache und unfähige Regierungsform darstellt, die in einer Krise keiner entschlossenen Aktion fähig ist, – und der noch verderblichere Irrwahn: wenn ein Staat einmal gegenüber Drohungen den «vernünftigen» Standpunkt einnimmt und nachgibt, dann sei das ein Beweis dafür, dass dieser Staat niemals mehr eine feste Haltung einnehmen könne.

Deutschland glaubte also, England werde nicht «wegen Danzig kämpfen», trotz der ausdrücklichen, feierlichen Warnungen Chamberlains. Hitler glaubte auch, Frankreich werde nicht wegen Danzig, oder überhaupt nicht ohne Englands Unterstützung kämpfen. Hier war seine Ansicht schon besser begründet. Die Gegensätze zwischen Wirtschaftsklasse und politischer Philosophie, die in England von ernsthafter Bedeutung waren, waren in Frankreich derartig tief verwurzelt, dass sie die Einheit des Landes aufs Schwerste gefährdeten. Die Verbitterung, die die Sozialpolitik der Volksfrontregierung Blum hervorge-

rufen hatte, die Unsicherheit der politischen Struktur, die Erregbarkeit des französischen Temperaments – sie alle hatten Frankreich an den Rand von Bürgerzwist und Anarchie gebracht. Würden die Franzosen gegenüber einem äusseren Feind ihre internen Meinungsverschiedenheiten vergessen? Hitler hatte gute Gründe, dies zu verneinen. Seine Agenten standen bereits in enger Verbindung mit einigen Führern französischer Rechtsgruppen. Er konnte darauf rechnen, dass eine ziemlich bedeutende Anzahl dieser Leute – beileibe nicht alle, auch nicht einmal die Mehrheit, wie sich später zeigte; aber immerhin eine erhebliche Minderheit – die Vernichtung der Volksfront und die Förderung des Faschismus höher stellen würden als die Sicherheit und Ehre Frankreichs. Wenn es ihnen nicht möglich sein sollte, Frankreich am Eintritt in den Krieg zu hindern, so konnten sie doch wenigstens erreichen, dass sein Kriegseinsatz kein «totaler» war. Selbst die Möglichkeit eines Verrats auf dem Schlachtfelde war nicht ausgeschlossen. Und ein solcher Verratsakt würde, wenn er zum passenden Zeitpunkt unternommen wurde, bereits genügen, um die Maginotlinie unhaltbar zu machen und die gesamte Struktur der französischen Abwehr mit einem Schlage zu zerstören.

Im Falle Frankreichs hatte Hitler berechtigte Gründe zum Optimismus.

Noch bessere Gründe hatte er im Falle Amerikas. Die Wahl Roosevelts zum Präsidenten hatte wohl für den amerikanischen Isolationismus eine absteigende Linie angezeigt. Und in den Folgejahren hatten die Vereinigten Staaten einen immer grösseren Anteil an der Weltpolitik genommen und sich insbesondere dafür eingesetzt, dass der Welthandel aus dem Dickicht der Beschränkungen und gegenseitigen Abkommen befreit wurde, in dem er seit 1931 verstrickt gewesen war. Darüber hinaus traten der Abscheu vor nationalsozialistischen Gepflogenheiten und Methoden, und der Verdacht gegenüber Deutsch-

lands Ambitionen immer stärker und deutlicher hervor, – besonders nach dem Abschluss des deutsch-japanischen Paktes. Aber dass Amerika *kämpfen* würde, um weitere deutsche Übergriffe zu verhüten, war völlig ausgeschlossen. Im Gegenteil, es hatte erst vor Kurzem eine neue Gesetzgebung erlassen, mit dem ausdrücklichen Ziel, seine Neutralität im Falle eines zweiten europäischen Krieges zu gewährleisten; es hatte dies getan, obwohl es sich damit die Möglichkeit nahm, der Partei, der seine Sympathien galten, auch nur wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren. Als daher Präsident Roosevelt im April an Deutschland den Appell richtete, es möchte sich weiterer Übergriffe enthalten, erachtete Hitler seine Position für sicher genug, um dieses Ansinnen mit Verachtung zurückzuweisen. Schliesslich stand ja keine Macht dahinter, und in Hitlers Augen war Macht, oder die Drohung mit Macht, das Einzige, was galt.

Und wie stand es mit Russland? Auch hier war Deutschland auf sicherem Boden. Russland war weit schwächer als Deutschland, wie Hitler genau wusste. Er wusste auch, wie sehr die Russen an Treu und Glauben der Westmächte zweifelten. Nein, Russland würde nicht kämpfen. Um jedoch vollends sicher zu gehen, würde er seine alterprobte Methode nochmals anwenden und mit Russland einen Nichtangriffspakt abschliessen. Natürlich würde er es im passenden Augenblick überfallen und vernichten. Das würde keine sehr schwierige Aufgabe sein. Zu der traditionellen russischen Untüchtigkeit war nun die Verderbtheit des Bolschewismus hinzugekommen; den Bolschewismus kannte er ganz genau, hatte er ihn doch in den überzeugendsten Reden der letzten zwanzig Jahre immer und immer wieder entlarvt und angeprangert. ..

In dem festen Vertrauen, dass er alles im Vorhinein einkalkuliert hatte, machte sich Hitler an seine letzten Vorbereitungen.

VI. KAPITEL

Der Beginn des zweiten Weltkrieges

1.

Die Geschichte der letzten Tage des Friedens ist ausführlicher Besprechung wert.

Bis zum Augustanfang hatte Deutschland klargestellt, dass seine Ansprüche an Polen nicht nur die Einverleibung von Danzig, sondern auch die Annektierung des vorwiegend von Polen bewohnten «Korridors» umfassten. Letztere Forderung ging über Ribbentrops ursprünglichen Anspruch auf einen «Korridor durch den Korridor» hinaus.¹ Diesen Anspruch hatten die Polen bereits zurückgewiesen. Ihre Gründe waren klar und zwingend. Ein Nachgeben würde Polen vom Meere abgeschnitten und es, genau wie die Tschechoslowakei nach dem deutschen Einmarsch in Österreich, Deutschland auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert haben. Die polnische Regierung, und mit ihr die ganze Welt, wusste, dass ein Nachgeben in diesem Punkte gegenüber einem in seiner augenblicklichen Stimmung befindlichen Deutschland nur die eigene Vernichtung heraufbeschwören würde. Polen beschloss daher, lieber vor der Zerstückelung sich zur Wehr zu setzen als hinterher. Am 31. März erklärten Grossbritannien und Frankreich, sie würden Polen im Falle eines deutschen Angriffs zu Hilfe kommen; aus dem britischen Hilfsversprechen wurde später (am 29. August)

¹ Diese neue Forderung wurde weder von Hitler noch von irgendeinem anderen nationalsozialistischen Führer vor den letzten Augusttagen offiziell erhoben. Aber die Danziger Presse hatte bereits im Frühsommer dieses Thema offen behandelt; jedermann wusste davon.

ein gegenseitiger Unterstützungspakt. In der Zwischenzeit hatte die deutsche Propagandamaschine sich eifrigst bemüht, die öffentliche Meinung wegen angeblicher polnischer Greuelakte gegen deutschstämmige Einwohner aufzuwiegeln, und in Danzig gingen die Nationalsozialisten auf Anweisung aus Berlin und Berchtesgaden darauf aus, die Institutionen der Freien Stadt systematisch mit Füßen zu treten und ihre polnischen Bürger zu terrorisieren. Danzig war inzwischen zu einer deutschen Festung geworden; fast 15'000 Angehörige der deutschen Wehrmacht und der nationalsozialistischen Formationen hatten sich dort festgesetzt.

Die Wut der Danziger Nationalsozialisten richtete sich in erster Linie gegen die polnische Zollinspektion, die laut Verfassung der Freien Stadt dort unterhalten wurde. In mehreren Fällen waren polnische Zollbeamte an der Ausübung ihres Dienstes gehindert worden, und zumindest bei drei Anlässen war es zu Tötlichkeiten gekommen, bei denen polnische Beamte getötet wurden. Am 31. Juli erklärte die polnische Regierung, dass sie in Anbetracht dieser Vorfälle eine Reihe Danziger Firmen als ausserhalb der polnischen Zollgrenze stehend betrachten müsse und die Ausfuhren dieser Firmen nach Polen den üblichen Zollsätzen unterziehen werde. Als Gegenmassnahme eröffneten die Danziger Nationalsozialisten einigen polnischen Zollbeamten, dass sie ihre Tätigkeit nicht länger fortsetzen dürften.

Am 4. August richtete die polnische Regierung, nach In-Kennnisssetzung des britischen Botschafters, ein versöhnlich gehaltenes Schreiben an den Danziger Senat. Sie erklärte sich bereit, die fünf Tage zuvor erlassene Zollbestimmung rückgängig zu machen, wenn der Senat sich weiterer Einmischung in die Tätigkeit der Zollinspektion enthalten würde; gleichzeitig warnte die polnische Regierung jedoch vor den ersten Folgen weiterer Übergriffe des Senats auf polnische Rechte.

Der Senat erklärte sich hiermit einverstanden, und für den Augenblick schien die Spannung nachzulassen. Aber inzwischen war der Gauleiter von Danzig, Forster (ein eingebildeter und ignoranter junger Mensch – wie ihn ein führendes Mitglied der deutschen Regierung einem meiner Freunde gegenüber charakterisierte) nach Berchtesgaden zu einer «Lagebesprechung» mit Hitler geflogen. Hitler beschloss, den Streitfall, der bereits zwischen dem Senat und der polnischen Regierung beigelegt worden war, wieder aufzufrischen. Er tat dies, indem er eine scharfe Note nach Warschau sandte, in der er der polnischen Regierung wegen ihrer – versöhnlich gehaltenen – Erklärung vom 4. August einen Verweis erteilte. Die polnische Regierung wies in ihrer Entgegnung darauf hin, dass sie im völligen Einklang mit ihren Rechten und zum Schutz ihrer legalen Interessen gehandelt habe, und dass sie jede Beeinträchtigung dieser Interessen durch Aussenstehende als einen Angriffsakt ansehen werde. Darauf konzentrierte Hitler starke Truppenverbände in der Nähe der polnischen Grenze.

Am 22. August sandte der britische Premierminister einen persönlichen Brief an Hitler. Er richtete an ihn den Appell, er möge Schritte zur Entspannung der Lage unternehmen, damit die strittigen Fragen auf dem Wege friedlicher Verhandlung geregelt werden könnten. Dieser Brief wurde Hitler am folgenden Tage in Berchtesgaden durch den britischen Botschafter, Sir Nevile Henderson, überreicht. Henderson hat später sein Interview mit folgenden Worten beschrieben:

«Hitler war in aufgeregter Stimmung. Über Polen und über Grossbritanniens Verantwortung für die polnische Einstellung erging er sich in wütenden Vorwürfen und Übertreibungen. England sei an allem schuld. Es hätte im Vorjahre den Tschechen den Rücken gesteuft, und gebe jetzt Polen einen Blankoscheck. Er, Hitler, führe lieber Krieg mit fünfzig Jahren als mit 55 oder 60. Mehrmals erklärte er mir, wenn er im Jahre

1914 deutscher Reichskanzler gewesen wäre, dann hätte Deutschland 1918 niemals den Krieg verloren.»¹

Hitlers Antwort auf den Brief des Premierministers war ein glattes Nein.

Zwei Tage später hatte er jedoch ein zweites Gespräch mit dem britischen Botschafter, bei dem er noch einmal seine alte Technik anzuwenden versuchte. Er sei entschlossen, sagte er, die polnische Frage auf seine eigene Weise zu regeln. Aber wenn Grossbritannien sein Versprechen an Polen brechen würde, dann würde er, als «Mann grosser Entscheidungen», sich persönlich für das Weiterbestehen des britischen Empire einsetzen, ja sogar deutsche Unterstützung garantieren, falls diese notwendig sein sollte. Er sei ferner bereit, nach der Regelung der polnischen Frage eine «vernünftige Rüstungsbegrenzung» anzunehmen, und er erklärte, er habe nicht den Wunsch, die Grenzen Westeuropas zu revidieren.²

Mit anderen Worten: Grossbritannien sollte ein feierliches Versprechen brechen und dafür einen rückdatierten Scheck auf eine wertlose Inflationswährung erhalten. Das Seltsame an dieser Episode war nur, dass Hitler von der Wirkung seiner eigenen Überredungskunst anscheinend so überzeugt war, dass er es überhaupt für der Mühe wert hielt, ein derartiges Angebot zu machen. Das Versprechen deutscher Unterstützung bei der Verteidigung des britischen Empire war geradezu bizarr; die einzigen Mächte, von denen das britische Empire auch nur im Entferntesten bedroht war, waren Deutschland und seine Waffengefährten Italien und Japan. Anscheinend muss Hitler also gehofft haben, dass die Engländer sein Angebot ernst nehmen würden, während die schlauerer Italiener und Japaner wissen würden, was sie davon zu halten hätten. Hitler hat einfach nicht verstehen können, dass im Sommer 1939 kein Land der

¹ Henderson, «Failure of a Mission», S. 257.

² Ebenda.

Welt – mit Ausnahme Deutschlands – ein Hitlerversprechen ernst nahm, auch wenn es ausnahmsweise einmal ehrlich gemeint war.¹

Die Antwort Grossbritanniens begnügte sich jedoch nicht mit einer Ablehnung dieses phantastischen Vorschlags, sondern machte eine Reihe von Gegenvorschlägen, die hauptsächlich die Eröffnung direkter Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung sowie eine Entspannung der Lage in der Minderheitenfrage zum Ziele hatten. Gleichzeitig machte Grossbritannien sich erbötig, bei den Verhandlungen selbst als Vermittler aufzutreten und die getroffene Lösung zu garantieren.

Inzwischen hatten andere Länder mit allen Kräften versucht, Hitler dazu zu bewegen, zur Erfüllung seiner berechtigten Ansprüche friedliche Wege einzuschlagen. Präsident Roosevelt appellierte an Hitler und den polnischen Staatspräsidenten, nicht zu den Waffen Zuflucht zu nehmen; er richtete auch an den italienischen König die Aufforderung, er möge seine Dienste als Vermittler anbieten. Der belgische König richtete im Namen Belgiens, Hollands und der skandinavischen Staaten ähnliche Appelle an Deutschland und Polen. Der Papst tat das Gleiche in einer persönlichen Rundfunkansprache vom Vatikan aus. All diese Bemühungen waren umsonst. Am 26. August sandte der französische Ministerpräsident ein Schreiben an Hitler, in dem er erklärte:

«Ich bin es Ihnen, ich bin es unseren beiden Völkern schuldig zu erklären, dass das Schicksal des Friedens nur noch in Ihrer Hand liegt. Es gibt nichts, was eine friedliche Lösung der internationalen Krise zur Ehre und Würde aller Völker verhindern könnte, solange nur der Wille zum Frieden auf beiden Seiten in gleichem Masse vorhanden ist. Ich kann persönlich für die Bereitschaft garantieren, die Polen von jeher gezeigt

¹ Siehe hierzu S. 241.

hat, wenn es galt, zu Methoden freier Verhandlung Zuflucht zu nehmen. Keine der Beschwerden, die Deutschland gegenüber Polen vorgebracht hat, könnte nicht auf diesem Wege beigelegt werden.»

Der französische Botschafter überreichte diesen Brief Hitler im Laufe einer vierzig Minuten währenden Aussprache. Hitler blieb unnachgiebig. «Die Lage ist bereits zu weit fortgeschritten», sagte Hitler; und am nächsten Tage schrieb er in einem Brief an den französischen Ministerpräsidenten: «Ich sehe keine Möglichkeit einer friedlichen Lösung gegenüber einem Polen, das sich jetzt unter dem Schutze seiner Garantien für unverwundbar hält... oder eines auf dem Vernunftwege erzielten Resultates zur Bereinigung einer Situation, die für das deutsche Volk und die deutsche Nation untragbar ist.»¹

Aber die britischen Vorschläge einer direkten Aussprache waren nicht so leicht beiseite zu schieben. Eine glatte Zurückweisung würde die Aufgabe, das deutsche Volk davon zu überzeugen, dass auch die letzte Möglichkeit einer friedlichen Lösung nicht unversucht geblieben ist, immerhin erschwert haben. Andererseits durften diese Vorschläge unter keinen Umständen angenommen werden; denn wenn einmal Deutsche und Polen in Gegenwart neutraler Parteien am Konferenztisch zusammenträfen und die Polen sich versöhnlich und nachgiebig zeigten, während die Deutschen alles, was auch nur um ein i-Tüpfelchen von ihren Forderungen abwich, ablehnten, dann würde sich Deutschland wieder ins Unrecht gesetzt haben. Die deutsche Regierung entschied sich also für zwei Massnahmen: erstens, den britischen Vorschlag zwar anzunehmen, ihn aber so auszulegen, dass er alle Bedeutung verlor; und zweitens, Polen zu beschuldigen, es habe diesen Vorschlag abgelehnt.

Der erste dieser beiden Pläne wurde folgendermassen durchgeführt. Am Tage nach der Unterbreitung der britischen Vor-

¹ Französisches Gelbbuch, Dokumente 254, 261, 267.

Schläge, d.h. am 29. August, wurde der britische Botschafter zur Reichskanzlei gebeten, wo er von Hitler und Ribbentrop empfangen wurde. Hitler überreichte ihm Deutschlands Antwort auf die britische Note. Sie endete mit den Worten: «Die deutsche Regierung rechnet mit dem Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten in Berlin am folgenden Tage, Mittwoch, den 30. August», zur Entgegennahme der Lösungsvorschläge, die die deutsche Regierung in der Zwischenzeit ausarbeiten würde. Nun, dieser Satz konnte nur *einen* Sinn haben. Wenn zwei miteinander im Streit befindliche Parteien sich zu einer ehrlichen Aussprache zwecks friedlicher Beilegung ihres Streitfalls bereitfinden, dann geschieht das in folgender Weise: entweder beide besprechen miteinander, wann und wo sie zusammenkommen wollen – und wenn die Angelegenheit drängt, dann werden beide dafür sorgen, dass diese Zusammenkunft so bald wie möglich stattfindet; oder sie tauschen zunächst Briefe aus; die eine Partei unterbreitet der anderen ihre Vorschläge und bittet um Gegenvorschläge oder sonstige Stellungnahme. Das einzige, was man unter solchen Umständen *nicht* tut – vorausgesetzt, dass man es mit dem Wunsch nach einer friedlichen Regelung wirklich ehrlich meint –, ist, dass man der anderen Partei befiehlt, einen zur Unterschrift bevollmächtigten Repräsentanten zu entsenden, ohne ihr mitzuteilen, welche Bedingungen man vorzubringen gedenkt, und ohne ihr Zeit zu geben, ihren Repräsentanten genau zu instruieren, wo er nachgeben darf und wo er festbleiben muss. Wenn der Hitler-Ribbentropsche Vorschlag angenommen worden wäre, dann wäre am nächsten Tag in Berlin ein unglückseliger Pole eingetroffen, ohne die geringste Ahnung, was man ihm zur Unterschrift vorlegen würde und was er unterschreiben dürfe, ohne seine Regierung zu kompromittieren, – dafür aber in der Gewissheit, dass er solange terrorisiert und drangsaliiert werden würde – genau wie der tschechoslovakische Vertreter

Dr. Hacha sechs Monate zuvor terrorisiert und drangsaliert worden war –, bis er alles unterschrieben hatte. Der deutsche Vorschlag war in Wirklichkeit ein Ultimatum: entweder Polen unterschrieb die deutschen Bedingungen bis 30. August 12 Uhr nachts – oder es musste die Konsequenzen tragen.

Als der britische Botschafter dies klarstellte, erklärten Hitler und Ribbentrop voller Entrüstung, er sei im Unrecht. Aber ihre nächsten Schritte strafte ihre Worte Lügen.

Denn die polnische Regierung sandte nicht einen bevollmächtigten Repräsentanten innerhalb der festgelegten Zeitgrenze. Dazu war sie natürlich durchaus berechtigt; *sofern* der deutsche Vorschlag nicht ein Ultimatum war, durfte sie unbesorgt zunächst einmal eine Vorbesprechung, die sich mit der bei den versprochenen Verhandlungen zu verwendenden Geschäftsordnung befassen sollte, erwarten. Um Mitternacht erschien der britische Botschafter wieder bei Ribbentrop. Er konnte ihm mitteilen, dass Polen seinerseits die britischen Vorschläge vorbehaltlos angenommen hatte, dass aber die deutsche Forderung nach Ansicht der britischen Regierung nicht nur an sich unvernünftig, sondern auch mit dem Geiste dieser Vorschläge unvereinbar war. Und er forderte Ribbentrop auf, den polnischen Botschafter zu empfangen und mit ihm die Frage der Geschäftsordnung bei den deutsch-polnischen Verhandlungen zu besprechen. Ribbentrop antwortete auf den ersten Punkt mit wütenden Ausfällen; den zweiten Punkt lehnte er unter ähnlichem Zornausbruch ab. Sodann verlas er in rasendem Tempo die Bedingungen an Polen, deren Erfüllung Deutschland als die Voraussetzung einer Regelung betrachtete. Am Tage vorher hatte Hitler in seiner Antwort auf die britischen Vorschläge erklärt, die deutsche Regierung werde die britische Regierung über den Wortlaut ihrer Forderungen an Polen in Kenntnis setzen, sofern diese vor Eintreffen des polnischen Bevollmächtigten in Berlin formuliert seien. Auf Grund dieses

Versprechens bat der britische Botschafter Ribbentrop um eine Kopie des Dokuments, das er eben verlesen hatte. Ribbentrop lehnte dies ab, mit der Begründung, die Bedingungen seien nunmehr «überholt», da es bereits nach Mitternacht sei und kein polnischer Bevollmächtigter sich gemeldet habe. Mit anderen Worten: die deutsche Forderung vom 29. August war nach Ribbentrops Ansicht tatsächlich ein Ultimatum, und die Frist für dieses Ultimatum war verstrichen.

In diesem Zusammenhang sei nur noch festgestellt, dass die polnische Regierung niemals eine Kopie der deutschen Bedingungen erhalten hat. Am 31. August erhielt der polnische Botschafter in Berlin ein Telegramm aus Warschau, in dem er angewiesen wurde, im Namen Polens die Annahme der britischen Vorschläge auf direkte Verhandlungen in aller Form zu bestätigen. Er erhielt jedoch in der Wilhelmstrasse den Bescheid, sein Besuch sei zwecklos, sofern er nicht bevollmächtigt sei, die – bisher noch nicht bekanntgegebenen – deutschen Bedingungen zu akzeptieren.

Damit kommen wir zur zweiten Seite der von Deutschland angewandten Methode: der Behauptung, Deutschland habe die britischen Vorschläge angenommen, Polen sie aber abgelehnt. Dies war keine blosse Tatsachen Verzerrung; eine kurze Überlegung zeigt schon, dass eine derartige Verzerrung sehr wenig plausibel erscheint. Selbst für diejenigen, die den Sachverhalt nicht kannten, muss es eine Überraschung gewesen sein, dass die polnische Regierung, nachdem sie sich monatelang grösster Zurückhaltung befleissigt und nachdem sie klargestellt hatte, dass sie zwar Polens berechnete Interessen wahren, aber vor allem eine friedliche und freundschaftliche Regelung aller Streitfragen erstreben würde, nun plötzlich eine Möglichkeit hierzu ausschlagen sollte. Noch überraschender – für jeden, der die Lage objektiv überdachte –, war die deutsche Behauptung, hinter dieser Ablehnung des britischen Vorschlages durch

Polen stecke Grossbritannien selber. Im November 1939 lautete die amtliche nationalsozialistische Version dieser Episode: Grossbritannien habe im Rahmen eines ehrgeizigen Planes zur Vernichtung des Reiches absichtlich gegenüber Deutschland vorgegeben, dass Polen sich zu direkten Verhandlungen bereit erklärt habe – während Polen dies in Wirklichkeit abgelehnt hätte. Das würde also bedeuten: Grossbritannien hätte sich besonders bemüht, Deutschland als die vernünftigere der beiden Parteien hinzustellen und als diese in den Augen der Welt zu rechtfertigen; wie verträgt sich das mit der Behauptung, Grossbritannien bemühe sich seit Jahren, die öffentliche Meinung der Welt gegen Deutschland aufzuwiegeln? Auf alle Fälle kannten Hitler und Ribbentrop den wahren Sachverhalt genau. Das Telegramm, in dem Polen den britischen Vorschlag auf direkte Verhandlungen annahm, wurde von der britischen Regierung veröffentlicht. Und jeder Deutsche, der im Gedanken an jene Zeit sich noch entsinnt, wie er damals fest geglaubt hatte, dass Polen – und nicht Deutschland – den britischen Plan zurückgewiesen hatte, sollte sich darüber klar sein, dass er in diesem Punkte von seinen Führern einfach belogen worden ist.¹

Einige Tage später wurde eine andere Propagandageschichte in Umlauf gebracht, die ebenfalls das deutsche Volk davon überzeugen sollte, dass Polen und nicht Deutschland für den Ausbruch des Krieges verantwortlich sei. Es war dies die Behauptung, die Polen hätten am 1. September den ersten Schuss abgefeuert. Göring erklärte dem britischen Botschafter, der Einmarsch in Polen habe erst begonnen, nachdem die Polen die Weichselbrücke bei Dirschau in die Luft gesprengt hätten.

¹ Natürlich erwähnte das deutsche Weissbuch vom Dezember 1939, das angeblich sämtliche auf den Ausbruch des Krieges bezüglichen Dokumente enthalten wollte, das polnische Telegramm vom 31. August mit keinem Wort.

Ich kann diese Erklärung nicht in aller Form widerlegen; aber selbst wenn sie der Wahrheit entspricht, so bedeutet sie so gut wie gar nichts. Erstens wäre eine solche Aktion an sich bereits rein defensiver Natur; ein Angreifer wird wohl kaum eine Brücke zerstören, über die er seinen Vormarsch antreten will. Noch wurde jemals behauptet, Polen hege grandiose Angriffspläne gegen Deutschland. Polens «Rüstung» galt nur der Verteidigung seines eigenen Landes. Wenn darunter «Angreifer-tum» zu verstehen ist, dann ist jeder Widerstand, jede Gegenwehr gegen einen Feind ebenfalls «Angreifer-tum» – wenigstens wenn es sich bei dem Feind um Deutschland handeln sollte. Deutschlands Pläne für den Einmarsch in Polen waren allerdings längst abgeschlossen. Am 27. August wurden die Befehlshaber der Wehrmacht bereits etwas ungeduldig; sie befürchteten, dass eine Verschlechterung des Wetters die glatte Durchführung ihrer strategischen Pläne verzögern könnte. Am gleichen Tage wurde übrigens – ein nicht unwesentlicher Punkt – das Rationierungssystem für die deutsche Zivilbevölkerung in Kraft gesetzt. Warum Hitler noch weitere fünf Tage wartete, bevor er seinen Generälen den Marschbefehl gab, muss vorläufig noch unklar bleiben.¹ Aber es steht fest, dass das deutsche Heer unter keinen Umständen eine Verzögerung seiner Marschpläne geduldet haben würde, nur um den Polen Gelegenheit zu geben, den «ersten Schuss» abzufeuern. Der Krieg würde dann beginnen, wenn Hitler es für richtig erachtete; und wenn es bis dahin noch keinen feindlichen «ersten Schuss» gegeben hatte, nun, so konnte man ihn mit Leichtigkeit erfinden.

Kurz, der ganze Versuch, Polen die Schuld am Ausbruch des

¹ Meine private Ansicht ist, dass Hitler sich immer noch in der Hoffnung wiegte, sein absurdes Angebot einer «persönlichen Garantie für die Existenz des britischen Empires» würde den Erfolg haben, dass Grossbritannien sich abseits hielt.

zweiten Weltkrieges zuzuschreiben, ist nichts als eine Reihe von Tatsachen Verzerrungen im Verein mit trivialen Sophistereien. Was war Polens wahres Verbrechen? Es war willens, für seine nationale Existenz zu kämpfen. Das war sein «Angreifertum». «Ce pays est très agressif; quand on l'attaque il se défend!» Wenn Hitler eine friedliche Regelung mit Polen gewünscht hätte, so hätte er sie haben können. Und indem er sich für den Frieden entschied, hätte er die Dankbarkeit der ganzen Welt gewonnen. Niemand zweifelte daran, dass Deutschland stark war und dass es, wenn es wollte, seinen schwächeren Nachbarn mit Waffengewalt zerschmettern konnte; die Frage war nur, ob es seine Kraft in den Dienst der Freundschaft oder der Gewalt stellen werde. Niemand zweifelte daran, dass das deutsche Heer ein mächtiges Werkzeug war; die Frage war nur, ob der Mann, der dieses Werkzeug in der Hand hielt, es zum Aufbau oder zur Zerstörung verwenden würde. Deutschland hatte im Jahre 1939 eine gottgeschaffene Gelegenheit, seinen Friedensglauben unter Beweis zu stellen. Unter seinen nationalsozialistischen Führern wählte es den Krieg.

2.

Natürlich ist die Frage, wer am 1. September 1939 der Angreifer war, nur ein kleiner Teil eines viel weitergehenden Fragenkomplexes. Wie wir im vorhergehenden Kapitel festgestellt hatten, waren die Propagandisten bereits längst vor diesen letzten Augusttagen damit beschäftigt, dem deutschen Volk die Überzeugung einzuhämmern, wenn es zum Kriege käme, dann kämpfe Deutschland für eine rechtschaffene Sache – für Selbstverteidigung und Gerechtigkeit. Auch als der Krieg bereits im Gange war – und insbesondere, als sich das Blatt gegen Deutschland zu wenden begann –, da wiederholten sie immer

und immer wieder ihre Behauptung, der Kampf sei Deutschland «aufgezwungen» worden, Deutschland sei von einem Ring von Feinden umgeben gewesen, die nur auf seine Vernichtung sann, und sei selber völlig schuldlos. Diese ganze Auseinandersetzung müsste eigentlich logischerweise allen Anhängern des Nationalsozialismus unsinnig und überflüssig erscheinen; sie waren ja stets bereit gewesen, zu erklären, dass von ihrem Standpunkt aus der zweite Weltkrieg nur eine Fortsetzung des ersten sei, und sie hatten immer darauf bestanden, dass Moral- und Gerechtigkeitsbedenken auf jeden Fall im internationalen Leben keinen Platz hätten. Aber die Propagandisten wussten: ganz gleich was die fanatischen Parteimänner über solche Dinge dachten – sie waren von immenser Bedeutung für den einfachen Deutschen; er hatte ein tiefes, manchmal sogar krankhaftes Bedürfnis, sich und sein eigenes Verhalten in seinen eigenen Augen zu rechtfertigen; ihn musste man deshalb von der Unschuld Deutschlands überzeugen, wenn er im Kriegseinsatz seines Landes sein Bestes tun sollte. So war also die Propaganda von Deutschlands Schuldlosigkeit eine bewusste und planmäßige; sie war lediglich ein Mittel zum Zweck und hatte mit der eigentlichen Meinung ihrer Urheber nichts gemein.¹

Nicht alle Nationalsozialisten waren übrigens so unverfroren. Besonders Hitler selber, der doch kein Hehl aus seiner Anbetung der Gewalt machte, gab sich den Anschein, als sei er von der brennenden Bedeutung solcher Fragen wie Gerech-

¹ Ich bin sicher, dass Goebbels diesen Standpunkt vertrat. Wenn er über Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und über den Deutschland auf gezwungenen Krieg sprach, dann waren diese Worte für sein Publikum bestimmt, für ihn selber aber bedeutungslos; echt waren nur diejenigen Stellen seiner Reden, wo er vom Kriege als einer Kraftprobe, die zum Siege des Stärkeren führen würde, sprach, oder wo er offen erklärte, Deutschlands Kriegsziele seien die Schätze des Ostens und die Reichtümer der Tropen, und bei solchen Zielen spielten Moralbedenken keine Rolle, sondern nur die Gewalt.

tigkeit und Moral und von der Wahrheit seiner These, dass Deutschland und er selber in allen solchen Fragen ein reines Gewissen hätten, zutiefst und leidenschaftlichst überzeugt.

Deshalb ist es von doppelter Bedeutung, dass wir die Argumente der Propagandisten genau studieren; nicht nur, weil sie mit der Geschichte der Vorkriegsjahre eng verknüpft sind, sondern auch weil sie Hitlers Haltung – und die Haltung vieler seiner Landsleute – in der Frage der Beziehungen Deutschlands zu seiner Umwelt klar beleuchten. Es geht um die Frage der Kriegsschuld, oder vielmehr der Kriegsverantwortung. (Die beiden sind nicht identisch, wie wir sehen werden.)

Die Propagandisten beriefen sich auf zwei Thesen: erstens, der bevorstehende Krieg werde ein Krieg der Selbstverteidigung sein; zweitens, es werde ein gerechter Krieg sein. Diese beiden Behauptungen sind natürlich nicht identisch. Wenn ein Land einen gerechten Anspruch auf ein Stück Gebiet hat, das einem anderen Lande gehört, und wenn es vergeblich versucht hat, sein Recht auf friedlichem Wege zu erhalten und nun zu den Waffen greift, dann mag dieser Krieg vom Standpunkt dieses Landes aus ein gerechter Krieg sein – sofern wir nicht der Meinung sind, dass Kriege niemals gerecht sein können; aber es wird nie ein Verteidigungskrieg sein. Die Propagandisten waren jedoch immer besonders bemüht, die beiden Begriffe miteinander zu vereinbaren; so benutzten sie z.B., wie wir eben gesehen haben, das Wort «Angreifer» manchmal für ein Land, das Deutschland angriff oder jeden Augenblick angreifen könnte, manchmal auch für ein Land, das Deutschlands «gerechte Ansprüche» nicht erfüllen wollte. Diese Begriffsverwirrung war für sie sehr nützlich, weil sie bei ihrem Publikum das lebhafteste, wenn auch verschwommene Gefühl hervorrief, dass Deutschland in irgendeiner Weise übel mitgespielt wurde, – während sie gleichzeitig eine genauere Nachforschung nach dem Charakter dieser «Übeltaten» äusserst erschwerte. Denn

eine klare Analyse der verschiedenen Beschwerden Deutschlands hätte gezeigt, dass ihre Ursachen weit weniger schwerwiegend und keineswegs so unabänderlich waren wie die Propagandisten gerne zugegeben hätten.

Nehmen wir uns nun einmal die Argumente der Reihe nach vor.

3.

Beginnen wir mit der Doktrin von der «Einkreisung». Diese wollte beweisen, dass Deutschlands Nachbarn auch seine Feinde waren und dass deshalb der bevorstehende Krieg für Deutschland ein Verteidigungskrieg sein werde. Sie berief sich auf die verschiedenen Bündnisse und Abkommen Frankreichs mit Deutschlands Nachbarn im Osten und im Süden. Sie spielte eine grosse Rolle bei der Entrüstung der Nationalsozialisten über Grossbritanniens Unterstützungspakt mit Polen. Aber der Ursprung dieser Doktrin geht natürlich viel weiter zurück – zumindest bis zum Jahre 1906, als der damalige Reichskanzler Fürst Bülow den Ausdruck «Einkreisung» in Verbindung mit der Politik der Entente benutzte. Er wollte damit die Opposition gegen die Flottenbaupläne des Kaisers beschwichtigen. Später wurde die «Einkreisungsdoktrin» dazu verwendet, um den Ententemächten die Verantwortung für den ersten Weltkrieg zuzuschieben; die Ententemächte, so hiess es, hätten sich zu dem ausdrücklichen Zwecke zusammengeschlossen, um das Deutsche Reich zu überfallen und zu vernichten. Ob an dieser Behauptung etwas Wahres war, braucht hier nicht besprochen zu werden. Aber die Tatsache, dass dieser Ausdruck schon damals benutzt wurde, zeigt in schlagender Weise, wie eine simple «Tatsachenerklärung» fast unmerklich zu einem Propagandaschlagwort werden kann. Die Tatsache war: zwei Länder im Westen Deutschlands hatten mit einem Land an Deutschlands Ostgrenze ein Defensivbündnis abgeschlossen. Man konnte

hierzu sagen, dass dieses Bündnis «gegen» Deutschland gerichtet war, d.h. dass Deutschland und seine Bundesgenossen die Mächtegruppe darstellten, mit der sich die Entente vielleicht eines Tages im Kriege befinden würde. Die Propaganda machte daraus, dass die Mitglieder dieser Entente einen Krieg mit Deutschland *wünschten*. Ich sagte bereits, dass ich mich in diese Diskussion nicht einlassen will. Entscheidend ist nur, dass die Bildung der Entente zu einer derartigen Schlussfolgerung *an sich* keinen Anlass gab.

Das wesentliche Moment an einer Einkreisung ist das geographische. In der Zeitspanne, mit der wir hier zu tun haben, bildeten Frankreich, Polen und die Kleine Entente einen Ring um Deutschland. In gleicher Weise bildeten jedoch nach Francos Sieg in Spanien Deutschland, Italien und Spanien einen Ring um Frankreich; Deutschland und Japan einen Ring um Russland; vor allem – um das deutlichste Beispiel zu nehmen – : von 1940 bis 1944 bildeten das nationalsozialistische Deutschland, das faschistische Italien und Vichyfrankreich einen lückenlosen Ring um die demokratische Schweiz.

Diese Tatsachen sind an sich völlig neutral. Ihre politischen oder strategischen Folgerungen sind von den Zielen und Absichten abhängig, die der Bildung derartiger Ringe zugrunde lagen.

Nun glaube ich kaum, dass irgendein Deutscher, der einmal die Jahre vor dem zweiten Weltkrieg in Ruhe überdenkt, der Ansicht zuneigen wird, dass die «Einkreisung» Deutschlands einen offensiven Charakter hatte. Deutschland war weder mit Invasion zu Lande noch mit Bombenangriffen aus der Luft bedroht. Die betreffenden Staaten hatten keine territorialen Absichten gegen deutsches Gebiet. Sie versuchten nicht einmal, Deutschlands militärische Erstarkung zu verhindern; sie liessen es zu, dass Deutschland auf rüstete, dass es das Rheinland besetzte, dass es die allgemeine Wehrpflicht einführte, –

jede dieser Aktionen hätten sie verhindern können und, wenn sie Angriffsabsichten gegenüber Deutschland gehegt hätten, auch bestimmt verhindert.

«Aber» – so sagt darauf der Propagandist –, «sie unterließen es nur, weil sie schwach und faul waren. Als Deutschland stark geworden war, da bedauerten sie ihre Untätigkeit.» Das stimmt; sie hatten auch jeden Grund, ihre Untätigkeit zu bedauern, als es zu spät war. Aber der Grund für dieses Bedauern lag nicht in der Tatsache der deutschen Stärke, sondern beruhte auf der Erkenntnis von der Art und Weise, wie diese Stärke benutzt werden würde. So wie es klar wurde, dass Deutschland seinen Nachbarstaaten Gebiete durch Gewalt oder Gewaltandrohung zu entreissen gedachte, änderte sich das ganze Bild. Die betreffenden Mächte begannen dann allerdings, an eine strategische – im Gegensatz zu einer rein geographischen – Einkreisung zu denken. Aber nicht, weil sie etwa aggressive Absichten gegenüber Deutschland hegten, sondern weil sie sich von Deutschland bedroht fühlten. Sie wollten ihr eigenes Land vor einem deutschen Angriff schützen.

«Ihr eigenes Land?» entgegnet der Propagandist. «0 nein, der Zweck der Einkreisungspolitik war, Deutschland daran zu hindern, Gebiete zurückzugewinnen, die ihm gehörten, und die ihm der Versailler Vertrag geraubt hatte.» Aber damit hat der Propagandist bereits die ursprüngliche Basis der «Einkreisungsdoktrin» verlassen. Jetzt wendet er sich gegen die Abkommen und Bündnisse unter Deutschlands Nachbarn mit der Begründung, dass dieses Deutschland seiner Rechte berauben wollten – und nicht mit der Begründung, dass sie Deutschland angreifen wollten. Das Argument ist aus dem Reich der «Selbstverteidigung» in das Reich der «Gerechtigkeit» hinübergewechselt.

Es lohnt sich, diesen Punkt besonders im Hinblick auf die britische Garantie an Polen zu betrachten. Diese Garantie wurde

am 21. März erteilt. Vom 21. März bis zum Ende des Monats August wurde in Deutschland dauernd behauptet, die Garantie sei nicht nur ein unverschämtes Stück «Einkreisung», sondern sei auch unmittelbar für Polens Unnachgiebigkeit verantwortlich.¹ Darauf ist zunächst zu antworten (siehe S. 176), dass die Polen schon zu Anfang des Jahres, also lange bevor sie eine britische Garantie erwarten durften, ihre Entschlossenheit, den deutschen Forderungen nicht nachzugeben, kundgetan hatten. Ausserdem war es ihnen und der ganzen Welt klar, dass Grossbritannien ohne ein Abkommen mit Russland keine praktischen Schritte unternehmen konnte, um im Falle einer deutschen Invasion Polen zu retten. Es besteht also kein Grund zu der Behauptung, die britische Garantie hätte Polens Haltung geändert. Aber nehmen wir einmal an, sie war wirklich so wesentlich, wie Hitler behauptete; nehmen wir an, dass es ihm, wenn die britische Garantie nicht gewesen wäre, gelungen wäre, durch Terror, Einschüchterung und Drohungen Polens Widerstand zu überwinden. Was folgert daraus? Bestimmt nicht, dass Polen oder Grossbritannien gemeinsam oder separat einen Angriff auf Deutschland planten, oder in Deutschlands interne Angelegenheiten eingreifen wollten; sondern einfach, dass Grossbritannien Deutschlands Ansprüche an Polen für unvernünftig hielt (eine Tatsache, die auf jeden Fall feststand), und dass es in der Gewährung einer Garantie an Polen eine Möglichkeit sah, Deutschland an der Verwirklichung seiner Forderungen zu hindern. Die Frage, ob Grossbritannien zur Gewährung der Garantie berechtigt war oder nicht, beruht lediglich darauf, ob man Deutschlands Ansprüche für berechtigt hält oder nicht.

¹ Siehe z.B. die Wiedergabe der Aussprache zwischen Hitler und dem englischen Botschafter vom 23. August (S. 188), sowie den Auszug aus seinem vier Tage später geschriebenen Brief an den französischen Ministerpräsidenten (S. 191).

Wir werden hierauf in Kürze zurückkommen. Wir haben also bisher festgestellt, dass die «Einkreisungsdoktrin» bei näherer Untersuchung die Sache der Propagandisten in keiner Weise verstärkt. Nur *wenn* Deutschlands Ansprüche an seine Nachbarn an sich gemässigt und vernünftig gewesen wären, dann wäre ein Vorgehen anderer Nationen – ob durch Einkreisung oder durch *irgendeine andere Methode* – mit dem Ziel, die Verwirklichung dieser Ansprüche zu verhindern, prima facie ungerecht gewesen. Ein Krieg, der dann zur Geltendmachung dieser Ansprüche geführt würde, könnte ein gerechter Krieg genannt werden. Allerdings könnte dieser Krieg dann nicht als ein Verteidigungskrieg bezeichnet werden.¹

4.

Unser nächstes Argument betrifft die Stellung der deutschstämmigen Bevölkerungsteile, die als rassische Minderheiten ausserhalb des Reichsgebiets lebten. Die Propagandisten machten sehr viel Wesens aus den Leiden dieser Menschen – zuerst in der Tschechoslovakei, dann in Polen. (Ich habe bei meinem Studium nationalsozialistischer Reden während dieser Zeit keinen einzigen Hinweis auf die Stellung der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols gefunden. Vielleicht sollte sie später an die Reihe kommen.)

Auch hier waren die beiden Elemente «Gerechtigkeit» und «Selbstverteidigung» in geschickter Weise miteinander ver-

¹ Man könnte denken, dass hiermit wenig bewiesen ist. Aber dieser Punkt ist von grosser Bedeutung, wenn man die Argumente der Propagandisten en bloc betrachtet. Dieses «Gesamtargument» besteht augenscheinlich aus einer grossen Anzahl einzelner Punkte, die einander ergänzen und verstärken. Man kann jedoch, indem man zeigt, dass einige dieser Punkte lediglich Variationen anderer darstellen, oder ihre Gültigkeit von anderen Punkten hernehmen, eine Unmenge leerer Phrasen ausschalten und somit zu der wahren Basis der Propagandaargumente durchzudringen hoffen.

knüpft, in einem Masse, das klares Denken sehr erschwerte. Auf der einen Seite wurde behauptet – oder vorausgesetzt –, nachdem es sich bei diesen Menschen um «Deutsche» handelte, die gegen Unterdrückung und Terror geschützt werden mussten, sei ein hierauf zielender Krieg seinem Wesen nach ein «Verteidigungskrieg». Andererseits galt die Tatsache, dass diese Menschen als «Deutsche» betrachtet wurden, als ein überwältigender Beweis für die «Gerechtigkeit» der Forderung, dass die Gebiete, in denen sie ansässig waren, dem Reich anheimfallen sollten.

Es besteht nun kein Zweifel daran, dass die Probleme der deutschen Minderheiten in der Tschechoslovakei und in Polen zum allergrössten Teil – ich will nicht sagen: in ihrer Gesamtheit – unmittelbar auf nationalsozialistische Politik und Propaganda zurückzuführen waren. Zuerst wurden Agitationszellen in den betreffenden Gebieten geschaffen. Aus diesen Zellen wurden nationalsozialistische Parteien, deren Mitglieder darauf ausgingen, mit den Regierungen und mit den nichtdeutschen Bevölkerungsmehrheiten in Konflikt zu geraten. Wenn die Behörden zu Gegenmassnahmen schritten – wozu sie von Zeit zu Zeit gezwungen waren, um Ruhe und Ordnung zu bewahren –, dann wurde daPaus sofort eine «Verfolgung» der deutschen Minderheit gemacht. Wenn, was manchmal der Fall war, die nichtdeutsche Bevölkerungsmehrheit zu Gewaltakten gegen die Unruhestifter provoziert wurde, dann war das nur zu begrüessen; dann bedeutete das neues Beweismaterial für die «Verfolgung» deutscher Minderheiten und gleichzeitig, in der Aussenwelt, einen Sympathiegewinn. Der einfache deutschsprachige Bürger dieser Länder sah sich von einem förmlichen Kesseltreiben von Agitation und Propaganda umgeben. Es schmeichelte ihm, zu einem Gesprächsthema von internationaler Bedeutung geworden zu sein; etwas darzustellen, woran er noch nie gedacht hatte: ein Mitglied einer unterdrückten Mino-

rität zu sein; es war zu erwarten, dass er nun jede kleine Reiberei mit den Behörden, jeden Hader mit seinen nichtdeutschen Nachbarn nach Kräften aufbauschen würde. All diese «Vorfälle» reihten sich ein in die immer länger werdende Liste der «Zwischenfälle», die, wie die Propagandisten erklärten, nach sofortigem, radikalem Eingreifen schrien.¹

Aber die Nationalsozialisten begnügten sich nicht damit, innerhalb der zur Einverleibung in das Reich vorgesehenen Gebiete Unruhe zu stiften und Kleinlichkeiten aufzubauen. Sie fabrizierten Beweismaterial und erlogene «Begebenheiten». So hatte im Sommer 1938 die deutsche Presse beispielsweise viel Wesens davon gemacht, dass ein Strom von Sudetendeutschen die Grenze überschritten habe, um «dem tschechischen Terror zu entfliehen». Einige dieser Flüchtlinge hatten den Pressekorrespondenten schreckliche Dinge zu berichten. Unerwähnt blieb dabei allerdings die Tatsache, dass die Nationalsozialistische Partei des Sudetenlandes vorher in jedes deutsche Dorf die Anweisung erging liess, eine bestimmte Zahl von Dorfbewohnern seien auszuwählen und als Flüchtlinge nach Deutschland zu entsenden. In einem Fall, der mir persönlich

¹ Ein Beispiel zeigt folgende Begebenheit. In einem sudetenländischen Dorfe, das ein beliebter Sommeraufenthalt war, denn es war sehr malerisch gelegen, – war ein alter Gasthof, der seinem Besitzer ein gutes Auskommen ermöglichte. Eines Tages beschloss ein Syndikat, in diesem Dorfe ein grosses, modernes Hotel zu bauen. Die Folge war, dass das Einkommen dieses deutschen Gastwirts zusammenschumpfte. Das Syndikat sollte angeblich ein tschechisches Unternehmen sein; Näheres wusste allerdings niemand. Diese Episode erzählte allen Ernstes und in grösster Entrüstung ein Berliner Bankbeamter (der sie von dem Gastwirt gehört hatte) als Beispiel für die schändliche Unterdrückung der Sudetendeutschen durch die Tschechen. Damals lächelte ich nur über diese seltsame Betrachtungsweise. Aber die Einstellung des Bankbeamten war genauso symptomatisch wie die des Gastwirtes. Letzterer war ein bewusstes Mitglied einer «misshandelten deutschen Minorität» geworden, ersterer ein Muster dafür, was der Nationalsozialismus selbst bei einem gebildeten Deutschen ausrichten konnte.

bekannt war, gehörte die Ehefrau des Dorfmüllers zu den «Ausgewählten». Sie wurde von den deutschen Behörden in einer Siedlung in der Nähe Berlins untergebracht, wo es ihr bald zu langweilig wurde. Einer meiner Freunde, der in der Nachbarschaft wohnte, kam eines Tages mit ihr ins Gespräch. Sie beklagte sich bitterlich. «Nun bin ich schon seit einem Monat hier; man hat mir gesagt, dass ich nicht länger als vierzehn Tage bleiben müsste.» «Wer hat Ihnen das versprochen?» fragte mein Freund. «Der Bauernführer», war die Antwort; «er hat mir gesagt, ich müsste mitgehen, aber ich will zurück zu meinem Mann.» «Warum ist Ihr Mann denn nicht mitgekommen?» «Der konnte nicht fort; der musste sich doch um die Mühle kümmern.»

Die Methoden, die ein Jahr später in Polen angewandt wurden, waren zweifellos ähnlicher Art, wenn ich auch hierfür keine direkten Beweise anführen kann. Allerdings wurde im Falle Polens eine etwas einfachere Technik benutzt. Da war zunächst die Methode der Übertreibung. So wurde in Hitlers Brief vom 27. August an den französischen Ministerpräsidenten die Zahl der in Polen ansässigen Deutschen mit «fast 2 Millionen» angegeben. In Wirklichkeit waren es noch nicht einmal eine Million – nicht mehr als die Zahl der in Deutschland ansässigen Polen, wie der deutsche Botschafter in Warschau am nächsten Tag im Gespräch mit dem französischen Botschafter zugab.¹ Eine ähnliche Übertreibung war Hitlers Schätzung der Zahl der in der ersten Hälfte des Jahres 1939 aus Polen «geflüchteten» Deutschen. Die wesentlichste Propagandamethode war jedoch die direkte Lüge. Die meisten Deutschen werden sich noch entsinnen, wie die deutschen Zeitungen in jenen Monaten tagtäglich neue Greuelgeschichten brachten –, dass in der einen oder anderen Stadt des Korridors soundso-viele hundert Deutsche aus ihren Wohnungen verwiesen, ver-

¹ Französisches Gelbbuch, Dokument 282.

haftet, ausgeplündert oder gar ermordet worden seien. Wenn nur ein Bruchteil dieser Geschichten wahr gewesen wäre, dann wäre es allerdings notwendig gewesen, eine *angemessene* Aktion einzuleiten. Der erste und natürlichste Schritt – *wenn* es Deutschland wirklich nur darum zu tun gewesen wäre, Person und Eigentum der deutschstämmigen Bevölkerung zu schützen, ohne die freundschaftlichen Beziehungen zu Polen abzubrechen – wäre gewesen, die Angelegenheit der polnischen Regierung vorzulegen, energisch Protest zu erheben, aber gleichzeitig jeden einzelnen Zwischenfall, über den Klage geführt wurde, genau mit Fakten und Daten zu belegen. Das hat die deutsche Regierung niemals getan. Sie konnte es aus dem einfachen Grunde nicht tun, weil diese Zwischenfälle nicht existierten. Am 15. Juli erklärte der deutsche Botschafter in Warschau seinem französischen Kollegen: «Während er zwar bei gewissen *administrativen* Massnahmen der polnischen Behörden gegenüber der deutschen Bevölkerung Grund zur Beschwerde habe, habe er sich seit einiger Zeit über keine Vorfälle anderer Art zu beklagen.»¹ Und folgender Auszug aus einem Brief des französischen Botschafters in Warschau an seine Regierung vom 28. August ist von Interesse: «Die Misshandlungen und Mordtaten, die den Polen von Reichskanzler Hitler zur Last gelegt werden, sind frei erfunden. Es ist ausgeschlossen, dass Deutsche im Umkreis von Danzig oder Bielsko ermordet werden, ohne dass die dort ansässigen Franzosen etwas davon erfahren. Ausserdem ist zu bedenken, dass die Deutschen niemals bestimmte Fakten, Namen oder Daten angegeben haben.»²

Und was die Situation in Danzig anbelangt – die doch für den dort wohnhaften einfachen deutschen Bürger scheinbar so unerträglich war –, so braucht nur darauf hingewiesen zu wer-

¹ Ebenda, Dokument 275.

² Ebenda, Dokument 276.

den, dass der Danziger Nationalsozialistenführer, Forster, gegen Ende Juli bei seiner Rückkehr von seiner Aussprache mit Hitler dem stellvertretenden britischen Konsul erklärte, die Danziger Frage könne, wenn nötig, noch ein Jahr oder länger warten.¹

Eine überwältigende Zahl von Beweisen zeigt, dass die Greuelpropaganda gegen die Tschechen im Jahre 1938 und gegen die Polen im Jahre 1939 von Nationalsozialisten in den betreffenden Gebieten oder im Reichspropagandaministerium oder in der Auslandsdienststelle in Berlin ausgegangen ist. Es ist möglich, dass hier und da deutsche Einwohner dieser Gebiete von ihren nichtdeutschen Mitbürgern misshandelt worden sind. Wie ich bereits feststellte, war das Benehmen dieser Deutschen absichtlich dazu angetan, derartige Misshandlungen zu provozieren, und nicht jeder einzelne Pole besass jene fast übermenschliche Zurückhaltung, wie sie die polnische Regierung in den ersten acht Monaten des Jahres 1939 an den Tag gelegt hatte. Nach Kriegsbeginn änderte sich natürlich die Lage. Obwohl ich die in den Herbstmonaten von der deutschen Presse veröffentlichten Ziffern über die «Massaker» von Bromberg und anderen Städten auch nicht für einen Augenblick für wahr halte – schon aus dem Grunde, weil diese Ziffern von Tag zu Tag und von Stadt zu Stadt variieren – so ist doch nicht anzunehmen, dass die deutschen Einwohner in den Städten hinter der polnischen Front, die ja eine gewaltige «Fünfte Kolonne» darstellten, gänzlich ohne Verluste an Leben und Freiheit ausgegangen sind. Aber das ist nicht der Punkt, über den wir hier sprechen; hier geht es lediglich darum, ob die Behauptung der Propagandisten, der Feldzug gegen Polen sei Deutschland aus der Notwendigkeit heraus aufgezwungen worden, die deutschen Blutsbrüder von einem beispiellosen Terror zu befreien, wahr oder unwahr ist. Diese Behauptung bricht

¹ Britisches Blaubuch vom 3. September 1939, S. 78.

bei näherer Untersuchung zusammen. Abgesehen von der Tatsache, dass keine echten Beweise dafür vorhanden sind und dass viele der angeblichen Beweise als fingiert oder erlogen erwiesen werden können, sind noch drei weitere allgemeine Punkte zu erwähnen; und ich möchte jeden Deutschen, der sich immer noch fragen sollte, ob die Propagandisten hier nicht vielleicht doch die Wahrheit gesprochen haben, auffordern, diese drei Punkte genau zu beachten.

Erstens ist es wahrscheinlich, dass Polen oder die Tschechoslowakei eine systematische Terrorkampagne gegen ihre deutschstämmigen Bürger vom Stapel lassen würden, und zwar gerade zu dem Zeitpunkt, wo die beiden Länder selber in ihrer Unabhängigkeit und nationalen Souveränität durch Deutschland bedroht waren und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln versuchten, die strittigen Fragen auf friedlichem Wege zu regeln?

Zweitens, wie erklärt sich die Tatsache, dass in beiden Fällen der Strom von Greuelgeschichten erst in dem Augenblick in die deutschen Zeitungsredaktionen und Rundfunksendestellen zu fließen begann, als Hitlers Blick sich diesen Ländern zuwandte? Vor dem Frühjahr 1938 gab es keine Greuelmärchen aus dem Sudetenland, vor dem Frühjahr 1939 keine aus dem polnischen Korridor. Haben die Regierungen der Tschechoslowakei und Polen, nachdem sie bisher zumindest nicht in auffällender Weise ihre deutschen Minderheiten unterdrückt hatten, nun ausgerechnet in dem Augenblick mit planmässigen Greuelthaten begonnen, als Hitler das letzte Opfer seiner «Einer-nach-dem-andern»-Methode erledigt hatte und sich nun *ihnen* zuzuwenden bereit war? Oder sollen wir glauben, dass diese Greuelthaten die ganze Zeit hindurch stattgefunden hatten, ohne dass Hitler etwas davon wusste oder ohne dass er genug Interesse dafür hatte, um sie an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen?

Und drittens, vom Standpunkt der deutschen Regierung aus waren diese Greuelgeschichten natürlich ein höchst wertvolles Propagandamaterial, das mit grossem Geschick dazu benutzt wurde, um die Mehrheit der deutschen Bevölkerung für die nationalsozialistische Politik zu gewinnen. Angesichts der nationalsozialistischen Doktrin über das Verhältnis zwischen Propaganda und Wahrheit, wie es in einigen weltberühmt gewordenen Stellen von «Mein Kampf» ausgeführt ist, – besteht da auch nur der geringste Grund dazu, die Greuelgeschichten für wahr zu halten, weil sie in der deutschen Presse gedruckt worden sind?

Auch hier bricht also das «Selbstverteidigungs»-Argument zusammen. Wie steht es nun mit dem «Gerechtigkeits»-Argument – der Doktrin, dass, wenn ein Gebiet einen erheblichen Prozentsatz deutschsprachiger Bewohner zählt, es ungerecht wäre, wenn dieses Gebiet nicht zum Reich gehören sollte?

Hier wird die ganze, komplizierte Frage der nationalsozialistischen Rassentheorien angeschnitten, mit der wir uns im Rahmen dieser Besprechung nicht in gebührender Weise befassen können. Folgende Punkte können jedoch mit wenigen Worten summarisch behandelt werden.

Erstens, die Doktrin beruht auf der Voraussetzung – oder vielmehr ausdrücklichen These –, dass, wenn zwei Bevölkerungsgruppen zur gleichen Rasse gehören, sie auch zur gleichen Nation gehören sollten. Nun, diese These ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit; sie hat in keinem Land der Welt, mit der alleinigen Ausnahme Deutschlands, – und dort auch erst in jüngster Zeit – einen Bestandteil einer allgemein anerkannten politischen Denkweise dargestellt. Als Basis einer weitgehenden Aussenpolitik fällt diese These in Deutschland zeitlich mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus zusammen. Die Geschichte bietet eine Unzahl von Beispielen für Rassen, die sich auf zwei oder noch mehr Nationen verteilen, und für

Nationen, die mehrere Rassen umfassen. Um nur an Beispiele aus unserer Zeit zu erinnern: bedenken wir, über wieviele «Nationen» die spanische «Rasse» sich erstreckt – oder wieviele «Rassen» die russische «Nation» umfasst. Innerhalb der britischen Inseln gibt es heute zwei unabhängige, souveräne Staaten: Grossbritannien und Eire. Es gibt auch zumindest zwei «Rassen», die Angelsachsen und die Kelten – die, ethnologisch betrachtet, voneinander nicht weniger verschieden sind als die Deutschen von den Franzosen. Aber die beiden Demarkationslinien decken sich keineswegs. Im Gegenteil, eine grosse Zahl der Kelten lebt innerhalb Grossbritanniens, nämlich im schottischen Hochland und in Wales. Diese Bevölkerungsgruppen betrachten sich nicht als zur gleichen Nation gehörig wie die Bewohner von Eire; genau so wenig beanspruchen die Einwohner von Eire ihre Einbeziehung in den irischen Freistaat; im Gegenteil, Eire's Streben zielt auf die Einverleibung von Nordirland, das zurzeit zum Vereinigten Königreich gehört und dessen Bevölkerung zum grossen Teil aus protestantischen Angelsachsen besteht.

Zweitens, die Anwesenheit starker deutschstämmiger Bevölkerungsteile im Sudetenland ist bekanntlich auf eine jahrhundertlange Zuwanderung aus Bayern, Sachsen, Schlesien und Österreich zurückzuführen. In ähnlicher Weise sind die deutschen Minderheiten im polnischen «Korridor» grossenteils die Nachkommen der Auswanderer und Neusiedler – von den Glückrittern ganz zu schweigen –, die während der letzten siebenhundert Jahre «nach Osten drangen» und sich inmitten einer vorwiegend slawischen Bevölkerung neue Heimstätten gründeten.¹ In beiden Fällen waren die Neuankömmlinge Aus-

¹ Wer etwa der Ansicht sein sollte, dass der «Korridor» vom Versailler Vertrag mit dem alleinigen Zwecke geschaffen worden ist, um Polen einen Zugang zum Meere zu geben, dass er aber im Wesentlichen ein von Deutschen bewohntes Gebiet ist, kennt die Tatsachen nicht.

wanderer aus deutschen Staaten. Darauf könnte erwidert werden, dass diese Tatsache beweist, dass Deutschlands «Raum» nicht gross genug war. Mit dieser Behauptung werden wir uns in Kürze im Zusammenhang mit der «Lebensraumdoktrin» befassen. Es ist Tatsache, dass das Sudetenland historisch niemals ein Teil Deutschlands gewesen ist; die polnische Provinz Pommern kam nur dadurch zu Deutschland, dass Preussen die bodenständige fremdstämmige Bevölkerung gewaltsam unterjochte.

Drittens, viele Deutsche wanderten nicht aus wirtschaftlichen Gründen aus, sondern um vor politischer und religiöser Unterdrückung zu entfliehen. Insbesondere nach Amerika zogen im 19. Jahrhundert grosse Scharen von Deutschen als «Protestanten der Freiheit», wie ein berühmter Amerikaner deutscher Herkunft, Wendell Willkie, sie genannt hat. Sie verliessen Deutschland, weil sie nicht mehr der deutschen Nation angehören wollten. Aber das bedeutete noch nicht, dass sie ihre deutsche Rasse und ihre volkstümlichen Überlieferungen abstreifen wollten; jedermann weiss, dass es gerade in Amerika zahlreiche Gemeinden gibt, in denen diese Überlieferungen und Eigenart mit Nachdruck lebendig erhalten werden. Wenn diese Menschen grundsätzlich der deutschen «Nation» zugerechnet würden, dann würde dies ihren eigenen Wünschen in keiner Weise entsprechen. Nach ihrem Dafürhalten bedeutet die Identifizierung von Rasse mit Nation keine vernünftige Selbstverständlichkeit, sondern vielmehr eine Gewaltandrohung, die in krassem Gegensatz zu dem Prinzip des «Selbstbestimmungsrechtes der Völker» steht, – an das die Nationalsozialisten im Zusammenhang mit deutschen Minderheiten ausserhalb der Reichsgrenzen so häufig appellieren.

Er ist polnisches Gebiet, allerdings mit einer grossen deutschen Minderheit – fast genau so gross, wie die polnische Minderheit, die vom Versailler Vertrag Deutschland zugesprochen worden ist.

Natürlich haben die Nationalsozialisten niemals öffentlich die Abtretung von Westpennsylvanien und anderen deutschbesiedelten Teilen der Vereinigten Staaten gefordert; und als Präsident Roosevelt im Jahre 1941 die Entdeckung eines Geheimplans, wie Deutschland nach der Unterwerfung Europas die Eroberung Amerikas durchzuführen gedachte, bekanntgab, da hatte Hitler nur Worte wütender Entrüstung dafür übrig (nebenbei bemerkt, fast die gleichen Worte, die er im Jahre 1934 benutzt hatte, als er gefragt worden war, ob er Österreich zu annektieren gedächte). Natürlich ist der Gedanke, dass Deutschland grosse Gebietsteile der Vereinigten Staaten wegen der rassischen Herkunft ihrer Bewohner annektieren sollte, einfach lächerlich. Dennoch ist dieser Gedanke eine logische Folgerung jener Doktrin, die «Rasse» mit «Nationalität» identifizieren will.¹

Damit sind wir bei dem letzten, wesentlichsten Punkte angelangt. Die entscheidende Tatsache bei sämtlichen Gebieten, in denen deutsche Minderheiten wohnen, ist, dass sie von *gemischten* Bevölkerungen besiedelt sind. Teilweise handelt es sich dabei um eine Art «räumlicher Eingliederung»; vorwiegend deutschbesiedelte Städte inmitten nichtdeutscher Landkreise, oder Strassen oder gar Häuser einer Stadt, die teils von Deutschen, teils von Nichtdeutschen bewohnt sind. Zum Teil ist es eine rassische Vermischung durch Mischehen. In jedem der

¹ Hitler und insbesondere Mussolini gaben deutlich zu verstehen, dass sie sich als die rechtmässigen Führer der Millionen Amerikaner Bürger deutscher bzw. italienischer Abstammung betrachteten. Darüber hinaus war eine Gruppe dieser amerikanischen Bürger bereit, für Hitler zu arbeiten, und gründete eine nationalsozialistische <Zelle> – ob aus freiem Willen, weil sie von der nationalsozialistischen Doktrin angesteckt worden waren, oder aus Angst vor etwaigen Erpressungsmassnahmen gegenüber ihren Verwandten in Deutschland, sei dahingestellt. Eine Behandlung dieser Frage würde jedoch über unser Thema hinausgehen.

beiden Fälle wird der simple Plan, den die Propagandisten durchsetzen wollten, unendlich kompliziert.

Die durch «Eingliederung» entstehenden Probleme sind zunächst administrativer Natur. Die betreffenden Gebiete müssen von irgendeiner Zentralbehörde organisiert und verwaltet werden, d.h. also im Allgemeinen von einem souveränen Staat. (Eine Art «Condominium» der beiden unmittelbar interessierten Nationen wäre möglich, aber in der Praxis höchst unbefriedigend.) Bis zum ersten Weltkrieg war es allgemein üblich gewesen, dass diese gemischt-bevölkerten Gebiete dem stärkeren der beiden interessierten Staaten anheimfielen. Im Versailler Vertrag wurde dieser Gedanke fallengelassen. Unter dem Einfluss der Wilson'schen Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker versuchten die Versailler Mächte, den neuen Grundsatz einzuführen, dass die Staatszugehörigkeit durch Mehrheitsbeschluss der Einwohner bestimmt werden sollte. Dieser Grundsatz sollte jedoch nicht in allen Fällen Anwendung finden. Im Gegenteil; die Versailler Mächte erkannten, dass manchmal Sicherheitsbedenken oder gar wirtschaftliche oder geographische Erwägungen das letzte Wort zu sprechen hätten. Dennoch waren sie der Ansicht, dass, sofern keine zwingenden Gegenstände vorhanden waren, jedes Gebiet demjenigen Staate zu fallen solle, mit dem die Bewohner am nächsten verbunden waren.¹

Diese Lösung bedeutet jedoch automatisch, dass die Minderheiten nun prima facie einen Grund dafür hatten, sich benachteiligt zu fühlen. Und so entstand das Minderheitenproblem – nicht, dies sei ausdrücklich festgestellt, weil der Friedensvertrag sein Werk schlecht durchgeführt hätte, sondern gerade weil er

¹ Dies ist natürlich eine zu grosse Vereinfachung des Problems, da hier die Frage, wie ein solches «Gebiet» zu definieren ist, überhaupt nicht angeschnitten wird. Man sieht jedoch, in welchem Geiste die Versailler Vertragstifter eine Lösung zu finden suchten. (Siehe oben, Seite 77.)

versuchte, die Wünsche der Bevölkerungen zu beachten, anstatt diese Fragen auf machtpolitischer Grundlage zu entscheiden.

Vielleicht war der Vertrag nicht genug besorgt, die Rechte dieser Minderheiten zu schützen; es ist sicher, dass er für die wirtschaftlichen Erscheinungsformen dieser Fragen keinerlei Verständnis zeigte. Und es ist nicht daran zu zweifeln, dass diejenigen Bürger der neugegründeten Staaten Tschechoslovakei und Polen, die sich als Deutsche – und nicht als Tschechen oder Polen – fühlten, als Minderheit verschiedene politische Benachteiligungen über sich ergehen lassen mussten, die zum grossen Teil aus der sprachlichen Unterschiedlichkeit entstanden; diese Benachteiligungen waren die gleichen, wie sie die Bewohner von Pommerellen und Schlesien, die sich als Polen – und nicht als Deutsche – fühlten, durchmachen mussten. Auf jeden Fall war das Problem auf rassischer Basis nicht zu lösen. Solange man nicht zu der drastischen Methode eines Massen-Bevölkerungsaustausches schritt, solange musste es in gemischtbevölkerten Gebieten Minderheiten geben.

Als die Nationalsozialisten daher die Abtretung des polnischen Korridors verlangten, stützten sie ihre Forderung nicht auf «Rassenzugehörigkeit» im Sinne der Versailler Mächte. Nein, sie wollten zu der vor Versailles gültigen Ansicht zurückgehen, der Ansicht, dass Deutschland dieses Gebiet beanspruchen dürfe – obgleich dessen Bewohner vorwiegend Nichtdeutsche waren – weil Deutschland nach nationalsozialistischer Einschätzung eine «grössere» Nation sei als Polen, und weil es ein fester Bestandteil der nationalsozialistischen Auffassung war, dass «minderwertige» Rassen gegenüber dem deutschen Volk rechtlos sind. Wir wollen eine nähere Untersuchung und Beurteilung dieses Standpunktes an späterer Stelle vornehmen. Wir müssen uns jedoch darüber klar sein, dass die nationalsozialistischen Ansprüche gegenüber Polen keinerlei «rassische»

Grundlage hatten, es sei denn unter der Voraussetzung, dass das Wohlergehen eines Deutschen an sich viel wichtiger war als das Wohlergehen eines Polen – oder gar mehrerer Polen. Das Argument der «Rassengerechtigkeit» schrumpft bei näherer Untersuchung zusammen; was übrig bleibt, ist die Behauptung vom Vorrecht der deutschen Herrenrasse.

Im Sudetenland war die Situation im Wesentlichen dieselbe, wenn auch mit einem Unterschied: Hier war das Problem vom nationalsozialistischen Standpunkt aus eher eine Frage der Vermischung als der räumlichen Eingliederung. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts waren die Ausläufer Böhmens, wo Deutsche und Österreicher seit achthundert Jahren mit Tschechen manchmal im Streit, aber meistens im Frieden zusammengelebt hatten, zur industriellen Werkstatt des österreichisch-ungarischen Reiches geworden. Die neuen Fabriken zogen viele tschechische Bauern in die Städte, die bisher hauptsächlich von Deutschen bewohnt gewesen waren. Bis zu einem gewissen Grade blieb ihre Eigenexistenz bestehen; in diesem Falle war das Problem im Wesentlichen das gleiche wie im Falle Polens. Zu einem grossen Teil ging jedoch die *rassische* Eigenexistenz verloren.

Das soll nicht heissen, dass damit der Unterschied zwischen «Deutschen» und «Tschechen» aufhörte. Keineswegs; dieser Unterschied wurde nach dem Zusammenbruch des österreichisch-ungarischen Reiches sogar noch markanter. Aber es war ein Unterschied, der auf dem Gesamtbewusstsein einer Volkszugehörigkeit beruhte; neben Herkunft traten viele andere Faktoren in Erscheinung, um diese Volkszugehörigkeit des einzelnen Bürgers zu bestimmen: Sprache, Religion, soziale Stellung, Beruf, politische Denkweise, ja sogar persönliches Temperament.¹

¹ Es erübrigt sich, diese Dinge ausführlicher zu behandeln. Nachdem die Propagandisten jedoch dazu neigten, die Sprachzugehörigkeit als den entscheidenden Beweis für den rassischen Ursprung anzusehen,

Mit anderen Worten: die «Rassenprobe» lieferte keinerlei Entscheidung in der Frage, ob ein gemischt bevölkertes Gebiet dem einen oder dem anderen der beiden interessierten Staaten zufallen soll. Die Nationalsozialisten, die «Rassenreinheit» predigten, haben zwei Irrtümer begangen: erstens, indem sie dachten, dass diese «Probe» überhaupt irgendeine Entscheidung liefern kann: der Gedanke an die Wenden im Spreewald und die Masuren in Ostpreussen (um nur von der Jetztzeit zu sprechen) müsste ihnen bereits gezeigt haben, dass selbst Gebiete, die angeblich rein deutsch besiedelt sind, starke nichtdeutsche Bevölkerungsteile enthalten können; und zweitens, indem sie «Rasse» mit «Nationalität» durcheinandergeworfen haben und glaubten, sie hätten bewiesen, dass ein bestimmtes Gebiet natürliches deutsches Erbgut darstellt, wenn seine Bewohner, oder ein grosser Teil seiner Bewohner, deutsche Namen trugen oder deutsch sprachen.

Eine realistische Betrachtung des Problems der deutschen Minderheiten würde gezeigt haben, dass es hierfür eine Lösung, die sowohl einfach als auch gerecht war, nicht gab. Wenn es den Nationalsozialisten wirklich um eine friedliche Lösung zu tun gewesen wäre, dann würden sie ihre Redensarten von Rassenreinheit und deutschem Blut fallengelassen haben; dann würden sie sich energisch daran gemacht haben, jeden konkre-

sei darauf hingewiesen, dass in solchen zweiprachigen Gebieten wie dem hier erwähnten die Bevorzugung der einen oder anderen Sprache eher durch Erziehung und soziale Verbindungen als durch Herkunft bedingt ist. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Mutter des ersten Präsidenten der Tschechoslovakei, Masaryk, war zwar tschechischer Herkunft, sprach jedoch von Haus aus deutsch und musste ihre Muttersprache im vorgeschrittenen Alter erst erlernen.

Dazu sei ferner bemerkt, dass die deutsche Politik von der Zeit Friedrichs des Grossen bis zum Jahre 1914 darauf ausging, bei der innerhalb der Reichsgrenzen sesshaften polnischen Bevölkerung auf die Benutzung der deutschen Sprache zu dringen. Selbst heute muss es östlich der Oder noch viele Menschen geben, die rein oder vorwiegend slawischer Herkunft sind, aber nur deutsch sprechen.

ten Streitfall durch Verhandlung und Aussprache zu regeln. Eine Zeitlang sah es aus, als ob Hitler dies erkannt hätte. Im Mai 1935 sagte er einem Amerikaner: «Natürlich haben wir Mitgefühl mit den Menschen unseres Blutes jenseits unserer Grenzen; aber was würde es nützen, ein paar hunderttausend Seelen zurückzugewinnen und Millionen dafür hinzuopfern?» Ein weises, bewundernswertes Wort. Nur schade, dass Hitler es nicht so gemeint hat.

5.

Wir kommen nun zu einer Gruppe von Propagandathesen, die sich kaum die Mühe machten, den bevorstehenden Krieg als einen Verteidigungskrieg hinzustellen, sondern vielmehr darauf ausgingen, die Ziele des Krieges zu *recht fertigen*; obwohl auch hier die Begriffsverwirrung von «Verteidigung» und «Gerechtigkeit» manchmal insofern beibehalten wurde, als man diese Ziele als eine «Verteidigung der lebenswichtigen Interessen Deutschlands» bezeichnete. Zwei Thesen bilden hier den Mittelpunkt: «Lebensraum» und «Gleichberechtigung». Es ist jedoch nicht leicht, die verschiedenen Argumente säuberlich der einen oder anderen Gruppe einzuordnen. So war beispielsweise die Forderung nach der Rückerstattung der Kolonien in erster Linie ein Verlangen nach Gleichberechtigung mit anderen Grossmächten, wurde aber häufig in der Form eines Verlangens nach (kolonialem) Lebensraum vorgebracht; hingegen konnte die Forderung nach Lebensraum als ein Verlangen nach soviel Land, wie Deutschland nach seinem Ermessen benötigte, vorgebracht werden – oder auch nach soviel Gebiet, im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl, wie andere Nationen besaßen, d.h. in der Form eines Verlangens nach Gleichberechtigung in puncto Lebensraum.

Unter diesem Vorbehalt wollen wir uns die Frage des «Lebensraumes» vornehmen.

Am 28. April 1939 erklärte Hitler im Reichstag: «Gesunder Menschenverstand, Logik und alle Prinzipien einer allgemeinen menschlichen und einer höheren Gerechtigkeit, ja sogar die Gesetze des göttlichen Willens – sie alle verlangen, dass alle Nationen einen gleichen Anteil an den Gütern dieser Welt besitzen sollen.» Was soll das bedeuten?

Es besagt, wenn man es wörtlich auffasst, dass jeder der 72 autonomen Staaten der Welt genau ein Zweiundsiebtzigstel der Weltschätze besitzen soll. Das würde jedoch heißen, dass Libérien oder Häiti genau soviel erhalten wie Deutschland, dass Deutschland weit weniger erhält, als es zurzeit besitzt. Das dürfte Hitler also kaum im Sinne gehabt haben.

Oder bedeutet es etwa, dass die Güter der Welt unter die Nationen im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl auf geteilt werden sollen? Diese Auffassung würde zumindest der ärmeren Welthälfte zusagen. Aber auch das ist es nicht, was Hitler meint; denn auch hier würde Deutschland nur verlieren, aber nicht gewinnen. Seine Bevölkerung betrug zu dem Zeitpunkt der Hitlerrede etwa 4 Prozent der Weltbevölkerung, während sein Reichtum, ob man darunter nun sein Volksvermögen oder Volkseinkommen verstehen mag, weit mehr als 4 Prozent, vielleicht sogar 6-7 Prozent des Reichtums der Welt darstellte.

Nein, aus den Erklärungen Hitlers und seiner Gefolgsleute geht hervor, dass er nicht Gleichberechtigung an Gütern, sondern Gleichberechtigung (im Verhältnis zur Bevölkerungszahl) an *Gebiet* fordert. Er meint, dass die Bevölkerungsdichte in der ganzen Welt die gleiche sein soll.

Diese Forderung ist alles andere als selbstverständlich. Zunächst wäre eine derartige Gebietsverteilung höchst ungerecht, sofern sie nicht Unterschiedlichkeiten an Fruchtbarkeit und Bodenreichtum in Betracht zieht. Wenn z.B. Frankreich

Deutschland die Zentralsahara abtreten würde, dann würde zwar ein erheblicher Anstieg in der französischen Bevölkerungsdichte und ein Sinken in der deutschen Bevölkerungsdichte eintreten, aber der Verlust für Frankreich und der Gewinn für Deutschland wären unbedeutend, und die Nationalsozialisten würden die Sahara wohl kaum als einen wesentlichen Beitrag zur Befriedigung ihrer Forderungen nach Lebensraum ansehen. Deutschland wollte nicht Land, sondern *wertvolles* Land.

Die Propagandisten haben hieraus kein Geheimnis gemacht; sie haben sogar, in anderem Zusammenhang, deutlich darauf hingewiesen. In Verbindung mit der «Lebensraum»-Doktrin gaben sie sich jedoch weiterhin den Anschein, als sei das Verhältnis zwischen Raum und Bevölkerung das einzige, auf das es ankam. Hitler sagte im weiteren Verlauf der obenerwähnten Rede: «Es sollte nicht möglich sein, dass eine Nation – d.h. Amerika – soviel Lebensraum für sich beansprucht, dass sie nicht auskommen kann, wenn noch nicht einmal 15 Menschen pro Quadratkilometer leben, während andere 140, 150, ja sogar 200 Menschen pro Quadratkilometer unterhalten müssen.» Der Ordnung halber sei hier erwähnt, dass Hitler die Bevölkerungsdichte der Vereinigten Staaten etwas zu niedrig angibt, während er die Bevölkerungsdichte anderer Länder erheblich überschätzt; die höchste Bevölkerungsdichte der Welt beträgt 135 pro Quadratkilometer (Deutschland).¹ Die Propa-

¹ Die Bevölkerungsdichte von Belgien, Holland, England, Japan und Italien ist, *wenn man die Kolonien abrechnet*, noch höher als diejenige Deutschlands. Bei Hinzurechnung der Kolonien sinkt die Ziffer jedoch in jedem Falle weit unter die deutsche. Dieser Punkt wurde im Allgemeinen von den Propagandisten als Kern ihres Argumentes vorgebracht, und es ist seltsam, dass Hitler sich hier so sehr vergriffen hat. Die Erklärung ist zweifellos die, dass er im April 1939 (genau wie in «Mein Kampf») weit mehr auf die Erweiterung des deutschen Lebensraums auf Kosten seiner östlichen Nachbarn als auf den Erwerb von Kolonien bedacht war. Siehe Seite 228 f. und Anmerkung.

gandisten konnten, indem sie mit diesen einfachen und dramatischen Ziffern jonglierten, das Ausmass der Benachteiligung Deutschlands im Vergleich zu anderen Ländern stark übertreiben. Deutschland besitze $3\frac{1}{2}$ Prozent der Weltbevölkerung, aber noch nicht einmal $\frac{1}{2}$ Prozent des Weltraumes; deshalb müsste Deutschland von rechtswegen siebenmal soviel Land haben als es besitze. Und wenn das Publikum, das diese Worte hörte, den Eindruck erhielt, dass dieser Raumzuwachs, der Deutschland eines Tages zufallen werde, wenn ihm Gerechtigkeit zuteil würde, gänzlich aus reichem Ackerboden und aus tropischen Fruchtplantagen bestehen werde, – nun, umso besser!

Dies bringt uns zu einem weiteren Punkt. Die Propagandisten pflegten mit Vorliebe zu erklären – oder zu verstehen zu geben, dass Deutschlands Gebiet nicht nur gering an Raum, sondern auch ärmlich an Bodenschätzen sei. Auch hier übertrieben sie. Ein Gutteil des deutschen Ackerlandes ist wohl von Natur aus weniger ertragreich als z.B. viele Teile Englands und Frankreichs – obwohl es bei Weitem fruchtbarer ist als Italien oder Griechenland, oder die Steppen und Tundren Russlands. An Bodenschätzen ist Deutschland, genau wie England, jedoch überdurchschnittlich reich. Aus diesem Grund war es natürlich, dass Deutschland, ebenfalls wie England, zu einem *Industriestaat* wurde – einem Land mit mehr Fabrikarbeitern im Verhältnis zu Landarbeitern als in der übrigen Welt. Hitler betrachtete diese Tatsache als etwas Nachteiliges; seine Forderung nach «mehr Lebensraum» beruhte in «Mein Kampf» auf dem Streben nach einem «gesünderen Verhältnis» zwischen Industrie und Landwirtschaft, das er durch Vermehrung des deutschen Bauernstandes erreichen wollte. Was wir auch von diesem Programm halten mögen – es sagte vielen nicht-nationalsozialistisch gesinnten Deutschen zu, genau wie es heute vielen Menschen in anderen Ländern zusagt –, so muss doch

betont werden, dass die Industrialisierung Deutschlands im 19. Jahrhundert die unvermeidliche Folgeerscheinung seines Reichtums an Bodenschätzen darstellte. Was geschehen wäre, wenn Deutschland diesen Reichtum nicht besessen hätte, kann ich nicht ermessen. Bestimmt wäre der Lebensstandard seiner Bevölkerung niedriger gewesen; die Auswanderung nach der Neuen Welt wäre wahrscheinlich in weit grösserem Ausmass erfolgt, solange dort das Tor noch offenstand; möglicherweise wäre die Gefahr von Weltkriegen um Lebensraum noch früher zu Tage getreten. Wie die Dinge lagen, war Deutschland, indem es ein führendes Industrieland wurde, in der Lage (wieder genau wie England), eine verhältnismässig hohe Bevölkerungsdichte zu tragen; ja, es brauchte sie sogar.

Dies alles bedeutet jedoch längst noch nicht, dass Deutschland (oder England) überbevölkert ist. Unter «Überbevölkerung» versteht man im Allgemeinen eine Bevölkerungszahl, die zu gross ist, um den höchstmöglichen Lebensstandard ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Die Frage, ob ein bestimmtes Gebiet überbevölkert ist oder nicht, wäre dadurch zu beantworten, dass plötzlich eine Verringerung seiner Bevölkerungszahl vorgenommen wird, um festzustellen, ob nach Abschluss der sich ergebenden wirtschaftlichen und sozialen Umschichtungen die verbleibenden Bewohner besser gestellt sind. Wenn Deutschlands Bevölkerungszahl im Jahre 1939 anstatt 75 Millionen nur 50 Millionen betragen hätte, so ist keineswegs als sicher anzunehmen, dass das Durchschnittseinkommen pro Kopf der verbleibenden Bevölkerung höher sein würde. Denn obgleich nun mehr Land und Bodenschätze auf den Kopf der Bevölkerung entfallen würden, so wären doch die zur Ausbeutung dieser Werte vorhandenen Arbeitskräfte gesunken, und es wäre weniger Raum für die ökonomische Arbeitsverteilung und industrielle Spezialisierung geblieben, von der die Massenerzeugung von Gebrauchsgütern zum grossen Teil abhängt. Es ist

gut möglich, dass der hierdurch entstehende Verlust den Raumgewinn mehr als ausgeglichen hätte. Natürlich will ich nicht behaupten, dass dieses Ergebnis mit Bestimmtheit zu erwarten wäre; es ist den Volkswirtschaftlern bisher noch nicht gelungen, Mittel und Wege zu finden, um diesen Gedankengang nachzuprüfen; meines Erachtens wird es ihnen auch nie gelingen. Aber andererseits spricht kein Beweismaterial dagegen, und wir müssen daher die Frage, ob Deutschland im eigentlichen Sinne des Wortes «überbevölkert» war, unbeantwortet lassen.

Auch vom praktischen Gesichtspunkt gesehen, wies Deutschland in diesen Jahren nicht die Anzeichen eines mit Bevölkerungsüberschuss belasteten Landes auf. In einem solchen Falle wäre es doch das erste gewesen, in deutschen Fabriken allen Ausländern die Arbeitsgenehmigung zu versagen und darauf zu achten, dass nur diejenigen Menschen, die zur deutschen Volksgemeinschaft gehörten, in Deutschland leben und arbeiten durften. Gerade das Gegenteil war der Fall. Die Nationalsozialisten förderten, ja erzwangen förmlich, die Zuwanderung ausländischer Arbeiter; im Ausland arbeitende Deutsche wurden in die Heimat zurückbeordert, und denjenigen Deutschen, die Auswanderungsgelüste zeigten, wurden keine Pässe ausgestellt. Die nationalsozialistische Einstellung sah in einer grossen Bevölkerung einen Aktivposten, eine Kraftquelle; man war eher über eine Knappheit an Arbeitskräften besorgt als über eine Knappheit an Land und an den Rohstoffen, die das Material für diese Arbeitskräfte darstellten. Die im Jahre 1934 inaugurierte Nahrungsmittelerzeugungskampagne wurde mit folgenden Worten eingeleitet: «Deutschland ist arm an Raum, aber Deutschland *ist reich an Bevölkerung* und reich genug an Bodenschätzen, um die Ernährung seiner Bevölkerung zu gewährleisten.» Und es war die Hoffnung der Nationalsozialisten, dass die deutsche Bevölkerung in den nächsten Jahren sprunghaft

ansteigen werde; diese Hoffnung fand in verschiedenen praktischen Massnahmen ihren Ausdruck. In diesem Punkte war die nationalsozialistische Politik durchaus unrealistisch. Hitler hatte in «Mein Kampf» erklärt, in einem Jahrhundert werde es 250 Millionen Deutsche in Europa geben;¹ und als Goebbels im Jahre 1939 die Weltmächte wegen ihrer Einstellung zu Deutschlands Forderungen angriff, da begründete er diesen Angriff mit der Behauptung, in fünfzig Jahren würde Deutschland nicht mehr 80, sondern 130 Millionen Bewohner zählen. Ein Blick auf die amtlichen deutschen Statistiken hätte bereits gezeigt, dass diese Behauptungen aus der Luft gegriffen waren. Im Jahre 1938 veröffentlichte das Statistische Amt des Reiches eine Schätzung über die zu erwartende Entwicklung der deutschen (einschliesslich der österreichischen) Bevölkerungszahl, aus der hervorging, dass die von Goebbels als *vorhanden* betrachtete Ziffer von 80 Millionen erst im Jahre 1960 erreicht werden würde; diese Zahl würde etwa 20 Jahre lang statisch bleiben und dann allmählich zurückgehen. Bei diesen Schätzungen waren die nationalsozialistischen Werbefeldzüge für Eheschliessung und Kinderreichtum bereits berücksichtigt; ja, es war sogar damit gerechnet, dass diese Werbefeldzüge noch bessere Ergebnisse als bisher zeitigen würden, und dass ferner die Kindersterblichkeit bald um fast die Hälfte sinken würde; eine Erhöhung der Erwachsenensterblichkeitsziffer durch einen Krieg war hingegen nicht in Betracht gezogen worden.² Aber die Propagandisten *wollten* an ihre phantastischen Pro-

¹ Seite 767.

² «Wirtschaft und Statistik», 1938, Seite 971–975. Übrigens waren die sogenannten «Ehestandsdarlehen», die sich zweifellos als die wirksamste aller nationalsozialistischen Massnahmen zur Erhöhung der Geburtenziffer erwiesen, zunächst gar nicht zu diesem Zwecke eingeführt worden, sondern lediglich als Mittel, um Frauen vom Arbeitsmarkt abzuziehen, und um auf diese Weise die Arbeitslosenziffer zu reduzieren.

phezeiungen von der künftigen Grösse der deutschen Bevölkerung glauben, nicht nur weil sie wünschten, dass Deutschland die stärkste Nation der Welt werden sollte, sondern weil sie auch glaubten, dass, je grösser die Zahl der Deutschen, um so überzeugender auch ihre Forderung nach Lebensraum sein werde. Von diesem Gesichtspunkt aus – im Hinblick auf andere Nationen – nahm die Lebensraumdoktrin ein ganz anderes, gefährlicheres Gesicht an. Sie war nicht mehr eine Forderung nach Entlastung von der Bürde einer bereits allzu grossen Bevölkerungsdichte; sie war vielmehr eine Warnung, dass Deutschland beabsichtigte, sich eine dominierendere Position unter den Grossmächten der Welt zu erringen.

Noch in einer anderen Weise wechselte die Doktrin ihre Farbe. In ihrer ersten Fassung fusste sie, wie wir gesehen haben, vor allem auf den Nachteilen einer Überindustrialisierung. Aber in dieser Form ist sie schwerlich mit einer anderen, nachdrücklich vertretenen nationalsozialistischen Forderung zu vereinen: mit der Forderung nach dem «Grosswirtschaftsraum». Es war dies der Vorläufer des im Kriege auftauchenden Schlagwortes «Europäische Neuordnung». In der Praxis bedeutete das, dass Deutschland das industrielle und finanzielle Zentrum eines grossen Blocks von Vasallenstaaten, von Skandinavien bis zum Schwarzen Meer, werden sollte. Diese Staaten würden in wirtschaftlicher Hinsicht unter deutscher Vorherrschaft stehen; ihre Wirtschaftssysteme würden den deutschen Erfordernissen angepasst werden, d.h. sie würden Deutschland mit den Rohstoffen und Landwirtschaftsprodukten, die es benötigte, versorgen, während sie gleichzeitig einen sicheren und stabilen Absatzmarkt für deutsche Fertigwaren darstellen würden. Auch hier wollen wir uns nicht mit dem Wert oder Unwert dieses Planes, noch mit der Frage, ob er den anderen Nationen Europas zusagen würde, auseinandersetzen. Er bedeutete, und das ist das Entscheidende im Augenblick, dass

Deutschland selber im Wesentlichen ein Industriestaat bleiben würde, zumindest aber, dass es nicht nach einer landwirtschaftlichen Autarkie streben würde. Dieser Plan stand somit in unmittelbarem Widerspruch zu dem Ideal, das Hitler in «Mein Kampf» geschildert hatte.

Aber die Propagandisten, über diesen Widerspruch wenig besorgt, nahmen den Plan vom «Grosswirtschaftsraum» und fügten ihn in ihre Lebensraumargumente ein; das Ergebnis war, dass die Doktrin in zwei einander widersprechenden Fassungen auftauchte.

Gemäss der Fassung, die wir bisher behandelt haben, sollten die *Deutschen* die gleiche Menge Landes pro Kopf der Bevölkerung erhalten, wie die anderen Völker. Sie sollten sich über ein grösseres Gebiet erstrecken, bis ihre Bevölkerungsdichte von 135 pro Quadratkilometer auf 16 pro Quadratkilometer, den Weltdurchschnitt, gesunken war. Das würde bedeuten: wenn dieses zusätzliche Land bereits bewohnt ist, dann müssten die ansässigen Bewohner ausgewiesen werden; sonst würde ja der Raumzuwachs für Deutschland mit einem Bevölkerungszuwachs verbunden sein, und die Bevölkerungsdichte würde nicht sinken, zumindest nicht in der erforderlichen Masse. Es wäre sogar möglich, dass die Bevölkerungsdichte steigen würde – falls die übernommenen Gebiete noch dichter besiedelt sind als Deutschland selber. Als z.B. Italien Albanien annektierte, da wurde diese Aktion von Hitler begrüsst, der Albanien als Teil des italienischen «Lebensraums» ansah. Aber wenn Bevölkerungsdichte das entscheidende Moment darstellt, dann bedeutete die Übernahme von Albanien für Italien eine *Verringerung* des italienischen Lebensraumes. Albanien hatte nämlich eine höhere Bevölkerungsdichte als die übrigen Besitzungen Italiens; seine Einverleibung führte also zu einer *Erhöhung* in der Bevölkerungsdichte des italienischen Gesamtreiches. In diesem Punkt können wir die Kluft zwischen den beiden

Fassungen der Lebensraumdoktrin, die die Propagandisten sorgfältigst zu verdecken suchten, am deutlichsten sehen. Sie behaupteten, um ihrem Argument ein Mäntelchen der Vernunft umzuhängen, ihre Forderung bedeute lediglich eine faire Aufteilung der Weltoberfläche unter ihre Bewohner. Aber das war es nicht, was sie in Wirklichkeit wollten. Deutschlands Forderung nach Lebensraum in Osteuropa – oder auch in Übersee – war eine Forderung nach neuem Landbesitz, der *mitsamt der dort ansässigen Bevölkerung* zu Deutschlands Nutzen ausgebeutet werden konnte. Es war eine Forderung nach einem «Grosswirtschaftsraum», oder, deutlicher gesagt: nach einem «Ausbeutungsraum».

In dieser unverhüllten Form verlor das Argument jedoch einen grossen Teil seiner scheinbaren Verständlichkeit. Nicht jeder Deutsche würde den Gedanken, dass Deutschland «auf Grund der göttlichen Willensäusserungen» berechtigt sei, andere Völker in seinem eigenen Interesse auszubeuten, ohne Gewissensbedenken akzeptieren. Die Propagandisten mussten sich also weiterhin den Anschein geben, als wollten sie nur dem deutschen Bauern neuen Lebensraum zuschanzen, sonst nichts.

Andererseits konnte selbst diese Forderung nach einem «Grosswirtschaftsraum» plausibel erscheinen, wenn man sie mit der Forderung nach «Gleichberechtigung» verband. Sie sah dann folgendermassen aus: Deutschland ist zugestandenermassen nicht das am dichtesten besiedelte Land der Welt. *Aber* jedes noch dichter besiedelte Land besitzt ein Kolonialreich, das einen Ausgleich für seinen mangelnden Lebensraum bietet. Deutschland ist die einzige Grossmacht, die nur das eigene Mutterland besitzt; folglich begründet es seine Forderung nach mehr Lebensraum nicht nur mit den daraus erwachsenden wirtschaftlichen Vorteilen, sondern auch mit seinem Anspruch auf Gleichberechtigung.

Sehen wir uns dieses Argument einmal etwas genauer an.

Zunächst können wir feststellen, dass es einen Unterschied voraussetzt zwischen Völkern, die das Recht haben, andere auszu-beuten, und Völkern, die sich damit abfinden müssen, ausge-beutet zu werden. Der Anspruch auf Gleichberechtigung ist also eine Forderung, dass Deutschland zur ersten Kategorie hinzu gerechnet werden soll. Es ist somit kein Argument aus humanitären Gründen; wenn z.B. Polen in ähnlicher Weise weiteren Lebensraum fordern sollte – als Land ohne Kolonien und mit einer hohen Bevölkerungsdichte (wenn auch nicht ei-ner ganz so hohen wie derjenigen Deutschlands) – dann wür-den die Nationalsozialisten wahrscheinlich erwidern, es sei eine lächerliche Unverschämtheit, Polens Anspruch mit dem der deutschen Herrenrasse zu vergleichen.

Zweitens, dieses Argument konnte dazu benutzt werden, ent-weder Deutschlands Eroberungen oder Vorherrschaft innerhalb Europas *oder* seinen Anspruch auf Kolonien zu rechtfertigen. Letztere Fassung klang plausibler, da die meisten Europäer der Ansicht sind, dass die Neger den Weissen irgendwie nicht ebenbürtig sind, und da die Tatsache, dass europäische Mächte Kolonien besitzen, im Laufe der Zeit zu einer allgemein aner-kannten Einrichtung geworden ist, was bei der Ausbeutung ei-nes europäischen Landes durch ein anderes nicht der Fall war. Dennoch musste auch die europäische Seite dieses Anspruchs nachdrücklich vertreten werden, da die Nationalsozialisten da-mit ihre militärischen Pläne vor dem deutschen Volke recht-fertigen wollten. Ausserdem war es die Expansion in Europa, an der Hitler in erster Linie interessiert war. Die Forderung nach Kolonien kam erst später, als zweiter Gedanke; tatsäch-lich stand diese Forderung im Widerspruch zu Hitlers ur-sprünglichen Ansichten über diese Frage.¹

¹ Hier einige Zitate aus «Mein Kampf»: «Denn nicht in einer kolo-nialen Erwerbung haben wir die Lösung dieser Frage zu erblicken, sondern ausschliesslich im Gewinn eines Siedlungsgebietes, das die

So wurde die Lebensraumdoktrin sowohl als Berechtigung für Eroberungen innerhalb Europas als auch für den Anspruch auf Kolonien benutzt.

Der erstere Punkt wird in seinen sehr weitgehenden Folgerungen noch bei späterer Gelegenheit untersucht werden müssen, wo er von grosser Bedeutung in der Frage der Kriegsschuld ist. Hier sollen wir zunächst nur feststellen, wie dieser Punkt sich zur Frage der Einkreisung verhält. Wir hatten gesehen, dass die Frage, ob es eine Einkreisungspolitik gegen Deutschland gegeben hat und, bejahendenfalls, ob Deutschland berechtigt war, durch einen Krieg diesen Ring zu brechen, von der Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit der deutschen Pläne abhängig ist. Wir wissen jetzt, worauf diese Pläne hinzielten: nicht nur auf einige kleinere Grenzberichtigungen, oder auf den Schutz deutscher Minderheiten, – sondern auf ein Streben nach einem grossen, neuen «Ausbeutungsraum». Deutschlands Nachbarstaaten wollten es an der Erreichung dieses Zieles hindern. Sie versuchten, Deutschland «einzukreisen», nicht indem sie ein Offensivbündnis zwecks Eroberung und Invasion abschlossen, sondern indem sie einen «Cordon sanitaire» um Deutschland legten, um das Land, das sich Eroberung und Invasion zum Ziele gesetzt hatte. Diese Politik war zum grossen Teil aus Eigeninteresse und Sicherheitserwägungen bedingt; aber auch Gerechtigkeitsbedenken spielten dabei ihre Rolle, be-

Grundfläche des Mutterlandes selbst erhöht.» (S. 741.) – «Wir schliessen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft.» (S. 742.) – «Das politische Testament der deutschen Nation und ihr Handeln nach aussen aber soll und muss für immer sinngemäss lauten: Sorgt dafür, dass die Stärke unseres Volkes ihre Grundlagen nicht in Kolonien, sondern im Boden der Heimat in Europa erhält!» (S. 754.) – S. 753 gibt Hitler seiner Überzeugung Ausdruck, dass schon in der Zeit vor 1914 Deutschland «auf die unsinnige Kolonialpolitik» hätte verzichten müssen, um zu «einer entschlossenen europäischen Politik kontinentalen Bodenerwerbs» überzugehen – vor allem auf Kosten Russlands.

sonders bei den Ländern, die von dem deutschen Eroberungsprogramm nicht unmittelbar bedroht waren. Unser Urteil über die Einkreisungsfrage hängt von diesem Punkt ab. Die Lebensraumdoktrin in ihrer europäischen Fassung setzt voraus, dass Deutschland das *Recht* hat, die Gebiete seiner Nachbarstaaten zu überwältigen und ihre Bevölkerung um Deutschlands nationaler Interessen willen zu unterjochen; sie erhebt den Anspruch, dass Kriege, die zu dem Zwecke solcher Eroberungen, oder zur Sicherung und Verteidigung der eroberten Gebiete, geführt werden, «gerechte» Kriege sind. Die Aussenwelt verneint dies, im Falle Deutschland wie im Falle jeder anderen Nation, die Ähnliches beanspruchen würde. Wer hat recht?

6.

Nun zur Frage der Kolonien. Deutschlands Anspruch auf Kolonien wurde von Hitler im September 1935 auf dem Nürnberger Parteitag zum erstenmal in aller Form vorgebracht, ob schon dieser Anspruch seit mindestens einem Jahr in weniger offizieller Form hier und da aufgetaucht war. Danach wurde er dann mit wachsendem Nachdruck und immer grösserer Leidenschaftlichkeit bis zum Ausbruch des Krieges vertreten, mit Ausnahme einer kurzen Entspannung im Jahre 1938, als Hitler, der England in der Sudetenfrage zum Nachgeben bewegen wollte, dem britischen Premierminister erklärte, die Kolonialfrage sei «nicht eine Veranlassung für einen Krieg; darüber würde es nicht zu einer Mobilmachung kommen». In Wirklichkeit wäre Hitler durchaus bereit gewesen, wegen der Kolonien Krieg zu führen, und viele Deutsche würden einen solchen Krieg als einen «gerechten» Krieg angesehen haben. Es ist wichtig, die Gründe hierzu zu untersuchen.

Die Forderung nach Kolonien beruhte auf zwei Hauptthesen: erstens, dass Kolonien für Deutschland eine wirtschaftliche

Notwendigkeit darstellten; und zweitens, dass Deutschland als Grossmacht zu dem Besitz von Kolonien berechtigt war. Punkt 1 wurde nach aussen hin mit grösstem Nachdruck vertreten; Punkt 2 war der wahre Faktor, der dem Anspruch auf Kolonien zugrunde lag.

Die wirtschaftlichen Vorteile von Kolonien wurden von den Propagandisten immer wieder in geradezu phantastischer Weise übertrieben. Vor 1914 waren die deutschen Kolonien, wie wir im II. Kapitel gesehen hatten, in wirtschaftlicher Hinsicht für das Mutterland bedeutungslos gewesen; ja die Verwaltung jeder einzelnen Kolonie kostete mehr als ihre Erzeugnisse einbrachten – von den Kosten einer grossen Armee und Marine, die zur Verteidigung der Kolonien unterhalten wurden, ganz zu schweigen. Selbst um die Mitte der Dreissigerjahre belief sich die Ausfuhr aus diesen Kolonien auf nicht mehr als 200 Millionen Mark pro Jahr; d.h. weniger als 1½ Prozent der deutschen Gesamteinfuhr vom Jahre 1928 und etwa 4-5 Prozent der stark verringerten deutschen Einfuhr aus den unmittelbaren Vorkriegsjahren.

Die Rückerstattung der früheren deutschen Kolonien an Deutschland würde noch nicht einmal diesen Nettogewinn gebracht haben. Denn in den Zwanziger- und Dreissigerjahren war der Handel, zumindest mit einigen dieser Kolonien, zum grossen Teil in deutscher Hand. Das hervorstechendste Beispiel bot Kamerun, das unter britischer Mandatsverwaltung stand. Unter den 281 Europäern, die im Jahre 1937 dort lebten, waren 176 Deutsche; die übrigen waren fast durchweg Regierungsbeamte und Missionare. Von der Gesamtausfuhr dieses Jahres gingen $\frac{4}{5}$ an Deutschland – mengenmässig ein grösseres Quantum, als zu der Zeit, da Kamerun zum deutschen Kolonialreich gehört hatte.

Und wie stand es mit der Einfuhr? Die Propagandisten behaupteten, Deutschland sei, da die Währung dieses Gebietes

nicht Reichsmark, sondern Sterling war, im Einkauf wie im Verkauf benachteiligt. Soweit wirklich hieraus ein Nachteil entstand, war dieser, wie wir im vorhergehenden Kapitel sahen, darauf zurückzuführen, dass Deutschland seine Devisenbestimmungen beibehielt, anstatt einen freien Austausch zwischen der Mark und den anderen Währungen zuzulassen. Aber im Falle Kameruns war von einer solchen Benachteiligung keine Rede. Denn die Plantagengesellschaften waren berechtigt, ihre Arbeiter in Mark zu zahlen, und diese Mark konnte natürlich nur für deutsche Erzeugnisse verausgabt werden. Die Maschinen und sonstigen Geräte der Plantagen waren sämtliche deutschen Ursprungs. Das Ergebnis war, dass Deutschland im Jahre 1937 47,7 Prozent der Gesamteinfuhr von Kamerun – also fast die Hälfte – bestritt. Und nach Ansicht des Präsidenten der Reichskolonialliga, Ritter von Epp, war ein Anteil in dieser Höhe das höchste, was ein Mutterland von seinem Kolonialgebiet erwarten durfte. Er sagte: «Deutschland muss wieder die natürliche Vorzugsstellung in Ausfuhr und Einfuhr erhalten, die überall dem Staate zufällt, der die Souveränität über das betreffende Kolonialgebiet besitzt. Frankreichs Anteil an der Einfuhr Marokkos beträgt z.B. 43,7 Prozent, Grossbritanniens Anteil an der Einfuhr Nigerias 55,2 Prozent, Belgiens Anteil an der Einfuhr des Kongos 43,4 Prozent.»¹ Deutschlands Anteil an der Einfuhr von Kamerun kann diesen Vergleich gut aushalten.

Hinsichtlich der anderen Mandatsgebiete war die Lage vom deutschen Standpunkt aus allerdings nicht ganz so günstig. Aber Deutschland war aus keinem dieser Gebiete (mit Ausnahme der von Japan verwalteten) ausgeschlossen; und es hätte einen weit grösseren Anteil am Handel mit ihnen haben können, wenn die Nationalsozialisten den Weg eines normalen internationalen Handelsverkehrs eingeschlagen hätten, anstatt

¹ «Zeitschrift für Politik», Jan.-Febr. 1939, S. 35.

hinter einem Stacheldraht von Devisenbeschränkungen autarkistischen Zielen nachzustreben.

Aber damit ist diese Frage natürlich noch nicht abgeschlossen. Denn die Propagandisten konnten immer noch behaupten, dass die Kolonien unter deutscher Herrschaft an Produktivität und wirtschaftlicher Bedeutung enorm gewinnen würden. Laut Ritter von Epp könnten die Ausfuhren aus den ehemaligen deutschen Kolonien unter nationalsozialistischer Führung innerhalb von zehn Jahren verdreifacht werden. Selbst diese Zahl – und sie ist keineswegs zu niedrig gegriffen – ist noch nicht überwältigend. Angenommen, alle diese Ausfuhren gingen nach Deutschland; selbst dann würden sie immer noch weniger als 5 Prozent der deutschen Gesamteinfuhr von 1928, und etwa 13 Prozent der Gesamteinfuhr während der Dreissigerjahre betragen. Ausserdem zeigt eine ins Einzelne gehende deutsche Übersicht über die Zusammensetzung dieser Einfuhren, dass die zu erwartenden Rohstoffe zum grössten Teil Deutschlands bisherige Abhängigkeit von seiner Umwelt kaum beeinflusst haben würden. Hinsichtlich Nahrungsmitteln würden die Kolonien Deutschlands Bedarf an Kakao und Bananen etwa decken; ferner würden sie etwa die Hälfte seines Bedarfs an Industriegold, ein Viertel seiner Bleieinfuhr, ein Siebentel seiner Kupfereinfuhr, ein Achtel seiner Zinneinfuhr decken. Nichts von diesem ist von wesentlicher Bedeutung, insbesondere wenn man bedenkt, erstens, dass diese Ziffern die von den Nationalsozialisten in Aussicht gestellte Leistung nach zehn Jahren darstellen,¹ und zweitens, dass sämtliche Einfuhren in einem Weltkrieg wegen der Blockade sofort hinfällig werden würden.

Es gibt jedoch eine Ausnahme. Die Propagandisten behaupteten, dass die Ausbeutung der Eisenvorkommen von Togo Deutschland zum grossen Teil von jeder Eiseneinfuhr aus sei-

¹ Siehe Pasemann, «Zeitschrift für Politik», Jan.-Febr. 1939, S. 150 ff.

ner Umwelt unabhängig machen würde.¹ Ob diese Behauptung der Wahrheit entspricht, und ob es sich für Deutschland lohnen würde, die Eiseneinfuhr aus den nahegelegenen nord-schwedischen Bergwerken einzustellen, sei dahingestellt. Aber ein derartiges Ziel würde zweifellos die Arbeit von Zehntausenden von Bergarbeitern, Schmelzern, Transportarbeitern usw. erfordert haben. Es war nicht beabsichtigt, diese Arbeitskräfte aus Deutschland nach Togo zu entsenden – trotz aller «Übervölkerung» in Deutschland. Diese Arbeit würde vielmehr von den Eingeborenen zu leisten sein; und da ihre Zahl in Togo selber nicht ausreichen würde, müsste ein neuer Sklavenhandel eingeführt werden, um aus den anderen deutschen Kolonien Tausende von Negern zwangsweise nach Togo zu übersiedeln. Es ist auch kaum anzunehmen, dass die deutschen Aufseher ihre Eingeborenenarbeiter besser behandeln würden als sie ihre tschechischen Arbeiter, die sie nach der Besetzung von Prag zur Arbeit in Deutschland zwangen, behandelt haben. Schon vor dem ersten Weltkrieg war die deutsche Kolonialverwaltung, selbst wenn sie nicht so brutal vorging, wie manchmal behauptet worden ist, im Allgemeinen wegen Vernachlässigung der Gesundheit und des Wohlergehens der Eingeborenen berüchtigt; die Nationalsozialisten dürften, wenn man ihre Rasse-theorien bedenkt, in diesem Punkte wohl kaum viel rücksichtsvoller gewesen sein.

Damit sind wir bei einem sehr wesentlichen Punkte angelangt, den die Propagandisten systematisch verzerrt haben. In ihrer Propagandakampagne für die Rückgabe der deutschen Kolonien, genau wie in ihrer Kampagne für weiteren Lebensraum, haben sie es durchwegs als feststehend betrachtet, dass die einzigen Interessen, auf die es ankäme, die des Mutterlandes seien. Und als Grossbritannien erklärte, dass es ihm auch an dem Wohlergehen der Eingeborenen gelegen war, da entgegneten

¹ Ebenda.

die Propagandisten darauf mit skurrilen Geschichten von britischen Greuelthaten in Afrika, in Indien, ja überall im britischen Empire.

Nun, niemand kann abstreiten, dass Grossbritanniens Kolonialgeschichte einige dunkle Episoden enthält. Noch soll bestritten werden, dass es selbst heute noch Kolonialgebiete gibt, in denen die britische Praxis von den britischen Idealen weit entfernt ist. Aber der entscheidende Punkt ist: Grossbritannien ist sich seiner Verantwortungen bewusst; es besitzt ausserdem eine wachsame öffentliche Meinung, die stets bereit ist, Fälle von Misswirtschaft aufzudecken und anzuprangern; und das Ergebnis war eine stete, spürbare Besserung, die sich durch die letzten 40 Jahre erstreckt hat, die der Krieg nicht unterbrechen konnte und die nunmehr, nach Kriegsende, mit erhöhter Geschwindigkeit vor sich geht. Wir haben es hier wieder einmal mit der Tatsache zu tun, dass die Nationalsozialisten einfach nicht imstande waren, die Arbeitsweise einer Demokratie zu verstehen. In Grossbritannien und den Vereinigten Staaten kommt es häufig vor, dass Politiker und Parteien ihren Glauben an hohe Ideale aussprechen, die in der täglichen Politik des Landes nicht ganz zum Ausdruck kommen. Aber das heisst noch nicht, dass die Verkündung solcher Ideale reine Heuchelei ist. Sie sind die Ziele, auf die die Regierung hinsteuert, und zu deren Verwirklichung sie von der öffentlichen Meinung oft in sehr nachdrücklicher Weise angehalten wird; und das Ergebnis ist, dass allmählich – nach Ansicht mancher Leute *zu* allmählich – die Praxis der Theorie gleichkommt und die Politik des Landes ein Ideal, das sie sich gesetzt hat, verwirklicht.

In Grossbritannien ist der Glaube, dass Kolonialregierung in allererster Linie eine Frage der Wahrung der Eingeboreneninteressen darstellt, ein Faktor von allergrösster Bedeutung in der britischen Kolonialpolitik. Und als die Propagandisten ih-

ren Anspruch auf Kolonien mit dem Recht, die Eingeborenen im nationalen Interesse Deutschlands ausbeuten zu dürfen, begründeten, da machten sie die Zustimmung Grossbritanniens damit nur umso ungewisser. Wir haben im vorher gehenden Kapitel gesehen, dass in Grossbritannien um die Mitte der Dreissigerjahre weite Kreise bereit waren, Deutschland in der Kolonialfrage entgegenzukommen. Diese Tendenz änderte sich, als die Annektierung Österreichs und die dabei angewandten Mittel dem englischen Volk die Augen darüber öffneten, wes Geistes Kinder die Nationalsozialisten in Wirklichkeit waren.

Ich behaupte keineswegs, dass Grossbritannien von seinen Kolonialbesitzungen keine Vorteile hat – obwohl ich hinzufügen muss, dass diese Vorteile bei Weitem nicht so gross sind, wie die Nationalsozialisten immer behauptet haben, und dass sie mit' einem Verantwortungsbewusstsein für die Interessen der Eingeborenen verbunden sind, wie es den Nationalsozialisten in flagranter Weise gefehlt hat. Meine persönliche Überzeugung, die heute von einer wachsenden Zahl meiner Mitbürger und vielleicht von der Mehrheit des amerikanischen Volkes geteilt wird, ist, dass die Kolonialfrage erst dann endgültig geregelt werden kann, wenn alle Kolonialgebiete entweder ein Entwicklungsstadium erreicht haben, in dem sie selbständige Staaten werden können, oder wenn sie einer Art internationaler Kontrolle unterstellt werden, die in der Wahrung der Eingeborenenbelange ihre erste, und in der freien Verfügbarmachung der Kolonialbodenschätze für alle Länder ihre zweite Verpflichtung sieht. Nach meiner Ansicht könnte *jedes* Land an dieser Kontrolle teilnehmen, solange es diese beiden Prinzipien anerkennt und ihre Verwirklichung anstrebt. Aber wenn ein Land Kolonien lediglich als Ausbeutungsobjekte – als Teil seines eigenen «Lebensraumes» ansieht, der nur zu seinem eigenen Vorteil verwendet werden darf; wenn es Völker fremder Rasse als minderwertig ansieht und erklärt, dass seine ei-

genen Interessen wichtiger sind als die elementarsten Rechte dieser Völker – dann sage ich, im Verein mit Millionen von Menschen nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt: so geht das nicht. Die Kolonialgeschichte der Grossmächte mag nicht fleckenlos sein, aber sie ist zumindest um vieles sauberer als die Geschichte der Nationalsozialisten sein würde, wenn sie jemals Kolonien zu verwalten haben würden; zumindest wird hier ein Ideal anerkannt, das angestrebt werden muss; zumindest sind hier Zeichen einer Besserung festzustellen, die eine noch grössere Besserung für die Zukunft verheissen.

Aber diesmal sind wir über rein wirtschaftliches Gebiet hinausgegangen. Das ist auch richtig; denn, wie wir zu Beginn dieser Erörterung bemerkten, es ist nicht das wirtschaftliche Gebiet, auf dem das wahre Gewicht der deutschen Kolonialforderung liegt. Selbst wenn man den Nationalsozialisten hätte klarmachen können, dass der Erwerb von Kolonien Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht keinen Vorteil bringen würde, selbst wenn in sämtlichen ehemals deutschen Kolonien, ja in allen Kolonialgebieten der Welt, die gleiche Situation wie in Kamerun vorherrschen würde, selbst wenn Deutschland die Möglichkeit erhalten würde, die Menschenreserven und Bodenschätze der Kolonien nach Herzenslust auszubeuten – selbst dann wären die Nationalsozialisten noch nicht zufrieden gewesen. Deutschlands Prestige musste gewahrt werden. Solange Grossbritannien und Frankreich Kolonien besaßen, aber Deutschland nicht, würden die Nationalsozialisten der Meinung sein, dass Deutschland geringschätzig behandelt, dass seine Stellung als Grossmacht nicht in vollem Masse anerkannt würde. Diese Einstellung zur Kolonialfrage kam häufig in den Phrasen zum Ausdruck, die von den Vertretern einer «Kolonialpolitik» angewendet wurden: Deutschland habe das Recht, an der «Kulturmission» einer Kolonialverwaltung teilzunehmen; Deutschland verlange, an der Verbreitung der europäi-

schen Zivilisation unter den primitiven Völkern Anteil zu haben usw. Solche Worte würden Achtung verdienen, wenn man sie wörtlich nehmen könnte. Aber weder die Politik Deutschlands gegenüber seinen Kolonien in den Jahren vor dem ersten Weltkriege noch gar die Einstellung der Nationalsozialisten zu Kolonialfragen passen in dieses Bild hinein. Deutschland wollte in den Zwanziger- und Dreissigerjahren Kolonien besitzen, weil es durch rücksichtslose Ausbeutung wirtschaftliche Vorteile herauszuschlagen hoffte, aber in der Hauptsache weil es den Mangel an Kolonien als eine Demütigung empfand – ein Zeichen, dass es als Paria unter den Nationen betrachtet wurde, als unwert der Vorrechte und Verantwortungen einer Grossmacht.

Liegt hier nicht der Schlüssel zur Lösung der Frage, warum es diesem ganzen «Gleichberechtigungs»-Argument gelungen ist, das deutsche Volk zu Anhängern der nationalsozialistischen Politik zu machen? Natürlich war es für die Propagandisten von Nutzen, wenn sie auf bestimmte wirtschaftliche oder sonstige Verluste hinweisen und damit ihre Forderungen motivieren konnten. Aber letzten Endes lag ihr wirksamster Appell immer in den Worten: «Die Welt hält Deutschland für minderwertig; folgt uns, und wir werden der Welt zeigen, dass sie sich geirrt hat!»

Um die Mitte der Dreissigerjahre war die Kolonialfrage die einzige, in der Deutschland noch nicht volle Gleichberechtigung erreicht hatte. In jeder anderen Hinsicht hatten ihm die Westmächte alle seine diesbezüglichen Wünsche erfüllt, ja ihm eine derart weitgehende Gleichberechtigung gestattet, dass ihre eigene Sicherheit aufs Schwerste bedroht wurde. Wenn sie die wahre Triebfeder, die der Forderung nach Gleichberechtigung zugrunde lag, richtig erkannt hätten, dann würden sie anders gehandelt haben – zu ihrem eigenen Nutzen wie zum Nutzen Deutschlands und der ganzen Welt. Dann würden sie die Auf-

rüstung verhindert, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verboten und die Militarisierung des Rheinlandes vereitelt haben. All diesen Aktionen haben sie im Namen der Gleichberechtigung ihre Zustimmung gegeben. Aber damit war das nationalsozialistische Deutschland noch nicht zufrieden; auch die Rückgabe der Kolonien würde keinen wesentlichen Unterschied ausgemacht haben.

Denn die letzte, tiefste Ursache dieser deutschen Angst, von anderen für minderwertig angesehen zu werden, lag nicht in irgendwelchen Paragraphen des Versailler Vertrags, noch in irgendeiner Politik der Westmächte begründet. Die letzte Ursache lag in der Tatsache, dass Deutschland im ersten Weltkrieg besiegt worden war. Und die Nationalsozialisten, die selber diese Niederlage als eine Schmach empfanden und die wussten, dass die grosse Mehrheit aller Deutschen in diesem Punkte wenn auch nicht so krass, so doch ähnlich dachte wie sie, sahen nur einen Weg, um die Erniedrigung wieder auszugleichen: ein zweiter, für Deutschland siegreicher Weltkrieg sollte die Niederlage wieder wettmachen; zumindest aber sollte Deutschland die militärische Vorherrschaft in Europa, wenn nicht in der ganzen Welt, erlangen.

Hier liegt die Bedeutung jener Propaganda-«Linie», die nach dem Ausbruch des Krieges in deutschen Presseartikeln und Rundfunksendungen immer wieder zum Vorschein kam: der zweite Weltkrieg sei nur das letzte Stadium eines gewaltigen «Dreissigjährigen Krieges», der im August 1914 begonnen habe. Am 30. Januar 1942 erklärte Hitler, dass für ihn der erste Weltkrieg niemals aufgehört habe, und diese These wurde von seinen Anhängern mit Begeisterung aufgegriffen. Natürlich wurde damit die ganze Propaganda aus der Zeit zwischen den Kriegen über Deutschlands friedliche Absichten hinfällig. Es war eine offene, trotzig Verkündung, dass Deutschland die militärische Entscheidung von 1918 niemals akzeptiert hatte,

dass es die Jahre nach Versailles einfach als eine Atempause betrachtete und dass es entschlossen war, den Kampf im passenden Moment mit Waffengewalt wieder aufzunehmen. Es ist sicher, dass der einfache Deutsche diese Ansicht nicht voll und ganz teilte. Aber auch für ihn hatte sie viel Verlockendes. Sie gab ihm die Möglichkeit, sich einzureden, dass der Waffenstillstand von 1918 schliesslich doch nicht Deutschlands «Niederlage» bedeutet habe, sondern lediglich die erste Runde eines Kampfes darstellte, dessen letzte Entscheidung noch nicht gefallen war. Hätte er logisch denken können, dann würde er nicht gleichzeitig geglaubt haben, dass Deutschland im zweiten Weltkrieg das unschuldige Opfer einer unverschuldeten, verbrecherischen internationalen Verschwörung geworden sei. Aber logisches Denken war für den einfachen Deutschen nach Hitlers Machtübernahme ziemlich unwichtig, und nach Ausbruch des Krieges völlig bedeutungslos geworden. Vor allem kam es jetzt darauf an, dass er, der einfache Deutsche, Selbstvertrauen und den Glauben an die Gerechtigkeit seiner Sache eingeflösst bekam, und da waren *alle* Argumente gut genug, die hierzu beitragen konnten – ganz gleich ob sie plausibel waren oder nicht, ob sie zueinander passten oder einander widersprachen.

7.

Bevor wir die Frage der Verantwortung für den Krieg noch einmal zusammenfassend behandeln, wollen wir uns kurz mit einem weiteren Argument befassen, das die Propagandisten dazu benutzten, um das deutsche Volk von der Gerechtigkeit ihrer Sache zu überzeugen: der Krieg müsse ein gerechter Krieg und ein Verteidigungskrieg sein, denn Hitler habe Friedensangebot auf Friedensangebot gemacht, habe Abrüstungspakte vorgeschlagen und freundschaftliche Regelungen aller stritti-

gen Fragen angeregt – und seine Angebote seien mit Verachtung abgewiesen worden; folglich sei ihm kein anderer Ausweg als der Krieg geblieben.

Drei Fragen sind hier *zu* beantworten. Erstens, hat Hitler wirklich solche Friedensangebote gemacht? Zweitens, wurden solche Angebote von seinen Gegnern abgelehnt, und aus welchem Grunde? Und drittens, worin lag die Bedeutung dieser Angebote von Hitlers Gesichtspunkt aus?

Die erste Frage ist bald beantwortet. Friedensangebote im eigentlichen Sinne des Wortes konnten natürlich erst gemacht werden, nachdem der Krieg bereits begonnen hatte. Aber im weiteren Sinne: als Freundschaftsbeteuerungen, Verzicht auf Angriffspläne, Garantien der territorialen Unabhängigkeit anderer Staaten usw. waren sie ein fester Bestandteil der Hitlermethode in den ersten sechseinhalb Jahren seines Regimes. Im vorhergehenden Kapitel hatten wir Gelegenheit, die wichtigsten dieser Gesten aufzuzählen. Wir brauchen nur noch die beiden «Friedensangebote» hinzuzufügen, die er in seinen Reden vom 6. Oktober 1939 und vom 19. Juli 1940 – d.h. nach dem Ende des polnischen bzw. des französischen Feldzuges – gemacht hatte. Beide liefen auf die Erklärung hinaus, nachdem Deutschland nun seine unmittelbaren Ziele erreicht habe, sei es bereit, den Kampf wieder einzustellen.

Die Einstellung der Westmächte zu den Vorkriegs-Freundschaftsangeboten ist im vorhergehenden Kapitel näher beschrieben worden. Zuerst hatten sie diese Angebote wärmstens begrüßt, hatten Hitler aufs Wort geglaubt, mit ihm Abkommen geschlossen und hatten zugelassen, dass er in Fragen, in der sie das Recht und die Macht hatten, ihm Halt zu gebieten, nach Wunsch verfahren durfte. Erst im Frühjahr 1939 erkannten sie seine wahren Ziele. Dann änderte sich allerdings ihre Haltung. Wie wir zu Beginn dieses Kapitels vermerkt haben, hat Grossbritannien allerdings die «Garantie des Fortbestehens des

britischen Weltreiches», die Hitler am 29. August anbot, mit Verachtung zurückgewiesen. Mit der gleichen Verachtung und Entschiedenheit wies Grossbritannien auch die «Angebote» vom Oktober 1939 und Juli 1940 zurück. Zwei Gründe hatten es dazu veranlasst. Erstens, die Angebote enthielten keinerlei Zugeständnisse in den strittigen Fragen; in beiden Fällen machte Hitler sich erbötig, falls Grossbritannien Deutschlands Forderungen in vollem Masse anerkennen würde, es nicht dafür zu bestrafen, dass es sich gegen ihn vergeblich zur Wehr gesetzt hatte; mit anderen Worten, Grossbritannien sollte sich geschlagen geben – aber Grossbritannien gab sich nicht geschlagen. Zweitens, Grossbritannien wusste nunmehr zur Genüge, dass Hitler jedes Abkommen brechen würde, sowie es ihm passte und sowie er zu seinem nächsten «Coup» bereit war. Es war einfach nicht der Mühe wert, an ein Paktieren mit Hitler zu denken, selbst wenn er bereit gewesen wäre (was er nicht war), Bedingungen zu bieten, die nach britischem Ermessen den europäischen Alliierten Grossbritanniens Gerechtigkeit zuteil werden liessen.

Damit kommen wir zum dritten Punkt. Einige Deutsche haben vielleicht damals geglaubt, dass wenigstens *diese* Friedensangebote ehrlich gemeint waren; dass Hitler, wenn Grossbritannien nur in der polnischen Frage nachgegeben hätte, *wirklich* das Ziel aller seiner Wünsche erreicht hätte, dass die Kette von Handstreichern ein Ende gefunden hätte und die Welt nun einem dauernden Frieden entgegensehen könnte. Wenn das der Fall war, dann würde zwar Grossbritanniens skeptische Haltung in Anbetracht der bisherigen Wortbrüche Hitlers immer noch verständlich sein, dann würde jedoch Deutschland annehmen dürfen, dass es, indem es den Krieg im September begonnen und bis zum Sommer 1940 fortgesetzt hatte, zu diesem Krieg durch die Hartnäckigkeit und durch das Misstrauen seiner Gegner gezwungen worden sei. Aber das stimmt nicht.

Goebbels selber hat dies ein Jahr später mit völliger Offenheit zugegeben. «Niemand bildet sich ein», sagte er, «dass die Probleme Europas endgültig gelöst worden wären, wenn England und Frankreich das Friedensangebot, das der Führer nach dem siegreichen Abschluss des polnischen Feldzuges gemacht hatte, angenommen hätten. Wir hätten in ein paar Jahren wieder kämpfen müssen.»¹ In Anbetracht dieser Erklärung eines Mannes, der ja schliesslich alle Tatsachen der nationalsozialistischen Politik genau kannte, kann niemand Grossbritanniens skeptische Haltung für unberechtigt ansehen. Im Oktober 1939 hatte Hitler eine Liste von Bedingungen aufgestellt, auf denen, wie er sagte, ein dauernder Friede aufgebaut werden könnte. Im November 1941 erklärte Goebbels, dass, selbst wenn diese Bedingungen akzeptiert worden wären, der Krieg dennoch weitergegangen wäre. Mit anderen Worten: Hitlers Bedingungen von 1939 waren *nicht* seine letzten Forderungen; er hatte noch andere Forderungen *in petto*, die er im geeigneten Augenblick hervorgeholt hätte, und um deren Erfüllung er bereit gewesen wäre, zu den Waffen zu greifen.

Die Friedensangebote vom Oktober 1939 und Juli 1940 waren demnach genauso erheuchelt wie alle sonstigen Versprechungen und Abkommen Hitlers. Ob Hitler sich der Hoffnung hingab, Grossbritannien damit täuschen zu können, kann ich nicht sagen; ich nehme es an, denn er hatte ein grenzenloses Vertrauen auf seine Fähigkeit, andere Leute das glauben zu machen, was er wollte. Immerhin konnte er wenigstens hoffen, dass *einige* Menschen in den feindlichen Ländern seine Worte ernst nehmen würden; seine Friedensangebote würden somit Zwietracht im feindlichen Lager stiften. Aber der Hauptzweck der Angebote war zweifellos, die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeindrucken – bei dem einfachen Deutschen die Ansicht zu erwecken, nachdem seine Führer offensichtlich

¹ Siehe seinen Artikel in «Das Reich», 9. November 1941.

den Frieden wünschten, sei die Tatsache, dass der Krieg immer noch weitergehe, nicht Deutschlands Schuld.

Es lohnt sich, in diesem Zusammenhang einmal an eine Episode aus dem ersten Weltkrieg zu erinnern. Gegen Ende des Jahres 1916 machten die Mittelmächte, auf deutsche Initiative hin, ein «Friedensangebot» an die Alliierten. Es enthielt keine bestimmten Bedingungen – nur ein Versprechen, dass am Konferenztisch Vorschläge vorgebracht werden würden, die «die nationale Existenz, Ehre und freie Entwicklung für ihre Völker gewährleisten würden» und «nach ihrer festen Überzeugung eine angemessene Basis für einen dauernden Frieden» darstellten. Die Mittelmächte fügten eine Warnung vor den Folgen einer Ablehnung dieses Angebots hinzu. Dann würden Deutschland und seine Verbündeten, so erklärten sie, den Kampf rücksichtslos und bis zum siegreichen Ende weiterführen. Aber, so erklärten sie abschliessend, in diesem Falle «lehnten sie jede Verantwortung vor den Schranken der Weltöffentlichkeit und Geschichte feierlich ab».

Diese Methode war genau die gleiche, die Hitler 23 Jahre später anwandte. Kein Gegner hätte dieses Angebot annehmen können, wenn er nicht am Rande des Zusammenbruchs stand – und die Alliierten waren im Dezember 1916 weit davon entfernt. Aber das Angebot würde möglicherweise im feindlichen Lager gemischte Gefühle erwecken, und seine Ablehnung würde bestimmt der öffentlichen Meinung in Deutschland den Rücken stärken – und einen Entschuldigungsgrund für die Einführung des uneingeschränkten U-Bootkrieges liefern. Wie heuchlerisch dieses Angebot war, erwies sich deutlich ein Jahr später, als der Präsident des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Klass, sagte: «Wir können Gott auf den Knien danken, dass der Feind unser Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 nicht angenommen hat.» Zu diesem Zeitpunkt schwelgte Deutschland im Hochgefühl seiner Erfolge im Osten;

es brauchte sich nun nicht mehr den Anschein zu geben, als sei es lediglich an «der nationalen Existenz, Ehre und freien Entwicklung seines Volkes» interessiert. Es wollte mehr – Annexion, Ausbeutungsraum, Herrschaft über Europa, ja vielleicht über die Welt.

Und unter ähnlichen Umständen, gegen Ende des Jahres 1941, als Hitler glaubte, dass Russland wieder einmal Deutschland auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sei, da benutzte er fast die gleichen Worte, die Klass benutzt hatte: «Es war die Vorsehung, die allmächtige Vorsehung, die die Annahme meines Friedensangebotes verhindert hat.»

So hat Deutschland in zwei Kriegen – oder besser gesagt, in zwei Phasen des gleichen Krieges – ein und dieselbe Methode angewandt. In beiden Fällen konnte es damit niemand täuschen, es sei denn das deutsche Volk.

VII. KAPITEL

Wird es einen dritten Weltkrieg geben?

Wir haben nun die letzte Fragestellung in der Frage der Kriegsschuld erreicht. Betrachten wir zunächst noch einmal die Ergebnisse unserer bisherigen Untersuchungen:

1. Der zweite Weltkrieg war vom deutschen Gesichtspunkt aus *nicht* ein Verteidigungskrieg. Deutschland war von keinem seiner Nachbarn bedroht; und die deutschblütigen Bevölkerungsgruppen ausserhalb der Reichsgrenzen hatten keine Benachteiligung oder Unterdrückung zu erleiden, die nicht durch friedliche Verhandlungen bereinigt werden konnten.
2. Der Krieg war vom deutschen Gesichtspunkt aus nur dann ein «gerechter» Krieg, wenn die «Gerechtigkeit» es erforderte, dass Deutschland das Recht haben sollte, seine Nachbarländer als Teil seines Lebensraumes zu beherrschen und auszubeuten. Wenn Deutschland dieses Recht hatte, dann hatten seine Gegner sich, indem sie sich zu ihrer eigenen Verteidigung organisierten, einer «Ungerechtigkeit» – allerdings auch dann noch nicht eines «Angreifertums» – schuldig gemacht. Die Nationalsozialisten behaupteten, Deutschland habe dieses Recht, auf Grund ihrer Rassenlehren und ihres Glaubens an das Prinzip des «Rechtes durch Eroberung»; Deutschlands Gegner lehnten dies ab.
3. Deutschland kämpfte nicht um Gleichberechtigung, denn abgesehen von der Kolonialfrage, die kein Anlass zum Kriege war, waren alle durch den Versailler Vertrag verursachten Benachteiligungen Deutschlands bereits aufgehoben worden.
4. Die Westmächte hatten sich nicht dagegen gesträubt, Deutschlands Forderungen stattzugeben; sie hatten vielmehr

wiederholt nachgegeben, insbesondere im September 1938 in München – obgleich sie damit ihrem eigenen Gerechtigkeitsbewusstsein zuwiderhandelten – in der vergeblichen Hoffnung, den Frieden zu retten.

5. Die «Friedensangebote», vermittels derer Deutschland die Verantwortung für den Krieg seinen Gegnern zuzuschieben suchte, waren weder ehrlich gemeint noch so gefasst, dass sie von irgendeinem Gegner, der an die Gerechtigkeit seiner Sache glaubte und sich nicht geschlagen geben wollte, angenommen werden konnten.

6. Durch die systematische Benutzung von Verträgen und Abkommen als strategische Manöver; durch die Ansicht, dass diese Verträge und Abkommen bei passender Gelegenheit vergessen oder gebrochen werden konnten, hat Hitler einem deutschen Versprechen jeden Wert genommen. Selbst wenn er ein Versprechen angeboten hätte, das er wirklich einhalten wollte, ohne stillschweigende Vorbehalte über sein Recht zu späterer Meinungsänderung zu machen, – selbst dann würde die Außenwelt ihm nicht geglaubt haben, was auch in Anbetracht seines bisherigen Verhaltens nicht zu erwarten war.

7. Seit dem Tage der deutschen Niederlage im ersten Weltkrieg waren einflussreiche Gruppen, darunter die Führer des Heeres und der Schwerindustrie, damit beschäftigt, durch geheime Aufrüstung und durch Propaganda innerhalb Deutschlands eine Wiederaufnahme des Kampfes vorzubereiten. Dank ihrer Bemühungen und als ihr Agent kam Hitler an die Macht. Hitler selber hat vorher und nachher klargestellt, dass er ihren Gesichtspunkt teilte. Für ihn wie für sie war der erste Weltkrieg niemals zu Ende gegangen.

8. Seit der Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg hatten dieselben Gruppen die Propagandathese verbreitet, dass Deutschland in Wirklichkeit nicht besiegt worden sei und dass der Versailler Vertrag einen ungerechten Unterjochungs-

frieden darstelle. Keine dieser beiden Behauptungen hatte irgendeine faktische Begründung, aber beide wurden in Deutschland allgemein geglaubt, weil das deutsche Volk an sie glauben wollte. Es war bereit, jede Darstellung des Ausgangs des ersten Weltkriegs kritiklos zu übernehmen, die es vor der Erkenntnis jener als tiefste Erniedrigung empfundenen Tatsache bewahren würde: vor der Erkenntnis der Tatsache, dass es besiegt worden war.

Das ist das Beweismaterial, das unsere Untersuchung ergeben hat. Die Frage, die es bei jedem aussenstehenden Beobachter aufwirft, lautet nicht, ob Hitlerdeutschland für den zweiten Weltkrieg verantwortlich war, sondern, warum irgendjemand, der Hitler unterstützte und seine Lehren annahm, sich überhaupt um die Frage der Kriegsverantwortung bekümmern sollte. Zu diesem Punkte werden wir sogleich zurückkehren; befassen wir uns zunächst mit den Tatsachen.

Es ist nicht erwiesen, wenn auch als höchst wahrscheinlich anzunehmen, dass Deutschland den «ersten Schuss» abgefeuert hat. Die Frage ist an sich jedoch unwichtig, da die Berechtigung für das Abfeuern des «ersten Schusses» von den militärischen Begleitumständen abhängig ist.¹

Deutschland hat nicht als erstes «den Krieg erklärt». Tatsächlich hat Hitlerdeutschland bis Ende 1941, als es den Vereinigten Staaten den Krieg erklärte, überhaupt keine Kriegserklärung ausgesprochen. Auch dieser Punkt ist nebensächlich, da es sich hier nicht um Worte, sondern um Taten handelt. Im Jahre 1914 war es Deutschland, das sowohl Frankreich als auch Russland den Krieg erklärte – aber niemand, am allerwenigsten die Propagandisten, sahen darin bereits einen Beweis dafür, dass Deutschland für den ersten Weltkrieg verantwortlich war. Andererseits hat aber Deutschland den Krieg *begonnen*. Der Friede ging in dem Augenblick zu Ende, als Hitler am 1. Sep-

¹ Siehe oben, Seite 195.

tember 1939 seinen Armeen den Befehl zum Einmarsch in Polen gab.

Deutschland war auch für den Krieg *verantwortlich* – im korrekten Sinne dieses Wortes. Denn von seinem Gesichtspunkt aus war der Krieg kein Verteidigungskrieg, ganz gleich was die Propagandisten auch behaupten mochten; und nur wenn man zur eigenen Verteidigung zu den Waffen greift – gegen einen unmittelbar bevorstehenden Angriff einer fremden Macht –, nur dann kann man den Anspruch erheben, dass man für einen Krieg, den man selbst begonnen hat, nicht verantwortlich ist. Dieser Punkt ist von entscheidender Bedeutung. Das vorhergehende Kapitel hat gezeigt, dass die Sache der Propagandisten nicht auf der Behauptung beruhte, dass der Krieg ein Verteidigungskrieg sei, sondern dass er ein gerechter Krieg sei, in dem Sinne, wie sie diesen Begriff verstanden. Die Argumente, die zeigen sollten, dass er auch ein Verteidigungskrieg sei, waren nur leere Tarnungsversuche. Wenn nun Deutschland den Standpunkt vertrat, dass seine Kriegsziele gerecht waren, warum sollte es dann davor zurückschrecken, seine «Verantwortung» für den Krieg zuzugeben? Es wäre doch logisch gewesen, diese Verantwortung offen zuzugeben, ja sich ihrer zu rühmen, mit der Begründung, dass diese Verantwortung für Recht und Gerechtigkeit übernommen worden sei. Für etwas «verantwortlich» zu sein bringt nur dann den Begriff der «Schuld» mit sich, wenn es sich dabei um etwas Schlimmes handelt. Andererseits ist es eine anerkannte, fast allgemeine Erscheinung, dass derjenige, der wegen irgendeiner Tat ein schlechtes Gewissen hat, seinem *Schuldbewusstsein* dadurch zu entgehen sucht, dass er seine *Verantwortung* abstreitet. Deshalb gaben die Propagandisten sich so viel Mühe zu zeigen, dass der zweite Weltkrieg, wenn er käme, nicht nur ein gerechter Krieg, sondern auch ein Verteidigungskrieg sein würde. Damit hofften sie, jeden Deutschen, der von der «Gerechtigkeit» noch nicht

überzeugt war, zu beschwichtigen; er sollte sich sagen, dass Deutschland für den zweiten Weltkrieg nicht schuldig sein *konnte*, weil es für seinen Ausbruch überhaupt nicht verantwortlich war.

Aber sowie die Behauptung, dass Deutschland den Krieg zu seiner Verteidigung begonnen habe, zusammenbricht, ist dieser Ausweg versperrt. Deutschlands «Verantwortung» für den Krieg liegt klar auf der Hand; die Frage ist, ob und in welchem Masse diese Verantwortung Deutschland «schuldig» machte.

Auch hier müssen wir fragen, warum diese Frage überhaupt gestellt werden muss. Die Nationalsozialisten waren der Ansicht, dass Macht vor Recht geht, und dass in allen internationalen Streitfragen nur eines entscheidend ist: wer der Stärkere ist. Es ist überflüssig, Beweise anzuführen. Die Propagandisten haben bei zahllosen Gelegenheiten gezeigt, dass ihres Erachtens die Frage der Gerechtigkeit und Moral bei Deutschlands Einstellung zu fremden Ländern einfach nicht in Betracht kam. Diese Länder waren als «natürliche Gegner» zu betrachten; gegenüber Deutschlands Interessen waren sie rechtlos; wenn Deutschland ihr Land als Teil seines Lebensraumes, und ihre Bevölkerung als seine Arbeitssklaven brauchte, dann war es vollauf berechtigt, sie zu überfallen und zu unterjochen. Derartige Ansichten wurden von den Nationalsozialisten immer wieder vertreten. Es war daher sehr eigenartig, wenn Hitler sich ausserdem darüber Gedanken machte, ob die Aussenwelt die «Berechtigung» der deutschen Ansprüche zugeben würde oder nicht; es sei denn, sein Gerede von der «Gerechtigkeit» der deutschen Forderungen war lediglich ein Mittel, um in Deutschland das Volk bei der Stange zu halten und im Ausland Misstrauen und Befürchtungen zu beschwichtigen. Ich glaube das nicht; ich bin sicher, dass Hitler, trotz seiner Kriegspläne und Rüstungen, trotz seiner Wortbrüchigkeit, trotz seiner Verherrlichung des Krieges als des höchsten Ausdruckes

menschlicher Ritterlichkeit und als der Gelegenheit für das deutsche Volk, sein Können unter Beweis zu stellen, – trotzdem, zumindest in manchen seiner Stimmungen, ein wirkliches Bewusstsein für die Bedeutung von Gerechtigkeit und Fairness im Leben der Völker hatte. Die meisten Deutschen hatten eine gewisse Achtung vor diesem Ideal – ob nun um seiner selbst willen, oder nur weil sie erkannten, dass andere Völker daran glaubten, und weil sie sich in den Augen dieser Völker rehabilitieren wollten.

Aber man kann nicht an Gerechtigkeit glauben und gleichzeitig mit Gewalt herrschen. Nehmen wir einmal an, Deutschland, d.h. das deutsche Volk, wollte wirklich mit der übrigen Welt in Frieden und Freundschaft leben. Aber es hat nicht die logischen Folgerungen aus diesem Wunsche gezogen. Denn es wollte sich gleichzeitig mit Waffengewalt durchsetzen. Und indem es diesem zweiten Wunsch folgte, legte es *sich selber* die Schuld am zweiten Weltkrieg auf. Es trägt die Schuld, weil es dem Ideal, an das es glaubte, nicht treu geblieben ist.

Und das ist der Grund, warum all die Geschicklichkeit und die Verdrehungskünste der Propagandisten es niemals vermocht haben, das Gewissen des einfachen Deutschen gänzlich zu beschwichtigen. Denn er war sich, wie ich glaube, immer im Grunde seines Herzens dieses Widerspruchs zwischen seinen Idealen bewusst; er fürchtete sich vor dem Dilemma, vor das ihn dieser Widerspruch stellte. Dieses Dilemma wäre folgendermassen zu formulieren: Glaubst du, dass Deutschlands nationale Interessen ihm das Recht geben, die Rechte der Polen und der anderen Völker, die nach seiner Behauptung Menschen zweiter Ordnung sind, mit Füßen zu treten? Wenn du das glaubst, warum warst du da um die «Gerechtigkeit» deiner Sache im zweiten Weltkrieg bekümmert? Wenn du das aber nicht glaubst, wenn du zugibst, dass Polen und Tschechen und Rumänen – ja, und Juden – ihre Rechte haben, dann hast

du dich, als du eine Politik, die diese Grundsätze mit Füßen trat, unterstütztest, einer Sünde gegen deine eigenen Grundsätze schuldig gemacht. Deine Ankläger sind nicht nur die Völker, gegen die du gekämpft hast und von denen du nun zum zweitenmal besiegt worden bist. Deine Ankläger sind auch deine eigenen Ideale, denen du untreu geworden bist.

Die Argumente, die versuchen, zwischen den Nationalsozialisten und der Masse des deutschen Volkes zu unterscheiden, haben keinen Einfluss auf diese Schlussfolgerung; im Gegenteil, sie verstärken sie noch. Geben wir zu, dass die Nationalsozialisten es waren, die für den Krieg *verantwortlich* sind. Sie haben für den Krieg gearbeitet, gerüstet, geplant; sie haben sein Kommen beschleunigt – um ihrer eigenen Ziele willen, und gemäss ihrer eigenen Anschauung von dem Recht der Gewalt. Von ihrem Standpunkt aus war das deutsche Volk nur ein Faktor von vielen. Dieser Faktor musste auf ihre Seite gebracht werden und nach ihren Wünschen handeln. Die Methoden, die sie anwandten, um dies zu erreichen, sind bereits beschrieben worden: Terror, Gewöhnung an die Atmosphäre des Krieges, Propaganda. **Die wirksamste Methode war die Propaganda.** Dieses Buch wollte darlegen, wie überwältigend der Sieg der Propagandisten über das deutsche Volk gewesen ist, das sich zu einem fanatischen Glauben an ihre Geschichtsverdrehungen bekehren liess. Niemals hätten sie einen solchen Sieg erringen können, wenn das deutsche Volk nicht ein williges Opfer gewesen wäre, wenn es nicht hätte überzeugt werden *wollen*. *In diesem Sinne* war die überwältigende Mehrheit aller Deutschen nationalsozialistisch. Selbst wenn sie nicht zur Partei gehörten, selbst wenn sie weder Interesse noch Verständnis für Politik bekannten oder wenig Sympathie für die Methoden oder Ansichten ihrer Führer empfanden – sie unterstützten die nationalsozialistische Forderung nach einem starken, aggressiven Deutschland; sie halfen ihrem Kriegseinsatz; sie waren stolz

auf ihre Erfolge. Terror brauchte nur gegen die wenigen angewandt zu werden; und bei manchen von diesen wenigen, bei jener tapferen, ruhmreichen Minderheit, war selbst Terror machtlos. Die Mehrheit gab sich der Propaganda hin und identifizierte sich mit der Sache der Nationalsozialisten. Erst als der Krieg begonnen hatte, kam die Besinnung; Deutschlands Anfangstriumphe erregten wenig Freude; Deutschlands brutales Verhalten in den besetzten Ländern bereitete Sorge; und vor allem sehnte man sich nach Frieden und Freundschaft mit den anderen Grossmächten. Aber jetzt war es zu spät; die Ketten, die sie sich hatten anlegen lassen, waren nicht mehr abzuschütteln. So zuckten sie die Achseln; einige glaubten an die Lügen der Propagandisten über die Folgen einer deutschen Niederlage; andere trösteten sich mit der Behauptung, sie könnten am Gang der Geschehnisse nichts mehr ändern.

Wenn diese Schilderung die Einstellung des deutschen Volkes zum Nationalsozialismus in der Zeit seiner Macht einigermaßen richtig wiedergibt, dann folgert daraus, dass das deutsche Volk einen geringeren Anteil an der *Verantwortung*, aber einen grösseren Anteil an der *Schuld* für den Krieg trägt. Seine Verantwortung bestand darin, dass es sich den nationalsozialistischen Kriegstreibern zum willigen Werkzeug hingab; seine Schuld, dass es dies in Missachtung der Gerechtigkeits- und Moralgrundsätze tat, an die es im Grunde seines Herzens glaubte.

Dies ist natürlich keine juristische Frage. Wer ein Verbrechen begangen hat, kann vor Gericht gezogen und, wenn schuldig befunden, bestraft werden. Die Schuld, von der ich spreche, kann nicht von einem Gerichtshof erwiesen oder widerlegt werden. Das ist eine Frage, die nur jeder Einzelne für sich selber entscheiden kann; und eine Bestrafung durch Aussenstehende kommt nicht in Betracht, sofern nicht die Ereignisse des Krieges und seine Folgeerscheinungen als eine solche be-

wertet werden. Als Frankreich im Jahre 1940 besiegt war, da setzte sich bald die Empfindung durch – die in den ersten Reden Petains sehr klar zum Ausdruck kam – dass Frankreichs Leid und Erniedrigung die Strafe für seine Sünden sei, und dass es einen Prozess der inneren Läuterung durchmachen müsse, bevor es der Welt wieder stolz ins Auge schauen könnte. Vielleicht wird auch in Deutschland ein ähnliches Bewusstsein auf tauchen; vielleicht werden andererseits viele Deutsche sich sagen können, dass sie niemals ihren Idealen die Treue gebrochen haben, dass sie alles in ihren Kräften stehende getan haben, dass keine Schuld auf ihnen lastet. In jedem der beiden Fälle kommt es nur darauf an, was jeder Einzelne über sich selber denkt – nicht was die Aussenwelt denkt oder glaubt. Es ist weniger wichtig, ob *ich* Sie für schuldig erachte, wenn *Sie* der ehrlichen Ansicht sind, dass Sie nicht schuldig sind. Ein allzu grosses Streben, von anderen Menschen geschätzt und geachtet zu werden, zeigt oft nur die eigene innere Unsicherheit.

Aber die wirkliche Entscheidung in dieser ganzen Frage wird erst in den nächsten Jahren kommen. Es ist sicher, dass heute wieder viele Tausende in Deutschland, genau wie ihre Vorgänger im Jahre 1919, sich mit dem Gedanken tragen, Deutschlands militärische Stärke wiederherzustellen – noch einmal den Weg des Angriffs und der Eroberung einzuschlagen. Für sie ist der Krieg, der im Jahre 1914 begann, auch heute noch nicht zu Ende; und genau wie vor 25 Jahren, wollen sie auch heute wieder bei ihren Mitbürgern nationalistische Ambitionen erwecken. Ich bin sicher, dass eine neue Dolchstosslegende aufkommen wird. Welche Gestalt sie annehmen wird, kann ich noch nicht sagen; aber irgendwie, in irgendwelcher Form, wird die Behauptung auftauchen, dass das deutsche Heer «in Wirklichkeit» nicht besiegt worden ist, sondern dass es einem Verrat zum Opfer gefallen ist. Wieder wird das Leben in Deutsch-

land auf Jahre hinaus hart sein, wieder werden die Bedingungen des Friedens Vertrages streng sein – und wieder wird behauptet werden, dass sie deshalb nicht nur demütigend, sondern auch «ungerecht» seien. Die Tatsache, dass Deutschland im Sommer 1940 und noch einmal im Herbst 1941 dem Endsieg anscheinend so nahe kam, wird als Basis für die Behauptung verwendet werden, dass es in einem dritten Weltkrieg endlich das Ziel erreichen werde. Auf diese und andere Weise werden die Propagandisten arbeiten; mit Zähigkeit und Geschicklichkeit werden sie versuchen, den Geist des Krieges und der Eroberung wachzuhalten. Die Frage lautet: wird das deutsche Volk noch einmal ihren Köder schlucken?

Für die Welt ist diese Frage heute nicht von allzu grosser Bedeutung. Die Vereinten Nationen haben aus der Geschichte der letzten 25 Jahre gelernt. Sie haben in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen viele Fehler begangen, wie wir in diesem Buche wiederholt gesehen haben: Fehler auf Grund von Unwissenheit, Trägheit, nationalem Egoismus. Auch sie sind ihren eigenen Idealen nicht treu geblieben und müssen deshalb einen Teil der Schuld auf sich nehmen – allerdings nicht für den zweiten Weltkrieg, denn für ihn waren sie nicht verantwortlich, wohl aber für die verpassten Gelegenheiten der Friedenszeit. Sie werden versuchen, es diesmal besser zu machen; und obwohl sie in vieler Hinsicht keinen vollen Erfolg erzielen werden, – denn der Krieg hat eine Verbitterung in der Welt hinterlassen, die noch manchmal ihre Wirkung haben mag, – so werden sie doch wenigstens in einem Punkte fest bleiben: sie werden dafür sorgen, dass Deutschland, auch wenn es den Willen haben sollte, einen dritten Weltkrieg zu entfesseln, nicht mehr die Macht dazu besitzen soll.

Für Deutschland selber wird jedoch die Frage, ob die Propagandisten einen Erfolg oder einen Misserfolg erzielen werden, von entscheidender Bedeutung sein; denn hiervon wird es ab-

hängen, ob das deutsche Volk auf unbegrenzte Zeit hinaus als ein «Feindvolk» behandelt werden muss, verhasst, verdächtigt, und, wenn nötig, gewaltsam niedergehalten; – oder ob es im Laufe der Zeit, wenn die bitteren Erinnerungen der Kriegsjahre schwinden, allmählich wieder als Freund und als Verbündeter im Kampf gegen alle Friedensstörer auf genommen wird.

Die Gefahr ist akut. Wie wir bereits gesehen hatten, war der Erfolg der deutschen Auslandspropaganda in den Zwanzigerjahren zum grossen Teil nicht auf die Berufspropagandisten, sondern auf die einfachen Deutschen zurückzuführen, die auf Reisen im Ausland oder im Gespräch mit Engländern und Amerikanern in Deutschland die Propaganda, die sie selber geschluckt hatten, im Brustton innerster Überzeugung weitergaben, und deren Erfolg bei der Verbreitung von Lügen nur umso grösser war, weil sie diese Lügen für die reine Wahrheit hielten. Derselbe Prozess macht sich hier und da schon wieder bemerkbar. Noch bevor der Krieg zu Ende war haben in Amerika und England viele Deutsche – Menschen aller Gattungen, von Flüchtlingen vor dem nationalsozialistischen Terror angefangen bis zu aggressiven deutschen Kriegsgefangenen – bei jeder Gelegenheit gefordert, die Vereinten Nationen sollten Deutschland diesmal «fairer» behandeln als im Jahre 1919, wenn sie einen dritten Weltkrieg vermeiden wollten. Derartige Argumente werden auf die Friedensregelung kaum irgendwelchen Einfluss ausüben. Sie werden diejenigen, an deren Adresse sie gerichtet sind, schwerlich überzeugen können. Aber sie könnten einen entscheidenden, langjährigen Einfluss auf die Haltung der Welt gegenüber Deutschland ausüben – auf die Bereitwilligkeit der Menschen in der Welt, an die Ehrlichkeit des deutschen Friedensstrebens zu glauben.

Dieses Buch ist in dem Glauben geschrieben worden, dass man sich durch eingehendes Studium nationalsozialistischer Reden

und Taten dagegen wappnen kann, was die Nachfolger des Nationalsozialismus in Zukunft insgeheim sagen und tun werden. Seit der Gründung des Reiches ist Deutschland das Sturmzentrum Europas gewesen; es war der Vorkämpfer des Militarismus, des Eroberungsgedankens; es strebte nach der Vorherrschaft in Europa, manchmal sogar in der Welt. In einigen der früheren Kriege mag die Frage der Verantwortung Argumente und Gegenargumente zulassen; Deutschlands Apologetiker konnten Beweise dafür vorbringen, die zeigen sollten, dass Deutschland nicht die alleinige Verantwortung trug. Im Falle des zweiten Weltkrieges gibt es keinen Zweifel. Kein Deutscher, der das in diesem Buch angeführte Beweismaterial ernsthaft studiert, kann daran zweifeln, dass Deutschland, unter Hitlers Führung, Unruhe, Hass und Feindschaft unter den Völkern der Welt geschürt hat und dass es die Katastrophe des Krieges über uns gebracht hat. Ein grosser Teil der Schuld liegt bei dem deutschen Volke, weil es solche Führer anerkannt und unterstützt hat. Nur das deutsche Volk kann eine Besserung herbeiführen: wenn es der Zukunft in realistischer Erkenntnis seiner Niederlage entgegengeht, wenn es die bösen, sinnlosen Träume von einer Erneuerung des Kampfes aufgibt und mit aller Kraft daran geht, Deutschlands Grösse nicht in Kampf und Zwist, sondern in Frieden und Völkerverständnis wiederherzustellen.

DIE 14 PUNKTE VON WILSON

Aus der Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika an den Kongress am 8. Januar 1918.

1. Alle Friedensverträge sind öffentlich und werden öffentlich geschlossen, und nach diesen Verträgen dürfen keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie soll immer offen und vor aller Welt geführt werden.
2. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere ausserhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Kriege, ausser wenn die Meere durch ein internationales Vorgehen zwecks Durchsetzung internationaler Verträge ganz oder teilweise geschlossen werden.
3. Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Aufstellung der Gleichheit der Handelsbeziehungen unter allen jenen Nationen, die sich dem Frieden anschliessen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.
4. Angemessene wechselseitige Garantien, um die Rüstungen eines jeden Landes auf das mit der inneren Sicherheit vereinbarliche Mindestmass zurückzuführen.
5. Ein freier, vorurteilsloser und unbedingt unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche, der sich auf die strenge Achtung des Grundsatzes gründet, dass bei der Entscheidung aller derartigen Souveränitätsfragen die Interessen der beteiligten Völker gleiches Gewicht haben wie die berechtigten Ansprüche der Regierungen, deren Rechte erst festzustellen sind.
6. Die Räumung des gesamten russischen Gebietes und die Regelung aller Russland betreffenden Fragen in der Weise, welche die beste und freieste Mitarbeit der anderen Völker der Welt sichert, um Russland die Möglichkeit zu geben, ungehemmt und unbeirrt eine unabhängige Entscheidung über seine eigene politische und nationale Entwicklung zu treffen und um

Russland eine aufrichtige Aufnahme in der Gesellschaft freier Nationen unter selbstgewählten Staatseinrichtungen zu sichern; und darüber hinaus die Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und selbst wünschen würde. Die Behandlung, die Russland von Seiten seiner Schwesternationen in den kommenden Monaten zuteil werden wird, wird den besten Prüfstein ihres guten Willens, ihres Verständnisses für seine Bedürfnisse darstellen, insoweit sie sich von ihren eigenen unterscheiden mögen; sie wird ihre einsichtsvolle und selbstlose Sympathie bekunden.

7. Belgien muss – und darin stimmt die ganze Welt überein – geräumt und wiederhergestellt werden, ohne dass je versucht werden darf, seine Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreut, einzuschränken. Keine andere Tat wird durch sie selbst, so wie diese, dazu beitragen, bei den Völkern das Vertrauen wiederherzustellen in jene Gesetze, die sie sich selbst gegeben haben zur Regelung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Wenn diese heilsame Tat nicht stattfände, so wäre das Gebäude des internationalen Rechts erschüttert für immerdar.

8. Das gesamte französische Gebiet soll befreit und die mit Krieg überzogenen Teile wiederhergestellt werden; das Unrecht, das Preussen im Jahre 1871 in Bezug auf Elsass-Lothringen der französischen Nation zugefügt hat, dieses Unrecht, welches seit nahezu fünfzig Jahren den Weltfrieden gelockert hat, soll wieder gutgemacht werden, damit der Friede im Interesse aller wieder sichergestellt werden kann.

9. Die Berichtigung der italienischen Grenzen soll bewirkt werden, und zwar nach den klar ersichtlichen nationalen Scheidelinien.

10. Den Völkern von Österreich-Ungarn, deren Platz unter den andern Nationen wir sichergestellt und gewahrt zu sehen wünschen, soll die nächste Gelegenheit zu einer autonomen Entwicklung geboten werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro müssen geräumt, die besetzten Länder wiederhergestellt werden. Serbien soll einen freien und sicheren Zugang zum Meere erhalten, und die Be-

ziehungen der Balkanstaaten zueinander müssen durch eine freundschaftliche Verständigung gemäss den historisch feststehenden Grundsätzen über die Zusammengehörigkeit und die Nationalität geordnet werden; für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der verschiedenen Balkanstaaten sollen internationale Garantien geschaffen werden.

12. Den türkischen Teilen des jetzigen osmanischen Kaiserreichs soll eine ungefährdete Selbständigkeit sichergestellt werden, auch die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, sollen unzweifelhaft ihres Lebens gesichert werden, und es muss ihnen eine vollkommene und unbehinderte Entwicklung in autonomer Hinsicht ermöglicht werden. Die Dardanellen sollen dauernd als freie Durchfahrt unter internationalen Garantien den Handelsschiffen aller Nationen geöffnet werden.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat soll geschaffen werden, der alle Gebiete umschliesst, deren Bewohner unstreitbar Polen sind; ein freier und sicherer Zugang zum Meere soll demselben gewährleistet werden; seine politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, seine territoriale Unverletzlichkeit soll durch einen internationalen Vertrag garantiert werden.

14. Eine allgemeine Vereinigung der Nationen muss gebildet werden durch eigene Vereinbarungen, welche die gegenwärtige Sicherheit bilden werden für die politische Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der kleinen wie der grossen Nationen.

Auf die Einladung des Präsidenten an die Alliierten um Bekanntgabe ihrer Stellungnahme zu diesen Punkten erklärten sie am 4. November 1918 ihre Zustimmung mit den folgenden drei Vorbehalten:

- I. Punkt 2 wurde als eine strittige Angelegenheit zwischen Grossbritannien und Amerika bezeichnet, die besser in einem späteren Stadium geregelt werde.
- II. Die Punkte 7 und 8 erhielten folgenden Zusatz: «Deutschland wird Entschädigung zu leisten haben für allen Scha-

den, der durch die deutsche Agression zu Land, zur See und aus der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum angetan worden ist.»

- III. Punkt 9 wurde abgeändert im Hinblick auf die Verpflichtungen, die Grossbritannien und Frankreich bereits gegenüber Italien eingegangen waren (im Vertrag von London vom 26. April 1915), wobei Italien die Brennergrenze und die Stadt Triest mit ihrem Hinterland zugesprochen worden waren.